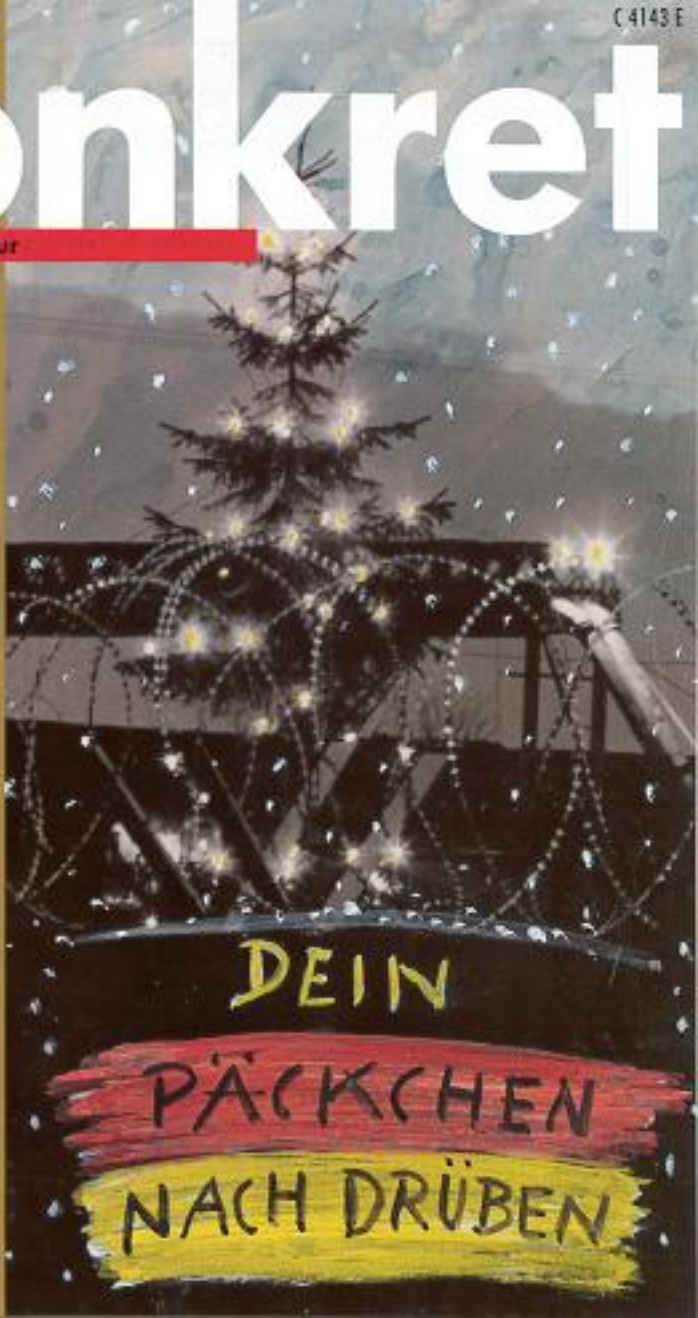
Heft 12 Dezember 1990 6,80 DM

C 4143 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Deutsches Europa
- Deutsche Wirtschaft
- Deutsche Föten
- Deutsches Amüsemang
- Deutsche Denkmäler
- Deutsche Ausländer
- Deutsche Linke
- Deutsche Mörder
- Deutsche Familienfotos



in konkret Dezember 1990

von konkret

an konkret

Blockwart, sauber von Hermann L. Gremliza

An einem Strang von Thomas Ebermann

Die moderne Großmacht von Dorothee Piermont
Ein Blick auf die Mittel, mit denen die BRD die ehemaligen Sieger vor sich hertreibt und Europa fest in den Griff genommen hält, läßt ahnen, was vom größeren Vierten Reich zu erwarten ist.

Der Führe der Konsorten von Otto Köhler
Gesamtmetall, der Verband der metallindustriellen Arbeitgeber, feierte seinen 100. Geburtstag. Gesamtmetall ist stolz auf seine Geschichte, deren Weg von Leichen gesäumt ist, und will ihr in Zukunft Ehre machen

Der Osten wird deutsch von Sabine Roisch
Für die »Deutschen« im Elsaß interessieren sich weder Vertriebenenverbände noch Bundesregierung, das politische Verhältnis zu Frankreich geht vor Erhalt des »Deutschtums«. Anders in der Tschechoslowakei, der Sowjetunion oder Polen. Hier geben sich regierungsgesponserte Organisationen wie der »Bund der Vertriebenen« (BdV) oder der »Verein für das Deutschtum im Ausland« die Klinke in die Hand, darauf hoffend, in die »alte Heimat« rückkehren zu können und diese eines Tages in der einen oder anderen Form »heim ins Reich« zu führen. Deutsche Minderheiten in Osteuropa sind nach dem Zusammenbruch des »realen Sozialismus« mehr denn je Katalysator von Versuchen, jene Gebiete ökonomisch und politisch zurückzugewinnen, die auf den Landkarten von 1931 als »deutsche« eingetragen sind. Ein Überblick

... the bad and the ugly von Jan Philipp Reemtsma
In den Jahren 1989/90 hat die Linke ihren weltgeschichtlichen Bezugsrahmen verloren – das heißt: Es gibt sie nicht mehr

80 Millionen Opfer suchen einen Täter von Wolfgang Pohrt
Über Adelheid Streidel, Dieter Kaufmann und das Milieu, das die Exekutoren seines Wahns verrät

Die breite Linke von Oliver Tolmein
Linke Organisationen gibt es immer noch zuhauf, die gemeinsame Basis für linke Debatten ist dagegen zerbröckelt. Ein Überblick über die Opposition, die nocheinmal von vorne anfangen muß

Kraft durch Teilen von Ursula Kreft; Hans Uske
Deutschland ist wiedervereinigt, jetzt soll das Gemeinschafts-Gefühl entwickelt werden: »Sich zu vereinigen, heißt teilen lernen«, sagt der Bundespräsident, und im Bundestag wird am Gesetz für einen sozialen Pflichtdienst gearbeitet. Die Rhetorik schöpft aus dem alternativen Begriffsarsenal: Die »Ökologie des Sozialen« ist gefragt, Nachbarschaftshilfe und Dienst am Menschen, statt an der Waffe – wir sollen eine Sozialgemeinschaft werden

§ 218: Zwei Schritt zurück von Theresia Degener
Die Wiedervereinigung, so wird seit einem Jahr aus erfindlichen Gründen von einstigen Oppositionellen behauptet, biete auch Chancen. Die Auseinandersetzung um den Paragraphen 218 dient als Paradebeispiel dafür, was alles möglich sein

könnte. Tatsächlich hat sich in der Paragraph 218-Diskussion aber anderes getan, als derlei Hoffnungen vermuten lassen. Die Forderung nach Streichung des Paragraphen wird kaum mehr gestellt, die eugenische Indikation wird selbst von grün-alternativen Politikerinnen für wichtig gehalten, und gegen die drohende Zwangsberatung regt sich bei den Parteipolitikerinnen wenig Protest

Sein oder Wohnungsnot von Oliver Tolmein

Arbeiterklasse und deutsche Nation von Georg Fülberth

1914 glaubten die Sozialdemokraten, durch die Bewilligung der Kriegskredite die Herrschenden zum Verzicht auf das Drei-Klassen-Wahlrecht bewegen zu können. Im Mai 1933 signalisierten die sozialdemokratischen Abgeordneten mit dem Absingen des Deutschlandliedes im Reichstag ihre Bereitschaft, auch unter Hitler noch deutsche Politik mitzugestalten. Das nationale Engagement der organisierten Arbeiterbewegung war stets großer als ihre größten Erfolge

National - Kommunismus von Heiner Möller

Mit nationalen Parolen versuchten die Kommunisten nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Bourgeoisie ihres Landes fertig zu werden. Können, dürfen Linke und Kommunisten auf kleinerem oder größerem deutschen Boden national sein, nach zwei Weltkriegen und dem Nationalsozialismus?

Grüne Gebete in der »Tempelstadt der Bewegung« von Bernd Siegler

Von der Assistentin Theodor W. Adornos zur Exekutorin ökopazifistischen Schwachsinns: Zwar sind die Pläne, nach denen die Nürnberger Kulturreferentin Karla Fohrbeck das ehemalige NS-Reichsparteitagsgelände zu einem zentralen Ort der »freiwilligen Versöhnung« umgestalten wollte, vorerst vom Tisch, geblieben aber sind Gefühlskitsch und Wahnvorstellungen, die in jenen sich nur exemplarisch niedergeschlagen haben. »Verstehende Baumpflanzungen« im »Friedenshain«, Bibelzitate und die Bitte um »Gnade« für die Opfer des Nationalsozialismus – das Gedankengut der Alternativ- und Friedensbewegung ist stilbildend für den Umgang der Deutschen mit ihrer Vergangenheit geworden

Kein schöner Land... von Chajka Grossman

Schon der Titel der Veranstaltung erregte den Unwillen der Bundestagsverwaltung: »Kein schöner Land – Wunden von Anfang an /Restauration einer Großmacht mit Vergangenheit«. Die Europagruppe der Grünen hatte Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer, Verfolgte des NS-Regimes aus aller Welt eingeladen, um zur deutschen Wiedervereinigung Stellung zu beziehen. Verbieten ließ sich diese Anhörung schlecht, also wurde sie bürokratisch sabotiert, so gut es ging: »Aus Sicherheitsgründen« wurden die militanten Antifaschisten von einst durch den gutbewachten Lieferanteneingang geschleust; das Transparent mit dem Veranstaltungstitel durfte im Anhörungssaal nicht aufgehängt werden, weil der Bundestag »das Parlament aller Deutschen« sei und deswegen auf jeden Fall das Mißverständnis vermieden werden müsse, er identifiziere sich mit dem Titel; auch von den Einladungen und Materialmappen mußte das Signet abgekratzt werden; ein Büchertisch, auf dem auch Bücher der Gäste ausliegen sollten, wurde verboten, weil er die »Würde des Hauses« verletze. Obwohl eingeladen, glänzten die Bundestagsabgeordneten von CDU, CSU, SPD, FDP, PDS und auch die allermeisten Grünen durch Abwesenheit, ebensowenig interessierte sich die bundesdeutsche Presse für die Sicht der knapp zwanzig Menschen aus Israel, Polen, den Niederlanden, Belgien und der BRD, die den deutschen Faschismus bereits einmal bekämpft haben. Zu der in jeder Hinsicht denkwürdigen und einzigartigen Veranstaltung, auf der einmütig wie sonst nie in der BRD, das Verbot nazistischer Gruppen gefordert und die Wiedervereinigung abgelehnt wurde, waren gerade einmal hundert vereinzelte Menschen aus der BRD gekommen. Wir dokumentieren den geringfügig gekürzten Eröffnungsbeitrag der ehemaligen Partisanin Chajka Grossmann

Traumatisiert von Eugen Helmlé

Ein Nachruf auf Robert Antelme, der in seinem Buch »Das Menschengeschlecht« den Prozeß der fortschreitenden Enthumanisierung im Konzentrationslager beschrieben hat

Buch des Monats: »Deutschland als Ganzes« von Wolfgang Schneider

Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Durchgesehene und erweiterte Ausgabe, Fischer Taschenbuch Verlog, Frankfurt/M. 1990, 3 Bände, zus. 1351 Seiten, 39.80 Mark

»Denkt an mich am 3 Oktober« von Ingrid Strobl

Nach dem Bundesentschädigungsgesetz stehen »Feinden der freiheitlich demokratischen Grundordnung«, also Kommunisten, Wiedergutmachungsleistungen für erlittene NS-Verbrechen nicht zu. Jetzt droht den in der ehemaligen DDR lebenden Verfolgten des NS-Regimes neben anderen Verschlechterungen auch die Streichung ihrer bisherigen Ehrenrente

Da lacht die Kommune von Katja Burghardt

Unter dem Beifall der kommunalen Kulturverwalter, zum Jauchzen der Szene und unterstützt von einem älteren Bordellwirt machen in Hamburg ehemalige Kommunisten und Protagonisten schwuler Emanzipation ein »alternatives Volkstheater«. Wehe dem, der da nicht lacht

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

konkret 12/90, S. 4

von konkret

Nicht alle anonymen Zuschriften wollen der Redaktion so übel wie die des Walter Henze (»Für mich sind sie ein gewissenloses Schwein, der leider Gelegenheit hat, in einem Schmierblatt, anständige Menschen zu beleidigen« KONKRET 11/90). Diese hier, aus Frankfurt, datiert vom 11.11.1990, war als Anregung für Gremlizas Express gedacht, dessen Autor sich aber nicht mit fremden Federn schmücken will und mit einer so auffällig schönen schon gar nicht:

Blüm posaunt's hinaus: »Marx ist tot und Jesus lebt.« Recht hat er. Jesus lebt und gibt Adelheid Streidel Aufträge.

Ein anderer Anonymus bzw. eine andere Anonyma schickte der Redaktion am 17. I l . die Kopie eines Briefes der »Christian Seidel Communications« zur »gefl. Beachtung und gehässigen Verarbeitung« zu, dessen Original an eine vorm . Persönlichkeit des linksradikalen öffentlichen Lebens gerichtet war und dessen Inhalt uns ahnen läßt, was der KONKRET-Redaktion wg. Halsstarrigkeit alles durch die Lappen geht:

Frau Georgia Tornow Chefredakteurin taz Berlin per Telefax

München, 16.11.1990

Liebe Frau Tornow,

ich hoffe, Sie haben unser PLAYBOY-Dinner gut überstanden. Es hat mich gefreut, daß Sie da waren. Ich möchte Ihnen gern zwei Themen anbieten. . . Ich kann Ihnen die Stories vorab für Abdruck Montag bzw. Dienstag... anbieten...

Mit freundlichen Grüßen Christian Seidel

Berichtigung 1: In den Beitrag von Hanfried Müller in KONKRET 11/90 hat ein Redakteur einen sinn-umkehrenden Fehler hineinkorrigiert: Nicht von »zwölf«, sondern von »vierzehn Jahren der Schmach und Schande« pflegte Hitler zu sprechen (er meinte damit die Weimarer Republik). *Das* hatte Müller mit der heutigen Rede von »vierzig Jahren sozialistischer Mißwirtschaft« verglichen. Die Redaktion bittet den Autor und die Leser um Entschuldigung.

Berichtigung 2: Im Regelfall stammen die Überschriften und Vorspänne der in KONKRET publizierten Beiträge nicht von den Autoren, sondern von der Redaktion, weil, zweitens, von den Autoren vorgeschlagene Titel häufig typografisch nicht unterzubringen sind und, erstens, die meisten Autoren darauf verzichten, Vorspänne zu verfassen. Das tat auch Klaus Herding, Professor für Kunstgeschichte an der Universität Hamburg, bei seinem Beitrag »Picasso an die Front ! « (KONKRET 11/90) . Ohne ihn zu informieren, versah die Redaktion seinen Beitrag mit einem Vorspann (»Die Bundeswehr wirbt mit dem Kriegsbild 'Guernica' potentielle Mörder an«), durch den der Autor seine Intention verfälscht sieht: Herding ging es in seinem Beitrag nicht um die Dämonisierung einer Bundeswehr, die seiner Ansicht nach »längst am Ende ist«, sondern um die »Hilflosigkeit, mit der die Bundeswehr auf die Tatsache reagiert, daß sie ihr traditionelles Feindbild verloren hat«.

Berichtigung 3: KONKRET wird, wie andere Zeitschriften auch, nicht an einem Tag imprimiert, sondern an mehreren Tagen in verschiedenen Produkten. Weil die Seite 58 dieser Ausgabe schon »abgefahren« ist, können wir einen uns dort unterlaufenen Fehler nur noch an dieser Stelle korrigieren: Der Titel der, von der grünen Europaabgeordneten Claudia Roth initiierten, Anhörung, von der im Vorspann zum Beitrag der ehemaligen Partisanin Chajka Grossman die Rede ist, hieß richtig: »Kein schöner Land – Offene Wunden von Anfang an/Restauration einer Großmacht mit Vergangenheit?«.

»Frau Schwarzer ihr Haus seine Lieblingswurst« heißt der dritte Band von Hermann L. Gremlizas Damen-Trilogie, die in diesen Tagen im Konkret Literatur Verlag erscheint. (Der erste Band, »Was Gabriele Henkel alles mit der Hand macht«, verlegt bei Zweitausendeins, ist vergriffen, von der zweiten Auflage des zweiten, »Wie Hannelore Kohl die Russen bezauberte«, gibt's, ebenfalls im Konkret Literatur Verlag, noch einen kleinen Rest.) Bescheidener Hinweis an Leser und Rezensenten: Die drei Bände sind *nicht* Sammlungen der in der Rubrik KONKRET-Express erschienenen Polemiken, sondern, zu einem großen Teil, durch heftige Bearbeitung entstandene Neufassungen.

konkret 12/90, S. 6

an konkret

Possenstück

KONKRET 10/90: »Wenn ich Oberhuber heißen würde«, Kaufhold/Rügemer über die deutschnationale Einfärbung Sigmund Freuds durch die Hamburger Wochenzeitung »Die Zeit«

Ausgerechnet in KONKRET unreflektiert großdeutsch eingefärbte Kulturkategorien lesen zu müssen – um nicht gleich alldeutsch zu sagen – , und dies noch dazu in einem sich als Kritik deutschnationaler Einfärbungsversuche Freuds verstehenden Beitrag, ist schon ein starkes Stück. »Wenn wir Freuds Unbehagen an der deutschen Kultur endlich akzeptierten«, so meinen Kaufhold/Rügemer, würden wir mit unserer und der Psychoanalyse Geschichte besser umgehen. Als ob nicht Freuds Buchtitel gerade das Wort »deutsch« fehlte, wird er selbst von den Kritikern des neuesten deutschen Nationalismus nach den Kategorien des Oberländerschen Staatsbürgerschaftsgesetzes kritisch (?)-national eingebürgert. Als hätte Freud in seiner Kritik nicht die europäische Kultur – mindest diese – samt ihrer griechischen Tradtitionsvoraussetzung gemeint; als wäre er nicht in der Übersetzung der Werke französischer Psychiater oder einiger Essays des englischen Philosophen John Stuart Mill bzw. seiner Frau Harriet Taylor-Mill ein Vermittler innerhalb der europäischen Kulturen, der sich 1897/98 in Konfliktfällen – man lese in der »Traumdeutung« nach – in die politisch-kulturelle Welt Großbritanniens flüchtete, wozu »Deutsche« ihn 1938 schließlich auch real zwangen.

Für den »deutschnationalen« Freud brauchen wir keinen neugefundenen Vortrag von 1915. Freud war dies wirklich: 1873-78 als aktives Mitglied des »Lesevereins der deutschen Studenten Wiens«. Aber schon 1886 erklärte er sich in Paris zum Juden, der weder »Deutschland« noch »Österreich« anhängt, obwohl er ein »deutsches« Gefühl nicht loswerde, das er zu unterdrücken suche. Gerade der Lösung dieses Identitätsproblems, die aus der national-politischen Notwendigkeit einer das Individuum verstümmelnden Entscheidung hinausführte, verdanken wir wesentliche psychoanalytische Einsichten. William J. McGrath hat es in »The Politics of Hysteria« detailliert beschrieben; in Teutschland will man solches jedoch nicht lesen, auch nicht unter linken Kritikern.

Michael Habenstorf

Berlin

Nach Ansicht des in der Freud-Biographik bisher nicht sonderlich aufgefallenen Autoren-Duos Kaufhold/Rügemer habe ich mich in der kommentierenden Einleitung zu Freuds »Wir und der Tod« (vgl. »Die Zeit« vom 20.7.1990) vorgeblich darum bemüht, Freud »als deutschen Patrioten neu zu entdecken«, wie die beiden in ihrem Kommentar bemerken, für den sie ein Brief-Zitat Freuds als Überschrift (»Wenn ich Oberhuber heißen würde«) nutzten, das aus dem Briefwechsel mit Karl Abraham herstammt, von Jones, aus dessen Freud-Biographie Kaufhold/Rügemer abschreiben, aber leider nicht ganz korrekt wiedergegeben wird. So steht also schon der Beitrag in KONKRET unter einer falschen Überschrift.

Mag dies verzeihlich sein, so ist es schlicht übel, wenn die beiden Oberlehrer über meine in der »Zeit« veröffentlichten Sätze so verfügen, als seien sie niemals geschrieben worden. Beispielsweise hatte ich geschrieben: »Überhaupt ist Freuds Mitgliedschaft in der jüdischen Loge durch Sehnsucht nach Heimat gekennzeichnet – Heimat, die er zunächst in der deutschen Kultur gesucht hatte.« Daraus wird: »Nitschke zieht... den Schluß, daß Freuds Mitgliedschaft in der jüdischen Loge vor allem durch Sehnsucht nach Heimat in der deutschen Kultur gekennzeichnet sei« (Non-Sens in KONKRET, der den Inhalt meines Satzes auf den Kopf stellt). Vollends blödsinnig wird die Argumentation der Herren Kaufhold/Rügemer, wenn sie weiter nach Jones zitieren, ohne den Kontext zu kennen, in dem Freuds Brief an Abraham stand. Als Freud 1908 nämlich bemerkte, die »Schweizer«, also vor allem C.G. Jung, zeichneten sich durch »verhaltenen Antisemitismus« aus, rechtfertigte er Abraham gegenüber seine Bereitschaft, dennoch mit den Schweizern zusammenzuarbeiten (C.G. Jung sollte nämlich als »Arier« dazu verhelfen, die Psychoanalyse gesellschaftsfähig zu machen), mit diesem Satz: »Ich meine nur, wir müssen als Juden, wenn wir irgendwo mittun wollen, ein Stück Masochismus entwickeln, bereit sein, uns etwas Unrecht tun zu lassen. « Eben dazu war Freud im Falle der Schweizer und C.G. Jungs bereit (wie er übrigens auch später zu derlei Kompromißvorschlägen neigte, als es nach 1933 darum ging, die Existenz psychoanalytischer Institutionen im »Dritten Reich« abzusichern).

Eine andere Frage (die an dieser Stelle nicht weiter zu klären ist) bleibt die nach Freuds »deutscher« Gesinnung. Warum spricht er im Vortrag »Wir und der Tod« von den »siegreichen deutschen Soldaten« und nicht etwa von der österreichisch-ungarischen Armee, in der seine Söhne dienten? Warum schreibt er in einem Brief an Karl Abraham von »unseren« Kriegsanleihen, wenn er die deutschen Papiere meint? Und: Hatte sich nicht gar Martin Freud freiwillig zum Kriegsdienst

gemeldet und seinem Vater geschrieben: »Ich freue mich übrigens, seit ich Soldat bin, aufs erste Gefecht wie auf eine spannende Hochtour«? Der Vater, also Sigmund Freud, schrieb 1914 an Karl Abraham (der einige Wochen zuvor die »glänzende Nachricht« mitgeteilt hatte, die deutschen Truppen stünden kurz vor Paris), es sei Zeit, den Engländern ihren Hochmut abzugewöhnen: »Noch ein paar Überdreadnoughts versenken oder einige Landungen durchsetzen, sonst gehen denen die Augen nicht auf.«

Was soll's? Freud war ein Mensch aus Fleisch und Blut, mit all seinen bekannten und weniger bekannten Widersprüchen. Kaufhold/Rügemer degradieren ihn hingegen zur Karikatur, d.h. zu einer Figur, die ihrem simplen Welt- und Menschen-Bild entspricht (hier Weiß, dort Schwarz, hier Licht, dort Dunkel, hier »ich«, dort »du) und diagnostizieren bei anderen (in diesem Falle: bei mir) projektiv Schizoidie. Ihre eigene Unfähigkeit, Widersprüche zu sehen, geschweige denn dialektisch zu vermitteln, führt endlich zu einer Art Verschwörungstheorie, die im Vorspann des KONKRET-Artikels sichtbar wird: »Versuch der 'Zeit', die Akzeptanz der Psychoanalyse durch eine deutschnationale Einfärbung ihres Begründers zu erhöhen.« Ich will umgekehrt annehmen, daß die Redaktion der Zeitschrift KONKRET einfach nur dem Halbwissen und dem gutgemeinten Schwachsinn aus der Werkstätte Kaufhold/Rügemer aufgesessen sei, also nicht etwa den »Versuch« unternommen habe, die Freud-Biographik um ein neues Possenstück zu bereichern.

Bernd Nitzschke

Düsseldorf

Roland Kaufhold und Werner Rügemer versuchen in ihrem Beitrag, Sigmund Freud vor den Bemühungen Bernd Nitzschkes, ihn als deutschen Patrioten neu zu entdecken, zu retten. Dieser Versuch ist zwar löblich, wird aber dem widersprüchlichen Verhalten Freuds nicht gerecht. Spätestens seit dem Erscheinen der Freud-Biographie von Jones in den 50er Jahren – die sonst durchaus hagiographische Züge hat – wissen wir über Freuds anfängliche patriotische Begeisterung im Ersten Weltkrieg (»meine ganze Libido gehört Österreich-Ungarn.« Jones II, S. 207). In Briefen an den Berliner Psychoanalytiker Karl Abraham schrieb Freud: »Ich fühle mich aber vielleicht zum ersten Mal seit 30 Jahren als Österreicher« (26.7.1914; Briefwechsel, S. 180) und: »Ich lebe wie die übrigen von einem deutschen Sieg zum anderen . . .« (25.8.1914; ib., S. 186). Diese Haltung steht in scharfem Gegensatz zu späteren Aussagen Freuds, etwa im Briefwechsel mit Albert Einstein (»Warum Krieg?«). Aber auch in dieser Anti-Kriegs-Schrift, in der sich Freud selbst als Pazifist bezeichnet (GW XVI, S.25), finden sich Töne, die sich schwer mit dem einseitigen Freud-Bild Kaufholds und Rügemers vereinbaren lassen.

Fazit: Der geniale Mensch Freud ist mit all seinen Widersprüchen sowohl vor dem keineswegs neuen »Ergebnis« Nitzschkes, er sei auch deutscher Patriot gewesen, als auch vor den Versuchen Kaufholds und Rügemers, ihn nur als jüdischen Kultur- und Gesellschaftskritiker zu porträtieren, in Schutz zu nehmen.

Ernst Falzeder

Salzburg

Vorschlag zur Güte

KONKRET 11/90: »Das Wasser in der Suppe« von Wolfgang Pohrt.

Polemische Antwort auf die polemische Antwort von Wolfgang Pohrt auf Oliver Tolmeins Antwort auf Pohrts Polemik.

Nachdem nun der Säugling mit Doktorhut und der revolutionäre Schreihals ihre Verschiedenheit hinlänglich verdeutlicht haben, hier ein Vorschlag zur Güte: Besinnt Euch auf das, was Euch eint! Von Frauen versteht ihr nämlich beide nichts.

Stefan Kennedy

Bielefeld

konkret 12/90, S. 8

Hermann L. Gremliza

Blockwart, sauber

Weil ich bei den Fehlern bin: Gremliza ist, was die Deutschen betrifft, Rassist. Er glaubt, und das halte ich für einen seiner wenigen Irrtümer, der deutsche Mensch sei eine Art Subspecies unserer Gattung, und jeder Deutsche habe einen kleinen Hitler in den Genen. Aber selbst wenn unsere Landsleute jetzt wieder Nazis werden, was in der Tat ganz so wahrscheinlich ist, wie Gremliza sagt, – auch dann heißt DNS immer noch nicht Deutscher National-Sozialist. Es heißt weiterhin schlicht Desoxyribonucleinsäure. Selbst hier in den Gefilden zwischen Strasbourg und Kaliningrad sind die Chromosomen überparteilich und für jeden Sinn und Unsinn offen. Unstreitig sind die Deutschen Gesindel. Aber sie sind kein schlimmeres Gesindel als die übrigen Personen, die die Erde bevölkern.
Peter Hacks

Ja und nein, verehrter Hacks, liebe Internationalisten und Marxisten: Chromosomen sind überparteilich. Die Deutschen aber sind ein schlimmeres Gesindel, und schlimmer noch, seit ihr östliches Viertel den Versuch, ihm Manieren endlich auch mit Gewalt beizubringen, so glorreich abgewehrt hat.

Von den bereits zivilisierten drei Vierteln zu reden: Es ist Samstag, der 17. November 1990. Familienunterhaltung im deutschen Fernsehen, übertragen aus der Stadthalle in Duisburg. Der Conférencier des »Flitterabends« fragt den Kandidaten, der eine »Traumreise« gewinnen will: »Wieviel Prozent der Deutschen nehmen täglich ein Bad?« Der Kandidat, ein Berliner Standesbeamter in ökologischer Bartkrause, fragt zurück: »Mit oder ohne Ausländer?« Beifall und allgemeine Heiterkeit. Zwei Stunden später, im beliebten »Sportstudio«, erzählt der fröhliche Moderator, daß die Redaktion sich entschlossen habe, die für die Zusammenstellung des schon immer so genannten Bundesligablocks Zuständigen ab sofort »Blockwarte« zu nennen. Der Berliner Standesbeamte übrigens gewann, weil er sich (ohne Ausländer) für zehn Prozent entschied und damit näher an der richtigen Antwort (2,5 Prozent) war als die Mitbewerber. Wäre es ums tägliche Duschen gegangen, fügt der ums reinliche Selbstbewußtsein der Deutschen besorgte Conférencier hinzu, hätte man 21 Prozent sagen dürfen. Die übrigen vier Fünftel machen sich nur beim Lachen über die dreckigen Ausländer naß.

Was nun das ubiquitäre Gesindel betrifft, so leitet sich diese Auffassung theoretisch von dem Lehrsatz ab, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimme, oder vielmehr von einem Verständnis dieses Satzes, das sich auf die Werke des Karl Marx kaum (und auf seinen Briefwechsel mit Engels garnicht) berufen kann. Praktisch dient die Negation eines Nationalcharakters der Befriedigung des nicht zwischen Strasbourg und Kaliningrad, sondern durchaus zwischen Straßburg und Königsberg immer noch tief empfundenen Bedürfnisses, das andere Gesindel der Taten, die das eigene vollbracht hat, für fähig und, da es doch auf den bösen Willen weit mehr ankomme als auf die Tat, für schuldig halten zu dürfen. Es wäre angenehm, das Gerede von der Minderwertigkeit, unter dem man ethnische Gruppen in den Tod getrieben hat, sich verbitten zu können. Weil man anstatt Saujud »Mitbürger jüdischen Glaubens« zu sagen gelernt hat, dürfe der eigene Verein nicht, was ja bloß ein kraftloses Kraftwort ist: Scheiß Deutschland genannt werden.

Antisemiten, Faschisten, Fremdenhasser gibt es überall, und es ist wahr, daß ihr Auftreten, ihre Aggressivität und der Zulauf, den sie haben, von den Bedingungen der jeweiligen Gesellschaft, vom Stand der Klassenkämpfe (in besseren Wohnlagen: der sozialen Konflikte) geprägt sind. Daß ich dennoch einem Menschen, der anderer Hautfarbe ist, anders spricht oder anders riecht, lieber den Rat gebe, für den Fall einer europaweiten Rezession seinen Umzug von Duisburg oder Leipzig nach Kopenhagen oder Mailand vorzubereiten, hat gute Gründe:

»Dem Andenken meiner Eltern/ Hermann Elias, gest. Breslau 1940/ Sophie Elias, gest. Auschwitz 1941 (?)«, die solchen Rat nicht erhalten oder ausgeschlagen hatten, ist die 1969 in Bern erschienene zweite Auflage einer Studie gewidmet, die Norbert Elias erstmals 1939 publiziert hat. Er beschreibt darin, »wie aus Sozialcharakteren allmählich Nationalcharaktere werden«, bestimmte politische und gesellschaftliche Figurationen »den Prozeß der Zivilisation« lenken, und warum der es bei den Deutschen so schwer hatte. Zivilisation, sagt Elias,

... bedeutet verschiedenen Nationen des Abendlandes nicht das gleiche. vor allem zwischen dem englischen und französischen Gebrauch dieses Wortes auf der einen, dem deutschen Gebrauch auf der anderen Seite besteht ein großer Unterschied: Dort faßt der Begriff den Stolz auf die Bedeutung der eigenen Nation, auf den Fortschritt des Abendlandes und der Menschheit in einem Ausdruck zusammen. Hier, im deutschen Sprachgebrauch, bedeutet 'Zivilisation' wohl etwas ganz Nützliches, aber doch nur einen wert zweiten Ranges, nämlich etwas, das nur die Außenseite des Menschen, nur die Oberfläche des menschlichen Daseins umfaßt. Und das Wort, durch das man im Deutschen sich selbst interpretiert, durch das man den Stolz auf die eigene Leistung und das eigene Wesen in erster Linie zum Ausdruck bringt, heißt 'Kultur'... Der Zivilisationsbegriff läßt die nationalen Differenzen zwischen den Völkern bis zu einem gewissen Grade zurücktreten; er

akzentuiert, was allen Menschen gemeinsam ist oder – für das Gefühl seiner Träger – sein sollte. In ihm spricht sich das Selbstbewußtsein von Völkern aus, deren nationale Grenzen und deren nationale Eigenart seit Jahrhunderten nicht mehr in besonderem Maße zur Diskussion stehen... In dem Kulturbegriff (spiegelt sich) das Selbstbewußtsein einer Nation, die immer wieder fragen mußte: 'Was ist eigentlich unsere Eigenart? die immer von neuem und auf allen Seiten ihre Grenzen im politischen wie im geistigen Sinne suchen und zusammenhalten mußte.

Weil, kurz gesagt (und in anderen, seriöseren Worten nachzulesen im Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 158), die deutsche Bourgeoisie politisch von der Fahne gegangen ist, als die der Nachbarn durchmarschierte, drehten ihre Denker den Spieß um – Kant, Kaliningrad: »Wir sind in hohem Grade durch Kunst und Wissenschaft kultiviert, wir sind zivilisiert bis zum Überlästigen zu allerlei gesellschaftlicher Artigkeit und Anständigkeit...«; Fontane, Bundesland Brandenburg: »England und Deutschland verhalten sich zueinander wie Form und Inhalt, wie Schein und Sein...« bzw. was sich noch zeigen sollte: wie Schwein. Was sich mit bloßem Auge erkennen ließ: Macht, Glanz und das artige Benehmen der Konkurrenz, galt, da sie damit nicht dienen konnten, erst der Bourgeoisie und ihren Dichtern & Denkern, bald auch den Deutschen allgemein als oberflächlich, falsch und, später, »uneigentlich«. *Eigentlich* waren sie, waren ihre inneren Werte, ihr tiefer Humor und ihre urige Sitte, die Nase zwischen den Fingern auszuschneuzen, der oberflächlichen Höflichkeit, dem wurzellosen Witz und der krankhaften Finesse, zur Nasenreinigung ein Schnupftuch zu benutzen, weit überlegen. Recht hatte (und hat, sonst säße im Bundestag ab Montag wenigstens eine Partei weniger) nicht der welsche Schönredner, sondern vor allen anderen der ehrliche Mann, der es nicht sagen kann: der Heidbauer bzw. -egger.

Bei den Landsleuten kommt es darauf an, wie es da drinnen aussieht, und wie's da drinnen aussieht, geht niemand was an. Entsprechend sieht's aus. Der Wirt vom Deutschen Haus drückt hastig die Klappe zu, wenn die sauren Kutteln die Durchgabe zum Gastraum passiert haben. Nur der italienische Pizzabäcker läßt jeden in die Küche gucken, der Blender. »Mit Ausländern« wäre man bei Zählung derer, die täglich ein Bad nehmen, womöglich auf mehr als 2,5 Prozent gekommen. Im Gegensatz nämlich zu türkischen Zigarettenkippen im Treppenhaus sind deutsche Achselnässe und Mundgeruch nicht Zeichen mangelnder Sauberkeit, sondern Ausdruck innerer Werte.

Die Einzigartigkeit unter den Nationen Europas, derer sich die Deutschen brüsten, ist kein leerer, auch kein Oberlehrerwahn. Nicht ihre Chromosomen, wohl aber ihre »Soziogenese« und ihre »Psychogenese« (Elias) haben sie als Feinde der Zivilisation gestählt, Feinde zudem, die ihr zivilisatorisches Minus als »kulturelles« Plus zu fühlen nie aufgehört haben und es darum dem anderen Gesindel immer wieder zeigen müssen. (Davon, wie sehr sie das bis heute tun, berichtet Wolfgang Pohrts Studie, Fortsetzung des Abdrucks in KONKRET 1/90 ff.)

Die Blockwarte des deutschen Familienprogramms, verehrter Peter Hacks, haben keinen kleinen Hitler in den Genen; Hitler hatte einen überlebensgroßen deutschen Standesbeamten im – ja, wie nennen wir's? – im Gemüt.

konkret 12/90, S. 10

Thomas Ebermann

An einem Strang

Einleitender Kasten Dokumentation eines Artikels aus dem »Neues Deutschland«, vom 1. November 1990

Ex-Kaserne könnte Basdorf vor Massenarbeitslosigkeit retten, doch das Land plant Asylantenheim

Den Investoren soll der Stuhl vor die Tür gesetzt werden

Von HANS-JÖRG GLÖDE

Ich habe noch nie so viele Basdorfer auf dem Haufen gesehen, nicht mal beim Erntefest, sagte einer scherzhaft, als sich am Montagabend rund 700 Einwohner der kleinen Gemeinde im Kreis Bernau in den hoffnungslos überfüllten Kinosaal der ehemaligen VP-Kaserne drängten. Doch das sollte bei dieser kurzfristig anberaumten Zusammenkunft der einzige Scherz bleiben. Denn das Dorf ist in Gefahr.

Und so hielt sich der amtierende Bürgermeister Peter Liebehenschel nicht lange bei der Vorrede auf. Jeder vierte sei bereits ohne Arbeit und weitere Entlassungen stünden ins Haus. Deshalb soll auf der Grundlage des Kommunalvermögensgesetzes das das 400 000 Quadratmeter umfassende Kasernengelände in Eigentum der Basdorfer übergehen. Man wolle hier mittelständische Industrie ansiedeln. um "irgendwie aus der Hüfte zu kommen." Erste Gutachten von Unternehmensberatern sehen gute Chancen, hier bis zu 2000 Arbeitsplätze zu schaffen. "Wenn nicht" daraus machte der Bürgermeister keinen Hehl, "ist unser Dorf tot." Auch finanziell bliebe die Gemeinde dort wo sie zur Zeit ist: im Keller. Über 5 Millionen Mark Schulden sind in der Gemeindekasse.

Doch verschiedene Ämter und Regierende des Landes haben andere Pläne, erfuhr man im Gemeinderat vor einigen Tagen. Offeriert wurde ein Projekt, das alle Basdorfer Pläne über den Haufen werfen würde: Aus der Kaserne soll bereits ab 1. 12. ein Erstaufnahmelager für 1500 bis 2000 Asylanten und Übersiedler werden...

Die Basdorfer reagierten. Ein Schreiben der Gemeindevertretung, von dem 1200 in die Haushalte geschickt wurden, kam sofort 1000fach zurück mit einem klaren Nein zum Asylantenheim. Auch der Koordinator für Ausländerangelegenheiten des Landes Brandenburg, Dr. Wilhelm, konnte die Basdorfer an diesem Abend nicht umstimmen. Sein Hinweise auf den Enigungsvertrag, der eine Aufnahmequote auch für die neuen Bundesländer festschreibt, heizte die Stimmung nur noch mehr an. Lautstarken Unmut gab es auch beim Eingeständnis, daß man sich um ein anderes Objekt für das zentrale Aufnahmeheim bemüht habe, was nicht gelang, weil darin "bereits eine militärische Organisation wieder Platz gefunden hat."

Die Wellen der Empörung und der noch jungen Demokratie schlugen hoch an diesem Abend. Von Angst vor einer hohen Kriminalität und Rauschgift war die Rede, von Zäunen, die man dann höher bauen müsse, von Töchtern, die man besser verstecke, von Touristen und Investoren, die ausbleiben würden, von sinkenden Grundstückspreisen. Wenn auch manches Vorurteil gegenüber Ausländern zu hören war, dem Verdacht der Ausländerfeindlichkeit entzogen sich die Basdorfer recht glaubhaft: Sie wollen 30 Sowjetjuden, die dort zur Zeit einen Sprachkurs absolvieren in die Gemeinde integrieren. Alles andere, so der Bürgermeister, wäre nicht zu verkraften. Er sei auch als neuer Bundesbürger nicht bereit, sagte einer der Einwohner unter großem Beifall, die verfehlte Bonner Ausländerpolitik mitzutragen.

Das Land hat also die Hand auf der Kaserne und die Kommune auch. Wenn die neue Regierung in der nächsten Woche nicht eine annehmbare Entscheidung fällt, werden die Basdorfer, so haben sie es angedroht, die F 109, eine der wichtigsten Verkehrsadern des Landes Brandenburg, blockieren...

Aus: »Neues Deutschland«, 1. November 1990

Beginn des Artikels von Thomas Ebermann

Wäre ein Artikel wie der hier dokumentierte in einer bürgerlichen Zeitung möglich? In rechten Lokalblättern der Landkreise Augsburg oder Neumünster gewiß. Liberale Blätter würden mehr Distanz zu den wütenden Bürgern gewahrt haben und hätten nicht unterschlagen, daß es die »Investoren« und das »Gutachten«, das 2.000 Arbeitsplätze verspricht, in Wahrheit gar nicht gibt.

Wir waren fünf Tage lang in Basdorf. Für eine Rundfunksendung beobachteten Marion Pein und ich die per Staatsvertrag vereinbarte Unterbringung von Asylsuchenden und Aussiedlern in der DDR. Basdorf liegt 25 Kilometer nördlich von

Berlin, hat 3.500 Einwohner, die meisten Berufstätigen sind Pendler. Eine große Kaserne, in der kasernierte Volkspolizei für Objektschutz und Großveranstaltungen in Berlin stationiert war, hat den Ort geprägt.

Die Bürgerversammlung vom 29. Oktober, über die das »Neue Deutschland« berichtet, hat eine »Willenserklärung« verabschiedet: »Wir halten eine Gemeinde mit einem solchen Anteil von 'Lagerinsassen' für nicht mehr regierbar.« Am 16. und 17. November soll die F 109 blockiert werden, wenn bis dahin die Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten Stolpe keine »Wendung zum Guten« gebracht haben.

Auf einer Art Aktivistenversammlung am 7. November plädierten der amtierende Bürgermeister und seine Verhandlungsdelegation für die Möglichkeit, die Blockade »aus Fairness« gegenüber dem Gesprächspartner Stolpe auszusetzen, die Vertreter des Nutzhundevereins (Schäferhunde) und der freiwilligen Feuerwehr, die für die Organisation zuständig ist, wollen lieber beim festgesetzten Termin bleiben und so »den Druck verstärken«. (Die Entscheidung fällt nach Redaktionsschluß.)

Bisher haben die Basdorfer alles einstimmig beschlossen. Der Gemeinderat hat 23 Mitglieder, 10 von der »Bürgerinitiative Basdorf«, je 5 von der SPD und der PDS, je eines von CDU, den Liberalen und Frauenverband. Alle sagen, daß es im Kampf gegen das »Asylantenheim« keinen Parteienegoismus geben dürfe. Einen Gegner oder eine Gegnerin der Einheitsfront haben wir im Dorf nicht finden können. Die Basdorfer, die wir sprachen, äußerten sich derber als ihre Vertreter. (Ein langes Gespräch mit den sowjetischen ‚Juden wird hier aus verschiedenen Gründen nicht dokumentiert.)

Das Parteiprogramm der PDS, um das es im Gespräch mit Redakteuren des »Neuen Deutschland« geht, ist gut. Es endet mit den Forderungen: Gleiche Rechte und offene Grenzen für alle. Wahlrecht auf allen Ebenen auch für hier lebende AusländerInnen. Keine Sondergesetze für ImmigrantInnen und Flüchtlinge. Keine Einschränkung des Asylrechts.

Herr Conrad

Herr Conrad ist der bekannteste Vertreter der PDS im Gemeinderat. Er arbeitet seit 1962 in Berlin bei der Stadtwirtschaft (Müllabfuhr), davor war er acht Jahre bei der Bereitschaftspolizei und den Grenztruppen, weil er Bäcker gelernt hat im Küchenbereich. Täglich um 4.05 Uhr geht sein Zug nach Berlin. Seine Betriebsgruppe war einst 24 Leute stark, 23 davon haben die SED bzw. die PDS verlassen. Er ist darüber verbittert und sagt von sich selbst, er bleibe der Partei treu, so lange sie bestehe. Er fühlt sich wegen seiner Parteimitgliedschaft manchmal bedroht.

Herr Conrad ist erfreut darüber, daß die Ablehnung des »Asylantenheims« im Gemeinderat einhellig geschieht: »Der Gemeinderat zieht, egal wer in welcher Partei ist, an einem Strang.« Im Verlauf des Gesprächs betont er mindestens zehn Mal: »An und für sich hat die Partei nichts gegen Ausländer und Asylanten« oder »Ich meine, ich habe nichts gegen Asylanten, um Gottes Willen, da bin ich der Letzte, auch meine Partei nicht.« Der Gedanke mündet jeweils in einem »aber wir können nicht einverstanden sein, auch meine Partei nicht, daß jetzt 1.000 oder 1.200 Asylanten nach Basdorf kommen sollen, das kann meine Partei nicht begrüßen«. Mehr als die 30 sowjetischen Juden sei Basdorf nicht zuzumuten.

Herr Conrad schildert gerne, wie gut es wäre, wenn sich in der Kaserne mittelständische Betriebe ansiedelten (»z.B. Computer und so«), aber auch Schulräume könnten dort untergebracht werden. Für eine realistische und zugleich wünschenswerte Alternative zum »Asylantenheim« hält er die Stationierung von Bundeswehr oder Bundesgrenzschutz.

»Also ich muß Ihnen ganz offen und ehrlich sagen, ich war ja selbst acht Jahre Uniformierter, wir haben hier in Basdorf zwischen 35 und 39 Jahre die Bereitschaftspolizei gehabt, und ich würde es als nicht schlecht empfinden, wenn der Bundesgrenzschutz hier irgendwie – oder vielleicht auch die Bundeswehr. . . Das begrüßt auch das Basdorfer Volk, auf jeden Fall wäre es angebracht, wenn da der Bundesgrenzschutz oder auch die Armee von drüben Einzug halten würden, im Vorzug vor den Asylanten.«

Unsere Frage nach Auslanderfeindlichkeit in Basdorf beantwortet Herr Conrad konsequent nicht. Aber einmal läßt er sich doch hinreißen: »Unsere Partei hat nichts gegen Asylanten. Aber die Bürger von Basdorf, also was ich hier erlebt habe (auf der Dorf-Versammlung), das war das Schlimmste. Es gibt Leute dabei, die wir auch verachten. Aber der größte Teil, das sind über 90 Prozent. . .«

Herr Lessing

Herr Lessing ist Vorsitzender einer PDS-Ortsgruppe (es gibt in Basdorf zwei). Er ist Pensionär und war Oberst der Nationalen Volks-Armee.

Wir besuchen ihn nach einer Zusammenkunft im Feuerwehrhaus, an der Vertreter der Parteien, Vereine und Verbände Basdorfs teilgenommen haben. Hier war ein operatives Konzept für die Blockade der F109 diskutiert worden, und die Delegation, die Ministerpräsident Stolpe am Nachmittag besucht hatte, berichtete von ihrem Gespräch. Herr Lessing ist besorgt, daß die Basdorfer Delegation sich vom Ministerpräsidenten hat einwickeln lassen und nun, ohne konkrete Zusage eines Verzichts auf das Basdorfer Asylantenheim, auf die geplante Blockade der Fernstraße verzichten könnte.

Die PDS hat einen Vorschlag gemacht, wie der Kampf gegen das »Asylantenheim« um eine spezifische Aktionsform angereichert werden könnte: »Daß gleichlaufend mit außerparlamentarischen Dingen... ein Bürgerkomitee zu bilden ist, zur Besetzung des Objektes, wenn die Gedanken der Bürger (von der Landesregierung) wenig beachtet werden.« Diesen Parteibeschluß hat Herr Lessing an die Gemeindevertreter geschickt; sie haben die Anregung bisher ignoriert, was Herrn Lessing als weiteres Indiz für die Gefahr zu großer Kompromißbereitschaft wertet.

Herr Lessing betont, seine Partei sei nicht gegen die Aufnahme von Bürgern, die in ihrer Heimat politisch oder rassisch verfolgt werden. Aber die 30 sowjetischen Juden seien für Basdorf genug. »Für die Leute wäre schon Platz genügend vorhanden« (in der Basdorfer Kaserne), »aber die ganze Infrastruktur unseres Ortes wird derart belastet, unsere Verkaufseinrichtungen, die reichen ja kaum aus für unsere Bevölkerung.«

Herr Lessing gibt bereitwillig zu, daß das Problem der Infrastruktur zweitrangig ist: »Die Hauptängste der Bürger sind Unruhe im Ort, Übergriffe, das Ansteigen von Straftaten und auch, daß diese Bürger versuchen, an Rauschgifte heranzukommen, die dann hier im Ort vertrieben werden. Das Hauptproblem ist also Unsicherheit.«

Die Asylanten sollten besser auf andere ehemals militärisch genutzte Einrichtungen verteilt werden, dort müßten »die Proportionen stimmen«. Die Versammlung der 700 Basdorfer ist Herrn Lessing Beweis, daß die Basdorfer Bürger sich für eine vernünftige Lösung einsetzen. Zwar habe es auch einen Diskussionsbeitrag gegeben, der »völlig daneben« gewesen sei, und Bürger, die den gemeinten Redner nicht persönlich kennen, könnten das falsch verstanden haben. Herr Lessing nennt das eine »Entgleisung« und zitiert aus der Erinnerung, einer habe gesagt, er würde »die Bäume selbst umhacken, damit die Schweine hier nicht reinkommen«. Mit dem Hinweis »damit gewinnt man keine Resonanz« meint Herr Lessing eher Regierungsstellen als die Basdorfer Bevölkerung, die applaudiert hat, wenn's derbe rüberkam. Auf die Frage, ob dieser eine Bürger Rassist sei: »Es wäre ungerecht, dem Bürger irgendetwas zu unterstellen.«

Da wir uns nun *gemeinsam* Sorgen machen über die Entgleisung *anderer,* können wir Herrn Lessing absurderweise fragen, was passieren würde, wenn die PDS nicht gegen das Asylantenheim aufträte. »Meine Meinung: Dann würden die Angriffe gegen uns noch stärker werden, als sie gegenwärtig schon sind. Eine solche Sache, gegen Ausländerfeindlichkeit anzukämpfen, kann nicht nur Sache einer Partei, also der PDS sein. Hier müssen alle anderen etablierten Parteien – CDU, FDP, SPD – mit an diesem Strang ziehen. Wir wollen uns unserer Verantwortung nicht entziehen, aber wir lehnen eine Einzelaktion ab.«

Gegen Ende des Gespräches, wir haben gerade erfahren, daß die PDS-Ortsgruppe einen Brief an die PDS-Zentrale beschlossen hat, in dem sie unmißverständlich den Finanzskandal verurteilt, der ihr Ansehen und ihre Verankerung bedroht, also gegen Ende des Gesprächs kommt es zu einem Mißverständnis.

Ebermann: »Ich bin besorgt, was geschehen würde, wenn die Übersiedler oder Asylanten hier tatsächlich leben würden. Ich weiß nicht, ob sie durch das Dorf gehen könnten, ob ihnen ihre körperliche Unversehrtheit sicher wäre.«

(Offenbar versteht Herr Lessing hier »sie« als »Sie« und »ihnen ihre« als »Ihnen Ihre«, meint also, ich mache mir Sorgen um *seine* Gesundheit).

Lessing: »Wie, von den Asylanten?«

Ebermann: »Ja«

Lessing: »Ja, damit muß man rechnen.«

Ebermann: »Daß sie angegriffen werden.«

Lessing: »Ja, damit muß man rechnen. Das ist ja diese Sorge, die unsere Menschen im Ort haben. Das würde wieder in den Ort rechts- oder linksradikale Menschen anziehen. Es würde zu Streitigkeiten kommen und zu Tätlichkeiten, und natürlich macht das alles um den Basdorfer Bürger keinen Bogen. Da kann natürlich auch passieren, daß mich das betrifft, wenn ich abends von einer Veranstaltung komme, daß jemand irgendwo hinterm Baum oder hinterm Lichtmast steht und dann versucht, meiner habhaft zu werden. Kann auch passieren, daß man versucht, wenn niemand im Hause ist, einzubrechen.«

Ebermann: (das Mißverständnis war bemerkt) »Aber wer soll Sie überfallen?«

Lessing: »Mich? Ich habe keine Anhaltspunkte, daß mich jemand überfallen will.«

Ebermann: »Sollen das Deutsche aus Basdorf sein oder Bewohner des Asylantenheims?«

Lessing: »Ja, warum sollen mich Basdorfer anfallen? Weil ich PDS bin?«

Marion Pein: »Aber warum sollten Sie Asylanten anfallen?«

Lessing: »Ich meine nicht speziell mich. Sie wissen doch, wenn mehrere ausländische Bürger in einem kleinen Territorium leben, dann kommt es zu Reibereien. Ob das beim täglichen Einkauf ist oder bei der Bahnfahrt. Es kann sich ja so eine Sache zuspitzen, daß man dann. . . Vermutungen, Vermutungen. . . daß dann irgendwelche Bürger aufgelauert werden und dann verdroschen werden... Vermutungen.«

Ebermann: »Meine Frage war, ob Sie sich auch vorstellen können, daß Asylanten, die durchs Dorf spazieren gehen, von Basdorfern angegriffen werden?«

(Jetzt ist allen Beteiligten klar, daß ein Mißverständnis vorlag.)

Lessing: »Ach, wissen Sie was, so ein paar Extreme gibt es überall. Warum nicht. Ich würde mich freuen, wenn es nicht so wäre, aber ich möchte mich nicht dafür verbürgen, daß es nicht doch einige ganz Extreme gibt.«

Das Mißverständnis ist ausgeräumt.

Müller/Glöde

Michael Müller ist der Leiter der Landesredaktion Brandenburg des »Neuen Deutschland«, Hans-Jörg Glöde der Autor des abgedruckten Artikels. Zunächst ist nur Herr Müller anwesend, Herr Glöde wird »im Hause« gesucht. Im Unterschied zu unseren anderen Gesprächen argumentieren wir deutlich von einem linken, antirassistischen Standpunkt aus. Das Gespräch wird dadurch zeitweise recht aggressiv.

Herr Müller verneint unsere Frage, ob das ein 'besonderer' Artikel sei, Reaktionen darauf habe es nicht gegeben, interne Diskussionen ebenfalls nicht und auch keine Leserbriefe. Daß der Artikel sich in eine Front mit Ausländerfeinden stellt, kann für Herrn Müller nicht sein, »denn da ist ja von Leuten die Rede, die . .. sehr gerne Ausländer aufnehmen würden in ihrer Gemeinde, nämlich sowjetische Juden«.

Also lesen wir gemeinsam im Artikel rum, ob sich da Anzeichen von Rassismus finden lassen, ob der Autor eine kritisch gemeinte Anspielung dagegen formuliert hat und was die Formulierung »Dem Verdacht der Ausländerfeindlichkeit entzogen sich die Basdorfer recht glaubhaft« wohl bedeutet.

Herr Müller bemüht sich um Interpretation des Basdorfer Volkszorns: »Gewehrt haben sie sich eigentlich weniger gegen Ausländer, sondern dagegen, daß man ihnen ultimativ auf dem Amtswege die einzige ... Variante vorgezeigt hat ... ohne mit ihnen vorher zu reden. Daher ergab sich ganz offensichtlich die Erregung bei ihnen.« Wir zweifeln an dieser Version und auch daran, daß der Artikel im Einklang steht mit den programmatischen Aussagen der PDS. Herr Müller sieht sich in Übereinstimmung mit dem PDS-Programm und »weiß nicht, was das mit dem Artikel zu tun haben soll«. (Der Autor Hans-Jörg Glöde nimmt ab diesem Moment am Gespräch teil).

Schließlich macht Herr Müller eine Konzession, warnt uns aber zugleich vor Eindimensionalität: »Ich nehme an, die Leute haben viele andere Sorgen, da muß man aufpassen, daß sie sich nicht Bahn brechen gegen Ausländer, das ist völlig richtig, aber daß sie noch andere Probleme als das Ausländerproblem haben, das können Sie sich doch sicherlich auch vorstellen.« Wir können uns sogar vorstellen, daß mit dem Verweis auf allerlei soziale Probleme Rassismus legitimiert wird. »Da haben Sie völlig recht«, sagt Herr Müller.

Und wie zur Bestätigung erläutert Herr Glöde: »Es geht in Basdorf eigentlich gar nicht um Ausländer, sondern es geht eigentlich darum, daß anstelle dieser Betriebe, die sie ansiedeln wollen, etwas anderes dorthin kommt. Wenn dort die Bundeswehr hinkommt, wäre es wahrscheinlich genau das gleiche, weil sie ihnen auch den Platz wegnimmt, um Arbeitsplätze zu schaffen.«

Wir wissen, daß das unrichtig ist, alle von uns interviewten Basdorfer würden Bundesgrenzschutz oder Bundeswehr begrüßen. Irgendwann konzidieren die Redakteure des »ND«, daß der Protest gegen militärische Nutzung eine Nuance schwächer ausfallen könnte. Auf den Einwurf, eine Kaserne brächte für die Basdorfer ebensowenig Arbeitsplätze wie das »Asylantenheim«, meint Herr Glöde: »Ja, da geht es aber schon los, indem manche sagen, ich muß dann für die Ausländer arbeiten. Ich bin Diplom-Ingenieur und arbeitslos, und jetzt gehe ich in die Küche für die Ausländer arbeiten.« Auf unseren Hinweis, daß die Basdorfer Vergewaltigungs-Ängste auf Dunkelhäutige und Sinti projiziert werden, nicht aber auf deutsche Soldaten, wirft Herr Glöde ein: »Vielleicht auch nicht unbegründet.«

Die Stimmung droht zu eskalieren, wir entschließen uns zur 'Versachlichung' und räsonieren, wie realistisch es ist, mittelständische Betriebe mit einem Arbeitsplatzvolumen zwischen 1.500 und 2.000 anzusiedeln. Herr Glöde: »Wenn das Asylantenheim nicht entsteht, dann werden die kommen; dafür gibt es schon Vorlagen dort, dafür gibt es Unternehmens-Beratungsgruppen, die dort schon tätig geworden sind.« Herr Glöde schildert wortreich die attraktive Lage, das Interesse von Investoren an dieser Region und daß die Unternehmensberater am Abend der Basdorfer Versammlung nur zeitlich verhindert gewesen seien.

Wir kennen die Wahrheit. Es ist versucht worden, mit der West-Berliner Firma »Liebert und Partner« Kontakt aufzunehmen; die sind abgesprungen. Ein Gutachten gibt es nicht, konkrete Investoren erst recht nicht. Aber die Geschichte war schön, wie Herr Glöde sie erzählt hat.

Ob die 30 sowjetischen Juden nach Abschluß des Sprachkurses, den sie in Basdorf in einer ehemaligen Ausbildungsstätte für DDR-Entwicklungshelfer absolvieren, überhaupt in Basdorf bleiben wollen, weiß Herr Glöde nicht. Daß ihnen

»Integration« von der Bürgerversammlung angeboten wurde (keiner weiß, was das bedeutet, außer, daß nicht gefordert wird, sie sollten sofort abhauen), ist ihm allerdings ein starkes »Indiz«, daß unsere schlechte Meinung über die Basdorfer nicht richtig sein kann. Rassismus auf der Bürgerversammlung? »Ach Gott, da spielen Emotionen eine Rolle, in so einer Versammlung, ... und zwischen Vorurteilen und Ausländerfeindlichkeit sehe ich auch noch einen Unterschied.«

Unsere Feststellung, in dem »ND«Artikel fehle jedes Argument zugunsten der Asylsuchenden, z.B. der Gedanke, *sie* könnten eine Unterbringung in einem so großen Lager als unzumutbar empfinden, überrascht die Redakteure. In diesem Artikel wäre das fehl am Platze, »weil es nur um Basdorf ging«, aber »vielleicht wäre das ein zweiter Schritt, Alternativen anzubieten, die auch akzeptiert werden«, meint der Autor, und Herr Müller meint: »Auf jeden Fall muß man auch solche Artikel schreiben, da haben Sie völlig recht.«

Als Marion Pein damit nicht zufrieden ist, weil sie kein *zusätzliches* Argument gegen das »Asylantenheim« liefern, sondern die rassistische Grundrichtung des Artikels kritisieren wollte, wird der Ton von Herrn Glöde schneidend: »Sie können sich vielleicht in die Asylanten besser hineindenken als in die Menschen, die dort wohnen. Das ist jedenfalls mein Eindruck, weil Sie von Rassismus sprechen, und das geht nicht aus dem Artikel hervor.«

Aber muß man sich nicht rassistischen Stimmungen entgegenstemmen? Herr Glöde wird böse: »Das sind doch nicht die einzigen Stimmungen in diesem Land. Hier gibt's auch Stimmungen, wenn die Menschen arbeitslos sind, dann entstehen noch ganz andere Stimmungen als Rassismus... Das sind Stimmungen, in die ich mich ... sehr gut hineinversetzen kann!«

Wir haben für einen Moment das Gefühl, unser Besuch könnte auch formal im Eklat enden. Alle sind aber schließlich um 'Glättung der Wellen' bemüht. Herr Müller meint, wenn auch nur bei zweien (er meint uns) ein falscher Eindruck über diesen Artikel entstanden sei, »dann ist das Signal genug, da noch einmal nachzuhaken«. Er findet ausgewogene Worte: »Man muß Lösungen anbieten, um diesen Druck von den Menschen zu nehmen, damit sie aufnahmebereiter und frei anderen Dingen gegenüberstehen und nicht immer nur durch Wohnung, Bauch und ihre soziale Lage an ihren Nabel erinnert werden, sondern daß es eben weitaus mehr gibt in der Welt, wofür man sich einsetzen muß.« Herr Glöde sagt abschließend Ähnliches.

Herr Liebehenschel

Ob es in Basdorf das »Asylantenheim« geben wird, erscheint dem amtierenden Bürgermeister Peter Liebehenschel von der Bürgerinitiative nach einem Besuch bei Ministerpräsident Stolpe wieder offen. Jedenfalls gibt es garantiert ein »rechtsstaatliches Verfahren«, und Herr Liebehenschel hofft, daß da nur dienstbeflissene Beamte vorgeprescht sind, um in Bonn Eindruck zu schinden. Er selbst beschränkt sich bei der Begründung seiner Ablehnung des »Asylantenheims« strikt auf die Arbeitslosigkeit, die es zu bekämpfen gelte. Ein böses Wort über Ausländer fällt von seiner Seite nicht.

Kräftig sind allerdings seine Worte, wenn er auf eine militärische Nutzung der Kaserne zu sprechen kommt, da werde man sich »auf keinen Fall sträuben«, denn dann hätte man »starke Jungs« in der Nähe, und die zahlten auch noch Steuern. Daß es kein »Gutachten von Unternehmensberatern« gibt und keine begründbare Aussicht auf 2.000 Arbeitsplätze, gibt er zu – die kontaktierenden Institute sind weggeblieben.

Herr Liebehenschel ist Realist, er verzichtet uns gegenüber auf allzu großen Unsinn. Das Argument der ausbleibenden Touristen (gefallen auf der Einwohner-Versammlung, kolportiert im »Neuen Deutschland«) würde er niemals bemühen. Er kennt Basdorf und weiß, daß wir es auch gesehen haben. Daß bei einer Teilnutzung der Kaserne für Aslysuchende Investoren abgeschreckt würden und »die Grundstückspreise sinken«, referiert er realistisch.

Ausländerfeindlichkeit gebe es in Basdorf, »aber unter 5 Prozent«. Unsere Meinung, die 30 sowjetischen Juden würden ganz schön heftig als 'Feigenblatt' benutzt, empört ihn nicht: »Wir müßten unehrlich sein, wenn wir nicht sagen würden, na klar, ohne diesen Druck, ohne die Angst, daß wir hier 2.000 bekommen würden, hätten wir uns auch nicht um die Integration von 30 Leuten beworben. Wir haben ja genug eigene Probleme...«

Frau Freistädt

Frau Freistädt ist die Vertreterin der CDU in der Gemeindeversammlung. Sie hat Theologie studiert, dann bei einem Verlag gearbeitet und war schließlich hauptamtlich bei der CDU in Berlin angestellt. Jetzt ist sie nicht mehr berufstätig.

Frau Freistädt empfindet es als »moralisch und ganz schlimm«, daß gerade in dieses Lager, wo im Krieg die Nationalsozialisten Zwangsarbeiter kaserniert hatten, jetzt wieder Ausländer untergebracht werden sollen. Das dürfe den Asylanten und dem Dorf nicht zugemutet werden. Sie argumentiert am drastischsten, welche Übel vom »Asylantenheim« ausgehen würden, dies aber durchgehend im Gestus, daß dermaßen massenhaft Kasernierte nicht anders könnten, man sie verstehen, nicht verurteilen müsse.

»Wir fühlen uns einfach ausgeliefert«, sagt Frau Freistädt, da die wenigen Polizeikräfte aus der Kreisstadt Bernau unmöglich der Kriminalität Herr werden könnten. Auch mit Rauschgift habe man keine Erfahrung. Sie malt ausführlich

aus, was Basdorf da erwartet: Vergewaltigungen – »Das ist doch natürlich, wenn so viele Männer kaserniert sind«, schließlich »erinnern die Großmütter sich noch an die Zeit, als wir die Fremdarbeiter (Zwangsarbeiter) hier hatten«.

Vehement wie keiner unser männlichen Gesprächspartner bestreitet sie Ausländerfeindlichkeit in Basdorf. Die Bürger bestünden »lediglich auf ihrem Recht auf Heimat«. Das Dorf sei so lange fremdbestimmt worden, erst die Zwangsarbeiter, dann die Volkspolizei, jetzt das »Asylantenheim«. Sie wollten endlich einmal ihren Lebensraum selbst gestalten.

Die Stationierung von Bundesgrenzschutz oder Bundeswehr würde Frau Freistädt sehr begrüßen. Am besten gefiele ihr eine Teilnutzung durch Militär, damit etwas für Gewerbeansiedlung übrigbliebe. Eine Teilnutzung durch Asylsuchende sei undenkbar, da wegen der zu erwartenden Kriminalität kein Investor käme, schließlich müsse er befürchten, »daß bei ihm ständig eingebrochen würde«.

Frau Freistädt organisiert eine Kleidersammlung für die 30 sowjetischen Juden. Sie gastfreundlich zu behandeln sei eine Pflicht, »schon wegen der deutschen Geschichte«.

Herr Häser

Herr Häser ist seit acht Jahren Standortkommandant der Volkspolizei-Kaserne und lebt seit 28 Jahren in Basdorf. Er selbst nennt sich lieber »Dienststellenleiter«. In der Kaserne sind heute nur noch ca. 130 Personen beschäftigt ... für Instandhaltung, Heizen, Reinigen und wohl auch ein wenig damit, die Zeit totzuschlagen. Ihnen fühlt sich Herr Häser »moralisch verpflichtet«.

Außerdem ist er Mitglied des Hauptausschusses im Gemeinderat, zuständig für »Ordnung, Recht und Beschwerden« . Für den Gemeinderat kandidierte er auf der Liste der »Bürgerinitiative Basdorf«. Das überraschte uns etwas, weil er ehemals der faktisch »ranghöchste« SED-Kader in Basdorf war; aber der Ruf von Herrn Häser im Dorf ist gut, er gilt als kenntnisreich, und man unterstellt ihm für Basdorf nützliche Beziehungen.

Er schildert, wie seine Hoffnungen auf mittelständische Investoren, die noch im Sommer recht groß waren, mit jeder Erfahrung geringer wurden. Jetzt sei er sehr pessimistisch. Er tendiert daher zu militärischer Nutzung, zurückhaltend, weil er der Beschlußlage der Gemeindeversammlung gegenüber nicht illoyal erscheinen will.

Herr Häser wünscht sich das »Asylantenheim« wahrlich nicht, aber er kann nüchtern darüber sprechen. Er meint, das Land Brandenburg hätte die Pflicht, »wenn es denn gar nicht anders geht«, der Basdorfer Gemeinde eine Ausgleichsleistung zukommen zu lassen, etwa eine finanzielle Entschädigung, eine Entschuldung oder Hilfe beim Wohnungsbau; er beklagt, daß auf der Versammlung »nicht einer einen humanistischen oder ethischen Standpunkt ins Spiel gebracht hat«; er kritisiert, daß alle nur von »Asylanten« reden, weil »Aussiedler« nicht so leicht zu diffamieren seien; er meint, ein Drittel der Äußerungen auf der Dorf-Versammlung seien offen oder unterschwellig ausländerfeindlich gewesen; er hält es für nötig, sich uns gegenüber zu rechtfertigen, warum er geschwiegen hat (Beamtenrecht).

Auf die Frage, wie es jemandem ergangen wäre, der öffentlich gesagt hätte, er habe nichts gegen das »Asylantenheim«, antwortet er: »Bestenfalls wäre er niedergebrüllt worden.« »Und schlimmstenfalls?« »Ja, das wage ich nicht zu sagen, die Staatsgewalt ist im Moment nicht stark.«

Die schwache Staatsgewalt; immer wieder kommt Herr Häser darauf zu sprechen. Kein Wort spricht er so mißbilligend aus wie »Anarchie«. In der DDR gab es früher keine Ausländerfeindlichkeit. Sie erscheint ihm als ein Produkt des Zerfalls staatlicher Ordnung: »Wir hatten ein Jahr lang Anarchie – und die haben wir bis jetzt noch nicht überwunden. Die Staatsgewalt sank in ihren Einflußmöglichkeiten. Unsere Polizei war verunsichert und zur Wirkungslosigkeit verdammt. Jeder hat versucht, sich rauszunehmen, was nur möglich war. Das äußert sich in der Raserei im Straßenverkehr, also nicht nur solche ethischen Regeln wie das Verhalten gegenüber Ausländern sind völlig aus den Schienen gesprungen, sondern viele Prinzipien des menschlichen Zusammenlebens und der staatlichen Ordnung sind aus den Gleisen geraten. Das Einhalten der Straßenverkehrsordnung, das Einhalten gesetzlicher Bestimmungen, das Nichterscheinen vor Gericht, das Nichtbezahlen von Ordnungsstrafen, das Nichtbezahlen von Miete – all das ist aus den Fugen geraten ...«.

»Viele Kräfte, die in ihrem Denken vernünftig sind, die konservativ sind, die für Ordnung sind, die trauen sich nicht, weil hinter ihnen nicht der Schutz des Staates steht.« Darum können sich Skins und Jugendbanden so austoben. Obwohl Herr Häser hofft, daß die Basdorfer das »Asylantenheim« verhindern können, geht er auf kritische Distanz zur Blockade der Fernstraße, weil diese »Sicherheit und Ordnung untergräbt«. Eine symbolische Aktion könne er tolerieren, auf keinen Fall dürfe der Landesregierung ein Ultimatum gestellt werden. Herr Häser lobt die Auffassungen von Sicherheit und Ordnung, wie sie Ex-Innenminister Diestel (»dem meine Sympathie gehörte und gehört«) vertrat.

Herr Müller

Herr Müller ist der Vorsitzende der Freiwilligen Feuerwehr Basdorf. Auf der Versammlung von Vertretern der Parteien und Verbände zur Vorbereitung der möglichen Blockade der Fernstraße trägt er das operative Konzept vor. Er soll auf der

Bürgerversammlung viel Anklang gefunden haben. Er gilt aber auch als einer, der gern über's Ziel hinausschießt, den man falsch verstehen könnte, wenn man ihn nicht persönlich kennt.

Herr Müller ist prinzipiell gegen zu große »Asylantenheime«, denn »man kann 100 Mann besser bewachen, lenken und beaufsichtigen als 1.000 Mann«. Es macht ihn nachdenklich, daß bei den »Wolga-Deutschen so ein West-Schlitten rumsteht, mit dem die fahren«. (Er meint die sowjetischen Juden). Ausländerfeindlichkeit gebe es in Basdorf, das hätten die Türken zu verantworten, die aus West-Berlin kommen und hier als Händler aufgetreten seien, Grundstücke einfach betreten hätten und aufdringlich gewesen seien. »Die mußten regelrecht runtergejagt werden vom Grundstück.«

Herr Müller findet, daß man sehr aufpassen müsse, wie man formuliert. Der SFB habe einen kleinen Bericht über die Bürgerversammlung gesendet. Darin sei er – ganz kurz – vorgekommen mit den Worten: »mit Knüppeln bewaffnen«. Das sei aus dem Zusammenhang gerissen und erwecke einen falschen Eindruck. Wirklich habe er gesagt: »Uns kann es dann passieren, daß unsere Bürger die Zäune höher ziehen, sich mit Knüppeln bewaffnen und mit Pistolen, ihre Frauen und Kinder einsperren und draußen selber auf der Lauer liegen, damit ihrem Grundstück und ihrem Haus nichts passiert.«

konkret 12/90, S. 14

Dorothee Piermont

Die moderne Großmacht

Ein Blick auf die Mittel, mit denen die BRD die ehemaligen Sieger vor sich hertreibt und Europa fest in den Griff genommen hält, läßt ahnen, was vom größeren Vierten Reich zu erwarten ist.

Mein ideales Ziel, nachdem wir unsre Einheit innerhalb der erreichbaren Grenzen zustande gebracht hatten, ist stets gewesen, das Vertraun nicht nur der mindermächtigen europäischen Staaten, sondern auch der großen Mächte zu erwerben, daß die deutsche Politik, nachdem sie die injuria temporum, die Zersplitterung der Nation, gutgemacht hat, friedliebend und gerecht sein will.

So sprach der Reichsgründer Otto von Bismarck einige Jahre bevor die »friedliebende und gerechte« deutsche Politik, nachdem sie das Unrecht der Teilung gutgemacht hatte, geradewegs in zwei Weltkriege und millionenfachen Massenmord führte. Grund genug, heute nicht Versprechungen zu glauben, sondern die Fakten sprechen zu lassen.

Ist das am 3. Oktober 1990 entstandene, neue deutsche Reich auf dem Weg zur Groß- und Weltmacht? 56 Prozent der Westler und 75 Prozent der Ostler beantworteten diese Frage Anfang Oktober mit Ja. Gleichzeitig wollte sich jedoch fast die Hälfte (49 Prozent der Befragten in 0st und West) bei der Übernahme von mehr »Verantwortung in der Welt« zurückhalten bzw. sprach sich gegen eine Vormachtstellung des vereinigten Deutschlands in Europa aus (47 Prozent). Empfinden sich die Deutschen als Objekte übermächtiger Kräfte, die sie nach der Wiedervereinigung gegen ihren Willen, sozusagen naturgesetzlich, zu einem der mächtigsten Staaten der Welt machen? Oder werden hier schon wieder die Ausreden für die Zukunft geschmiedet: »Ich habe es nicht gewollt. . .«?

Von derartigen Selbstzweifeln sind jedenfalls die Macher Großdeutschlands nicht geplagt. Dem »Spiegel« antwortete Außenminister Genscher auf die Frage, ob er nicht »gelegentlich auch Anflüge von Beklommenheit« habe, wenn er »an das Potential dieses neuen Deutschland« denke, mit einem uneingeschränkten Nein. Nicht einmal eine »Versuchung zur Hegemonie« sehe er, geschweige denn die Gefahr, einer solchen Versuchung zu erliegen. Das vereinigte Deutschland werde nämlich bloß »mehr Verantwortung« statt »mehr Macht« anstreben und eine »Politik des guten Beispiels« betreiben, die »eine seiner großen Tugenden« sei. Hans Dietrich von Bismarck.

Wer sich erlaubt, dieses fromme Selbstbild infrage zu stellen, dem rückt Klaus von Dohnanyi den Kopf zurecht: »Ob wir zu stark werden, das fragen in Europa eben nur Leute, die stets mit den Augen im Rückspiegel der Geschichte fahren: die nicht nach vorn sehen und nicht wissen, wo die wirklichen Risiken liegen.«

48 Prozent der Franzosen fällt zu Deutschland als erstes Hitler ein, 4 Prozent denken an Goethe. In den Niederlanden wuchs die Zahl derer, die die Wiedervereinigung fürchten, binnen 12 Monaten von 32 auf 46 Prozent, und 36 Prozent der holländischen Abgeordneten wollen nicht ausschließen, daß Großdeutschland eines Tages versuchen könnte, sein Territorium auf militärischem Wege zu vergrößern. Aber das liegt offenbar nur am starren Blick in Dohnanyis Rückspiegel. Nichts hat es zu tun mit den unter Nazi-Deutschland erlittenen Erfahrungen. Würden all diese »Ewig-Gestrigen« endlich »nach vorn sehen«, dann erschiene auch ihnen die »schiere deutsche Größe« in Europa nicht »anstößig«. Sie würden sie vielmehr »als gegebene Normalität akzeptieren«, sagt Dohnanyi.

Was aber heißt »schiere deutsche Größe«? Bereits seit 1986 ist die BRD die größte Exportmacht. Etwa drei Fünftel ihrer ständig steigenden, enormen Handelsbilanzüberschüsse (1988 rund 128 Milliarden Mark) stammen aus dem Handel mit den anderen elf EG-Ländern, gehen also, wie selbst das offiziöse »Panorama der EG-Industrie 1990« feststellt, auf deren Kosten. 1989 überrundete die BRD mit einem Überschuß von fast 135 Milliarden Mark zum ersten Mal Japan.

Der BRD-Anteil am Handel der EG mit dem Rest der Welt lag zwischen 1980 und 1987 durchschnittlich bei 28 Prozent, während der entsprechende Anteil Frankreichs, Großbritanniens und Italiens durchschnittlich nur bei 16, 15 und 13 Prozent lag. Frankreich und Großbritannien, die beiden nächstgrößten Industriestaaten der EG, mußten sich in ein Kuchenstück teilen, das kaum größer war als das der BRD allein. Mit einem kleinen Fünftel der EG-Bevölkerung erwirtschaftete schon die BRD allein weit mehr als ein Viertel des EG-Inlandsprodukts. Unter den 70 größten westeuropäischen Firmen finden sich 18 bundesdeutsche. Rangliste: 4 der ersten 10 (Daimler, VW, Siemens, BASF), 4 zwischen Platz 11 und 20 (Bayer, Hoechst, Thyssen, Bosch), 5 zwischen Platz 21 und 30 (BMW, Mannesmann, MAN, Krupp, Metallgesellschaft) .

Seit 1948 gewann die DM weltweit gegenüber den wichtigsten Währungen um 215 Prozent (gegenüber dem französischen Franc sogar um 500 Prozent) und stellt heute nach dem Dollar die zweite Reservewährung der Welt dar, in der 15 Prozent aller Devisenreserven angelegt sind. Allein zwischen 1970 und 1988 verstärkte sie sich gegenüber der europäischen Kunstwährung ECU um ein Drittel, mehr als alle anderen EG-Währungen. So stellte sich die Lage am Vorabend der neuen Reichsgründung dar.

Drei Tage danach schrieb »Le Monde«: »Am 3. Oktober hat Frankreich einen Konkurrenten verloren. Deutschland hat die Kategorie gewechselt. In Zukunft wird es die USA, Japan und Deutschland geben und dann, weit abgeschlagen, die anderen (Frankreich, Großbritannien, Italien).« Die BRD, die bisher knapp 50 Prozent des japanischen Bruttoinlandsproduktes auf die Waagschale werfen konnte, bringt es nun auf 70 Prozent. Ihre Wertschöpfung wird von 2250 Milliarden auf 2700 Milliarden Mark steigen, während in Frankreich im selben Zeitraum nur mit einer Steigerung von drei Prozent zu rechnen ist. Die Bevölkerung der Bundesrepublik wuchs von einem Tag auf den anderen von 61,9 auf 78,5 Millionen, während Italien, Großbritannien und Frankreich, die in ihrem stärkeren Bevölkerungszuwachs bisher einen Konkurrenz-Trumpf gegenüber der Bundesrepublik sahen, mit 56 bzw. 57 Millionen Einwohnern weit zurückgefallen sind. Im IWF rückt die BRD, nach Kapital und Stimmenanteil, zum l. Januar 1991 gemeinsam mit Japan auf den zweiten Platz vor.

Bereits die »schiere deutsche Größe« sprengt den (west)europäischen Rahmen. Deutschland und Japan sind die späten Sieger des 2. Weltkrieges, bei denen frühere Sieger betteln gehen müssen. In einem vertraulichen Bericht der französischen Botschaft in Bonn heißt es: »Die Sichtweise, die die deutschen Medien auf die weltweite wirtschaftliche Rolle der BRD haben, ist durch den Zerrspiegel 'wirtschaftliche Supermacht' verzerrt. Verknüpfungen und Vergleiche werden fast immer hinsichtlich der USA und Japan, nicht hinsichtlich der Partner der (europäischen) Gemeinschaft angestellt. Das unbewußte Bild eines 'Clubs der Drei Großen Ökonomien'« beherrsche das Denken.

Vom Denken in wirtschaftlichen Supermacht-Kategorien zum hegemonialen politischen Handeln ist es nur ein Schritt, den das neue Reich wie schon die bisherige Bundesrepublik mit größter Selbstverständlichkeit tut. Als der ungarische Premierminister Miklos Nemeth im Sommer 1989 Kohl und Genscher bei einem Geheimbesuch auf Schloß Gymnich darüber informierte, daß er die ungarische Grenze für die DDR-Flüchtlinge öffnen würde, wollte ihn Kohl sofort belohnen. Damals zierte sich Nemeth, den Kaufpreis anzunehmen. Wenig später, am 20. August 1989, organisierte Otto von Habsburg, letzter Sproß der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie und CSU-Europaabgeordneter, in Ungarn mit Hilfe seiner Paneuropa-Union ein Picknick an der Grenze und die erste »Massenflucht« nach Österreich. Ungarn war denn auch das erste osteuropäische Land, für das die EG im Januar dieses Jahres ein Verhandlungsmandat für eine mittelfristige Finanzhilfe beschloß. Zufall? Wohl eher die Einlösung eines Versprechens.

Weitere Beispiele zur Gedächtnisauffrischung: Der im Februar nach Bonn gepilgerten Regierung Modrow wurde jede finanzielle Hilfe verweigert, um sie rechtzeitig vor den Märzwahlen moralisch und wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Die Nato-Zugehörigkeit Großdeutschlands wurde Gorbatschow im Kaukasus für 5 Milliarden Mark abgekauft. Für den endgültigen Abzug aller sowjetischen Truppen aus der DDR binnen vier Jahren gab es 13,5 Milliarden, die allerdings zum größten Teil deutschen Unternehmen zugute kommen sollen.

Neben der dicken Brieftasche bediente sich die »friedliebende und gerechte« deutsche Politik natürlich auch anderer Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele: der Politik der »vollendeten Tatsachen«, der Alleingänge, der Kooperationsunwilligkeit, der Verzögerungstaktik. So vermied Kohl beim EG-Sondergipfel zur »deutschen Frage« am 18. November 89 angestrengt das Wort Wiedervereinigung. 10 Tage später fühlten sich die restlichen Gipfelteilnehmer übertölpelt, als sie aus der Presse von Kohls 10-Punkte-Plan zur deutschen Einheit erfuhren. Für den Beginn der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion wurde nicht etwa zufällig der 1. Juli 1990 gewählt. Erst mit diesem Tag trat nämlich auch die 1. Stufe der EG-Wirtschafts- und Währungsunion in Kraft. Auf diese Weise konnte die BRD in der DDR den wirtschaftlichen Kahlschlag organisieren, ohne daß EG-Experten sich hätten anmaßen können, ihr dabei über die Schultern zu gucken.

Die Ex-Alliierten und die europäischen Nachbarstaaten reagieren gegenüber dem sich nach vorne boxenden Deutschland mit klassischem Appeasement, allen voran die UdSSR: Sie geben nach und weichen zurück. Damit ist eine der Voraussetzungen für ein »deutsches Europa« geschaffen. Die zweite ist älter: Die BRD hat der EG seit deren Gründung 1958 ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundvorstellungen, zusammengefaßt im Begriff der »sozialen Marktwirtschaft«, aufgeprägt. Damals hatte sie die spektakulärste Phase des sog. »Wirtschaftswunders« bereits hinter sich und pflegte mit Hingabe das Märchen von der ökonomischen Stunde Null, während in Wirklichkeit ihre Industrieanlagen 1945 nur zu 10 - 15 Prozent zerstört waren. Die dritte Komponente, die BRD in der Europäischen Gemeinschaft von Anbeginn an ein besonderes Gewicht gab, war der Kalte Krieg. Ihm verdankte die EG, wie Walter Hallstein, langjähriger deutscher Kommissionspräsident, 1969 feststellte, ihre Entstehung: »Die gemeinsame Bewältigung von Problemen war zu organisieren, die kein Staat... mehr allein in Angriff nehmen konnte: die Abwehr des Kommunismus.« Als Frontstaat und Kronzeugen kam der BRD in einem solchen Kontext natürlich besonderes Gewicht zu. Ihre wirtschaftlichen Leistungen wogen nicht nur ihr tatsächliches, sondern darüber hinaus ein Vielfaches an ideologischem Gewicht.

Marktwirtschaft, freies Unternehmertum, freier Handel, freie Preise: diese Schlüsselbegriffe westlicher Ideologie, die im Augenblick die Parolen für die Kolonisierung Osteuropas bilden, waren keine Erfindungen der BRD. Ihre Markenzeichen waren vielmehr: Sozialpartnerschaft, Einbindung der Lohnabhängigen durch gewerkschaftlich organisierte Mitbestimmung, gesellschaftlicher Konsens durch konsequente Entpolitisierung aller sozialen Auseinandersetzungen incl. der Streiks, Währungsstabilität vor Vollbeschäftigung, Abrichtung der Jugend auf Brauchbarkeit in der »Industriekultur«

durch Übertragung der Ausbildung direkt ans Kapital oder an die sozialpartnerschaftlich eingebundenen Arbeitnehmervertretungen. Hartnäckiges Bestreben der BRD war es, diesen Prinzipien EG-weit Gültigkeit zu verschaffen, z.B. in Mitbestimmungsregelungen für eine »Europäische Aktiengesellschaft«, in der Propagierung des bundesdeutschen Systems der Sozialversicherung über eine »Sozialcharta«, in der Forderung nach unbegrenzter Bewegungsfreiheit des Kapitals oder im Wunsch nach einem grenzenlosen, der exportorientierten deutschen Industrie auf den Leib geschneiderten Binnenmarkt. Dabei zwang sie z.B. Frankreich und Italien zur endgültigen Aufgabe aller Beschränkungen für den freien Kapitalverkehr.

Erquickend auch die Auseinandersetzung um den Aufbau der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Bis in den September hinein, d.h. solange die 4 + 2-Verhandlungen noch nicht abgeschlossen waren, hatte die Bundesrepublik der Abhaltung einer Konferenz über diese Union ab Dezember dieses Jahres zugestimmt, jedoch keine inhaltlichen Forderungen laut werden lassen. Kaum war der 4+2-Vertrag unter Dach und Fach, preschten Finanzminister Waigel und Wirtschaftsminister Haussmann unter Flankenschutz von Bundesbank und Industrie vor, um inhaltliche Vorbedingungen nachzuschieben: Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitiken der 12 (nach deutschem Muster), vollständige Freizügigkeit für Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, keine Finanzierung von Haushaltsdefiziten der Mitgliedstaaten durch die europäische Zentralbank, deren Unabhängigkeit und unwiderrufliche Verpflichtung auf Stabilität, eine einzige Währung als Endziel. Mit anderen Worten: die deutsche Bundesbank als europäische Zentralbank, die EG als Hülle und Instrument der Machtentfaltung der deutschen Ökonomie.

Diese »Diktatur der Mark« wird zunächst die EG, dann ganz Europa umgestalten. Die ärmeren EG-Mitgliedstaaten und Randgebiete wie Griechenland, Süditalien, Portugal, Irland gehen einer Zukunft als Armenhäuser der EG entgegen: Arbeitslosigkeit, sinkende Einkommen, steigende Preise; eine Karriere als Zimmermädchen oder Liftboy beim »Club Méditerranée«.

Osteuropa schließlich verkommt vollends zum Hinterhof Deutschlands, das einen Begriff aus der Tradition des deutschen Imperialismus bereits wieder zum Schlachtruf erhoben hat: »Mitteleuropa«. Im September 1990 stimmte das Europäische Parlament einer von Otto von Habsburg in einem Bericht über Ungarn vorgeschlagenen »Friedensordnung in Mitteleuropa« zu. Seit Jahrzehnten schon hatten Heerscharen emsiger Handelsvertreter und zahllose Niederlassungen dem deutschen Comeback in den Ländern des Comecon den Weg bereitet. 1986 hatte Genscher in Prag mit seinem Vorschlag, zwischen der Tschechoslowakei, der DDR und der BRD Diskussionen über gemeinsame Beiträge zur Abrüstung zu führen, eine Art »mitteleuropäische Entente« vorgeschlagen. Dazu kommen inzwischen auch von Seiten der EG Kredite, die auf Drängen der BRD an Wohlverhalten und rasche Fortschritte bei der Einführung von Marktwirtschaft und »Demokratie« gebunden sind: Parteienpluralismus, freie Wahlen, Abschaffung der Planwirtschaft, unbeschränkte Investitionsfreiheit und Gewinntransfermöglichkeiten für westliches Kapital, Bereitschaft, den gemeinsamen Wertvorstellungen des »freien Westens« zuzustimmen. Zusätzlich wird finanzielle und wirtschaftliche Konsolidierung nach den Kriterien des IWF gefordert und eine noch wirkungsvollere Indoktrination durch Organisation von Kursen und Ausbildungsgängen durch bundesdeutsche Konzerne angeboten. Regelmäßige Überprüfungen sollen erweisen, ob der Bittsteller durch pünktliche und sorgfältige Erledigung seiner Hausaufgaben sich der weiteren Finanzhilfe als würdig erweist.

Während zehn EG-Staaten (nur Thatcher will keinen weiteren Souveränitätsverzicht, da Großdeutschland sowieso Vormacht in der EG ist und dadurch nur weiter gestärkt würde) jedoch noch glauben, durch Vertiefung der westeuropäischen Integration die Vormacht Deutschland fesseln zu können und daher keine Vergrößerung der EG in den nächsten Jahren wünschen, gibt Kohls Teltschik in der »Welt« zum besten: »Wen kann es überraschen, daß Länder wie Polen, die CSFR und Ungarn so rasch wie möglich den Anschluß an die Europäische Gemeinschaft wollen?« Denn sie befänden sich auf der »Rückkehr nach Europa«, dem »Weg in die Gemeinschaft von Völkern mit gleichen Werten und Idealen, wie sie sich vor allem in der Europäischen Gemeinschaft widerspiegeln« .

Was Polen (oder andere osteuropäische Länder) von dieser Art erstickender Umarmung zu erwarten haben, machte »Zyzie Warszwawy« deutlich: »Noch einmal entsteht eine deutsche Großmacht... Die Voraussetzung der Wirtschaftsentwicklung eines Landes, das die Position einer Großmacht anstrebt, ist der Besitz eines wirtschaftlichen Hinterlandes mit niedrigerem Entwicklungsniveau... Unser Interesse liegt jedoch darin, daß Polen nicht zum Hinterland wird... Diese Versöhnung des Starken mit dem Schwachen (kann) uns auf das Niveau eines Landes der 'Vierten Welt' drücken.«

Und was kann die sog. »Dritte Welt« vom wiedervereinigten Deutschland anderes erwarten als eine eklatante Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Austauschbedingungen, wachsendes Elend und Tod durch deutsche Waffen, ja demnächst durch deutsche Soldaten? Jedenfalls hat Kohl durch einen Anruf bei der EG-Kommission am 17. Oktober dieses Jahres nach monatelanger Hinhalte- und Obstruktionspolitik eine Vollbremsung hinsichtlich eines von den 3. Welt-Ländern geforderten EG-Angebotes für die GATT-Verhandlungen versucht. Und damit die Bundeswehr sich nach den Reichstagswahlen auch außerhalb des Nato-Gebietes tummeln kann, haben sich bereits jetzt die Bundestagsparteien zu einer Grundgesetzänderung verpflichtet. Offen ist nur, ob das ausschließlich im Auftrag der UNO oder auch als multinationale Eingreiftruppe im Rahmen eines neuen europäischen Sicherheitssystems möglich sein soll.

Das Terrain wird durch den Bundesgrenzschutz vorbereitet: Nachdem er im Herbst 1989, angeblich als »Einzelfall ohne Präzedenzwirkung«, in Namibia eingesetzt wurde, winkt ihm nun ein Aufenthalt in Haiti bei den Wahlen auf der Insel des Ex-Diktators Duvalier. Um auch beim bevorstehenden Golfkrieg gegen Saddams Irak verfassungstreu mitmischen zu können, wird erwogen, Bundeswehrtruppen im türkischen Kurdistan entlang der türkisch-irakischen Grenze zu stationieren.

Deutschland ist also, mit den Worten Nicolai Portugalows, »in die Weltpolitik (zurückgekehrt), und zwar als eine moderne Großmacht... mit nicht nur europäisch-regionaler Ausstrahlung, ... sondern auch einer global-politischen Dimension« . »Partner in leadership« des US-Präsidenten Bush, »Partner Nr. 1« der UdSSR – was für eine Karriere. Kohl und Gorbatschow waren sich bereits im Sommer 1989 einig, »an die guten Traditionen ihrer jahrhundertelangen Geschichte anzuknüpfen«. An welche wohl? Tauroggen 1812, als Preußen von einem Tag auf den anderen aus dem Bündnis mit Frankreich ausscherte und sich mit Rußland gegen Napoleon verband? Rapallo 1922, als die Weimarer Republik und die UdSSR sich gegen die übrigen Sieger des 1. Weltkrieges zur Wirtschafts- und Militärkooperation zusammentaten, ja Deutschland entgegen dem Versailler Vertrag in Rußland Waffen produzierte und Armeen trainierte? Oder an den Hitler-Stalin-Pakt 1939?

»Solange es mehrere Deutschland gab, konnten wir dort spazierengehen. Als ein Deutschland geboren war, hatte das Lachen für uns ein Ende. Heute, wo es zwei gibt, können wir wieder schlafen, zumindest mit einem Auge. Wenn die zwei Teile wieder zusammengeklebt sind, werden wir uns wieder in den Hasen verwandeln müssen, der mit beiden Augen weit geöffnet schläft«, meinte Francois Mauriac 1963.

konkret 12/90, S. 18

Otto Köhler

Der Führe der Konsorten

Gesamtmetall, der Verband der metallindustriellen Arbeitgeber, feierte seinen 100. Geburtstag. Gesamtmetall ist stolz auf seine Geschichte, deren Weg von Leichen gesäumt ist, und will ihr in Zukunft Ehre machen

Gestern noch sei er in Bologna gewesen und habe dort eine zweitausend Jahre alte römische Straße mit großen Steinen gesehen, erzählte Arbeitgeberchef Klaus Murmann den soeben aufgenommenen Noch-DDR-Mitgliedern des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände. Und vielleicht kannten, verkündete Murmann, die alten Römer schon »das alte Unternehmer-Credo, das da heißt: Wir Unternehmer stolpern nicht über die Steine, wir bauen eine Straße daraus. Und wir werden diese Straßen in der DDR gemeinsam mit unseren neuaufgenommenen Freunden bauen.«

Erst Stasi in den Tagebau, jetzt Gesamtmetall in den Straßenbau. Keine schlechte Parole für den Neuanfang des neuen großen Deutschland. Aber so wörtlich war es schon bei den alten Römern nicht gemeint: Die Sklaven schleppten die Steine, und ihre – damals gab es den schönen Ausdruck noch nicht – Arbeitgeber standen mit der Peitsche daneben.

Jetzt, im Großen Festsaal des Westberliner Interconti, wo die all-deutschen Metallindustriellen zusammengetreten sind, um 100 Jahre Gesamtmetall samt der fünf Tage später vollendeten Zuführung der DDR zur Bundesrepublik zu feiern, jetzt und hier gilt unverbrüchliche Sozialpartnerschaft, Murmann sagt es: »Nicht erst das Verbot im Dritten Reich und der DDR hat deutlich gemacht, daß freie Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände ein gemeinsames Schicksal haben. Sie brauchen die Demokratie wie der Fisch das Wasser, und sie sind aufeinander bezogen wie Ebbe und Flut.«

Das Fest kann heiter werden, aus Bonn ist der Chef des Kanzleramtes, Bundesminister Rudolf Seiters, herbeigeeilt, um zu gratulieren. Der Kanzlerintimus bringt frohe Kunde aus unserer neuen Zone. Nur ein Jahr nach dem Fall der Mauer, freut sich Seiters, komme die Privatisierung, Sanierung und, »wo nötig, auch Stillegung der 8000 bisher volkseigenen Kombinate« voran. Die Stillegung, damit unsere Brüder und Schwestern im Osten endlich freigesetzt sind.

Und aus dem fernen Europa trifft Martin Bangemann ein, der Vizepräsident der EG-Kommission, von Gesamtmetall-Chef Werner Stumpfe als »Mitgestalter des europäischen Einigungsprozesses« gepriesen. Dieser Mann, der schon als Wirtschaftsminister von nichts sehr viel verstand, spricht jetzt beflissen nach, was ihm über die hundertjährige Geschichte von Gesamtmetall gesagt wurde: es seien hundert Jahre Geschichte »im Dienste des Gemeinwohls« gewesen.

Davon kündet tatsächlich die 600 Seiten dicke Festschrift »100 Jahre Gesamtmetall – Perspektiven aus Tradition«, die im Foyer ausliegt und die ganz offensichtlich in der Hoffnung geschrieben wurde, daß – so formuliert das Vorwort – »die Vergangenheit des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände aus der Zeit vor 1945 weitgehend im Dunkel der Geschichte« liege.

Fürs Gesamtwohl geschah schon die Gründung von Gesamtmetall: 1890 wurden Bismarcks Sozialistengesetze zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung nicht noch einmal verlängert – stattdessen gründete sich im selben Jahr der »Gesamt-Verband Deutscher Metallindustrieller« als »Anti-Streik-Verein«. Die Unternehmer waren nämlich damals, erzählt uns Gesamtmetall heute, hilflos den schlimmsten Angriffen durch die Arbeiterschaft ausgesetzt: »Arbeitskampf war damals ein ständiger Kleinkrieg mit oft überfallartigen Aktionen. Arbeiter kündigten von einem Tag auf den anderen und blieben der Arbeit fern.«

Das war vor hundert Jahren. Doch die Damen und Herren Arbeitgeber, die hier am 28. September 1990 im staubigen Reagan-Charme des Berliner Nobel-Hotels samt ihren Verbündeten den hundertsten Geburtstag ihres Verbandes feiern, sie irren. Denn die Gründungsversammlung fand bereits am 19. März 1890 statt.

Und doch, treffender als sie es tun, können sie gar nicht irren. Sie sind, wie ein bekannter Historiker am Ende ihrer Veranstaltung durchs eigene Beispiel klarlegen wird, auf der richtigen Feier. Denn auf diesen Tag genau vor hundert Jahren, am 28. September 1890, gründete sich der »Alldeutsche Verband«. Jene Organisation also, die Deutschland in den Ersten Weltkrieg trieb, weil sie die Welt neu verteilen wollte. Deutschland mußte Großdeutschland, mußte Weltmacht werden, denn, so hieß es in der Gründungserklärung: »Die Beschränktheit des deutschen Wirtschaftsgebietes führt zu einer Verzettelung seines Kapitals.«

Der »alte Drang nach Osten« müsse wieder lebendig werden, verkündeten die Alldeutschen damals und verlangten: »Nach Osten und Südosten hin müssen wir Ellbogenraum gewinnen, um der germanischen Rasse diejenigen Lebensbedingungen zu sichern, deren sie zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte bedarf, selbst wenn darüber solch minderwertige Völklein wie Tschechen, Slowenen und Slowaken ... ihr für die Zivilisation nutzloses Dasein einbüßen sollten.«

Aus dem Ellbogenraum wurde nichts – das Deutsche Reich kam 1918 in die Zwangsjacke, die es verdient hatte. Der damalige Gesamtmetall-Chef mußte seine Verbündeten erst einmal bremsen. Es war der MAN-Generaldirektor Anton von Rieppel, der, wie die Festschrift heute rühmt, sich »in vielen Organisationen und Vereinen für die Belange der Wirtschaft« einsetzte. Im Oktober 1918 empfahl von Rieppel im »Alldeutschen Verband« Vorsicht bei Aufrufen in der Öffentlichkeit,

denn: »Das Volk hört jetzt nur noch die sozialistischen Führer. Alle Aufrufe von Professoren, Rittergutsbesitzern, Industriellen und Offizieren verpuffen spurlos oder können höchstens Schaden anrichten, wenn in ihnen alldeutsche, schwerindustrielle, konservative oder reaktionäre Ziele vermutet werden.«

Die sozialistischen Führer wurden – darauf kommen wir noch – liquidiert.

Die »Antibolschewistische Liga«, über ihre Finanzierung müssen wir auch noch reden, vereinbarte mit den künftigen Mördern von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht: »Wenn auf unserer Seite vorerst keine Führer zu sehen« seien, dann dürfe »wenigstens die Gegenseite auch keine haben«.

Aber man hielt bereits fleißig Ausschau nach einem eigenen Führer, der im Ernstfall alle schwerindustriellen und alldeutschen Ziele vertrat und trotzdem einen annähernd sozialistischen Eindruck bei den Massen zu erwecken verstand. Der ließ sich gern finden. Rieppels Vertreter, der verehrte Direktor Dr. Otto Gertung, bekam Ende Januar 1921 vom Anführer der Alldeutschen, dem Justizrat Heinrich Claß, einen Bittbrief. Man habe doch schon verschiedentlich über die nationalsozialistische Bewegung unter Hitlers Leitung gesprochen, die den roten Terror in München gebrochen habe. Die Partei sei nun mit 100.000 Mark in Schwierigkeiten, weil sie den »Völkischen Beobachter« gekauft habe, um ihn in eine Tageszeitung umzuwandeln. Ob man da nicht aushelfen könne.

Die Antwort des Rieppel-Vertreters an den Chef der Alldeutschen: »Ich habe die Frage bei uns vorgebracht, und man war einer Unterstützung der Partei nicht abgeneigt. Wir müssen uns aber erst allgemein Gelder bewilligen lassen, und dann die Frage nochmals im Vorstand besprechen. Ich bitte daher noch um einige Geduld.«

Die Geduld zahlte sich nicht aus. Die bayerischen Metallindustriellen hatten so ihre Bedenken: Sie betrachteten Hitler als Fehlinvestition. Claß mußte seinem NS-Verbindungsmann am 8. Juni 1921 schreiben: »Es wurde mir gesagt, es lägen Berichte urteilsfähiger Männer aus München vor, die sich dahin aussprächen, daß die Bewegung um Drexler und Hitler dieselbe Entwicklung nehme wie bisher alle sogenannten nationalsozialistischen Versuche: Es gelingt nicht, aus der Arbeiterschaft in nennenswertem Maße Zuzug zu bekommen. Die Anhängerschaft beschränke sich auf kleinbürgerliche Kreise, und in München sei es besonders bedenklich, daß Beamte und vor allem Studenten irre gemacht und mit sozialistischen Gedanken verseucht würden ... Mein Einwand, daß es sich jetzt in der Hauptsache darum handele, die breiten Massen gegen das Judentum mobil zu machen und Breschen in die sozialistischen Parteien zu legen, wurde mit dem Hinweis bekämpft, daß der Schaden einer sozialistischen Verseuchung der Studentenschaft auf die Dauer schwerer wiege als die vorübergehende Erfüllung von beiden anderen Zwecken.«

Doch Hitler konnte schließlich nachweisen, daß die Herren ihm mit derlei Bedenken sehr Unrecht taten. Er erwies sich als ehrlicher Antisemit und als unerbittlicher Kämpfer gegen jede Form von Sozialismus. Das sah Rieppels Nachfolger im Präsidium von Gesamtmetall, Ernst von Borsig, denn auch ein, der, wie die Festschrift »100 Jahre Gesamtmetall – Perspektiven aus Tradition« festlegt, »zu den großen Persönlichkeiten in der Sozialpolitik der Weimarer Republik zu zählen ist«.

Niemand hat das besser bewiesen als Borsigs Privatsekretär Dr. Fritz Detert, der am 23. Oktober 1937 dem Sohn seines Anfang 1933 verstorbenen Chefs schrieb: »Wie ich Ihnen schon mündlich mitteilte, ist Ihr Herr Vater wohl einer der ersten gewesen, der hier in Berlin Beziehungen zu unserem Führer aufgenommen und seine Bewegung mit erheblichen Mitteln unterstützt hat. Dazu ist es wie folgt gekommen: Wie Sie wissen, bin ich Ende Februar 1919 direkt aus dem Corps Lüttwitz, und zwar Kavallerie - Schützen Division, zu ihrem Vater gekommen, um seine persönlichen, vertraulichen Angelegenheiten, die wegen ihrer Vertraulichkeit in der Firma nicht mitbearbeitet werden konnten, als Privatsekretär zu erledigen.«

Das bedeutet: Der Chef von Gesamtmetall hielt sich für seine vertraulichsten Angelegenheiten den Angehörigen einer anerkannten Mordorganisation – die Kavallerie-Schützendivision war es, die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht umgebracht hatte. Er hatte schließlich auch die »Antibolschewistische Liga« Eduard Stadtlers finanziert, der von den Leuten der Gardekavallerie-Schützendivision verlangte, daß vor den Wahlen zur Nationalversammlung die bekanntesten Führer der Arbeiterschaft ermordet werden müßten: Es gingen »Umsturz- und Zusammenbruchsgefahren« von ihnen aus (und noch heute muß – Perspektiven aus Tradition – die Festschrift beklagen, daß bis 1921 »der Anteil der politischen Streiks an den Arbeitskämpfen außerordentlich hoch« gewesen sei. Gesamtmetall-Beispiele: »So wurde anläßlich der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht oder für die Räterepublik und gegen das Betriebsrätegesetz gestreikt.«)

»An dieser Stelle«, vermerkt heute die Festschrift »Hundert Jahre Gesamtmetall – Perspektiven und Tradition« – kann der Lebensweg des Ernst von Borsig ... »nur sehr grob nachgezeichnet werden«. Sein Privatsekretär Detert konnte es 1937 im Brief an den Borsig-Sohn umso feiner: »Ihr Herr Vater war in jener Zeit zum Teil gleichzeitig, zum Teil nacheinander Vorsitzender der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Präsidialmitglied im Reichsverband der Deutschen Industrie, Vorsitzender des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten, Vorsitzender des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller... usw. Er war also damals der führende deutsche Arbeitgeber und mußte in seiner politischen

Betätigung auf seine führende Stellung und die Zusammensetzung der Verbände und auf die damalige Regierung, von welcher das Werk mit seiner 7000köpfigen Belegschaft insbesondere bei der Vergebung der Lokomotivaufträge abhängig war, Rücksicht nehmen. Trotzdem hat er aus seiner nationalen Gesinnung niemals ein Hehl gemacht und alle nationalen Regungen und aktivistischen Kräfte unterstützt. Diese Unterstützungen gingen in den meisten Fällen mit Rücksicht auf die damaligen Verhältnisse durch meine Hand und unter meinem Namen. Um einige Beispiele anzuführen: So sind auch Ehrhardt, Roßbach, Oberland, der Abwehrkampf an der Ruhr, die Schwarze Reichswehr, der Stahlhelm u. a. durch erhebliche Geldzuwendungen gefördert worden.«

An der Spitze drei der schlimmsten Todesschwadronen im Weimarer Staat: Die Brigade Ehrhardt, bekannt auch unter dem Namen Organisation Consul – aus ihren Reihen stammten die Mörder von Rathenau und Erzberger und von vielen weniger Bekannten. Die Sturmabteilung Roßbach versuchte im Oktober 1919, mit 1000 Mann in Polen einzumarschieren, ermordete beim Kapp-Putsch streikende Landarbeiter und bildete später den Kern der SS-Einsatzkommandos. Und das Freikorps Oberland – wie die beiden anderen terroristischen Vereinigungen in zahlreiche Fememorde verwickelt – marschierte am 9. November 1923 geschlossen für Hitler zur Feldherrnhalle.

Hitler lernte den Gesamtmetallchef Borsig durch seinen Sekretär kennen, nachdem der ihm schon bei einem Vortrag im Nationalen Klub gelauscht hatte. Detert an den Borsig-Sohn: »Ihr Herr Vater war durch das Erlebnis dieses Abends so stark gepackt, daß ich von ihm den Auftrag erhielt, mich mit Adolf Hitler ohne Mittelspersonen direkt in Verbindung zu setzen und mit ihm darüber zu sprechen, wie und mit welchen Mitteln die Bewegung, die damals fast ausschließlich auf Süddeutschland, insbesondere Bayern, beschränkt war, nach Norddeutschland, insbesondere nach Berlin, ausgedehnt werden könnte. Dem Wunsch Ihres Herrn Vaters nach einer solchen direkten Aussprache unter vier Augen kam Adolf Hitler bereitwillig nach...«

Als Ernst von Borsig am 6. Januar 1933 starb, kurz bevor den Nazis, für deren Fortkommen er soviel bezahlt hatte, die Macht übergeben wurde, übernahm Werftbesitzer Rudolf Blohm seine Nachfolge in der Führung von Gesamtmetall. Doch nicht für lange, erzählt die Festschrift »Hundert Jahre Gesamtmetall – Perspektiven aus Tradition«: »Machtergreifung und Gleichschaltung sind die Stichworte, mit denen die Vernichtung der Gewerkschaften und das Schicksal der Arbeitgeberverbände besiegelt wurden. Noch im Dezember 1933 faßte ein Ausschuß der Mitgliederversammlung von Gesamtmetall den Beschluß, den Verband aufzulösen .«

Die »Deutsche Arbeitsfront« der Nazis, so erklärt – Motto: Frechheit siegt! – die Festschrift ihren Lesern, »wurde für Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände letztlich zu einem gemeinsamen Grab«.

Die Wahrheit: Die Gewerkschaften wurden verboten, ihre Funktionäre wurden umgebracht, ins Gefängnis oder ins KZ gesteckt. Was aber geschah beispielsweise mit dem Vorsitzenden von Gesamtmetall, mit Rudolf Blohm? Er übernahm die Führung des Fachamtes Eisen und Metall innerhalb der »Deutschen Arbeitsfront«. Und er bewährte sich so vorzüglich, daß ihn die Nazis zum Staatsrat und Führer des Hauptausschusses Kriegsschiffe im Rüstungsrat ernannten. Über KZ-Häftlinge für Sklavenarbeit konnte der Gesamtmetaller in seiner Firma Blohm und Voß frei verfügen – ihr Lohn wurde bis heute nicht ausbezahlt.

Wie tief sich Gesamtmetall mit den Nazis noch nach seiner offiziellen Auflösung einließ, demonstriert die Auswahl der ersten vier Hauptgeschäftsführer nach der Neugründung 1949 bis zum Jahr 1968.

Der erste, Wilhelm Heider (1949-1954), war ein alter Hitler-General, noch 1943 Chef des Generalstabs beim Militärischen Befehlshaber Belgien/Nordfrankreich.

Der zweite, Max Ihn (1954-1957), war ein gerichtlich anerkannter Kriegsverbrecher. Er war bei Krupp als Vorstandsmitglied verantwortlich für die Sklavenarbeit von KZ-Insassen, insbesondere für die katastrophalen hygienischen Verhältnisse in den Krupp-eigenen KZs in Essen. Und er war seit 1935 Spionage-Chef des Konzerns und arbeitete auch in dieser Eigenschaft eng mit den Nazis zusammen. Als Max Ihn zum Gesamtmetall-Geschäftsführer ernannt wurde, hätte er eigentlich noch im Gefängnis sitzen müssen, wäre er nicht mit Rücksicht auf den Kalten Krieg viel zu früh freigelassen worden.

Der dritte Hauptgeschäftsführer, Otto Vielhaber (1957-1958), verfügte – sagt die Festschrift – »über langjährige Erfahrung auf sozialpolitischem Gebiet«. Wie hatte er die erworben? »Von 1934 bis 1945 hatte er im Dienst des Reichstreuhänders der Arbeit gestanden.« Treuhänder klingt gut. Die Nazis hatten ihn sofort nach der Zerschlagung der Gewerkschaften eingesetzt, damit er den »Arbeitsfrieden« wahre, für Lohnabbau sorge und »Vertrauensmänner« in den Betrieben berufe – alles in engem Zusammenhang mit der »Deutschen Arbeitsfront«.

Der vierte Hauptgeschäftsführer, Günther Wieland (1958-1968), hatte den Gesamtverband seit 1949 als Justitiar mitaufgebaut. Wegen seiner »außergewöhnlichen Verdienste« wurde er zum außerordentlichen Vorstandsmitglied von Gesamtmetall ernannt. Sein Erfahrungshorizont, laut Festschrift: »... war bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges in der Militärgerichtsbarkeit tätig gewesen«. Diese aber war eines der blutigsten Gewerbe des NS-Regimes, dem auch zehntausende deutsche Soldaten ihre mehr oder weniger justizförmige Abschlachtung verdanken.

Einen Geschichtsprofessor gibt es, dem die von einem Verbandsangestellten produzierte Festschrift »Hundert Jahre Gesamtmetall – Perspektiven aus Tradition« nicht nur pflichtgemäß imponiert, sondern der sie sogar »mit Respekt« betrachtet: der zeitweilige Kohl-Berater Michael Stürmer, der am 28. September herbeigeeilt war, die Festrede zu halten. Stürmer werde, versprach Gesamtmetall-Chef Stumpfe seinen Gesamtmetallern, alles »in einen größeren historischen Gesamtzusammenhang stellen«. Und so geschah es. Stürmer hielt einen Vortrag, als wüßte er – und ein Historiker muß das ja wissen – , wer wirklich an diesem 28. September 1990 sein hundertjähriges Jubiläum hat. Es war eine provokative Rede, die den Metallindustriellen, wie ihr Vorsitzender Stumpfe am Ende sagte, »Genuß« bereitete.

»Wir Deutschen pflegen uns«, sprach Stürmer und ließ keinen Zweifel daran, daß er dies für anormal hält, »normalerweise für unsere Geschichte zu entschuldigen«. Er will es besser machen und fragt: »Was aber sind die Lehren von 100 Jahren Gesamtmetall? Und in welche neuen europäischen Ordnungen sind diese Lehren gestellt?«

Die Lehren von hundert Jahren Gesamtmetall sind – das verhehlte er nicht – die alten von 1890 mit den notwendigen Anpassungen an die Gegenwart: deutscher Imperialismus, deutsche Weltherrschaft mit neuen Mitteln. Stürmer fordert eine neowilhelminische Politik, den Platz an der Sonne für die Deutschen. Allerdings nicht mit Waffengewalt – das ist überholt, das war ein Fehler – sondern deutsche Herrschaft zunächst über Europa kraft Deutscher Mark. Stürmer über Deutschland damals und Deutschland heute: »Als Händler und Manager, Unternehmer und Bankiers durften die Deutschen in der Tat die Vorherrschaft in Europa anstreben. Aber als Helden hätten sie es besser unterlassen.« Das sei die Lehre, die zu beherzigen bleibe.

Stürmer mahnte, eine britische Zeitung zitierend: Jetzt seien die Deutschen wieder dort angelangt, wo sie sich bereits zweimal ihr eigenes Spiel verdorben hätten, nämlich an der Schwelle zur europäischen Führungsmacht. Und er faßte es dann in – wie er meinte – »nüchterne« Worte: »Deutschland wird, seit dem 9. November 1989 noch verstärkt durch staatliche Wiedervereinigung, Konsortialführer der europäischen industriellen Demokratien.«

Deutschland, Führer. Deutschland, Führer der Demokratien. Konsortialführer. Das ist ein Programm, dessen abenteuerliche Gefährlichkeit noch verstärkt wurde, als Stürmer offenbarte, wie er die beiden daneben noch verbliebenen Weltmächte einschätzt.

Die USA? Das klang vor diesem Publikum wie eine Warnung. Die Farbigen, die lateinamerikanischen und asiatischen Gruppen werden die weißen angelsächsischen Protestanten verdrängen, die das Land 200 Jahre lang regierten. Sie werden Europa allein lassen. Und die Sowjetunion? Auch da konnte er nur warnen, denn der Russe bleibt, wie er ist: »Rußland wird immer Rußland sein, ein unbequemer Nachbar, und kein Gerede über das europäische Haus, über Zimmereinteilung, Hausordnung und Zimmereinrichtung kann darüber hinwegtäuschen.«

»Der Westen«, sagte Stürmer – und er meinte den Konsortialführer der industriellen Demokratien, das neue große Deutschland – , »... der Westen hat heute eine weltpolitische Chance wie nie zuvor und vielleicht niemals wieder, sein Bild der Welt und des Menschen nach Osten zu projizieren.«

Erstmals wieder – seit 49 Jahren. Stürmer zeigte den Metallindustriellen eine appetitanregende Speisekarte: »Polen ist für die Russen verloren. Ungarn ist für die Russen verloren, die Tschechlowakei. Sehr schwierig wird es in den baltischen Provinzen... die Ukraine, durch Tschernobyl traumatisiert, niemand weiß, wie sich das entwickelt. Das sind Fragen, die gehen an die Substanz.« Da gehe es für die Russen um die Existenz.

Am Ende, das versprach er den gesamtdeutschen Metallindustriellen, »am Ende steht ein großer Markt, eine andere militärische Landkarte, eine Friedensordnung für Europa. «

Fehlte nur noch der Appell zum Handeln, die Aufforderung, dem alten deutschen Drang nach Osten zu folgen. »Wir im Westen dürfen und können«, rief Stürmer den Metallindustriellen zu, »nicht vom Balkon mit verschränkten Armen zusehen, wie das Drama weitergeht.«

Am Ende dieser Rede dankte Gesamtmetall-Chef Stumpfe dem Historiker, weil der »die Zusammenhänge« aufgezeigt habe. Und versprach: »Hundert Jahre Gesamtmetall sind auch und vor allem Verpflichtung.«

konkret 12/90, S. 22

Sabine Roisch

Der Osten wird deutsch

Für die »Deutschen« im Elsaß interessieren sich weder Vertriebenenverbände noch Bundesregierung, das politische Verhältnis zu Frankreich geht vor Erhalt des »Deutschtums«. Anders in der Tschechoslowakei, der Sowjetunion oder Polen. Hier geben sich regierungsgesponserte Organisationen wie der »Bund der Vertriebenen« (BdV) oder der »Verein für das Deutschtum im Ausland« die Klinke in die Hand, darauf hoffend, in die »alte Heimat« rückkehren zu können und diese eines Tages in der einen oder anderen Form »heim ins Reich« zu führen. Deutsche Minderheiten in Osteuropa sind nach dem Zusammenbruch des »realen Sozialismus« mehr denn je Katalysator von Versuchen, jene Gebiete ökonomisch und politisch zurückzugewinnen, die auf den Landkarten von 1931 als »deutsche« eingetragen sind. Ein Überblick

Tschechoslowakei: »Wiederbelebung der Heimat«

Die tschechoslowakische Regierung empfängt ganz offiziell die Sudetendeutsche Landsmannschaft, der Botschafter der CSFR beehrt den sudetendeutschen Tag in München. Der tschechoslowakische Kardinal Tomasek und seine Bischöfe entschuldigen sich für die Aussiedlung der Deutschen nach 1945, Vaclav Havel bedauert die »zutiefst unmoralische Tat«. Beifall vom Bund der Vertriebenen (BdV), Kommentar vom Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag: »Von polnischer Seite ist ein solches Wort bislang ausgeblieben.« In diesen Zeiten hofieren die Opfer die Täter.

Die Aufmerksamkeit, die Prag Vertriebenen und Landsmannschaft widmet, stehen in keinem Verhältnis zur politischen oder zahlenmäßigen Bedeutung der deutschen Minderheit in der CSFR. Ca. 65.000 Menschen in der CSFR bezeichnen sich heute noch als »Deutsche«, nur eine Minderheit von ihnen beherrscht die deutsche Sprache. In keiner Gemeinde machen die Deutschen mehr als 10 Prozent der Bevölkerung aus, in Cheb (ehemals Eger), vor 1945 deutsche Hochburg, kommen heute auf 16.000 Einwohner 400 bis 600 Deutsche.

Die Geschichte deutscher Siedler in der westlichen CSFR reicht in die Mitte des 14. Jahrhunderts zurück. Jahrhundertelang gehörte diese Region zu Österreich, nach dem ersten Weltkrieg wurde sie Teil der neugegründeten CSFR. Die Geschichte der Zugehörigkeit der »Sudetengebiete« zu Deutschland ist kurz, sie reichte von 1938 bis 1945. Ihre durch das Münchner Abkommen 1938 erzwungene Annexion war das Vorspiel für die Okkupation der CSSR und den zweiten Weltkrieg. Um künftige »Heimholungen ins Reich« auszuschließen, mußten auf Beschluß der Potsdamer Konferenz die meisten der damals drei Millionen Deutschen die Tschechoslowakei verlassen.

Nachdem die tschechische Verfassung von 1968 das Recht auf Bildung in ihrer Sprache, eine eigene Presse und Organisierung der nationalen Minderheiten verankerte, wurde 1969 der KP-nahe »Kulturverband der Bürger deutscher Nationalität« (KVBDN) gegründet. Die Mitgliedschaft in der »nationalen Front« sicherte ihm Abgeordnetenmandate im Parlament. Deutschnationale Konkurrenz bekam der KVBDN im Januar dieses Jahres mit Gründung des (inzwischen gespaltenen) »Verbandes der Deutschen«, der als Satzungsziel die »Wiederfindung und Entfaltung der nationalen Identität« aufführt. Wenn nicht in der Wortwahl, so doch in den Zielen trifft er sich mit der Sudentendeutschen Landsmannschaft, die der »von Kommunisten und Nationalisten angerichteten Kulturschande in den Sudetengebieten ...ein Ende« bereiten und »Möglichkeiten zur Wiederbelebung der alten Heimat nutzen« möchte. (»Deutscher Ostdienst« 10/90) Damit gemeint sind nicht nur die üblichen Forderungen nach mehr Schulunterricht in deutscher Sprache und Wiedereinsetzung deutscher Städtenamen, sondern die »Rückkehrmöglichkeit der Deutschen« in ihre »Heimat«. Das »Festhalten am Heimatrecht« wird von Seiten der Landsmannschaft durch die Forderung nach Rückgabe 1945 beschlagnahmten Eigentums konkretisiert – in dieser Frage zeigt sich die tschechoslowakische Regierung (noch?) nicht konzessionsbereit. Doch die Vertriebenen lassen nicht locker, in einem Brief an Vaclav Havel drohten sie, die Nicht-Erfüllung der Forderung würde »den Zusammenbruch aller Bemühungen um Ausgleich und Versöhnung bedeuten«. Seitens der Bundesregierung gibt es Andeutungen, die »Eigentumsfrage« in Verhandlungen um den Vertrag über die Beziehungen der beiden Länder einzubeziehen.

Ungarn: Deutsche Gottesdienste und »echtes« deutsches Schulwesen

Aus den Elendsgebieten des Heiligen Römischen Reiches, der Rhön, Rheinhessen und Franken, wanderte n deutsche Siedler in mehreren Schüben, zuletzt vor 250 Jahren, nach Ungarn aus. Die Zahl der Auswanderer aus Ungarn in Richtung Deutschland ist heute gering: Die BRD stellt für sie kaum eine ökonomische Verlockung dar, die kulturelle Verankerung in Ungarn ist groß. In den zwanziger Jahren kam es in der deutschen Minderheit zu einer freiwilligen »Magyarisierung«, viele legten die deutschen Namen ab und sprachen nur noch ungarisch. Noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts war die Stadt Pesc zur Hälfte von Deutschen bewohnt, 1920 bezeichnete sich nur noch jeder Zehnte als deutsch. Um die »Vernichtung des Deutschtums« aufzuhalten, holte Hitler einen Teil der 13,7 Millionen deutschen Ungarn »heim« ins Deutsche Reich. Nach 1945 wurden 200.000 Angehörige der deutschen Minderheit auf Drängen der Alliierten aus dem vorher mit Deutschland verbündeten Ungarn nach Westen umgesiedelt, etwa die gleiche Zahl blieb im Land.

Der Bund der Vertriebenen konstatierte, bei der in Ungarn lebenden deutschen Minderheit gehe es nicht um »gehen oder bleiben«, sondern um den »Erhalt der kulturellen Identität oder Assimilierung«. Mit Bedauern stellt er fest, daß die Assimilation so weit fortgeschritten ist, daß die Deutschen die bereits 1948 verankerten großzügigen Minderheitenrechte nicht mehr ausschöpfen können. Vertreten wird die deutsche Minderheit Ungarns vom früher der KP nahestehenden »Verband der Ungarndeutschen« (die Zusatzbezeichnung »Demokratisch« ist inzwischen gestrichen), der es sich zur Aufgabe machte, die »alten Werte«, anknüpfend an die Herkunft von vor 250 Jahren, hochzuhalten. Ab 1978 wurden in Zusammenarbeit mit der DDR kulturelle Vereinigungen und Aktivitäten von Budapest großzügig gefördert, ebenso wie die Wochenzeitung »Neue Zeitung«, die eine Auflage von 4000 Exemplaren hat.

Heute steht der Verband samt Umfeld unter dem Einfluß des BdV. BdV-Generalsekretär Hartmut Koschyk traf im September in Budapest mit dem Generalsekretär des Verbandes, Geza Hambuch, mit der Präsidentin der Gemeinschaft Junger Ungarndeutscher (GJU) sowie mit leitenden Redakteuren der »Neuen Zeitung« zusammen. Hambuch trug Koschyk die »Kernforderungen« zur Bewahrung bzw. Rückgewinnung der »deutschen Muttersprache« vor: ein »echtes« deutsches Schulwesen, deutsche Gottesdienste und »bessere Voraussetzungen zur Pflege der deutschen Kultur«. (»Sudetendeutsche Zeitung«, 5.10.90) Großes hat er noch vor, der Verband. In Budapest soll ein »Deutsches Haus« mit Dienstleistungen für die Wirtschaft eingerichtet sowie eine ungarndeutsche Bank gegründet werden. Den nötigen politischen Einfluß will man in den bevorstehenden Kommunalwahlen gewinnen, für die derzeit deutsche Kandidaten gesucht werden. Die Chancen für sie stehen nicht schlecht – nach dem neuen Kommunalwahlrecht sind insgesamt 25 Millionen Forint Unterstützung für Kandidaten von Minderheitenorganisationen vorgesehen.

Ungarn erfüllt alle Voraussetzungen, das Experimentierfeld des BdV in Sachen Restauration objektiv bedeutungsloser deutscher »Volksgruppen« zu werden:

-

Ungarn will noch dieses Jahr ein neues Minderheitengesetz verabschieden, das eine kulturelle Autonomie, die Selbstorganisation sowie Sonderrechte für Minderheiten vorsieht.

-

Der ungarische Außenminister Jeszensky sprach sich auf der kürzlich veranstalteten Europakundgebung des BdV für eine »gerechte Entschädigung« der ausgesiedelten deutschen Bevölkerungsgruppe aus, dies verband er mit dem Hinweis, das Patenland der Landsmannschaft, Baden-Württemberg und das vereinigte Deutschland seien »natürlicher Partner Ungarns« auf dem Weg zurück nach Europa.

Rumänien: Eine Minderheit wandert aus

Charakteristisch für die deutsche Minderheit in Rumänien ist, daß sie ihr Land verläßt. Allein im Juli dieses Jahres kamen 23.000 Menschen in die BRD. Derzeit dürften noch ca. 140.000 Angehörige der deutschen Minderheit in Rumänien leben, 80 Prozent von ihnen wollen das Land wegen der anhaltend unsicheren politischen und wirtschaftlichen Lage verlassen. Während die Landsmannschaften der Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen sich vor allem für die Offenhaltung der Aussiedlungsmöglichkeit stark machen, erklärte Innenminister Schäuble im Juni vor dem Heimattag der Banater Schwaben, es sei nicht das Ziel der Bundesregierung, daß alle Deutschen, wo immer sie lebten, in die Bundesrepublik kämen; die Lebensverhältnisse in ihrer angestammten Heimat müßten so verbessert werden, daß sie nicht den einzigen Weg in der Aussiedlung sähen.

Die ersten Deutschen kamen, angeworben vom ungarischen König, vor 850 Jahren aus Württemberg, der Pfalz, Franken und Hessen nach Rumänien, ein zweiter Schub kam im 17. und 18. Jahrhundert in das damals österreich-ungarische Banat. Von den ungarischen Königen mit Sonderrechten ausgestattet stiegen viele der Siebenbürger Sachsen zu Landbesitzern auf, die sich rumänische Knechte halten konnten. Der Landbesitz ist heute verloren, doch das Bewußtsein, den Rumänen überlegene Menschen zu sein, hat sich gehalten. Vor dem zweiten Weltkrieg lebten im damaligen »Großrumänien« 800.000 Deutsche, 250.000 von ihnen wurden während des Faschismus aus dem mit Hitler verbündeten Rumänien ins damalige Reichsgebiet umgesiedelt.

Unter Ceausescu war die Deutsche Minderheit im »Rat der Werktätigen deutscher Nationalität« organisiert. Von größerem Interesse für den BdV ist jedoch das nach dem Sturz des »Conductors« gegründete »Demokratische Forum der Deutschen«, das sich u.a. für »kulturelle Autonomie« und die »Rückgabe deutschen Kulturgutes« einsetzt.

Erstes Ziel des Demokratischen Forums ist derzeit, die verbleibenden Deutschen in bestimmten Gemeinden zu »sammeln«. Auswanderungswillige werden aufgefordert, ihre Häuser nur an Deutsche zu verkaufen, die jahrzehntealte Infrastruktur aus deutschen Zeitungen, Theater, Rundfunk- und Fersehsendungen sowie deutschsprachigen Schulen und Klassen soll damit erhalten werden.

Sowjetunion: Kaliningrad soll wieder deutsch werden

Entweder eine eigene Republik oder Auswanderung – mit diesem Ultimatum der »Allunionsgesellschaft der Sowjetdeutschen Wiedergeburt« ist weder Gorbatschow noch Kohl glücklich.

Die im März 1989 von Initiativgruppen der deutschen Autonomiebewegung gegründete »Wiedergeburt« vertritt etwas über 2 Millionen deutsche Sowjetbürger, von denen fast die Hälfte in Kasachstan lebt, weitere 100.000 in Kirgisien, 800.000 verstreut in der Russischen Föderation (RSFSR), 30.000 in der Ukraine.

Nicht die Demonstrationen vor dem Kreml, sondern die Abhängigkeit von wirtschaftlicher und politischer Unterstützung aus Deutschland dürften den Obersten Sowjet im November 1989 zu dem ungewöhnlichen Beschluß getrieben haben, die »autonome Staatlichkeit« der Deutschen wiederherzustellen. Doch Anfang 1990 machte er einen Rückzieher: Die Wiedererrichtung der von 1924 bis 1941 bestehenden Wolgarepublik scheitere am Widerstand der dort lebenden russischen Bevölkerung, die kein »drittes Deutschland« hinnehmen wollen. Nach offizieller Sprachregelung ist der Plan nicht vom Tisch, sondern nur auf Eis gelegt. Die Stadtsowjets an der Wolga sind angewiesen, die »Organisation des nationalkulturellen Lebens der Deutschen zu sichern« und die Schul- und Hochschulausbildung in deutscher Sprache vorzubereiten. Im April orientierte das ZK als Zwischenlösung auf autonome deutsche Dorf-, Kreis- und Rayonsowjets an jenen Orten der UdSSR, wo Deutsche heute in der Mehrheit sind und – ein völliges Novum – auf eine sowjetdeutsche Republikregierung mit Sitz in Moskau. Die Variante »Autonomie ohne Territorium« wurde von der Mehrheit der »Wiedergeburt« im Chor mit dem BdV entrüstet abgelehnt und die Auswanderung erneut angedroht.

Finanzielle und politische Unterstützung erhält die »Allunionsgesellschaft« von dem mit dem BdV in Verbindung stehenden »Verein für das Deutschtum im Ausland« (VDA). Im Moskauer Büro der »Wiedergeburt« arbeitet u.a. der Ständige Sekretär des VDA in Deutschland, Kern. Doch auch der VDA muß für sein Wirken in der Sowjetunion nicht betteln gehen, von der Bundesregierung über CDU/CSU, SPD und FDP sagten ihm alle bereitwillig Unterstützung und Mitfinanzierung zu. Noch in diesem Jahr kann der VDA in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt 600.000 Mark für Maßnahmen »zur Pflege der Muttersprache« bereitstellen.

Daß der rechtsradikale Verleger Gerhard Frey die Variante »Kaliningrad« (ehemals Königsberg) ins Spiel brachte, ist nicht erstaunlich. Was er offen formuliert, denken andere lieber im Stillen. In der »Nationalzeitung« (v. 12.10.90) räsonierte er darüber, daß es »besonders hilfreich« wäre, »wenn in Nordostpreußen ein beträchtlicher Teil der Rußland-Deutschen angesiedelt würde und die deutsche Wirtschaft ihre Anstrengungen darauf konzentriert, (daraus) wieder ein blühendes Land zu machen«. Mit der Kontrolle über die baltischen Staaten verlöre Moskau sie zwangsläufig auch über Nordostpreußen. »Es liegt im Interesse ... der Gerechtigkeit und Wahrheit, daß dieses Land wieder von Deutschen bewohnt . . . wird und nicht an Warschau kommt.«

Vom Deutsche Bank-Aufsichtsratsvorsitzenden Christians wurde schon vor zwei Jahren in Moskau die Idee einer »Sonderwirtschaftszone« (gemeint sind besondere Bedingungen für deutsche Unternehmer) in Kaliningrad ins Gespräch gebracht. Auch sowjetdeutsche Autonomisten setzen jetzt auf Kaliningrad. Für Kurt Wiedmaier, »Sprecher« der Wolgadeutschen, ist das Land an der Wolga »völlig verhunzt«. Im ehemaligen Ostpreußen jedoch, in Kaliningrad, sei Platz für die Deutschen, dort solle »eine deutsch-russisch-baltische Republik entstehen.«

Polen: 45 Jahre nach Auschwitz – man ist wieder deutsch

Hier soll »alles wieder werden, wie es sich gehört, so wie zu deutschen Zeiten«, wünscht sich der Dorfvorsteher im ehemals oberschlesischen Naklo. Auch Henryk Krol, dessen Vater im letzten Jahr die »Deutschen Freundschaftskreise« (DFK) ins Leben rief, will erreichen, daß »die Schlesier endlich Herr in ihrem eigenen Hause werden«. 400 »Deutsche Freundschaftskreise« entstanden seit Januar, über 350.000 Menschen trugen sich in Unterschriftenlisten als Deutschstämmige ein. Bei der letzten Kommunalwahl wurde die deutsche Minderheit überall dort zur Mehrheit, wo die Aussiedlung 1945 Stückwerk blieb: Rund um den Annaberg und in der Woywodschaft Opole wurden 380 von 500 DFK-nahen Kandidaten gewählt, 30 Bürgermeister stellen sie heute.

Schlagkraft entfalten die DFK in jüngster Zeit durch ihren engen Verbund mit dem BdV. Der BdV zahlt die Erstausstattung – runde 70.000 Mark, Deutschlandfahne inbegriffen – der DFK-Stützpunkte und deren anfallende Kosten. (Die Bundesregierung ihrerseits honorierte die Aktivitäten des BdV mit erhöhten finanziellen Zuwendungen.) Als Gegenleistung erwartet der BdV, daß die DFK sich nicht auf Kulturpolitik beschränkt, sondern gegen »die Abtretung (der) deutschen Heimat an den polnischen Raubstaat« kämpft. (»Der Schlesier«, 8.10.90)

Das westliche Polen ist zum Hauptbetätigungsfeld westdeutscher BdV-Funktionäre geworden. Im April tourte Generalsekretär Koschyk mit dem Vorsitzenden der »Ostdeutschen Menschenrechtsgesellschaft« durch Schlesien und veranstaltete mit einem Geesthachter Heino-Verschnitt Heimatliedkonzerte, bei denen für die Ziele der Schlesischen Landsmannschaft geworben wurde.

Im Juli inszenierte Koschyk die bis dahin größte Kundgebung der deutschen Minderheit in Polen seit 1945. Vor dem Eichendorff- Geburtshaus in Ratibor forderte der Präsident der Paneuropa- Union, Otto von Habsburg, vor 20.000

Menschen die Umwandlung Oberschlesiens in das »Südtirol des Ostens«. Abgesegnet wurde die Großveranstaltung in Anwesenheit Hupkas mit einem »feierlichen Pontifikalamt« des aus Ratibor stammenden Abtes von Maria Laach. Seit dieser von der polnischen Regierung geduldeten Manifestation geht bei der deutschen Minderheit die Hoffnung um, doch nicht umsonst »ausgeharrt« zu haben. Naklos Dorfvorsteher ist überzeugt: »Der Kohl will erst die Wiedervereinigung, dann holt er uns.«

Koschyk will die Zukunft »Schlesiens« an einem »Runden Tisch« verhandeln, an den die polnische Regierung auch den BdV als Verhandlungspartner bitten soll. Beraten werden soll über den BdV-Vorstoß einer in fünf Stufen erfolgenden Europäisierung mit dem Ziel einer politischen Autonomie Schlesiens. Als erste Stufe sieht der Plan die Bildung »eines exterritorialen Freihafens Stettin mit Umland« vor, eventuell unter deutsch-polnischer Verwaltung, der sowohl der polnischen Wirtschaft Zugang zur Ostsee gewähren soll, aber »auch seine alte Funktion als Hafen Berlins wahrnehmen könnte«. Im weiteren sollen die geteilten Städte an Oder und Lausitzer Neiße, Frankfurt a.d.O., Küstrin, Görlitz, »unbeschadet beiderseitiger Souveränitätsrechte«, eine gemeinsame Kommunalverwaltung erhalten. Grenzüberschreitende wirtschaftliche und politische Strukturen, die neben »Schlesien« und »Pommern« auch das »Sudetenland« umfassen sollen, haben den Zweck der langsamen Herauslösung dieser Gebiete aus dem polnischen und tschechischen Staat. Am Ende soll der »Aufbau einer autonomen Landesverwaltung mit eigenen Hoheitsbefugnissen« stehen (man könnte sie auch deutsches Protektorat nennen), gesponsert mit »erheblichen« finanziellen Mitteln Deutschlands. (»Deutscher Ostdienst« 9/90)

Politischen Druck zur Umsetzung seiner Pläne erhofft sich der BdV von der anhaltenden ökonomischen Krise in Polen. Laut »Deutschem Ostdienst« bezweifeln nicht wenige Menschen in «Schlesien«, daß »Warschau in der Lage ist, Oberschlesien aus der Misere zu führen«. Doch Rettung von Westen naht: Von der Bundesregierung voll subventioniert eröffnete der BdV in Strzelce Opole ein Büro für Wirtschaftsförderung, wo BdV-Pressesprecher Rehnert deutsche Unternehmen zu Investitionen in »der Heimat« mit Stundenlöhnen von einer Mark fünfzig anlocken soll. Und so könnte denn das Szenario eines Leserbriefschreibers der »FAZ« Wirklichkeit werden, der meinte, wenn die Wiedervereinigung ein ökonomischer Erfolg werde, dann würde »man sich in Schlesien, Pommern und Ostbrandenburg, ob Polen oder Deutsche, immer mehr die Frage stellen, ob ein schneller wirtschaftlicher Aufschwung nicht auch hier möglich ist, wenn man einen großen Bruder aus dem Westen hat, der mit seinem Geld ... zu Hilfe kommt. Dann ist es nicht auszuschließen, daß den Deutschen nach der staatlichen Einheit erneut ein beachtlicher Erfolg zuteil wird ... Es wird sich zeigen, daß nicht pathetische Verzichtsgesten, sondern Geduld und Konsequenz die Grundsteine des politischen Erfolges sind.«

Südtirol: Mit Bomben für die Autonomie

Der Kampf zwischen deutschsprachigen »Südtirolern« und Italienern um den Status der norditalienischen Region Bolzano (Bozen) wird bis in jüngste Zeit mit Pistolen und Sprengstoffanschlägen geführt. Für die Loslösung Südtirols von Italien ließen rechtsnationalistische Heimatbündler 1987/88 fast 40 Sprengkörper vor Wohnsiedlungen, Carabinieri-Kasernen, Wasserkraft- und Stromleitungen detonieren.

Die »deutsche Minderheit« im italienischen Südtirol ist genau besehen höchstens eine österreichische, denn die Region wechselte ihre Herrscher häufig. Nach dem ersten Weltkrieg kam es (mal wieder) zu Italien, nachdem es 1914 bis 1918 zu Österreich gehört hatte. Zudem ist die deutsche Sprachgruppe nur im italienischen Staat eine Minderheit, in Südtirol stellt sie mit 66 Prozent der Bevölkerung die Mehrheit. Die Südtiroler selber bezeichnen sich als »deutsche Volksgruppe«. Die Wurzeln dafür liegen in dem 1939 zwischen Mussolini und Hitler abgeschlossenen »Stahlpakt«, mit dem die Tiroler Bevölkerung südlich des Brenner aufgefordert wurde, entweder italienische Staatsbürger zu werden oder für »das Reich zu optieren«. 210.000 von 250.000 Südtirolern votierten für das faschistische Deutschland, 75.000 von ihnen gingen als »Wehrbauern« in die eroberten »Ostgebiete«.

Als von den Alliierten akzeptierte »Garantiemacht« Südtirols schloß Österreich 1946 mit Italien einen Vertrag, der der deutschen Sprachgruppe den Schutz der »völkischen Eigenart und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung« sowie die Ausübung einer autonomen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt zusicherte. Die von der »Südtiroler Volkspartei« (SVP) 1972 zäh erkämpfte Erneuerung des Autonomiestatuts machte die Südtiroler zur am besten abgesicherten Minderheit Europas. Auf Basis eines »ethnischen Proporzes« werden Stellen in öffentlichen Einrichtungen besetzt und Sozialwohnungen vergeben. Trachten- und Kulturvereine erhalten nur dann öffentliche Mittel, wenn sie sich nationalistisch gerieren, Kindergärten und Schulen sind sprachlich streng getrennt, zur Not mit Zäunen im Schulhof. Deutschunterricht will die SVP in italienischen Schulen erst ab dem dritten Schuljahr zulassen, mit der Folge, daß Deutschkenntnisse bei Italienern abnehmen und immer weniger die für öffentliche Ämter vorgeschriebene Zweisprachigkeitsprüfung bestehen. Die Proporzregelung verschärfte die Gegensätze zwischen den Sprachgruppen und verschlechterte die Stellung der Italiener. Viele fühlen sich als »Ausländer im eigenen Land«, mit der Folge, daß in Südtirol die Neofaschisten des »Movimento Sociale Italiano« (MSI) größere Wahlerfolge erzielen als die Christdemokraten.

Der SVP-Vorsitzende und ehemalige Landeshauptmann Magnago hält die an faschistische Deutschtumspolitk erinnernde Trennung der ethnischen Gruppen für unvermeidlich. Entsetzen löst bei ihm der Gedanke einer

»Assimilierungsgesellschaft« aus, in der es keinen »Schutz« vor »italienischer Mentalität und Denkungsweise« gebe. Mit rassistischen Warnungen vor »Mischehen« und »Mischvölkern«, vor denen nur die Trennung der »Volksgruppen« schützen könne, erreichte Magnago eine strenge Spaltung des gesamten gesellschaftlichen Lebens von »Südtirolern« und »Italienern«. Magnago steht mit dieser Linie nicht alleine – die SVP wird von 90 Prozent der Südtiroler gewählt.

Der SVP reichen die bislang verankerten Rechte jedoch nicht aus. Mit österreichischer Unterstützung pocht sie auf »echte« Autonomieelemente wie Polizei-, Finanz-, Steuer- und Schulhoheit sowie eine Kontrolle der Zuwanderung. Doch letztlich ist auch ein erweitertes Autonomiestatut für Magnago nur eine »Art Ersatzkaffee«, sein eigentliches Ziel ist die Rückkehr Südtirols zu Österreich. Magnago weiß, daß er diese Forderung heute nicht offen erheben kann, ohne die Autonomie-Verhandlungen mit Rom zu gefährden. Protagonisten der Forderung nach Wiedervereinigung mit Österreich sind Verbände wie der rechts von der SVP stehende »Heimatbund«, deren einzige Abgeordnete im Südtiroler Parlament, Eva Klotz, verlauten ließ, für die Südtiroler gehe »es um einen Kampf wie in Berg-Karabach«. Der Heimatbund beruft sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler und fordert einen »Freistaat« nach dem Vorbild Liechtensteins, der ihrer Ansicht nach unabhängig existieren könne, da das pro Kopf-Bruttosozialprodukt Südtirols ein Fünftel über dem italienischen Durchschnitt liegt.

Die Bombenattentate von Heimatbund-Mitgliedern, die der »Freiheit für Südtirol« zum Durchbruch verhelfen soll, treffen bis in die SVP hinein auf Sympathien. Doch auch die Zahl derer, die ein »Reich von der Etsch (Adige) bis an den Belt« wollen, ist nicht klein. Im Juli 1989 trat der Bozener Landtagsabgeordnete Benedikter mit dem Appell an die Öffentlichkeit, Deutschland dürfe nicht zulassen, daß Österreich die »Verelsässerung Südtirols« in Kauf nehme. Die Bundesrepublik müsse zeigen, daß Südtirol »ein gesamtdeutsches Anliegen ist«, und er forderte die Vereinigung des »ganzen freien Deutschland« mit Südtirol.

konkret 12/90, S. 26

Jan Philipp Reemtsma

... the bad and the ugly

In den Jahren 1989/90 hat die Linke ihren weltgeschichtlichen Bezugsrahmen verloren – das heißt: Es gibt sie nicht mehr

»Zu Ende gedacht, heißt die historische Alternative: entweder ist das Stalinsche Regime ein häßlicher Rückfall beim Umwandlungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft in eine sozialistische, oder es ist die erste Etappe einer neuen ausbeuterischen Gesellschaft. Wenn sich die zweite Prognose als richtig erweisen sollte, dann wird natürlich die Bürokratie zur neuen Ausbeuterklasse. Wie bedrückend auch immer diese zweite Perspektive sein mag, wenn das Weltproletariat wirklich unfähig ist, die Mission zu erfüllen, die ihm der Gang der Entwicklung auferlegt hat, so bleibt keine andere Möglichkeit, als offen einzugestehen, daß das sozialistische Programm, das auf den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft beruht, eine Utopie ist. Dann wäre offenbar ein neues 'minimales' Programm notwendig – zum Schutz der Interessen der Sklaven einer totalitären bürokratischen Gesellschaft.«

So Leo Trotzki am 25. September 1939. Das Zitat ist, auch wenn man alle Geschichtstheologie von der vom Gang der Entwicklung auferlegten Mission usw. abzieht, interessant und merkwürdig. Warum denn sollte eine gescheiterte, eine nicht zu Ende gebrachte, eine verratene, eine in einen Thermidor mündende Revolution gleich eine ganze Utopie beenden? Die Weltgeschichte ist doch auch keine Turnhalle, wo, wer beim dritten Mal den Aufschwung immer noch nicht schafft, auf dem Bänklein bleiben muß. Der Gedanke liegt natürlich nahe, daß der Vater sein Kind überschätzt und Trotzki 1917 und die Folgen: Wenn das nichts war, dann ist gleich gar nichts mehr möglich. Und hier wäre Trotzki – nicht in den Gründen, aber im Ergebnis – den Apologeten des Stalinismus recht nahe.

Nun ist das Ende der nominalsozialistischen Systeme in Osteuropa und das anzunehmende Ende der UdSSR für das Geschichtsbild, um das es hier geht, schlimmer als die von Trotzki benannte »zweite Prognose«. Die stalinistischen Bürokratien haben sich nicht zu eigenständigen Klassen entwickelt (und das mag eine der interessanten Ursachen für die Instabilität der von ihnen repräsentierten Systeme sein), sie sind auch nicht besiegt worden. Die Prognose irgendeines us-amerikanischen Publizisten oder Präsidenten (wer immer es gewesen sein mag), »der Kommunismus« werde nicht mit einem Knall, sondern mit einem Winseln zuende gehen, hat sich aller Voraussicht nach bewahrheitet. In diesem Zerfall bürokratischer Macht aber hat eine historische Chance gelegen. Die ökonomische wie politische Macht hätte aus den Kanzleien auf die Straße zurückgeholt werden können. Oder sagen wir vorsichtiger: Es hätte der Gedanke naheliegen können, es zu versuchen. Es hat aber faktisch niemand diesen Versuch für wert gehalten, unternommen zu werden

So ist nun rückblickend das Ereignis »1917« und sind die ihm folgenden Jahre nur eine Retardierung des Globalwerdens der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gewesen. Bis vor kurzem konnte auch ein kompromißloser Kritiker des Stalinismus von einer »eingefrorenen«, einer »arettierten«, oder welches Bild immer man wählen will, welthistorischen Chance sprechen. Aber eine Chance, die nicht verpaßt, sondern nicht gewollt wird, hat es in gewissem Sinne nicht gegeben, und darum verändern die Jahre 1989/90/91 auch den Charakter des Jahres 1917, und zwar unabhängig davon, welche Ursachen man für das Desinteresse an dieser historischen Chance angeben will.

Verändert sich damit auch der kritische Standpunkt, von dem aus man »den Kapitalismus« oder »die bürgerliche Gesellschaft« oder die Politiken der wirtschaftlich stärksten Länder anzusehen die Gewohnheit hatte? Jein. Nehmen wir die Vorbereitungen der USA zu einem Krieg am Golf. Eine imperialistische Aggression? Sicherlich. Wäre also die Parole: »Amis raus aus Saudiarabien!«? Sehen wir einmal von der Frage ab, wer eine solche Parole wem mit Aussicht, gehört zu werden, hierzulande zurufen wollte. An der Parole ist aber zudem unbehaglich, daß man nicht recht weiß, was man – abgesehen davon, daß es nicht zum Kriege kommen möge – den Einwohnern der betreffenden Region wünschen möchte: von den USA oder von Saddam Hussein dominiert zu werden. Ich persönlich zöge – möglicherweise aufgrund eines klassenspezifischen sowie weltregional bedingten Vorurteils – die erste Möglichkeit vor. Und wer mich auf die von Napalm Verbrannten in Vietnam hinweist, dem deute ich auf die vergasten Kurden.

Es fiele mir mithin schwer, den Satz »Die Kriegsvorbereitungen der USA am Golf sind eine imperialistische Aggression...« fortzuführen mit: »...also sind die Kriegsvorbereitungen des Irak Vorbereitungen zu einem anti-imperialistischen Was auch immer (gar 'Befreiungskrieg')«. Das liegt nicht ausschließlich an der in vielerlei Hinsicht fatalen Figur Husseins (zu dem, jenseits aller o.a. Vorurteile, genug zu sagen wäre, auch wenn man nichts von dem in unseren Zeitungen üblichen Unsinn vom »irakischen Hitler« mitmacht). Das liegt auch nicht nur daran, daß das diktatorische Regime Vietnams, das massenmörderische Kambodschas als Folgen eines imperialistischen Krieges verstanden werden können (wenn auch nicht vollständig darauf reduziert, denn es gibt ja im menschlichen Handeln keine Ursache-Wirkung-Beziehung, sondern nur Bedingungen und Handlungsmöglichkeiten), während das etablierte Regime Husseins ja zu den Kriegsvoraussetzungen gehört. Es liegt auch am fehlenden weltgeschichtlichen Bezugsrahmen.

Solange es nämlich einen solchen gab (natürlich »in den Köpfen«, wo sonst?), war eine Trennung zwischen der Beurteilung einer spezifischen Politik und deren »objektiver Funktion«, wie man so sagte, möglich. Ich sage nicht:

vernünftig, angebracht, moralisch vertretbar, politisch richtig, sondern: möglich. Diese Trennung aber braucht einen letztlich geschichtsphilosophischen Rahmen. Und ein solcher Rahmen braucht ein Minimum von Plausibilität. Will man eine »Befreiungsbewegung« – die Ideale, unter denen sie antritt, mögen so sonderbar und befremdlich sein, wie sie wollen – als Teil jenes Revolutions- oder Befreiungsprojektes sehen, für das »1917« nicht als Erfüllungsdatum, wohl aber symbolisch stand und real stand als Projektionsfläche für die Hoffnungen von Millionen von Menschen, dann muß außer dieser besonderen »Befreiungsbewegung« sich sonst noch etwas »Derartiges« tun in der Welt. Der Kapitalismus aber hat ein Stadium erreicht, wo er ohne »inneren Feind« dasteht, soll heißen: Es gibt einfach keine der Erwähnung werte politische Opposition, die ein irgendwie gearteter anti-kapitalistischer Konsens einte. Wenn er nun bald auch – die VR China und ein paar andere Länder mögen mir vergeben, wenn ich sie mal kurz, aber aus Gründen, übersehe – ohne territoriale Grenzen dasteht, ist das nicht nur »sein« welthistorischer Triumph, sondern aufgrund der Umstände dieses Triumphes, dem Desinteresse an der »arettierten Chance« von 1917, auch das Ende jenes historischen Bezugsrahmens, in dem sich seine Kritiker sahen. »Die Linke« hat nicht nur welthistorisch verloren, sondern es gibt sie nicht mehr. Es gibt Individuen, Gruppen, Argumente, Analysen – sicherlich. Aber es gibt keinen Zusammenhang, der all das zusammenfaßte als »die Linke«.

Das mag nun alles wie eine nachträglich sehr merkwürdige Fixierung auf die Sowjetunion klingen, und was bei Trotzki verständlich sein mag, dürfte bei einem bürgerlichen Intellektuellen des Jahres 1990 skurril wirken. Doch auch auf die Gefahr hin, mich auf engem Raum zu oft zu wiederholen: Es braucht keine nachträgliche Sympathie für die nominalsozialistischen Regime, um zu genanntem Ergebnis zu kommen. Möglicherweise ist derjenige, der ohnehin nie gemeint hat, es gebe zu ihnen eine sozialistische oder eben im weitesten Sinne »linke« Alternative, mal wieder besser dran: Zuvor konnte er sich um die Erkenntnis der Realitäten herummogeln, nun kann er sich auf die Jahre 1989/90/91 in den Kategorien von Sieg und Niederlage beziehen und kann der Geschichte jenes Minimum an Heroismus-Phantasien abgewinnen, das, wenn man sonst nichts hat, doch immer tröstlich ist.

Aber es ist eben keine »Niederlage des Sozialismus« gewesen, sondern die massenhaft ausgeschlagene Chance, doch noch einen Schritt zu seiner Verwirklichung zu tun. Der Blick auf die Weltgeschichte, deren Zeuge zu sein wir die Gnade der zeitigen Geburt haben, wird sich verändern. Ein Kind fragt bei einem Geschehen, das es nicht versteht, wer »die Guten« seien. Wenn man's ihm sagt, meint es etwas verstanden zu haben, denn man hat ihm einen Bezugsrahmen für das gegeben, was es sieht. Fehlt der, so weiß es nicht, wer »gewinnen«, und es ob bei so oder so beschaffenem Ende sich freuen oder weinen soll. Die Wirklichkeit macht uns kein überzeugendes Angebot, Bush oder Saddam Hussein zum »Guten« zu erklären, und die Geschichtsphilosophie, mit deren Hilfe wir uns hätten überreden können, es doch zu tun, ist abhanden gekommen. Wer ist im Libanon »der Gute«? Wer in Peru? Wer in Serbien?

Es mag der Blick auf die Weltgeschichte dem ähnlich werden, den man durch die Seiten eines Geschichtsbuches auf die Kriegs- und Verwüstungszüge des Dreißigjährigen Krieges tut: Man möchte schreien, daß sie nur ein Ende mit dem machen sollen, was sie da tun, egal »wer gewinnt«.

Jan Philipp Reemtsma schrieb in KONKRET 11/90 über »Die Falle des Anti-Rassismus«

konkret 12/90, S. 28

Wolfgang Pohrt

80 Millionen Opfer s□ chen einen T□ ter

□ ber Adelheid Streidel, Dieter Ka□ fmann □ nd das Milie□ , das die E□ ek□ toren seines Wahns □ err□ t

Als im April des Jahres den SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine eine Frau niederstach, die aussah wie ein Überbleibsel aus der Selbsterfahrungsgruppenzeit, war dies das Ende jenes Wahns, der Anfang der 80er Jahre die von der Protestbewegung geräumten Positionen bezogen hatte. Mit dem Anschlag begann ein Interim, welches auch nach dem Attentat auf den Innenminister fortdauert, obgleich es in gewisser Weise als Konstitutionsakt des neuen Reiches verstanden werden kann.

Verzwickt, wie die Zusammenhänge ohnehin sind, wird ihre Darstellung noch durch den Umstand erschwert, daß keiner immun gegen ein gesellschaftliches Klima ist, worin die lähmende Resignation im Verhältnis zu den Fakten schon deren bloße Wahrnehmung blockiert. Passiere, was wolle – es bleibt flüchtig und schemenhaft, zieht wie in weiter Ferne vorüber. Keinen Wutausbruch, sondern ein müdes Lächeln und den Hinweis, daß eben jeder Beruf seine Risiken hat, rang sich der Oppositionsführer vor den Kameras ab, als zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres ein Psychopath zugeschlagen hatte. Der Kanzler meinte kraftlos und schicksalsergeben, daß man in solchen Fällen das Beten lerne. Auf den lieben Gott wiederum hatte auch Adelheid Streidel zu hören gemeint, als sie das Brotmesser in Lafontaines Kehle grub, und wenn es hieß, daß sie »irgendwie daneben« wirkte, so war es dieser Eindruck, den im Jahr der Einheit Politiker wie Bevölkerung hinterließen.

Deshalb, bevor man alles durcheinanderbringt und Kohl für den eigentlichen Messerstecher hält, der Reihe nach, grundsätzlich und ganz von vorn: Das Ergebnis der Protestbewegung war Massenwahn – die Hinterlassenschaft jeder gescheiterten linken Bewegung. Der Niedergang der Kritik am falschen gesellschaftlichen Produktionsverhältnis nämlich stellt, wenn diese Kritik zuvor populär geworden war, nicht einfach die ursprüngliche Dummheit wieder her, sondern die Leute machen sich dann den falschen Reim auf Dinge, mit denen zu hadern sie gelernt hatten. Wie die auf halbem Wege steckengebliebene Aufklärung schlimmer als keine ist, insofern Millionen Analphabeten besser als Millionen »Bild«-Leser sind, macht jede mißlungene Revolution die Verhältnisse schlimmer, als sie waren. Daß vom Faschismus schweigen soll, wer vom Kapitalismus nicht reden mag, ist richtig, aber nur die halbe Wahrheit, denn die modernen Greuel setzen außer dem Kapitalverhältnis Massen voraus, die von den Versprechungen des Kommunismus hörten und daran Gefallen fanden. Hat die richtige Idee, daß es jedem besser gehen könnte, und daß der Zustand der Welt insgesamt ein unerträglicher ist, sich einmal in den Köpfen festgesetzt, so stirbt man in der Not nicht mehr bloß am Hunger. Die Alternative Sozialismus oder Barbarei stellt sich dann, wenn die Massen ihr Dasein nicht mehr als gottgegeben hinnehmen und es eine Rolle spielt, von welcher Art Politik sie sich die Verwirklichung der in ihnen geweckten und ihnen nicht mehr auszutreibenden Wünsche versprechen. Der Kapitalismus ist deshalb – anders als in den asiatischen Schwellenländern oder letztes Jahrhundert in Europa – im gesamten Ostblock chancenlos, eben weil er auf Massen trifft, die krasses Elend nicht demütig erdulden können, sondern durch es bestialisch werden müssen oder revolutionär.

Während alle Welt den Sozialismus durch die Entwicklung im Ostblock für endgültig erledigt hält, zeigt diese Entwicklung in Wahrheit, daß es zum Sozialismus im Ostblock keine Alternative gibt als das allumfassende, sinnlose Gemetzel. Fünf Jahre Glasnost und Perestroika haben in erster Linie zu Verhältnissen geführt, unter denen die stalinistische Diktatur samt ihres Terrors über kurz oder lang vielleicht das einzige, freilich kaum wieder verfügbare Mittel ist, ein Minimum an Humanität zu sichern. Die Hetzer im Westen, die den Zerfall der Sowjetunion mit Applaus quittierten, die Freunde der nationalen Selbstbestimmung und die Gorbatschow-Fans – sie alle möchte man dafür schon jetzt mit einem längeren Zwangsurlaub an der Demarkationslinie beispielsweise zwischen Gagausen und Moldawiern belohnen, wo sie dann selber hautnah teilhaben dürfen an dem Glück, womit sie die unterdrückten Völker Rußlands beschenken wollten.

Wie heute der Zusammenbruch des sowjetischen Kommunismus ein Bewußtsein produziert, neben dem der abergläubische Stumpfsinn im zaristischen Rußland wie die reine Vernunft wirken dürfte, kam nach dem Niedergang der Protestbewegung nicht die Ära Adenauer zurück, jene gute alte Zeit, in welcher deutsche Massenbewegungen vorübergehend nur auf der Autobahn oder im Kaufhaus stattfanden. Statt spurlos wieder zu verschwinden, hinterließ die Einsicht in die Krisenhaftigkeit einer vom Kapital beherrschten und atomar gerüsteten Welt vielmehr ein vages, aber zähes Gefühl von tödlicher Bedrohung durch schwer identifizierbare Kräfte. Der Bundesbürger, dessen Horizont vordem räumlich nicht über das Grundstück fürs Eigenheim hinaus und zeitlich gerade bis zum Erscheinen des nächsten Neckermannkatalogs gereicht hatte, hatte obendrein vom Vietnamprotest und von der Imperialismus-Kritik gelernt, gleichermaßen in globalen und in historischen Dimensionen zu denken. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte lagen damit wieder die Zutaten bereit, die ihr ursprünglicher Erfinder und Besitzer nur aus der Hand zu geben brauchte, damit sie sich wie von selber zu einer brisanten Mischung aus Verfolgungswahn und Größenwahn vermengten.

Die Protestbewegung, niemand sonst, hatte die Landsleute wieder gelehrt, in den Kategorien von Opfern und Tätern zu denken, mit dem Effekt, daß es in Deutschland bald nur noch Opfer gab und am Ende auch solche wie Adelheid Streidel

und Dieter Kaufmann. Verloren ging beim Zusammenbruch der Protestbewegung nicht das Gespür, daß eine Welt, in der zwei Drittel verhungern und ein Drittel sich überfrißt, im Atomzeitalter unkalkulierbare Risiken auch für die Satten in sich birgt. Verloren aber gingen der Wille und die Fähigkeit, die Ursachen der Unsicherheit zu begreifen. Als unbegriffenes wiederum drängte das Gefühl die von ihm Geplagten dazu, eine plausible Rechtfertigung dafür in der Realität zu suchen. Wer die Gefahr zu spüren gelernt hat und sie gleichzeitig nicht sehen will, unter anderem deshalb, weil mit der Reduzierung dieser Gefahr die Minderung seiner eigenen Privilegien verbunden wäre, muß sich um Ersatz bemühen, wenn er sich nicht selber als Fall für den Psychiater einstufen will.

Als Ersatz für die Kritik an einem gesellschaftlichen Ausbeutungsverhältnis, welches auch seine Nutznießer gefährdet, stellte die Angst vor schleichender Vergiftung und tückischen Strahlen sich ein, jene Angst, deren diverse Varianten und Ableger dann ein Jahrzehnt lang von einem Verbund aus Medien und Alternativ-Szene gleichermaßen geschürt und absorbiert wurden. Die Öko-Gruppe war der Ort, wo der irre Einzelne, der die Welt von der Chemie oder der Kernenergie verhext glaubte, sich in Gemeinschaft anderer ausleben und abregen konnte, ohne den Bestand der Gesellschaft unmittelbar zu gefährden. Die Kollektivierung des Wahns domestizierte ihn auch, und sie eröffnete dem Einzelnen die Möglichkeit, als Irrer eine normal funktionierende Person zu bleiben. Wenn Tausende Friedensplätzchen backen, ist die Beschäftigungstherapie Narretei und Politikum zugleich. Der Einzelne, der sich objektiv wie ein Vollidiot verhält, fällt als solcher nicht auf, und weil die vielen ihn in seinem Glauben an die magische Wirkung des Teigrührens bestärken, kann er vom nachrüstungsbedingt unmittelbar bevorstehenden Weltuntergang fest überzeugt sein, ohne deshalb, wie es die Logik seiner Zwangsvorstellung eigentlich verlangt, den für die Nachrüstung und also für den Weltuntergang verantwortlichen Kanzler gegebenenfalls in Notwehr erschießen zu müssen. Die Vergesellschaftung der Paranoia war die Basis der friedlichen Koexistenz zwischen vermeintlich tödlich Bedrohten und ihren vermeintlichen Verfolgern, weil der Verfolgungswahn neutralisiert wurde durch den Größenwahn, durch die kindische Vorstellung, mittels gemeinsamen Backens und Singens banne man die Bombe.

Zehn Jahre lang also war das Schüren und Absorbieren des Wahns ein ebenso heikles wie florierendes Geschäft, doch als dann die Mauer fiel, machten die offenen Anstalten dicht, welche die Umweltinitiativen und die Kräuter- oder Selbsterfahrungsgruppen für ihre Anhänger und Sympathisanten bedeutet hatten. Von den zermatschten Kröten auf der Autobahn, von sterbenden Wäldern, vom Dioxin in der eigenen Leber oder vom drohenden Atomtod sprach plötzlich keiner mehr, der im neuen Reich was werden wollte. Die zu Ämtern gekommenen Öko-Gurus, die zuvor die penetrantesten Schreier für die proletarische Revolution gewesen waren, die Fischers und Vollmers also verrieten ein weiteres Mal ihre Anhängerschaft, deren Paranoia sie angekurbelt und ausgenutzt hatten. Statt Verfolgungswahn nämlich verlangten die Zeitläufe Tatendrang, Angst in Aggressivität umzusetzen hieß angesichts neuen Lebensraums im Osten das Gebot der Stunde. Die ewigen Wendehälse der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte weinten also nicht länger dem zertretenen Gräslein nach, sondern sie beschlossen, daß es an der Zeit war, ein weiteres Mal kräftig umzudenken, ideologischen Ballast abzuwerfen, Vernunft anzunehmen, beweglich zu werden, um mithalten zu können beim Endspurt auf den anfahrenden Zug.

Und wieder blieben dabei manche zurück. Damals, als der revolutionäre Kampf einer um Ministerposten zu werden begann, als man für die übliche Ochsentour einer normalen bürgerlichen Berufskarriere das heroische Wort vom langen Marsch durch die Institutionen erfand, damals hatten die Genossen von der RAF den Anschluß verpaßt, jene Genossen, die es nun umso weniger glauben mochten, daß die Abschaffung des Imperialismus allein eine Frage hunderttausendstimmigen Protestgeschreis im Verlauf friedlicher Massendemonstrationen war, als die Zahl friedlicher Schreier rapide sank. Diesmal wollte Adelheid Streidel nicht kapieren, daß Öko-Okkultismus out ist, wenn das Vaterland vor der Aufgabe steht, durch die Industrialisierung hinzuerworbenen Gebiets die Nummer Eins in Europa zu werden. Mag die Frau, die Lafontaine niederstach, auch ein klinischer Fall sein, wobei sie dies Schicksal wiederum angeblich mit einer halben Million Bundesbürger teilt, so klingt ihre Wahnvorstellung, die zweifelsfrei eine ist, doch immerhin noch wie ein fernes, undeutliches Echo auf die Zeit, als man Huxley oder Orwell las, ohne deshalb Big Brother für eine lebende Person zu halten, während der pausbäckige Realismus grüner Großmachtstrategen im Bundestag der Abfluß eines Denkens ist, woraus einem, wenn es den Mund aufmacht, nichts als der nackte Stumpfsinn entgegenwiehert.

»Es gibt in Europa Menschenfabriken und unterirdische Operationssäle, wo Leute aus der Bevölkerung körperlich und geistig umfunktioniert werden« *, meinte die Frau nach der Verhaftung zur Begründung ihrer Tat, und in diesem Satz steckt die ganze Protestbewegung, von ihren Anfängen, als man mit Herbert Marcuse unter Manipulation die Verhinderung der historisch objektiv vorhandenen Möglichkeit verstand, Elend, Unterdrückung und Ausbeutung abzuschaffen, bis hin zu ihrem traurigen Ende, als das regredierte Bewußtsein, welches festhielt am Begriff, ohne ihn noch denken zu können, sich in Vorstellungen flüchtete, wo wie im Schundroman Manipulation dergestalt geschieht, daß Weißbekittelte einen echten Homunculus fabrizieren. Trotzdem hat keiner der nach Hunderttausenden zählenden Öko-Paranoiker öffentlich Verständnis für die Frau etwa in dem Sinne geäußert, daß angesichts der drohenden Klimakatastrophe nur der Verrückte normal bleiben kann. Nichts kennzeichnet den hiesigen Sozialcharakter besser.

Im April also verabschiedete sich der alte Wahn, im Oktober schon gab eine neue Variante ihr Debüt. Während es Adelheid Streidel noch um den Bestand der Menschheit und der Erde gegangen war, während sie noch altruistische Motive hatte, schlug diesmal der rachsüchtige, egoistische Einzelne zu, der nichts als sich seiner Haut wehren und Vergeltung üben wollte. Die alte Bundesrepublik, wo die Paranoia gut verpackt war im Welterrettungsschmus, hatte abgedankt, das neue Reich nahm Konturen an, und wie es dazu kam, das ist wieder eine Geschichte für sich.

Seit den Volkskammerwahlen im März nämlich lief unter dem heimlichen Titel »17 Millionen suchen ihre Wunde« mit Unterstützung der Regierung in den Medien ein Ideen-Wettbewerb, das Thema hieß: »Warum ich Grund habe, mich als Stasi-Opfer zu fühlen, obwohl mir das keiner ansieht.« Einer der Sonderlinge, von denen es unter den Landsleuten viele gibt, wenn sie nicht gar die Mehrheit bilden, hatte zwar den Grundgedanken des Ratespiels ganz richtig erfaßt, aber beim deutsch-deutschen Kuddelmuddel ein wenig die Orientierung verloren. Obgleich im Südwesten ansässig, tat er, wozu trotz aller Einheitsparolen nur DDR-Bürger aufgefordert worden waren, und die gründliche Nachsorgeuntersuchung der eigenen Befindlichkeit durch ihn selbst ergab, daß man ihn »psychisch und physisch bedrängt«, »ungerecht behandelt«, »gefoltert und gequält« hatte. Man hatte ihn »in seiner Menschenwürde verletzt«, ihm in den Kaffee Speed getan, in den Tee halluzinogene Essenzen und Psychodrogen in den Tabak. Der »Spiegel« faßte zusammen: »Und dann der Staatsterror: Das lief über 'elektrische Wellen auf den Körper', über quälende 'Lauttechnik', über 'elektrolytisch erhebliche Schmerzen', die dem damals Drogenabhängigen, wie er angab, 'im Zwölffingerdarm und im Kopf' zugefügt wurden. 'Unter anderem hatte der Staat auch versucht, mich sexuell zu erregen.'«

Anders gesagt: Dieter Kaufmann war der falsche Mann für die richtige Sache. Fünfhundert Kilometer weiter östlich hätte er wohnen müssen und auf den Innenminister hätte er nicht schießen dürfen, dann hätten die Zeitungen ihn als Kronzeugen im Prozeß gegen das verbrecherische SED-Regime groß herausgebracht. Denn die Einheit erforderte Einfühlungsvermögen und Einbildungskraft, Millionen vom Stasi Drangsalierte wurden gebraucht, wollte man als Befreiung der Landsleute von kommunistischer Tyrannei verkaufen, was eine Schnäppchenjagd gewesen und kleinkindlicher Gier nach viel Bananenpampe entsprungen war.

Der Druck wiederum, dem Unternehmen einen ideellen Anstrich zu geben, wuchs im Maße, wie klar wurde, daß beim Versuch, einander hereinzulegen, schließlich Ossis und Wessis gleichermaßen die Geprellten waren. Die Einheit werde allen Deutschen mehr Wohlstand bringen als je zuvor, hatte der Kanzler noch im Frühjahr verkündet, und während die Ossis dabei an die den Wessis abzuknöpfende Hartwährung dachten, breiteten vor deren innerem Auge sich Ländereien aus, Anwesen wie maßgeschneidert für den Zweitwohnsitz, und für ein Butterbrot zu erwerben. Im Herbst hieß es dann: Wenn's um die Einheit geht, darf der Preis keine Rolle spielen, wer wird denn nach den Bestattungskosten fragen, wenn die Trauergemeinde am Grabe steht. Und während die Ossis vor Selbstmitleid über ihr Sozialhilfeempfängerdasein zerflossen, sträubte sich bei den Wessis allmählich das Nackenhaar, wenn sie an ihre pausenlos auf Nimmerwiedersehen gen Osten in den unersättlichen Schlund zahlloser unnützer Esser rollenden Steuermilliarden dachten. So stark wurde die Aversion, daß sie mancher nicht mehr wahrhaben mochte und viele bei Meinungsumfragen das genaue Gegenteil sagten. Die Einigung nahm die Züge eines Familiendramas an, bei welchem das dicke Ende umso sicherer ist, je entschiedener alle Beteiligten ihre Gefühle verleugnen. Ein gemeinsamer Feind wurde gebraucht, um den wachsenden Haß auf ihn umzulenken, und zwar schnell.

Es war also der Regierungssender, den Dieter Kaufmann empfing, als seine innere Stimme ihm riet, sich den Staatsterror nicht länger gefallen zu lassen. Nur nahm das Geschehen dann den Verlauf einer Agentenkomödie oder Krimigroteske, wo der bezahlte Killer die Adressen durcheinander und seinen Auftraggeber zur Strecke bringt. Unkalkulierbaren Risiken setzt sich aus, hieß daraus die Lehre, wer gegenwärtig versucht, den Mob gegen einen inneren Feind aufzuwiegeln. Nur die SPD begriff das nicht, deren Kommunistenfresser Pätzold unter dem neuen Wahlspruch der Exekutive »legal, illegal, scheißegal« genau eine Woche nach dem Attentat auf den Innenminister widerrechtlich die Parteizentrale der PDS durchsuchen ließ.

Noch stehen mit leeren Händen auf der Suche nach dem Täter 80 Millionen Opfer da, die mehrheitlich wie Dieter Kaufmann gebaut sein dürften. Sie werden einander beharken, wie dies zuletzt in Leipzig geschah, wo einer im Kugelhagel der Polizei tot liegen blieb, oder sie finden einen gemeinsamen Feind. Daß sie stattdessen ihre eigene Dummheit und Gier hassen lernen, ist unwahrscheinlich .

* Sämtliche Statements von Adelheid Streidel und Dieter Kaufmann zitiert nach »Der Spiegel« Nr. 43, S.28 ff.

Der Prozeßbericht in der Nr. 45 des gleichen Magazins ist übrigens ein Musterbeispiel für psychotisch gestörtes Bewußtsein. Die Reporterin, Giesela Friedrichsen, erzählt zunächst, daß die Wahnvorstellungen bei Adelheid Streidel im Jahr 1978 begannen, angeblich deshalb, weil in diesem Jahr ihre Ehe zerbrach: »Damals fing es an mit den Wissenschaftlern, von denen sie sich über die Gefahren für Erde und Menschen unterrichtet fühlte. Die ihr angeblich berichteten, in riesigen unterirdischen Tötungsfabriken würden Menschen aus unteren sozialen Schichten zu Konserven verarbeitet oder zu Intellektuellen umfunktioniert (...) Sie wisse, daß es Tötungsfabriken etwa unter dem Frankfurter

Flughafen gebe (...) Die Wissenschaftler hätten ihr eine Frist von etwa zehn Jahren gesetzt (...) Jesus Christus habe sie aufgefordert, sofort ans Werk zu gehen, damit dem Töten ein Ende bereitet werde.«

Die »Spiegel«-Reporterin berichtet dann, daß der vorsitzende Richter Dr. Bruno Terhorst, 49, die Angeklagte fragte, ob sie mal Menschen gefunden habe, die ihre Ansichten teilten. Diese Frage hält die Journalistin für wenig einfühlsam, denn: »Solche Fragen bewegen Gesunde. Sie stoßen in die Welt von Adelheid Streidel nicht vor. Sie brauchte nicht Gesinnungsgenossen, sie war sich überirdischer Hilfe sicher.« Weder von den teilweise militanten Auseinandersetzungen um die Frankfurter Startbahn West (ein erschossener Polizeibeamter immerhin), noch von den Prognosen des Zukunftsforschers Professor Dr. Robert Jungk oder vom Jesus-Hokospokus des Franz Alt wollen sowohl der vorsitzende Richter als auch die Reporterin je gehört haben. Der Leser steht damit vor der Frage, ob gegenüber der Unterbringung von Frau Streidel in einer geschlossenen Anstalt nicht eine Gruppentherapie für alle Prozeßbeteiligten die bessere Lösung wäre.

konkret 12/90, S. 32

Oliver Tolmein

Die breite Linke

Linke Organisationen gibt es immer noch zuhauf, die gemeinsame Basis für linke Debatten ist dagegen zerbröckelt. Ein Überblick über die Opposition, die nocheinmal von vorne anfangen muß

Je weniger es sie gibt, desto mehr wird über sie geredet: In einer mogadischuliberalen Wochenzeitung wird »der Linken« ein Dossier gewidmet, ein halbes Dutzend Einschätzungen ihrer Misere ergeben in der Herbstsaison ein reichliches Kilo Bücher, die verbliebenen Blätter linker, »linker« und geläuterter Organisationen haben kaum mehr Raum für andere Themen. Kaum ein Sozialdemokrat und keine Grüne, kein Ex-Maoist und kein mutierter Friedenskämpfer, die sich heute nicht berufen fühlten, Urteile und Analysen zu liefern, Beleidigungen und Wertschätzungen auszusprechen, Wahlempfehlungen abzugeben, kurz: eine Meinung über »die Linke« zu verbreiten und kundzutun, daß linke Politik nicht länger »sektiererisch«, »selbstisolationistisch«, »dogmatisch«, »rückwärtsgewandt« sein dürfe.

Zu lernen ist aus diesen in der Regel ebenso wortreichen wie gedankenarmen Text-Apparaten vor allem, daß von »der Linken« zu reden und zu schreiben ein nur für Rechte sinnvolles Verfahren ist. Im folgenden soll also weder über das Fortleben »der Linken« nach der vorerst äußerst erfolg- und folgenreich in Angriff genommenen Restauration Deutschlands sinniert werden. Es interessieren aber auch nicht die vielen Vereinzelten, die als »Linke« verstanden werden wollen, weil ein paar ihrer biographischen Daten aus vergangenen Tagen vom staatstragenden mainstream abweichen und ihnen so wenigstens einen Rest von Aufmerksamkeit in Feuilletons und Talkshows sichern: Wer fragte heute nach Joscha Schmierer, Karsten Voigt oder Antje Vollmer, wenn sie sich nicht »als Linke« erst spät zum Glauben an die Weltmacht Deutschland bekehrt, sondern ihm schon immer gehuldigt hätten?

Auch zu denen, die sich als Sozialistinnen und Sozialisten, Kommunistinnen und Kommunisten sahen, den Blick aber stets nach rechts gerichtet hielten, um, in knappem Abstand, die Bewegungen der Sozialdemokratie zu imitieren, ist heute nicht viel neues zu sagen (siehe KONKRET 8/90, 9/90, 10/90, 11/90): Sie sind nach rechts gerückt, damit weder sie noch das politische Ensemble in Verwirrung geraten; die deutsche Einheit haben sie anfangs abgelehnt, dann mürrisch begleitet und heute würden sie, ließe sie nur jemand, gerne mitgestalten. Ersatzweise arbeiten sie an sich selbst, benennen ihre Zeitung in »Freitag« um, fühlen sich aber nicht wie Robinson, der auf einer einsamen Insel einen Freund sucht, sondern mittendrin im Weltgeschehen, mischen in der PDS mit, erklären »Stalinisten«, daß wir in einer Demokratie leben, Geldbeschaffungsmaßnahmen für die Vorbereitung illegaler Arbeit mithin illegal und deswegen der nächstgelegenen Staatsanwaltschaft zu melden sind. Alles bleibt beim alten, nur das Koordinatenkreuz hat sich verschoben.

Irritierender ist der sprunghafte Wechsel, den etliche Ökosozialistinnen und Ökosozialisten vollzogen haben: Einst mit großen, dann mit weniger großen Hoffnungen linke Flügel in den Grünen, oft zu innerparteilicher Kontroverse bereit, ansprechbar für außerparlamentarisch aktive Linke (z.B. als Unterstützerinnen für die Forderung der politischen Gefangenen nach Zusammenlegung), gerne auch mal illoyal gegenüber Vorstandskolleginnen und der Mehrheit der grünen Bundestagsfraktion, haben sie sich, zuerst vereinzelt, dann in kleinen Seilschaften auf ihren (nach K-Gruppen in den Siebzigern und Grünen in den Achtzigern) dritten Weg in die PDS begeben. Eine politische Erklärung sind sie ebenso schuldig geblieben wie eine Auseinandersetzung mit ihrer Arbeit und Wirkung in den Grünen.

In der PDS gerieren sie sich im Wettbewerb mit den ehemaligen DKP-Erneuerern als die besseren »Anti-Stalinisten«, zeigen in der Auseinandersetzung um die Forderung nach Ausstieg aus der Atomenergie, was sie bei den Grünen gelernt haben, und sind ansonsten verstummt: Deutschlandpolitische Positionen und eine hierarchische Parteiorganisation, die sie bei den Grünen auf die Barrikaden getrieben hätten, nehmen sie in ihrer neuen Organisation wie gute Sozialisten hin. Einige der Mitstreiterinnen von Stamm und Co. aus alten Tagen sind allerdings auch weiterhin in den Grünen aktiv, andere, wie Verena Krieger, bleiben vorerst Grüne, wollen aber ihre »Proteststimme« der PDS geben. So groß die Beliebigkeit der politischen Organisierung dieser, bei allen Widersprüchen, auf das Parlament als Hauptbetätigungsfeld setzenden und die Wiedervereinigung mehr oder weniger verärgert hinnehmenden Fraktion ist, so wenig an Substanz geht bei ihrem Hin- und Herchangieren verloren. Immerhin: Finanzanträge werden künftig bei den Grünen schwieriger und bei der PDS nicht besser durchzusetzen sein, die eine oder andere Unterschrift eines Orts-, Kreis-, Landes- oder Bundeshauptausschusses wird künftig unter Flugblättern fehlen.

Die »Radikale Linke« war mit einem anderen Anspruch 1989 u . a. von damals (und zum Teil auch heute) Noch-Grünen, Kommunisten und Unorganisierten gegründet worden: Kritische Auseinandersetzung mit der eigenen bisherigen Praxis war versprochen, die neue Formation sollte ein Kristallisationspunkt für radikale Linke sein. Tatsächlich war die anfangs mit der Ausnüchterung der rosa-grünen Besoffenheit beschäftigte Nicht-Partei 1990 die erste und aktivste Kraft, die aufrichtig bemüht war, die nationale Frage rein destruktiv zu behandeln und weder realpolitische noch sonstige Rücksichten zu nehmen.

»Die Radikale Linke setzt auf eine Logik der Zuspitzung«, schrieb Detlef zum Winkel in KONKRET 5/90 zufrieden und prophezeite, daß die RL noch viel »sektiererischer« werden müsse (und könne), als ihre Kritiker ahnten. Das war zu früh gefreut: So erfolgreich mit der »Nie wieder Deutschland« Demonstration am 12. Mai in Frankfurt die Konflikte innerhalb der Linken zugespitzt und die Volksgemeinschaft der Demokraten provoziert wurde, so moderater sind die sich daran anschließenden Projekte der RL Stück für Stück geraten.

Auf ihrem Juni-Kongreß verzichtete die Radikale Linke auf eine antinationale Schwerpunktsetzung und bot stattdessen einen bunten Themenkatalog zur Diskussion. Die in Köln für den 9. oder 10. November beschlossene und von den ersten Initiatorinnen und Initiatoren für Leipzig als der »deutschen Heldenstadt« vorgeschlagene Demonstration wurde gleich in mehrfacher Hinsicht entschärft: Sie wurde auf den 3. November vorverlegt, fand in Groß-Berlin und bereits nicht mehr unter der Parole »Nie wieder Deutschland« statt – das Engagement hatte im Vergleich zur 12. Mai-Demonstration spürbar nachgelassen, mit 8.000 bis 10.000 Leuten war die Demonstration, die unter dem Motto »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland« stattfand, auch nur halb so gut besucht wie die ein halbes Jahr zuvor.

Die von »Radikalen Linken« und radikalen Linken geplante Kampagne »Keine Stimme für Deutschland – Reichstagswahlen ohne uns« erwies sich auf dem Nachbereitungstreffen zum Kölner Kongreß fast als Sprengsatz für die junge Formation. Nicht nur daß Leute wie der Bremer Physik-Professor Jens Scheer, der in Köln noch in der Vorbereitungsgruppe und auf dem Podium gesessen hatte, mittlerweile zu der Einsicht gefunden haben, daß sie »weder für Zweistaatlichkeit, noch für Vereinigung« seien, weil »die Massen inzwischen entschieden haben« – die Wortführerin der »Radikalökologinnen«, Jutta Ditfurth, die nach ihrer Niederlage bei der Bundesvorstandswahl 1988 voll Engagement auf die Formierung der »Radikalen Linken« gesetzt hatte, aber vorsichtig genug war, den Bruch mit ihrer alten Partei nicht ganz zu wagen, tritt jetzt als Kandidatin des bisher nicht als links hervorgetretenen bayrischen Landesverbands der Grünen auf. Sie tut das so selbstverständlich, daß sie auf jede ausführlichere Erklärung verzichtet. Der deutsche Imperialismus habe bisher, argumentierte sie anläßlich der Auseinandersetzungen um den Wahlboykott in der »Radikalen Linken«, an der Ausbeutung lateinamerikanischer Staaten teilgenommen, jetzt konzentrierten sich seine ökonomischen Interessen auf Osteuropa – wo sei der große Unterschied, weswegen also solle sie ausgerechnet bei dieser Wahl nicht kandidieren? So scharf Ditfurth gegen die »Keine Stimme für Deutschland – Reichstagswahlen ohne uns«-Kampagne argumentierte und sie fast zum Bruchpunkt mit der »Radikalen Linken« gemacht hätte, so tolerant und fügsam erweist sie sich auf anderem Terrain: In »Brigitte« und »Stern« plaudert sie über ihr Hobby, die Malerei, in einer Wahlsendung des ZDF diskutiert sie, neben anderen, auch mit dem Vorsitzenden der Republikaner, Franz Schönhuber, – ganz anständig und ohne einmal aus dem Rahmen zu fallen. »Die radikale Linke ist sehr dafür, die Faschisten aufs Maul zu hauen«, hieß es in der Plattform der »Radikalen Linken« vom November 1989 – ob die radikalökologische Fraktion tatsächlich noch dazu steht, mag bezweifelt werden, in jedem Fall begnügt sie sich damit, die direkte Aktion anderen zu überlassen.

Während die Radikalökologinnen und Radikalökologen sich auf dem Weg zurück an die Spitze gesetzt haben, vergrübeln sich die Aktiven einer anderen Gruppe, die die RL mitinitiiert haben, in Unentschlossenheit: Die Vereinigte Sozialistische Partei, die legendäre Organisation, in der Stalinisten (von der »KPD«) und Trotzkisten (von der GIM) ihren Frieden geschlossen haben, ist in der Frage Wahlbeteiligung, PDS, Perspektiven überhaupt hin- und hergerissen. Routiniert im Zusammenhalten auseinanderstrebender Linien haben sich die Kader auf die Suche nach kleinsten gemeinsamen Nennern begeben – die Ablehnung der DDR-Annexion und das Engagement gegen die PDS-Ausgrenzung gehören dazu – und plädieren ansonsten für Toleranz, eine Tugend, die sie auch der RL empfehlen, damit zusammenbleibt, was ihrer Meinung nach zusammengehört.

Interessanter ist ein Blick auf die Konflikte in der letzten und undogmatischsten der alten K-Gruppen, die mit Aktiven in der RL vertreten ist. Während bei anderen »altlinken« Organisationen wie dem BWK oder der DKP ein zermürbender Zerfallsprozeß eingesetzt hat (bzw. sich beschleunigt), wird im Kommunistischen Bund (KB) die möglicherweise neue Energien freisetzende Spaltung betrieben, die aber auch damit enden kann, daß eine kritische in eine träge Masse transformiert wird, die Kräfte bindet, statt sie in Bewegung zu setzen. Schon im Vorfeld der Spaltung sind dabei Kräfte mobilisiert worden, die weitaus stärker sind, als das bei einer bestenfalls noch 400 Mitglieder schwachen Organisation zu erwarten war. Das mag seine Ursache darin haben, daß in der spaltungserprobten Organisation »Minderheit« und »Mehrheit« in den entgegengesetzten Lagern der sich neuformierenden Linken richtungsweisend sind. Während die »Mehrheit« alle Hoffnungen auf die PDS setzt und es ausdrücklich ablehnt, diese Partei zu weit nach links bewegen zu wollen, gehört die »Minderheit« zu den Initiatorinnen und Initiatoren des Wahlboykotts und zu den Gruppen, die am dringlichsten die Rekonstruktion einer antinationalen, außerparlamentarischen Opposition einfordern.

Die Entwicklung des Konflikts im KB und die Ausrichtung der beiden Linien zeigen deutlicher noch als es bei der Betrachtung der Differenzen innerhalb der RL sichtbar wird, daß es um mehr als nur um »Antinationalismus« geht. Schon seit mehreren Jahren gab es innerhalb des KB eine scharf geführte Auseinandersetzung um die sogenannte »Faschisierungsthese« und die Frage, ob die BRD sich zu einer »normalen westlichen Demokratie« entwickelt hat; 1989 initiierte ein Mitglied des Leitungsgremiums durch seinen Rücktritt eine Debatte über eines der empfindlichsten Themen in kommunistischen Gruppen, über innerorganisatorische Demokratie und Verkrustung des Apparats (skurrilerweise engagiert

sich die konservative Fraktion des KB in diesem Streit heute für die »Erneuerung« der PDS). Die Bereitschaft, die Verhältnisse hierzulande nicht ganz so schlimm zu finden, und die Entschlossenheit, die überkommene Praxis des sogenannten »demokratischen Zentralismus« beizubehalten, hat dazu geführt, daß auch auf die Restauration Deutschlands mit den alten Methoden reagiert werden soll: Bündnispartner suchen, Mobilisierungsmöglichkeiten überlegen, massenwirksame Strategien aushecken. Die PDS erwies sich dafür als ideale Partnerin.

Die Entwicklung im KB ist auch für andere linke und radikale Fraktionen von Bedeutung, weil sie, wenn auch zur Zeit weitgehend unbewußt, die Politik der sozialen Bewegungen der achtziger Jahre im nachhinein äußerst fragwürdig erscheinen läßt. (Es ist auch auffällig, daß die Bewegungen sich in den letzten Jahren fast völlig zersetzt haben und eine Antifa-Bewegung im Sinne der sozialen Bewegungen der achtziger Jahre garnicht erst entstanden ist). Die alte Politik des KB zielte vor allem darauf, die jeweils gerade aktuellen, aus »Betroffenheit« erwachsenen Protestbewegungen ein bißchen zu radikalisieren und effizienter zu formieren. Die »Minderheit« hat im Zuge der Restauration Deutschlands mit dieser vor allem auf Massenwirksamkeit und »Betroffenheit« setzen den Praxis gebrochen und an deren Stelle die in den Augen nicht nur der »Mehrheit« sektiererische »Nie wieder Deutschland«-Politik gesetzt. Welche Perspektiven sich daraus für die weitere »Minderheiten«-Politik ergeben, ob dieser linksradikale Ansatz konsequent weiterentwickelt werden wird, läßt sich derzeit nicht abschätzen. Die »Minderheit« hat die Erfahrungen dieses Jahres bestenfalls in Ansätzen reflektiert. Ihre Kritik an den undemokratischen innerorganisatorischen Verhältnissen, die für die Weiterentwicklung kommunistischer Politik von entscheidender Bedeutung sein dürfte, ist dabei sogar ganz aus dem Blickfeld geraten.

Immerhin hat die von der »Minderheit« unterstützte und vorangetriebene Politik die Frage nach dem Verhältnis von linken Organisationen zum »Volk« aufgeworfen: Die routinierte Politik der »Betroffenheit« hat das Wesen der Restaurationspolitik nicht angegriffen, weil die »betroffenen« Massen deutsche Massen sind, die nicht »ungerecht« behandelt wurden, sondern falsch gehandelt haben, und es nicht Ziel linker Politik sein kann, die volksgemeinschaftlichen Sorgen, Ängste und Nöte ins Zentrum des Engagements zu rücken, sondern eine Politik entwickelt werden muß, die die Emanzipation des Subjekts und die Destruktion jeder Form von Volksgemeinschaft zum unbedingten Ziel hat.

Ironischerweise verläuft die Spaltung des KB fast parallel zu einer Wiedervereinigung: Die »Minderheit«, deren ältere Genossen vor etwa zehn Jahren, damals noch in trautem Bunde mit der heutigen »Mehrheit«, die »Zentrums«-Fraktion aus dem KB ausgeschlossen hatte (wegen deren Haltung zu den »Grünen«), agiert heute in weitgehender Übereinstimmung mit den damaligen Gegnern vom radikalen Flügel der RL wie Thomas Ebermann und Rainer Trampert, die »Mehrheit« hat ihrerseits in der PDS damalige Mitstreiter von Ebermann, wie Jürgen Reents, wiedergefunden.

Weniger erfreulich sind die Konsequenzen, die sich aus der Entwicklung des KB für die weit über die Organisation hinaus bedeutsame Zeitschrift »AK« (ehemals »Arbeiterkampf«) ergeben: Die Anzeichen, daß die »Mehrheit« ihn alleine übernehmen und künftig zusammen mit den neuen Bündnispartnern in der »Linken Liste/PDS« produzieren will, mehren sich. Das würde aller Voraussicht nach das Ende des »AK« als Zeitung für eine fraktionsübergreifende linksradikale Debatte bedeuten. Damit wäre auch ein zur Zeit allerdings eher ausgeleiertes Scharnier zwischen sozialistischen, kommunistischen und autonomen Linken gebrochen.

Die RAF hat, wie die Attentate auf Herrhausen und Staatssekretär Neusel und die entsprechenden Bekennerschreiben zeigen, zwar nicht den Kampf gegen die Wiedervereinigung ins Zentrum ihrer Bemühungen gerückt, sich aber zumindest vorerst auf den Kampf gegen den BRD-Imperialismus stärker als auf den weltweiten Kampf konzentriert. Daß sie zudem in der Erklärung zur Hafenstraße (KONKRET 11/90) erstmals seit langem auch unabhängig von einem Anschlag zu einer aktuellen politischen Frage Stellung bezogen hat, kündigt möglicherweise ein stärkeres Interesse der RAF an der lange angekündigten Auseinandersetzung mit legal arbeitenden linken Gruppen an. Erstaunlicher ist, daß die »Revolutionären Zellen«, die zu Zeiten der Friedensbewegung bemerkenswerte und weitsichtige Kritik am Nationalismus in der außerparlamentarischen Opposition formuliert und die 1986 eine Anschlagserie gegen die rassistische deutsche Asylpolitik durchgeführt haben, derzeit praktisch und theoretisch untätig bleiben.

Die Entwicklung der Debatte in den autonomen Gruppen, die als einzige in der radikalen Linken in der Lage sind, aus eigener Kraft mehrere tausend Leute zu mobilisieren, folgt anderen Kriterien und ist an anderen Parametern orientiert als die in den bisher beschriebenen Gruppen der Linken: Das Interesse an einer theoretischen Auseinandersetzung mit der Wiedervereinigungs-Politik ist gering, die Diskussionen um Militanz, autonome Organisierung und Ausweitung der eigenen Politik verlaufen in vielen Bereichen so, als habe es keine grundsätzliche qualitative Veränderung gegeben. Das hat seinen Grund zum einen darin, daß die Massenorientierung, die es im sozialistischen und kommunistischen Spektrum gab, im autonomen Spektrum kaum existiert hat, zum anderen sind in der bisherigen autonomen Analyse antikapitalistische und antiimperialistische Ansätze prägend, in denen die historische Dimension und die Besonderheiten deutscher Politik keine Rolle spielen.

Der beharrliche Verweis z. B . der Initiatorinnen und Initiatoren der »Nie wieder Deutschland«-Demonstration auf die nationalsozialistische Vergangenheit und deren Verlängerung bis in die heutige Politik wurde von Autonomen sogar mehrfach kritisiert, einerseits, weil er den Blick für die Aggressivität des BRD-Imperialismus in den letzten Jahren

verstelle, andererseits, weil er die weltpolitische Konstellation vernachlässige und, in einer Art umgekehrtem Nationalismus Deutschland ins Zentrum der eigenen Analyse rücke und überdies den Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft verleugne. Trotz dieser Haltung haben große Teile des autonomen Spektrums bundesweit und in den Regionen antinationale Aktionen unterstützt und getragen, bzw. die einzige Groß-Demonstration gegen die Vereinigungsfeierlichkeiten am 3. Oktober in Berlin selbst initiiert.

Es gibt allerdings in autonomen Publikationen etliche Hinweise dafür, daß auch die militanten Linksradikalen in die Auseinandersetzung, die schon vor längerem als Auseinandersetzung über die Orientierung von Antifa-Arbeit (sind Rep-Wähler Verführte Opfer herrschender Politik?) und »soziale Ausweitung« der eigenen Kämpfe begonnen wurde, die Frage nach dem Verhältnis von deutschen Linken zu deutschen Massen einbeziehen werden. Das wird (autonome Debatten entwickeln sich gemächlich) auf längere Sicht zu einer Ausdifferenzierung der »Szene« führen. Die aktuelle Entwicklung hat »massenfreundliche«, Klassenlage und ökonomische Interessen ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung rückende Positionen offensichtlich gefördert. In der (allerdings nicht repräsentativen) Zeitschrift »wildcat« wird beispielsweise mit kaum verhohlener Begeisterung auf die angeblich bevorstehenden und bereits stattfindenden Klassenkämpfe des Proletariats gesetzt: »Die ArbeiterInnen der DDR werden uns schon heimleuchten, sie haben am heftigsten gefeiert und sollen als Erste zahlen. Die Szenarien eines amerikanisierten Berlins mit Millionen von MigrantInnen lassen den Alptraum des Kapitals erahnen – das Ende der Zersplitterung und eine weltweit umfassende Kommunikation über und durch die Kämpfe der mobilisierten ProletarierInnen.«

Im Westberliner »antifaschistischen Info« wird ausführlich und harsch kritisiert, daß RL, KB (»Minderheit«) und andere sich »endlos über die Schlechtigkeit der Deutschen« auslassen, statt »das Klasseninteresse der Opfer der kapitalistischen Offensive« zu thematisieren. In der nicht nur in Westberlin gelesenen Zeitschrift »interim« wird in einem Text gegen den antinational motivierten Wahlboykott mit radikalen Worten das schlichteste Argument für eine Beteiligung an Wahlen verwendet: »Warum sollten wir darauf verzichten, nach unseren Kriterien die Fraktion der Herrschenden zu wählen, die uns am genehmsten ist?« Das eint die linken Fraktionen, Grüppchen, Sekten und Unorganisierten dann doch. Wir müssen offensichtlich wieder ganz von vorne anfangen. ..

konkret 12/90, S. 36

Ursula Kreft; Hans Uske

Kraft durch Teilen

Deutschland ist wiedervereinigt, jetzt soll das Gemeinschafts-Gefühl entwickelt werden: □ Sich zu vereinigen, heißt teilen lernen□ , sagt der Bundespräsident, und im Bundestag wird am Gesetz für einen sozialen Pflichtdienst gearbeitet. Die Rhetorik schöpft aus dem alternativen Begriffsarsenal: Die □ Ökologie des Sozialen□ ist gefragt, Nachbarschaftshilfe und Dienst am Menschen, statt an der Waffe □ wir sollen eine Sozialgemeinschaft werden

Zwischen dem Militärischen und dem Sozialen besteht anscheinend eine innige, unlösbare Verbindung. Schon bei den Friedensinitiativen war es üblich, regelmäßig den Wechselkurs zwischen Jagdbombern und Krankenhausbetten oder Kindergartenplätzen exakt zu berechnen. Politikerinnen und Politiker mehrerer Parteien und das Deutschland-Magazin »Der Spiegel« haben nun bestätigt, daß die Betten tatsächlich abhängig sind von den Bombern: Wer das Militär abbaut, schadet dem Sozialstaat, Abrüstung führt zur Katastrophe. »Zivis fallen aus. Pflegenotstand. Pflichtjahr für Frauen?« hieß der »Spiegel«-Titel im September. Das Fragezeichen im Titel wurde im Artikel schon zum Ausrufungszeichen: Eine allgemeine Dienstpflicht, auch für Frauen, im Sozialbereich scheint unvermeidlich, denn die Verkürzung des Wehrdienstes und der Pillenknick treiben sonst den Sozialstaat zum Zusammenbruch. Wer jetzt meint, der Arbeitgeber Staat solle in dieser Lage gefälligst auf das Heer der Amateure am Krankenbett verzichten, er solle im Sozialbereich mehr Profis einstellen und sie anständig bezahlen, erfährt, daß uns Geld nicht retten kann: »Denn selbst gegen gutes Geld findet sich kaum irgendwo genügend Personal für den Arbeitsplatz am Patienten.«

Die allgemeine Dienstpflicht fordern Politikerinnen und Politiker aus CDU, SPD und FDP, und sie denken nicht nur an Krankenhäuser und Pflegeheime. Der Zwang zum Dienen wird versüßt durch die Möglichkeit zum »Dienst nach Wahl«, denn auch in den Bereichen Naturschutz und 3. Welt, in sozialen Einrichtungen aller Art sind die Dienstverpflichteten willkommen. Ulf Fink, Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse, sieht die allgemeine Dienstpflicht bereits als Teil eines neuen sozialpolitischen Konzepts: Er will durch einen »Umbau des Sozialstaats« eine »Ökologie des Sozialen« etablieren, mit der Absicht, »ein neues Ethos des Dienens, eine Kultur des Helfens« allgemein zu verbreiten. Das klingt ebenso pathetisch wie dramatisch und wird noch eindrucksvoller, wenn sowohl Fink als auch der »Spiegel« die allgemeine Dienstpflicht und die »neue Kultur« des Sozialen in Zusammenhang mit dem geeinten Deutschland bringen.

Anscheinend stehen wir vor großen Umwälzungen in der Sozialpolitik, auch wenn Helmut Kohl und andere versichern, die Vereinigung werde nichts kosten und jede Million, jetzt investiert, werde sich amortisieren . »Aber kein Weg führt an der Erkenntnis vorbei«, sagte Richard von Weizsäcker beim Staatsakt zur Vereinigung, »sich zu vereinigen heißt teilen lernen.« Und mitzuhelfen, »einzusparen, um zu geben.« Das läßt nichts Gutes ahnen, wenn Pflicht und Teilen derart eng verbunden werden.

Zum Umbau des Sozialstaats gehören das Umdenken und der Wertewandel, und der, tatsächlich, hat begonnen: Die »Wehrdienstverweigerer« von einst heißen jetzt liebevoll »Zivis«, früher galt der Anstieg ihrer Zahl als erschreckend, heute sind sie unentbehrlich. Nicht mehr der Verweigerer erscheint als Drückeberger, sondern sein wehrdienstwilliger Kumpel: »Beim derzeitigen Zivi-Mangel wird praktisch jeder Verweigerer zum Ersatzdienst herangezogen, während Nichtverweigerer angesichts des Truppenabbaus mehr denn je die Chance haben, um den Wehrdienst herumzukommen«. (»Spiegel«). Vorbei die Zeit, als der von der Gesellschaft geächtete Verweigerer vor den Gewissensprüfern die Frage beantworten mußte, was er zu tun gedenke, wenn er nachts im Park samt Freundin und MP einer Horde besoffener Russen begegne. Wenn Panzer verschrottet und Schwerter zu Pflugscharen werden, stehen die Schwertträger unter Beweispflicht: »Denkbar wäre in Anbetracht einer europäischen Friedensordnung sogar eine Konversion der nationalen Dienstpflicht: allgemeine Einberufung in Kliniken und Pflegeheimen; zu den Soldaten dürfte dann nur noch, wer sich – umgekehrte Gewissensprüfung – moralisch und politisch als ganz besonders integer erweist« (»Spiegel«).

Was könnte besser das Wort von Antje Vollmer belegen, daß »wir, eine andere Generation, diese deutsche Gesellschaft gründlich zivilisiert haben«. Dulce et decorum est pro patria mori – das war mal. Jetzt ist es süß und ehrenvoll, der kranken Oma die Bettpfanne unter den Po zu schieben. Ob die kranke Oma davon begeistert ist, ob sie nicht statt eines Zwangsverpflichteten lieber eine ausgebildete Krankenschwester um Hilfe bitten möchte – diese Frage können wir vernachlässigen, da bei der Gesetzgebung die Wünsche kranker Omas sowieso irrelevant sind.

Ist nicht diese Aufwertung des Zivildienstes, dieser Auftakt zur »Kultur des Helfens« genau das, was Linke, Alternative, Oppositionelle gefordert haben? Jahrelang haben sich Kriegsdienstgegner und friedensbewegte Pfarrer redlich bemüht, den Zivi aufzuwerten, ihn, der offiziell als Drückeberger galt, zum besseren Menschen zu stilisieren: Der Verweigerer drücke sich keineswegs vorm Dienst für die Gemeinschaft, er leiste vielmehr einen härteren, edleren Dienst als der Waffenträger. Weil den meisten Friedensfreunden bei der Kritik am Dienst mit der Waffe nur die Waffe und nicht der Dienst einfiel, muß es ihnen schwerfallen, gegen jene allgemeine Dienstpflicht zu argumentieren, die doch nur von allen das fordert, was sie jahrelang propagiert haben. In Beweisnot geraten auch Frauen, wenn sie zu jenem beliebten Argument greifen, das die SPD-Politikerin Herta Däubler-Gmelin gegen die Einberufung vorbringt: Durch Kinderkriegen hätten die Frauen ihr

soziales Soll bereits erfüllt. So leisten auch die Frauen dem Staat den Treueschwur, sie schwören, daß sie längst gedient haben oder demnächst dienen werden, durch Gebären und Aufzucht von Kindern. Dank der Konversion des Militärdienstes gewährt so der umfassende Sozialstaat der Zukunft endlich den Frauen die soziale Anerkennung ihrer Pflichterfüllung – war es nicht das, was die Frauen wollten?

Wer nicht dienen will, könnte in Notwehr zu folgender Assoziationskette greifen: Sozialdienst erinnert uns an Arbeitsdienst, Wiedervereinigung führt ins 4. Reich, was uns blüht, ist der Weg in die Volksgemeinschaft, also: Wehret den Anfängen. Die Dienstverpflichteten sollen aber weder Autobahnen noch Panzersperren bauen. Junge Frauen, sagt Jürgen Todenhöfer, könnten »einen wichtigen Einblick in soziale Problemfelder gewinnen«, junge Männer könnten vielleicht bedrohte Flüsse und Wälder retten. Nicht das Vaterland ruft, sondern der bedürftige Mitmensch, nicht der anonyme Staat, sondern die überschaubare Nachbarschaft. Unsere Politiker-Kaste ist durchaus lernfähig, Ökologie haben sie gelernt und sanfte Technologien, jetzt lernen sie, wie Ulf Fink es formuliert, die »Ökologie des Sozialen«: Weg mit der kalten Bürokratie der staatlichen Sozialversorgung, Schluß mit den zentralistischen Groß-Krankenanstalten, die sanfte Antwort auf alle sozialen Probleme gibt nicht der Staat, sondern die - intakte Nachbarschaft. Da sind die Familie und kleine, dezentrale alternative Gemeinschaften. Denn das Soziale ist ein Biotop, also: Hände weg, bewahrt seine Unschuld! Ein Schwein, wer Bezahlung fordert, wenn als Lohn »eine Kultur des Helfens« (Fink) versprochen wird. Gemeinschaft ist machbar, Frau Nachbar!

Der Politiker, der sozialpolitische Verschlechterungen durchsetzen will, stößt allerdings in der Demokratie auf Probleme. Da die Bevölkerung halsstarrig an angenehmen Gewohnheiten festhält, muß der Politiker an mehreren Stellen den Hebel ansetzen. Neben rhetorischem Geschick und Zwang (z.B. einem Erlaß zur Sperrung von Arbeitslosengeld) ist eine langfristige Bewußtseinsveränderung bei der Mehrheit notwendig. Die Maßnahmen müssen beide Pole der Sozialpolitik erfassen: einerseits das Pflichtgefühl des einzelnen gegenüber der Gesellschaft, andererseits die Ansprüche des einzelnen an die Gesellschaft, vor allem in Notzeiten. Eine Sozialpolitik nach dem simplen Muster der drei Musketiere (»Einer für alle, alle für einen!«) ist jedoch nicht ohne weiteres durchsetzbar.

Lange Jahre galten in der BRD sozialstaatliche Leistungen als selbstverständliche Aufgaben des Staates. Im Wirtschaftswunderland der 50er und 60er Jahre gab es Vollbeschäftigung und Wachstumsraten, die es erlaubten, jene »soziale Marktwirtschaft« zu errichten, die der Bevölkerung und den Brüdern und Schwestern im Osten zeigte, daß der moderne Kapitalismus Not und Elend beseitigt und seine Opfer mit sozialer Fürsorge behandelt. Das war einfach, weil die Kosten sich in Grenzen hielten. Dank der Vollbeschäftigung konnten auch die »schwächsten Glieder der Gemeinschaft« als ungelernte Hilfskräfte Lohn und Brot finden. Die Frauen gingen vielfach noch ihrer »natürlichen Bestimmung« nach und versorgten Ehemänner und Kinder. Jeder schien seinen festen Platz zu haben Der Sozialstaat war nur für außergewöhnliche Notlagen zuständig und für Bedürftige der Kategorie »Witwen und Waisen«, die keine Gesellschaft verhungern läßt.

Allmählich änderten sich die Anforderungen des Staates an seine Bürger. Aus dem patriarchalischen- Staat der Adenauer-Ära entwickelte sich jene Fortschrittsgesellschaft, die dem wirtschaftlichen Wandel durch sozialpolitische Maßnahmen begegnen wollte. Die prognostizierte »Bildungskatastrophe« führte zum Ausbau von Schulen und Hochschulen; Um Bildungsreserven auszuschöpfen, sollten jetzt auch Arbeiterkinder an die Uni, Berufstätigkeit von Frauen wurde allgemein akzeptiert, höhere Ausbildung der Bevölkerung galt als Bedingung für das Überleben der Gesellschaft. Der Arbeitnehmer, der sich durch lebenslanges Lernen den neuen Anforderungen im Beruf anpaßt, wurde zum bildungspolitischen Ideal. Ein solches Konzept war nur möglich durch den Ausbau des Sozialstaates.

Zur gleichen Zeit stieg jedoch die Zahl der Bedürftigen. Mitte der 70er Jahre war die Zeit der Vollbeschäftigung endgültig vorbei. Der Sozialstaat, früher das soziale Schaufenster, wurde teurer und kam langsam in Verruf. Politiker entdeckten im »Netz der sozialen Sicherheit« zu enge Maschen, und sie entdeckten die ersten Drückeberger, die das Netz als Hängematte mißbrauchten. Immer häufiger wurde der Sozialstaat in Politikerreden und in den Medien als Belastung vorgestellt, als Problem, und seine Kosten dienten als Erklärung: Wegen des Sozialen müsse sich der Staat verschulden und habe zu wenig Geld, um die Wirtschaft anzukurbeln.

Während der Abbau sozialstaatlicher Leistungen in der Endphase der sozialliberalen Koalition mit Kostenargumenten begründet wurde, ging die damalige CDU-Opposition in die ideologische Offensive. Für sie war der Sozialstaat nicht nur zu teuer geworden, er war auch der Grund allen Übels. Statt die Bürger zu mehr Leistung zu bewegen, lud er sie angeblich sein, es sich im sozialen Netz gemütlich zu machen. Als Folge diagnostizierten- die Konservativen die Zerrüttung der gesellschaftlichen Moral: Wenn der Fleißige mit Steuern bestraft, der Faule aber mit Geldern aus dem Sozialstaat belohnt werde, lohne sich Leistung nicht mehr. Der moralische Verfall erzeugt die Krise: Die Wirtschaft erlahmt.

Die Union versprach, dem Einhalt zu gebieten, sie versprach die »Wende«. Die »Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft« sollte zu einer Sozialpolitik mit Maß und Ziel zurückführen, die nur noch den »wirklich Bedürftigen« hilft, die sich in einer »echten Notlage« befinden. Diese Ideologie war erfolgreich, denn sie entsprach den Vorstellungen der Mehrheit: Der Staat muß sparen, aber ich bin nicht betroffen, denn im Ernstfall gehöre ich zu den »wirklich Bedürftigen«. Die Schmarotzer sind immer die anderen.

Sozialabbau wurde zum Kampf gegen »Sozialparasiten«. Das waren jene Menschen, die es vorzogen, »sich unter den Palmen Balis in der Hängematte zu sonnen, alternativ vor sich hin zu leben im Wissen, daß eine Sozialhilfe, von Arbeitergroschen finanziert, im Notfall für Lebensunterhalt zur Verfügung steht« (Norbert Blüm, 1983). Bei der Durchsetzung der Gesundheitsreform empfahl sich Blüm 1987 als Beschützer der Arbeiterklasse: »Solidarität vor 100 Jahren – das war das Brot in nackter Not. Sie war Selbsthilfe der Unterdrückten, die Abwehr der Ausbeutung. Aber die Ausnutzung geschieht heute, 100 Jahre später, nicht nur von außen, sondern die Ausbeuter haben sich in die Solidargemeinschaft eingeschlichen... Die treuen braven Arbeiter, die Malocher, schleppen sich jeden Tag zur Arbeit und bezahlen treu und brav ihren Beitrag. Die Cleveren nehmen es weniger genau. Deshalb müssen die einfachen, so nenne ich sie einmal, Solidaritätsmalocher gegen die cleveren Ausnutzer und Aussteiger besser geschützt werden.«

Freilich: Wo gehobelt wird, da fallen Späne. So entstanden auch für manchen »Solidaritätsmalocher« soziale Härten. Doch dies galt als unabänderliches Opfer auf dem Altar des »Aufschwungs«. Als Lohn versprachen die Politiker, Vollbeschäftigung und Wohlstand für alle wiederherzustellen. Da diese Belohnung ausblieb, wurde der »Aufschwung« zum entscheidenden ideologischen Problem der konservativen Sozialpolitik.

Vor acht Jahren galten 2 Millionen Arbeitslose als eine unerträgliche Belastung, heute dagegen sind die 2 Millionen kein Problem mehr. Diese ideologische Wandlung vollzog sich in mehreren Stufen. Die Wende-Rhetorik übermittelte die Botschaft, daß der »Aufschwung« die Massenarbeitslosigkeit beseitigen könne. Als die Arbeitslosigkeit weiter anstieg, hieß es: Erst müsse die »Erblast« der »sozialistischen Mißwirtschaft« der sozialliberalen Regierung beseitigt werden, die Wirtschaft wieder in Ordnung sein, dann könne die Arbeitslosigkeit beseitigt werden.

Ab Mitte der 80er Jahre wurde »Aufschwung«, ursprünglich auf alle Wirtschaftsbereiche bezogen, immer weniger mit dem Arbeitsmarkt in Verbindung gebracht. Stattdessen wurden neue Begriffe wie »Anstieg der Beschäftigung« und »Facharbeiterlücke« erfunden. Die Existenz der Massenarbeitslosigkeit wurde zunehmend geleugnet, immer häufiger tauchten in Reden und Zeitungsberichten Unternehmer auf, die »händeringend« nach Arbeitskräften suchten. In Mode kam jene »differenzierte Betrachtung« der Statistik, die dazu geführt hat, daß das Wort »Massenarbeitslosigkeit« aus dem Sprachschatz der Öffentlichkeit in der BRD weitgehend verschwand. Die Statistik war nun voll von Schwarzarbeitern, Sucharbeitslosen, nicht mehr Vermittelbaren, Unqualifizierten, Drückebergern. So kam der Aufschwung durch Veränderung der Begriffe doch noch zu seiner »Vollbeschäftigung«.

Die Ideologie wurde angenommen, weil die Bevölkerung sich an die Massenarbeitslosigkeit allmählich gewöhnte und die Möglichkeit von Arbeitslosigkeit als normales Lebensrisiko akzeptieren lernte. Das fiel um so leichter, da sich herausgestellt hatte, daß die Risiken ungleich verteilt sind. Der qualifizierte Facharbeiter braucht sich kaum Sorgen zu machen. Massenarbeitslosigkeit ist ein Phänomen, das gewöhnlich solche Gruppen trifft, die von Arbeitgebern als weniger qualifiziert, als leistungsgemindert, als nicht-anpassungsfähig eingestuft werden.

Die Massenarbeitslosigkeit ist damit ideologisch abgekoppelt von der prosperierenden Wirtschaft. Viele »Arbeitsplatzbesitzer« rechnen sich vor, Teil einer Vollbeschäftigungs-Gemeinschaft der Leistenden zu sein, die sich einbilden kann, jene durchzufüttern, die sich nicht auf die Anforderungen der Gesellschaft einstellen können. Gleichwohl sind die »Schmarotzer« für Staat und Wirtschaft nicht unnütz. Denn die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit stand nie auf dem Programm der christlich-liberalen Regierung. Massenarbeitslosigkeit ist vielmehr eine Bedingung, um das wirtschafts- und sozialpolitische Programm der Wende durchzusetzen. Deutlich wurde dies Ende der 80er Jahre, als Wissenschaftler errechneten, daß der Pillenknick in den 90er Jahren für Vollbeschäftigung sorgen werde. In Unionskreisen wurden Konzepte einer »offenen Republik« diskutiert, die Einwanderung sollte erleichtert werden. Hätte es nicht kurz danach den Mauerfall und die Aussiedlerströme gegeben, wäre die »multikulturelle Gesellschaft« wahrscheinlich längst Bestandteil des CDU-Programms. Denn ein leergefegter Arbeitsmarkt, also die Vollbeschäftigung, ist ein Horror für die Wende-Politiker. Minister Schäuble damals: »Wenn bei uns infolge akuten Mangels an qualifizierten Arbeitskräften die Löhne emporschnellen, könnten sich die Investitionsbereitschaft und -fähigkeit unserer Unternehmen – vor allem aber auch ausländischer Investoren – ebenso drastisch verringern.«

Ohne den Konkurrenzdruck der Massenarbeitslosigkeit wäre jenes Umbauprogramm der Wirtschaft gar nicht durchführbar, das mit den Begriffen »Flexibilisierung« und »Deregulierung« beschrieben wird: Abbau von Kündigungsschutz, Ausweitung von Leih- und Teilzeitarbeit, Zeitverträge, Samstags- und Sonntagsarbeit rund um die Uhr. Durch die Wiedervereinigung ist nun die industrielle Reservearmee gesichert. Ein paar Monate Währungsunion haben ausgereicht, um in der DDR 2 Millionen Arbeitslose zu produzieren.

Bleibt ein Problem: Was tun mit der wachsenden Zahl von Sozialfällen im wiedervereinigten Deutschland? Da sich die Gesellschaft für überfordert erklärt, ist Gemeinschaft gefordert. Wir müssen jetzt, sagt Rita Süßmuth, »die Solidaritätsprüfung im Innern, im eigenen Land, ja im Kleinen bestehen«. Jetzt muß durch Opfer und Pflichterfüllung zusammenwachsen, was zusammengehört: »Wir müssen uns jetzt von den Begriffen 'mein' und 'dein', 'wir' und 'ihr' lösen. Das Teilen ist die eine Seite. Gewiß muß, wer Gemeinschaft bilden will, auch teilen können. Doch ist es jetzt ebenso wichtig, durch gemeinsame Arbeit Gemeinschaft zu stiften.« Während früher der Sozialstaat für Opfer Gegenleistungen

versprach, verspricht die neue Gemeinschaft nicht mehr und nicht weniger als nur sich selbst. Wer zur Gemeinschaft gehören will, hat eine Prüfung abzulegen, durch Teilen und Arbeiten, durch Opfer und Pflichterfüllung erweist sich der einzelne als würdiges Mitglied. Die Basis der Gemeinschaft ist das Gefühl der Gemeinschafts-Solidarität, und der Lohn der Arbeit ist ebenfalls ein Gefühl, das Gefühl, wiederum »Gemeinschaft zu stiften«.

konkret 12/90, S. 40

Theresia Degener

§ 218: Zwei Schritt zurück

Die Wiedervereinigung, so wird seit einem Jahr aus erfindlichen Gründen von einstigen Oppositionellen behauptet, biete auch Chancen. Die Auseinandersetzung um den Paragraphen 218 dient als Paradebeispiel dafür, was alles möglich sein könnte. Tatsächlich hat sich in der Paragraph 218-Diskussion aber anderes getan, als derlei Hoffnungen vermuten lassen. Die Forderung nach Streichung des Paragraphen wird kaum mehr gestellt, die eugenische Indikation wird selbst von grün-alternativen Politikerinnen für wichtig gehalten, und gegen die drohende Zwangsberatung regt sich bei den Parteipolitikerinnen wenig Protest

Landet der bundesdeutsche Paragraph 218 also endlich auf dem Müll? Spätestens seit dem heißen Samstag in Bonn sieht es so aus.
»Emma«, Juli 1990

Der »heiße Samstag« war der 16. Juni, an dem 15.000 in der Bundeshauptstadt für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen demonstrierten. Von der kompromißlosen Wut der Demonstrantinnen auf Zwangsberatung, Bevormundung, Kriminalisierung und patriachalisch-eugenische Bevölkerungskontrolle ist nur ein halbes Jahr später nicht mehr viel übrig geblieben. Das gilt zumindest für jene, die sich gestern noch, radikalfeministisch, dem Demonstrationsbündnis angeschlossen, mittlerweile aber Gesetzesvorschläge auf den Tisch gelegt haben, in denen das Selbstbestimmungsrecht der Frau realpolitischen Überlegungen weichen mußte.

Bei grünen, sozialdemokratischen oder PDS-Frauen, die Politik machen, ist die Forderung nach ersatzloser Streichung des Paragraphen 218 out. Wie selbstverständlich votieren sie für die Fristenlösung. Lediglich ein paar Versprengte, wie die Frauen des Arbeitskreises Frauen der Grünen im Bundestag mit den Abgeordneten Oesterle-Schwerin und Schmidt, vertreten noch eine andere Position: »Eine Fristenregelung wird für die betroffenen Frauen eine Erleichterung gegenüber der geltenden Indikationsregelung des Paragraphen 218 sein – das Selbstbestimmungsrecht der Frauen und den Respekt vor ihrer Fortpflanzungsfähigkeit gewährleistet sie nicht«, erklären sie in einem Flugblatt, in dem sie gleichzeitig beteuern, daß sie sich einer parlamentarischen Mehrheit für die Fristenlösung nicht entgegenstellen werden.

Eine Diskussion darüber, warum mit der Fristenlösung am Strafanspruch des deutschen Staates festgehalten werden soll, die Auseinandersetzung mit- der dadurch erhaltenen bevölkerungspolitischen Dimension des Paragraphen wurden unter den mittlerweile zahlreichen Befürworterinnen und Befürwortern der Fristenlösung nicht für nötig gehalten. Dafür sorgte unter anderem auch die Zeitschrift »Emma«, die – in ihrem Selbstverständnis als Zentralorgan der Frauenbewegung – einmal mehr die Richtung gewiesen haben will: »Ausgelöst wurde das ganze (die Debatte um den Paragraph 218, Anm. T.D.) von Emma, die in der April-Ausgabe Alarm schlug und als erste darauf aufmerksam machte, daß uns in einem vereinigten Deutschland der vereinigte Paragraph 218 droht.« Der grünen Feministin Verena Krieger, die sich in der »Tageszeitung« für die Beibehaltung der alten Forderung nach ersatzloser Streichung des Paragraphen 218 ausgesprochen hatte, bescheinigte »Emma«-Herausgeberin Schwarzer kurz und knapp »Pseudo-Radikalismus«: »Als wüßte nicht jedeR, daß eine gänzliche Abschaffung des Paragraph 218 (für die Feministinnen immer waren und weiterhin sind) heute ohne jede Chance ist!« Euphorisch konstatierte »Emma« dagegen im September, was dabei herauskommt, wenn frau die eigenen Möglichkeiten realistisch einschätzt und die sich bietende »Chance« ergreift: »Das Blatt hat sich gewendet: Die Befürworter des Paragraph 218 sind in der Defensive! Die Fristenlösung für ganz Deutschland ist zum Greifen nah. Ohne Zwangsberatung!«

So sehr sich Frauen aller Parteien links von der CDU öffentlich für ein solches Modell – das in der Tat eine reale Verbesserung darstellen würde – ausgesprochen haben, so wenig entsprechen die vorgelegten Gesetzentwürfe diesem Versprechen. Der als akzeptable Mindestlösung bezeichnete Schwangerschaftsgesetz-Entwurf des rotgrünen Berliner Senats, für den u.a. die feministische Senatorin Anne Klein verantwortlich zeichnet, schreibt für Frauen zwar lediglich ein Beratungsrecht gegenüber Beratungsstellen und/oder Ärztinnen bzw. Ärzte fest; letztere haben aber in jedem Falle eine ärztliche Beratungs- und Hinweispflicht. Danach muß die Schwangere über die medizinischen Risiken einer Abtreibung und »über mögliche physische und psychische Folgen« aufgeklärt werden, womit eigentlich bloß nochmal ins Gesetz geschrieben wird, wozu Ärztinnen und Ärzte vor jedem operativen Eingriff heute ohnehin schon verpflichtet sind, weswegen sich, uneigentlich, die Frage stellt, wie weit die Beratungspflicht über die »psychischen Folgen« ausgelegt werden kann und soll. Außerdem muß die schwangere Frau auf die Möglichkeiten der sozialen Beratung u.a. über soziale und wirtschaftliche Hilfen für Schwangere – durch Beratungsstellen oder Ärztinnen bzw. Ärzte hingewiesen werden. Frau darf dann selbst entscheiden ob sie diese soziale Beratung in Anspruch nimmt, von der es in der Gesetzesbegründung heißt: »Beratungsziel ist die Stärkung der Verantwortungsfähigkeit des Einzelnen. Mittel zur Erleichterung und Bildung einer positiven Einstellung zum Kind sind konkrete wirtschaftliche und soziale Hilfsangebote.«

In jedem Fall ist es Ärztinnen und Ärzten aber verboten, eine Abtreibung ohne Vorlage einer Beratungs- und Hinweisbescheinigung vorzunehmen; zwischen Beratung und Abbruch müssen, wie nach dem gültigen Strafrecht, mindestens drei Tage liegen. Zwar stellt die Verletzung der Vorschrift keinen Straftatbestand, sondern nur eine Ordnungswidrigkeit dar, die aber an Ärztinnen und Ärzten mit einer Geldbuße in Höhe von 50.000 Mark geahndet werden kann. Strafbar bleibt der Abbruch ab der 13. Schwangerschaftswoche, wobei die Schwangere von der Bestrafung ausgenommen ist.

Dem Berliner Gesetzentwurf mag bis dahin noch ein trickreiches Bemühen um eine »frauenfreundliche« Fristenlösung mit lediglich formaler Beratungspflicht unterstellt werden. Die ideologischen Zugeständnisse, die im Rahmen der Gesetzesbegründung gemacht werden, deuten allerdings die Höhe des Preises an, den Feministinnen bereit sind, für eine Fristenlösungsreform zu zahlen. Die »Verpflichtung des Staates, das ungeborene Leben zu schützen«, wird ebenso anerkannt wie das »gesellschaftliche (!) Ziel, die Abbruchshäufigkeit zu senken«. Auch die Konzessionen an den Ärztestand sind beträchtlich. Abtreibungen dürfen nur durch Ärztinnen bzw. Ärzte, in Arztpraxen oder Krankenhäusern bzw. ähnlichen Einrichtungen vorgenommen werden. Die Abtreibung durch eine nichtärztliche Person wurde eigens als Straftatbestand aufgenommen. Damit werden feministische Forderungen nach Entmedikalisierung von Schwangerschaft, Abtreibung und Geburt und nach Rückeroberung der Gynäkologie für die nicht-schulmedizinische Frauenhand aufgegeben. Der Wunsch, Frauen vor kommerziellen Kurpfuscherinnen und Kurpfuschern zu schützen, mag das Zugeständnis an die patriarchalische Schulmedizin, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklungen im Bereich der Gen- und Reproduktionstechnologie, erklären, aber kaum rechtfertigen.

Überhaupt nicht mehr »taktisch geschickt« im Sinne einer »frauenfreundlichen Lösung«, sondern eindeutig behinderten- und frauenfeindlich ist der Berliner Schwangerschaftsgesetz-Entwurf in der Frage der eugenischen Indikation. Neben der medizinischen wurde die eugenische Indikation ausdrücklich als Rechtfertigungsgrund für Schwangerschaftsabbrüche nach der 12. Woche in den Gesetzentwurf aufgenommen. Bis einschließlich zur 22. Woche der Schwangerschaft ist die ansonsten strafbare Abtreibung erlaubt, wenn »dringende Gründe für die Annahme sprechen, daß das Kind an einer nicht behebbaren, schweren Schädigung seines Gesundheitszustandes leiden würde, die so schwer wiegt, daß der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht zugemutet werden kann«. Damit machen sich die Autorinnen und Autoren des Berliner Entwurfes zu Mitverantwortlichen für die zunehmende Etablierung und Legalisierung eugenischen Gedankengutes. Der der eugenischen Indikation zugrundeliegende Mythos vom »Recht auf ein nichtbehindertes bzw. gesundes Kind« fördert nicht nur die Akzeptanz der Unterscheidung zwischen »lebenswertem« und »lebensunwertem« Leben, er dient auch dazu, Frauen die Qualitätskontrolle für ihre Kinder aufzubürden, und bereitet die Durchsetzung eines faktischen Gebärverbotes für normabweichende Kinder vor. Daß den Autorinnen und Autoren des Berliner Gesetzentwurfes diese bevölkerungspolitische Dimension des Abtreibungsstrafrechts entgangen sein könnte, ist angesichts ihres eigenen, leider folgenlosen Verweises auf die nationalsozialistische Instrumentalisierung »der Abtreibungsgesetze für Bevölkerungs- und Rassenpolitik« kaum anzunehmen.

Die eugenische Indikation war in den letzten Jahren zentraler Auseinandersetzungspunkt in der Debatte um Gen- und Reproduktionstechnologie – insbesondere im Hinblick auf humangenetische Beratung und Pränataldiagnostik. Viele Feministinnen vertreten seither die Position, daß die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 gerade auch im Hinblick auf die eugenische Indikation zu fordern ist. Der Berliner Entwurf des rot-grünen Senats verdeutlicht, daß es bei der Fristenlösung eben nicht lediglich um pragmatische Erwägungen geht, sondern ein eigenes Interesse an der Beibehaltung der eugenischen Indikation besteht.

Auf die eugenische Indikation verzichtet dagegen als einziger der Entwurf zu einem Schwangerschaftshilfegesetz, der unter Federführung der Sozialdemokratinnen (Däubler-Gmelin) von einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, an der auch Grüne, FDP- und PDS-Frauen beteiligt waren, erarbeitet wurde. In der knapp 20seitigen Gesetzesbegründung wird die eugenische Indikation mit keinem Wort erwähnt und leider auch der Verzicht darauf nicht erläutert. Eine Diskussion über dieses heikle Thema scheint nicht erwünscht. Die Abkehr von der eugenischen Indikation erscheint so eher als Zugeständnis an kirchliche Kreise, die Behindertenbewegung und die radikalen Gruppen der Frauenbewegung, denn als eine Kampfansage an Eugenik und Bevölkerungspolitik.

Abgesehen von zahlreichen flankierenden Maßnahmen (steuerliche Erleichterungen, Kindergartenplätze, arbeits- und sozialrechtliche Hilfen, aber auch kostenlose Verhütungsmittel), die dem Gesetz eher den Charakter eines Sozialgesetzes für Schwangere als den eines Strafgesetzes geben, ähnelt der SPD-Entwurf dem des rotgrünen Berliner Senats. Bestraft werden nur Ärztinnen und Ärzte, die – ohne medizinische Indikation – Abtreibungen nach der 12. Schwangerschaftswoche vornehmen. Die Abtreibung ohne Beratung, ohne Einhaltung der obligatorischen Wartefrist von drei Tagen oder ohne Vorlage des Beratungsscheins wird als ärztliche Ordnungswidrigkeit geahndet. Das Gebot der Zwangsberatung beschränkt sich jedoch nicht, wie bei dem Berliner Modell, auf die medizinische Aufklärung; Frauen müssen sich auch sozial von Ärztinnen bzw. Ärzten beraten lassen. Faktisch handelt es sich hierbei im wesentlichen um eine formale Hinweispflicht. Der Beratungspflicht ist mit Aushändigung einer bundeseinheitlichen Informationsbroschüre Genüge getan. Wenn frau will, kann sie sich – dieses Mal kostenlos – weiter beraten lassen.

Obwohl sich die interfraktionelle Frauengruppe mit dem umfassenden Katalog flankierender sozialer Maßnahmen für den Schutz »des ungeborenen Lebens« gegenüber dem von allen Parteien gefürchteten Votum des Bundesverfassungsgerichts gegen die Fristenlösung bereits dreifach abgesichert hatte, pfiffen die FDP-Männer »ihre« Parteifrauen aus dem Projekt zurück: Die Strafandrohung sei zu gering, die erwarteten Kosten seien zu hoch. Der nun vorliegende FDP-Entwurf will auch Frauen bestrafen, die ohne Beratung abtreiben lassen. Die eugenische Indikation wurde wieder aufgenommen, dafür wurde die Idee der rezeptfreien kostenlosen Kondome verworfen.

Der einzige Gesetzentwurf, der tatsächlich keinen Beratungszwang vorsieht, ist der Entwurf des Deutschen Juristinnenbundes, der die Schwangere ebenfalls von der Strafandrohung ausnimmt. Trotzdem soll die Fristenlösung ausdrücklich im Strafgesetzbuch geregelt werden: »Die Begründung ist naheliegend. Strafgesetze sollen für alle Adressaten leicht zugänglich, also grundsätzlich im Strafgesetzbuch nachzulesen sein. Solange der Schwangerschaftsabbruch nach der 12. Woche strafbar ist, und dies ist der Sinn einer Fristenlösung, verbietet der Grundsatz der Normenklarheit, diese in einem Gesetz, das unter anderem Hilfen vorsieht, zu verstecken... Beratung und Hilfen sind nicht als Alternativen zum Strafrecht, als moderne Formen der sozialen Kontrolle zu konzipieren, sondern als sozialstaatliche Angebote, auf die ein Rechtsanspruch besteht. Die Beratung und Hilfe ist in einem anderen Gesetz zu regeln und streng von der Frage der Strafandrohung zu unterscheiden.«

Auch der Ausgangspunkt der Juristinnen ist ein gänzlich anderer als der rechtsgüterabwägende Standpunkt des Berliner und des SPD-Entwurfs: »Der Ausgangspunkt verfassungsrechtlicher Überlegungen sollte also nicht in erster Linie der Aspekt sein, durch geeignete staatliche Maßnahmen Schwangerschaftsabbrüche nach Möglichkeit zu verhindern. Zu fragen ist nach einer angemessenen Verankerung der Persönlichkeitsrechte einer schwangeren Frau.« Diese sehen sie in Artikel 4 des Grundgesetzes, der die Freiheit der Gewissensentscheidung schützt. Da dieser Artikel vom Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung 1975 nicht diskutiert wurde, sei das Urteil auch überholt, weil unvollständig und widersprüchlich.

Doch so fortschrittlich der Juristinnen-Entwurf die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten nutzt, so rückständig ist der strafrechtliche Bezug auf die eugenische Indikation. Daß sie als Unterfall der medizinischen Indikation – als sogenannter Regelfall der psychischen Gesundheitsbeeinträchtigung der Schwangeren – ausgestaltet wurde, bescheinigt den Autorinnen zwar ein sensibleres Bewußtsein als den Berliner Kolleginnen, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Vergleich zur geltenden Indikationslage allenfalls kosmetische Verbesserungen vorgenommen wurden. Von der Vorstellung, daß die selektive Abtreibung auf eugenischer Grundlage möglich sein müsse, wird keinesfalls Abschied genommen.

Daß der Vorschlag des Deutschen Juristinnenbundes tatsächlich eine parlamentarische Initiative nach sich ziehen wird, scheint mehr als fraglich. Die Parteien haben entweder ihren eigenen Entwurf oder beteiligen sich interfraktionell am SPD-Entwurf bzw. üben sich in Abstinenz. Der Berliner AL/SPD-Senatsentwurf sollte ursprünglich als gemeinsame Bundesratsinitiative von sieben SPD-Ländern noch vor dem 14. Oktober eingebracht werden. Das scheiterte jedoch am Desinteresse der anderen SPD-Länder, u.a. wohl auch deshalb, weil sich die SPD mit ihrem eigenen Schwangerschaftshilfegesetz-Entwurf profilieren möchte. Der Berliner Entwurf hat also keine Chance mehr. Der SPD-Entwurf sollte noch vor der Bundestagswahl eingebracht werden. Jetzt, da die FDPlerinnen abgesprungen sind, sollen neue Unterschriften gesucht werden. Damit kann sich die SPD ganz darauf konzentrieren, ihn im Wahlkampf als Lockmittel für die Ex-DDR-Frauen einzusetzen.

Wie sich die SPD nach der Wahl tatsächlich verhalten wird ist mehr als unklar. Auffällig ist, daß sich die SPD (wie die FDP) bislang nicht von dem Süßmuthschen Vorschlag, den »Lebensschutz für Ungeborene« in die Verfassung aufzunehmen, distanziert hat. Auch Herta Däubler-Gmelin, sozialdemokratische Vorzeige-Feministin, hat nichts gegen eine derartige Aufwertung des Embryos zum verfassungsrechtlichen Rechtssubjekt einzuwenden. Mit ihrer parteiübergreifenden Initiative zum Paragraph 218 will sie auch zur CDU/CSU eine Brücke schlagen und »notfalls auch die Zwangsberatung hinnehmen«. Die Relevanz des Süßmuthschen »Dritten Weges«, die Verabschiedung eines »Lebensschutzgesetzes« (vgl. KONKRET 9/90), wird von vielen – z.B. auch von »Emma« – unterschätzt und mißverstanden. Süßmuth will nicht »die theoretisch ja noch immer drohende Gefängnisstrafe... abschaffen, es aber bei der allgemeinen Zwangsberatung belassen« (»Emma« 9/90). Die von Süßmuth beabsichtigte Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch ist eine logische Folgerung der kompletten Übernahme dieses Strafrechts in das Nebenstrafrecht »Lebensschutzgesetz« (mit Verkürzung der eugenischen Indikationsfrist auf 12 Wochen, »da die 22-Wochen-Frist weder den Frauen zumutbar noch nach dem heutigen Stand medizinisch notwendig ist«). Zusätzlich will sie die Zwangsberatung vor und nach der Abtreibung einführen. Damit greift sie erneut ihren vor drei Jahren gescheiterten Entwurf eines Zwangsberatungsgesetzes wieder auf, wobei ihre konkreten Vorschläge zur Beratung die damaligen Vorschläge noch übertreffen.

Gemeinsam ist Süßmuth, der SPD, der FDP und dem Berliner grün-alternativen Entwurf, daß sie mittels Beratung die medizinische und soziale Kontrolle *aller* Schwangerschaften anstreben. Sämtliche Entwürfe fordern nahezu wortgleich die »Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schwangeren«, was in der aktuellen Diskussion als Chiffre für »Verantwortlichkeit im Sinne staatlicher Bevölkerungspolitik« fungiert. Barbara Ritter vom bundesweiten Koordinationsausschuß gegen den Paragraphen 218 weist zudem darauf hin, daß das im SPD-Entwurf vorgesehene

flächendeckende Beratungsnetz von 1:40.000 (also pro 40.000 Einwohner mindestens einE BeraterIn) just den Schlüssel enthält, der im alten Zwangsberatungsgesetzentwurf von 1987 genannt ist. Es ist inzwischen die Norm des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, die bei dem von allen Parteien begrüßten Aufbau des flächendeckenden Beratungsnetzes in der DDR Anwendung findet.

Der Süßmuthsche Vorschlag hat nicht zuletzt mit der im Oktober dieses Jahres im Bundestag erfolgten Verabschiedung des Embryonenschutzgesetzes an Relevanz gewonnen. Damit wurde der erste parlamentarische Schritt in die von ihr angestrebte Richtung – »Aufwertung des Lebensschutzes für Embryonen« – getan. Damit wurde zugleich ein Gesetz verabschiedet, dessen eugenisches Selektionsgebot sehr viel weiter reicht, als die bisherige Praxis der eugenischen Indikation. Unter anderem wurden erstmalig seit dem nationalsozialistischem Erbgesundheitsgesetz wieder bestimmte Behinderungen (Muskelschwund, Chorea Huntington) als gesetzliche Selektionstatbestände definiert.

Die Frauenbewegung, die zu den Demonstrationen in Bonn und Berlin aufgerufen hat, schweigt sich (mit wenigen Ausnahmen) zu diesen Entwicklungen aus: Indem die Zwangsberatung, wenn auch mürrisch, aber mit dem Bewußtsein hingenommen wird, daß frau sie trickreich nebenbei erledigen kann, indem auf die eugenische Indikation sogar ausdrücklich Wert gelegt und mit keinem Wort auf Verbrechen wie die pro Jahr schätzungsweise 1000mal vorgenommene Zwangsabtreibung vor allem bei behinderten, aber auch bei nicht-deutschen Frauen eingegangen wird, offenbaren diese Teile der Frauenbewegung, daß sie sich den selektiven Blick zu eigen gemacht haben. Was sie als Fraueninteressen, für die auf die Straße zu gehen und am parlamentarischen Betrieb zu beteiligen sich lohnt, ausgemacht haben, sind die Interessen deutscher, nichtbehinderter Mittelschichtsfrauen.

Konkret 12/90, S. 43

Oliver Tolmein

Sein oder Wohnungsnot

In der Hafenstraße, so haben wir erfahren, sitzt die Kommandozentrale der RAF, in der Mainzer Straße in Ost-Berlin, teilen uns Senatspressestelle und »Spiegel«-Redaktion mit, wurden Napalm-ähnliche Bomben gebaut. »Die Intensität der Gewalt wird von der Gesellschaft zunehmend akzeptiert«, konstatiert West-Berlins Regierender Bürgermeister – er gibt vor, die Selbstverteidigungsaktionen der Hausbesetzerinnen und Hausbesetzer zu verurteilen, weiß aber, daß es die Intensität der Staats-Gewalt ist, die breite Zustimmung im (Wahl-)Volk findet. »Die Sozialdemokraten haben durch ihr hartes Vorgehen gegen die Hausbesetzer wahrscheinlich in der Mitte an Boden gewonnen«, kommentiert die gemeinhin als linksliberal etikettierte »Frankfurter Rundschau« und faßt so die Folgen des politischen Erosionsprozesses dieses Jahres in drei Worte: Bis zum November 1989 hätte eine um jeden Preis hart durchgreifende SPD-Regierung sich die Bemerkung gefallen lassen müssen, doch vor allem auf Stimmen von rechts aus zu sein, heute ist dort kaum mehr Boden zu gewinnen, der Raum auf dem sich »Republikaner« und extremistische Aktions-Gruppen wie die FAP drängeln, ist durch die Verschiebungen im bürgerlichen Parteienspektrum äußerst schmal geworden.

Die BRD ist derzeit eine parlamentarische Demokratie ohne nennenswerte parlamentarische Opposition. In Berlin wird, ohne daß es dazu formell eines Bündnisses bedurft hätte, die Law-and-Order-Politik einer großen Koalition durchgesetzt. Der rotgrüne Senat, noch vor knapp zwei Jahren als Integrationsprojekt bewertet, hat jetzt von der Befriedungspolitik Abschied genommen: Die Einzelheiten dieser seitens des Senats und der eigenständig agierenden Polizei gezielt vorangetriebenen Eskalation verdienen Beachtung, stehen sie doch beispielhaft dafür, wie die staatstragenden Kräfte im neuen Deutschland mit sozialen Konflikten und der schwachen linken politischen Opposition umzugehen gewillt sind.

Noch wenige Stunden vor dem Einsatz der etwa 3000 Polizisten hatte der Senat beteuert, die besetzten Häuser in der Mainzer Straße nicht räumen zu wollen; während des Sturmangriffs der Polizei-Einheiten kam es erneut zum Schußwaffen-Einsatz, durch den ein Mensch verletzt wurde, ohne daß das in der Öffentlichkeit nennenswerte Kritik provoziert hätte; ähnlich routiniert wurde die Massenfestnahme von über 300 Leuten am Tag der Räumung und von knapp 100 weiteren Menschen tags darauf bei einer Demonstration zur Kenntnis genommen; das in ein besetztes Haus gezogene »Antiquariat für DDR-Literatur«, dem zugesichert worden war, daß es seine Bücher unbeschädigt abtransportieren dürfe, wurde *nach* Beendigung der Räumungsaktion von der Polizei verwüstet, die Bücher wurden nach draußen in den Schlamm geschmissen; noch Tage nach der Räumung glich die Mainzer Straße, in der vor allem legal bewohnte Häuser stehen, einem großen Knast: Mit vier Meter hohen Absperrgittern wurde der Zugang zur Straße verwehrt, tagelang durften lediglich Anwohner, und die auch nur nach Personenkontrolle, überhaupt in ihre Straße, in der Leuchtmasten aufgebaut waren und Mannschaftstransportwagen vor jeder Haustür standen; obwohl es in der Gegend etliche freie Flächen und Parkplätze gibt, diente ausgerechnet der nahegelegene evangelische Friedhof den Polizei-Truppen als Aufmarschgebiet für ihren tagelangen Einsatz.

Zum vollen Erfolg wurde dieser durch keinerlei Notstand ausgelöste Notstands-Einsatz, der sich durch das Zusammenwirken von politischer Willkür in der Wahl des Einsatzzieles und -zeitpunktes und gezielt brutaler Polizei-Taktik auszeichnete, durch den sich direkt daran anschließenden Propagandafeldzug, in dessen Verlauf die soziale und politische Dimension des Konflikts zugunsten der Darstellung der angeblichen »Asozialität« und »Verrohung« (»Spiegel«) der Besetzer, deren »blanker Mordlust« (Momper), ihrer immer wieder behaupteten »Tötungsbereitschaft« aus dem Blickfeld gedrängt wurde. Selbst der Bruch der Koalition durch die AL geriet in diesem Kontext zur Unterwerfungs-Geste: Die schon am Tag des Bruchs von AL-Politikern beteuerte Bereitschaft, nach der Wahl den nächsten Momper-Senat unterstützen zu wollen, die gebetsmühlenartig wiederholten Beteuerungen, man habe sich auf gar keinen Fall mit »der Gewalt der Hausbesetzer« solidarisieren oder deren Besetzung unbedingt durchsetzen wollen, die Klage-Tiraden, die weniger die Räumung zum Thema hatten, als die Tatsache, daß die AL nicht vorab über den Einsatz informiert worden sei, lassen die Erinnerung an die einstmals linksoppositionelle Partei noch weiter verblassen und die AL als schlechte Karikatur der FDP erscheinen.

Während die Berliner SPD exemplarisch vorführt, wie unter den neuen Verhältnissen ein politisches Klima geschaffen werden kann, in dem sichs auch angesichts drohender Konflikte in anderen Bereichen repräsentativ regieren läßt, indem man sozialen Protest zerschlägt und gleichzeitig organisierten rechtsextremen Terrorismus gewähren läßt (die von Neonazis besetzte Weitlingstraße wurde aus erfindlichen Gründen nicht geräumt), wirken die angegriffenen Linksradikalen weitgehend konzeptlos. In den Auseinandersetzungen Mitte November ist die Diskrepanz zwischen der Bereitschaft zur aktuell wirkungsvollen militanten Selbstverteidigung und dem Unvermögen, eine politische Gegenwehr mit längerfristiger Zielsetzung zu organisieren, offensichtlich geworden. Ein Beispiel dafür ist die Demonstration am 18. November gewesen, für die auch bundesweit mobilisiert werden sollte: Statt zur zielgerichteten politischen Intervention, die die

Auseinandersetzung um die Häuser als einen Aspekt der Restauration Deutschlands analysiert und die konkret adressierte und terminierte Forderungen entwickelt hätte, die die Auseinandersetzungen in der Stadt befördern könnten, geriet die Zusammenkunft der etwa 8.000 im weiteren Sinne zur »Szene« gehörenden Menschen zum Ritual mit weitgehend beliebigen Parolen (»Feuer und Flamme für jeden Staat«), es war eine Wiederholung der Demonstration vom Mittwoch, aber an die Stelle der wütenden Spontaneität vom Tag der Räumung war nichts Neues getreten – so wirkte die Demonstration trotz der an sich guten Stimmung und dem entschlossenen Auftreten eigentümlich kraftlos.

Anders auch als bei den Häuserkämpfen Anfang der achtziger Jahre hat sich, bisher zumindest, an den gegenwärtigen Auseinandersetzungen wenig entzündet: Weder die sympathisierende Berichterstattung im »Neuen Deutschland« (das in dieser Frage die Rolle der »taz« aus ihren Anfangszeiten übernommen hat), noch der Bruch der Koalition oder die parlamentarischen Interventionen der PDS oder die vergebliche Vermittlungspolitik der Bürgerbewegung haben dazu geführt, daß der Protest auf andere Gruppen und Kreise übergegriffen hätte und der Senat ernsthaft in die Bredouille geraten wäre: Die PDS-Basis, die Kundgebungen ihrer Partei zumindest in Berlin immer noch zu Massen-Veranstaltungen geraten läßt, ist ebensowenig wie die AL-Basis oder einfach nur empörte Bürgerinnen und Bürger auf die Straße gegangen. Das stillschweigend der linken politischen Praxis zugrundegelegte Kalkül, daß die Menschen, wenn sie sehen, daß sie die gleichen sozialen Probleme haben wie wir, auch aufbegehren, erweist sich (wieder einmal) als falsch. Wohnungsnot ist, genauso wie Arbeitslosigkeit, ungleicher Lohn für gleiche Arbeit oder Renten unter Existenzminimum, ein Mißstand, der unzufrieden macht, aber eben nicht zur Rebellion führen muß. Das Sein bestimmt das Bewußtsein, hat Marx geschrieben – hundertfünfzig Jahre danach ist es höchste Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, was den Unterschied zwischen Sein und sozialer Lage ausmacht, und was das für emanzipatorische Politik heißen kann.

Die obdachlos gewordenen Besetzer und Besetzerinnen benötigen dringend Spenden, weil bei der Räumung ein Großteil ihrer Habe vernichtet wurde: Sonderkonto »Häuser«, Sparkasse der Stadt Berlin- West, BLZ 100 500 00, Kto.-Nr.: 0670008346

Konkret 12/90, S. 44

Georg Fülberth

Arbeiterklasse und deutsche Nation

1914 glaubten die Sozialdemokraten, durch die Bewilligung der Kriegskredite die Herrschenden zum Verzicht auf das Drei-Klassen-Wahlrecht bewegen zu können. Im Mai 1933 signalisierten die sozialdemokratischen Abgeordneten mit dem Absingen des Deutschlandliedes im Reichstag ihre Bereitschaft, auch unter Hitler noch deutsche Politik mitzugestalten. Das nationale Engagement der organisierten Arbeiterbewegung war stets großer als ihre größten Erfolge

In Zeiten der Niederlage stellen wir uns gern die Frage, wann sie wohl begonnen habe. Linke nennen gegenwärtig häufig zwei Termine: 1914 und 1933.

Das erste Datum bezeichnet die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Fraktion im Deutschen Reichstag am 4. August 1914, das zweite die Machtübertragung an den deutschen Faschismus, der umgehend sämtliche Organisationen der Arbeiterbewegung zerstörte.

Die Nennung isolierter Jahre weckt Unbehagen: jedes Ereignis hat wieder seine Ursache: Der 4. August 1914 muß ebenso aus seiner Vorgeschichte erklärt werden wie der 30. Januar 1933. Wenn das so ist, kann auch nach einem etwaigen Zusammenhang zwischen beiden gefragt werden. In beiden Fällen war die deutsche Sozialdemokratie beteiligt: einmal – 1914 – als Mittäterin, das zweite Mal – 1933 – als Opfer, jedesmal aber als Sängerin: Ihre Abgeordneten ließen am 4. August 1914 und am 17. Mai 1933 das Deutschlandlied erschallen.

Meine These lautet: Die sozialdemokratische Zustimmung zum Imperialismus 1914, die sich in den vorangegangenen Jahrzehnten angebahnt hatte, wurde in den zwanziger Jahren modifiziert fortgesetzt, 1933 allerdings durch Hitler für obsolet erklärt . Der gemeinsame Gesang vom Mai 1933 bekräftigte noch einmal eine Übereinstimmung, von welcher die SPD-Führung viel, der Führer aber nichts hielt.

Der Casus ist heikel, denn wer in diesem Fall über die Sozialdemokratie redet, muß sich auch zur von ihr – zumindest teilweise – vertretenen Arbeiterklasse und deren Interessen äußern.

Der militante Nationalismus des 19. Jahrhunderts war in Deutschland vor allem eine Sache der Bourgeoisie gewesen: Sie reklamierte in Deutschland für sich den nationalen Markt gegenüber den aus dem Feudalismus überkommenen kleinräumigeren Territorialstaaten, und sie verteidigte ihn zugleich gegen die ausländische Konkurrenz. Im Innern hatte sie mit der Gegenwehr eines sich gerade auch gewerkschaftlich und parteipolitisch formierenden Proletariats zu tun.

Diese Flegeljahre des Kapitalismus endeten mit einem vorläufigen und partiellen Arrangement: Sozialgesetzgebung, allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit und Steigerung der Reallöhne banden Bourgeoisie und Proletariat in einem ersten Versuch antagonistischer Kooperation stärker aneinander. Zugleich transformierte sich der bürgerliche Nationalismus: Es ging ihm nicht mehr vor allem um die Konstituierung des einheimischen Marktes, sondern um dessen Ausweitung. Protektionismus sollte jetzt weniger eine junge Industrie schützen als Monopolprofite sichern. Territoriale Ausdehnung konnte deren Geltungsbereich vergrößern. Imperialistische Extraprofite in den Kolonien und Halbkolonien erweiterten zu Hause den Verteilungsspielraum und schienen zumindest kurzfristig auch im Interesse der je nationalen Arbeiterklassen zu liegen – sieht man einmal vom Kriegsrisiko ab: für dieses würden die Proleten und ihre Familien dann allerdings in erster Linie aufzukommen haben. Bis dahin – und im Sieg-Falle auch danach – fiel nicht nur Extraprofit ab, sondern auch »Extra-Lohn«, in den jener sich durch die Überweisungen an die einheimische Arbeiterklasse – und zwar, anders als Lenin annahm, nicht nur an deren Aristokratie – verwandelte. Für diesen Interessenzusammenhang hat ein Teil der Geschichtsschreibung (in der BRD Hans-Ulrich Wehler) den Begriff »Sozialimperialismus« verwandt. Hier handelt es sich – anders als bei der in den zwanziger und dreißiger Jahren von der Kommunistischen Internationale vertretenen Sozialfaschismus-Theorie – nicht um eine bolschewistische SPD-Beschimpfung, sondern um eine These aus bürgerlichem Haus. Wenn wir von Sozial-Imperialismus sprechen, müssen wir nicht gleich an Gustav Noske denken. Vorher gab es in Großbritannien den Konservativen Disraeli sowie Cecil Rhodes und in den USA den Republikaner Theodore Roosevelt. In Deutschland ist hierfür Rathenau origineller als irgendein Politiker der SPD, die für eine solche Strategie nur eine nachgeordnete Bedeutung hatte. Die deutsche Arbeiterklasse kriegte von den Kolonien ohnehin eher den Duft als den Braten: ökonomische Vorteile warfen sie – anders als z.B. im Falle Großbritanniens – kaum ab, doch ideologisch wirkten sie auch hier. Rechnen wir zum Imperialismus auch den Kampf um Dominanz über andere hochindustrialisierte Länder, dann war er in Deutschland allemal ein wichtiger Faktor, real und im Massenbewußtsein.

Die deutsche Arbeiterklasse hatte sich in der industriellen Revolution zunächst national rekrutiert (allerdings noch nicht in einem Einheits-Staat, denn diesen gab es zunächst noch nicht). Zugleich waren die polnischen Saisonarbeiter auf den Gütern des Ostens und die polnischen und italienischen Bergleute im Ruhrgebiet zur internationalen Wanderschaft verurteilt (die Polen hatten bis 1918 – ebenso wie die Deutschen bis 1871 – kein staatlich verfaßtes 'Vaterland'). Deutsche gingen in der industriellen Revolution massenhaft in die USA. Diejenigen, die als Arbeiter im Lande blieben (und das war die überwältigende Mehrheit), waren oft auf wochen- und monatelanges Auspendeln angewiesen. Nachdem aber der

deutsche Kapitalismus einmal konstituiert war, hielten sich diese bis zum Ende der Weimarer Republik durchaus typischen Reisebewegungen deutscher Arbeiter dann doch immer im Rahmen des 1871 gegründeten Reiches – übrigens gerade im Gegensatz zu den Tippeltouren der Handwerksgesellen früherer Generationen, bei denen man auch einmal außerhalb der Grenzen des Deutschen Bundes und des Reiches um Arbeit nachfragte. (Daß der tatsächlich internationalistische Zweig der deutschen Arbeiterbewegung, nämlich der kommunistische, in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts von Wanderburschen in Frankreich, England und in der Schweiz gegründet wurde, ist kein Zufall.)

Der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte in das Akkumulationszentrum Deutsches Reich hatte relativ früh schon zu einer Unterschichtung geführt, die den Deutschen nach Entlohnung und Produktionsgestaltung eine gegenüber den Fremdlingen herausgehobene Stellung verschaffte. Ob offen eingestanden oder nicht: Für Teile des deutschen Proletariats stand in der Selbsteinschätzung das eigene Wohl und Wehe durchaus in einem kommunizierenden Verhältnis zur Weltgeltung der nationalen Kapitalistenklasse. Ideologisch galt dies wohl am stärksten für diejenigen, welche weder in der Sozialdemokratischen Partei noch in den Gewerkschaften Mitglieder waren. Sie bildeten die Mehrheit der Arbeiterklasse, und die Organisierten waren durch keine unüberwindliche Mauer von ihnen getrennt.

Hier liegt eine Erklärung für den 4. August 1914 in Deutschland. Wenn sozialdemokratische Politiker wie Hugo Haase und Friedrich Ebert zu dem Ergebnis gelangten, die Regierung habe das Gesetz des Handelns, und den dadurch gesetzten Tatsachen könne die Partei aktuell nichts entgegensetzen, dann gibt dies offenbar recht exakt das Gefühl der Lähmung wieder, das sich auch in den Massen fand und das sich schnell – durch Identifikation mit dem Stärkeren – in Chauvinismus transformieren konnte. Andere gingen weiter, so der Reichstagsabgeordnete Eduard David: Er sah in der Kriegsunterstützung die Chance, innenpolitische Vorteile herauszuholen (z.B. die Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts) und eine soziale Besserstellung der deutschen Arbeiterklasse zu Lasten des Proletariats der gegnerischen Länder zu erreichen. Bei ihm setzte sich das sozialimperialistische Kalkül voll durch.

Am Vorabend des Weltkrieges (und in dessen ersten Jahren) hatte allerdings Karl Kautsky eine andere Auffassung entwickelt: die Theorie des »Ultra-Imperialismus«. Hier ging er von einer zunehmenden Internationalisierung des Kapitals aus. Dieses werde seine Interessen in Zukunft nicht mehr mit nationalen Kriegen durchzusetzen genötigt sein. Kautskys Lehre vom »Ultra-Imperialismus« war als Legitimations-Ideologie für die Politik des von ihm repräsentierten »Marxistischen Zentrums« in der SPD gut geeignet. Dieses machte den Chauvinismus Davids und den machtpolitischen Pragmatismus Eberts nicht mit. Die ihm zuzurechnenden Reichstagsabgeordneten waren in der internen Vor-Abstimmung am 3. August – sie ging der öffentlichen Entscheidung des nächsten Tages voraus – in der Minderheit geblieben und hatten sich dann der Fraktionsdisziplin gebeugt. Kautsky sah die Machtlosigkeit der von ihm vertretenen Position ebenso stoisch wie den Zusammenbruch der Zweiten Internationale insgesamt: Diese sei, so lehrte er, ohnehin nur im Frieden ein wirksames Instrument, im Kriege aber sei sie nutzlos. Seine pazifistische Haltung wußte er in Übereinstimmung mit den künftigen Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung: Als er sich 1917 mit der USPD wegen der Haltung zum Kriege von der Mehrheits-Sozialdemokratie trennte, war dies im Grund keine anti-kapitalistische Aktion, sondern sie war konform mit den von ihm prognostizierten »moderneren« Varianten kapitalistischer Politik.

Allzu weit war auch die sozialdemokratische Mehrheitsrichtung (Ebert/Scheidemann) von seiner Position nicht entfernt. Davids zynischer Hurra-Patriotismus erschien ihr als gefährlich, da er in einer Zeit bald doch im Proletariat bemerklicher Kriegsmüdigkeit (die Sache lief seit der Niederlage an der Marne, September 1914, schlecht) die Massenbasis der Partei zu beeinträchtigen drohte. So bewilligte die mehrheitssozialdemokratische Reichstagsfraktion zwar immer wieder die Kriegskredite, parallel dazu drängte Scheidemann mit Interpellationen die Reichsregierung, diese solle alle Möglichkeiten für einen »Verständigungsfrieden« ausschöpfen. Damit war gleich mehreren Interessen gedient: Der Reichskanzler Bethmann Hollweg erhielt Gelegenheit, in seinen Antworten den Friedenswillen des Kaisers zu betonen, die MSPD erschien als eine Kraft, die auf die Beendigung des Krieges drängte (und versuchte auf diese Weise ihre Anhängerinnen und Anhänger bei der Stange der Partei und des Reiches zu halten), und schließlich profilierte sie sich schon im Kriege als die Partei, welche – im Gegensatz zur »Siegfrieden«-Programmatik der Obersten Heeresleitung – auf internationale Verständigung setzte.

Diese wurde vollends nach der Niederlage von 1918 ihre Parole. Die Genehmigung der Kriegskredite ist nunmehr keineswegs selbstkritisch als Fehler beurteilt worden, sondern die Angelegenheit wurde gleichsam im Voranschreiten korrigiert: Die MSPD, ab 1922 wieder mit dem rechten Flügel der USPD zur (V)SPD vereinigt, war jetzt die Partei der internationalen Verständigung, die durch eine Erfüllung des auch von ihr kritisierten Versailler Vertrages Deutschlands Gleichberechtigung herbeizuführen suchte. Daß sie dabei auf einer Linie mit Gustav Stresemann – vor 1918 als »Kriegstrompete« berüchtigt – lag, war ebenso logisch wie die Tatsache, daß sie sich des 4. August nicht zu schämen brauchte: In allen diesen Fälle konnte sie geltend machen, daß sie ja »im deutschen Interesse«, wenngleich jeweils den Zeitumständen entsprechend, handelte. Karl Kautsky, der 1922 mit der USPD wieder zum großen Haufen stieß, vermochte mit seiner Theorie des Ultra-Imperialismus den politökonomischen Segen dazuzugeben.

Hiermit war er allerdings etwas früh dran. Deutschland hatte beim Griff nach der Weltmacht danebengelangt, war gestolpert und unter die Stiefel der internationalen Konkurrenz geraten. Nicht imperialistischer Extraprofit wurde jetzt kassiert, sondern Reparationen waren zu zahlen. »Erfüllungspolitiker« wurden in der Agitation der äußersten Rechten, die ab 1929 Massenzulauf erhielt, zu Kollaborateuren. Die SPD erschien in mehrfachem Sinne als eine Partei des »Westens«: Ihr Bekenntnis zur parlamentarischen Republik trennte sie gleichermaßen von der KPD, die das Rätesystem anstrebte, wie von Monarchisten und allen Befürwortern eines deutschen Sonderweges; und außenpolitisch wollte sie den Ausgleich mit den Siegermächten des Ersten Weltkrieges. Letzteres hatte nun allerdings nichts mit Internationalismus zu tun, sondern mit der Wahrnehmung nationaler Ambitionen, die sich für die SPD nahtlos mit den Interessen des Proletariats verbanden.

Deutschland: Das war ja nicht nur die – jetzt häufig leere – Lohntüte. Es ging auch um das seit Bismarcks Zeiten bestehende, 1927 durch die Gründung der Reichsanstalt für Arbeit ausgebaute System der sozialen Sicherung. Es war nationalstaatlich verfaßt. Rente, Arbeitslosengeld, Arbeitsrecht, Unfallversicherung: All das, was der klassische Unternehmer als Ursache der scheußlichen Lohn-Nebenkosten beklagt, war in hohem Maße staatlich organisiert und gesetzlich geregelt, und nahm dieser Staat gar noch die Form der parlamentarischen Republik an, dann wurde er, entsprechende Mehrheiten vorausgesetzt, sogar zum Arbeiterstaat. So dozierte Rudolf Hilferding auf dem SPD-Parteitag in Kiel 1927.

Verteidigung der Republik und Westorientierung waren also durchaus als Klassenpolitik zu verstehen. Diese allerdings verblieb – wenngleich nunmehr mit anderen Mitteln – im Rahmen der Politik des 4. August 1914: Das deutsche Interesse war auch das Interesse des deutschen Arbeiters.

In der Weimarer Programmatik der Sozialdemokratie ist die Nation deshalb auch freundlich bedacht: 1921 hatte die MSPD in ihrem Görlitzer Programm noch gefordert: »Revision des Friedensvertrages von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und Anerkennung der nationalen Lebensrechte.« Von dem Gedanken, daß die traurige Lage des Landes Ergebnis eines Angriffskrieges war, den ebendieses Land geführt hatte, keine Spur. 1925, im Heidelberger Programm, wird diese Wahrheit wiederum vermieden. Immerhin werden jetzt nicht mehr die »nationalen Lebensrechte« gegen Versailles gewendet, deutsche Hoffart ist verborgen in internationalistischer Terminologie: Die deutsche Sozialdemokratie »tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung«, außerdem »für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.« Das deutsche Kapital war zu jener Zeit schon lange fit im Aushecken von Europa-Strategien. Bethmann Hollwegs Kriegsziel-Katalog vom September 1914 bildete eine frühe und rabiate Variante. Nach verlorenem Krieg empfahl sich ein sanfterer Ton. Der Versuch der SPD, mitzugestalten, war keine Opposition hierzu, sondern der strategischen Planung wurde die plebejische Fußnote hinzugefügt.

Allerdings erschien die sozialdemokratische Auffassung von Republik und internationaler Politik der bürgerlichen Rechten gegen Ende der Weimarer Republik innenpolitisch zu kostspielig und außenpolitisch überflüssig. Der Reichsverband der Deutschen Industrie zum Beispiel kam am Vorabend der Weltwirtschaftskrise zu dem Ergebnis, daß man es mit einer Durchbruchs-Politik versuchen müsse: Senkung der Lohnkosten, Abschüttelung sozialstaatlicher Kontrollen. Mit dem Aufstieg der NSDAP wurde ab 1930 eine weitere Forderung immer lauter erhoben: Schluß mit Versailles durch einen neuen Griff nach der Weltmacht. Im letzten Punkt hatte die SPD immerhin schon 1914 einmal mit sich reden lassen. Inzwischen war sie in den Augen der Rechten die Partei von Versailles geworden – nicht weil sie den Vertrag etwa gebilligt hätte (unvergessen war der Ausruf Scheidemanns von 1919, daß demjenigen, der das Diktat unterschreibe, die Hand verdorren müsse), sondern weil sie, was die Mittel seiner Revision anging, so kleingläubig geworden war. Deutschlands Wiedergeburt sollte gegen sie durchgesetzt werden.

Das war wohl unvermeidlich, denn der sozialpolitische Teil des Industriellen-Programms, der Sozialabbau, ging stracks gegen die Gewerkschaften, und mit diesen war die Sozialdemokratie auf Gedeih und Verderb verbunden. Hier war der Hebel, um die SPD aus der Reichsregierung, in der sie seit 1928 den Kanzler stellte, zu kanten: Die großindustrielle Deutsche Volkspartei machte eine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung zur Bedingung ihres Verbleibens im Kabinett, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB, dies war der Dachverband der »Freien«, sprich: sozialdemokratischen Gewerkschaften) konnte diese Bedingung nicht akzeptieren, und unter seinem Druck schied die SPD 1930 aus . Die Unternehmer-Intrige war geglückt.

Hilferdings Referat auf dem Kieler Parteitag hatte die programmatische Überschrift »Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik« getragen. Damit war es 1930 schon wieder vorbei: mit den Möglichkeiten, Aufgaben wahrzunehmen, und mit der Republik fast auch schon. Brüning, der neue Reichskanzler, regierte ab Herbst dieses Jahres nur noch mit Notverordnungen nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung, also von Gnaden des monarchistischen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Die SPD »tolerierte« ihn, das heißt sie verschaffte ihm immer wieder einmal parlamentarische Mehrheiten, damit er nicht vollends auf die Notstands-Vollmachten zurückgriff. Die Gefahr, daß nach einem Sturz Brünings ein Regime entstehen würde, das noch weiter rechts stand – etwa durch Einbeziehung der NSDAP – machte die

Sozialdemokratie vollends durch diesen erpreßbar. Sie versuchte die Hülle der Republik zu retten, indem sie die Aushöhlung der Substanz hinnahm. Eigene Gestaltungsmöglichkeiten hatte sie nicht mehr: Auf Reichsebene war sie ja seit 1930 aus der Regierung heraus. Die Länder und Städte, in denen sie noch an der Spitze war, gerieten unter das Regime der Brüningschen Notverordnungen. So durften die Kommunen kaum weitere Kredite annehmen, mußten eine »Bürgersteuer« und eine Biersteuer einführen, welche immer größere Teile der Einwohnerschaft gegen die Magistrate und Gemeindevorstände aufbrachten, und ihre Etats wurden durch Staatskommissare zwangsausgeglichen.

Allerdings war die SPD nicht nur Opfer, sondern auch Täterin. Ihre Länder-Innenminister exekutierten ab 1930 verschärft Berufsverbote gegen »Extremisten von rechts und links«, und sie trafen dabei in erster Linie Mitglieder der KPD. In Berlin 1929 wurden unter der Verantwortung eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten demonstrierende Arbeiter erschossen, ähnliche Fälle gab es in den Folgejahren in der Provinz. Jedesmal bot der »Schutz der Republik« die Legitimation. Es kam aber ein weiterer, niemals ausgesprochener Grund hinzu: Tatsächlich war es der SPD nach der Entstehung einer kommunistischen Massenpartei – die gab es de facto erst seit 1920 – nicht mehr möglich, in nationalen Fragen so weit nach rechts zu gehen wie im August 1914. Unzufriedene Wählerinnen und Wähler wären dann nämlich in noch höherem Maße zur KPD abgeschwenkt, als dies ohnehin ab 1929 geschah. Die scharfe Bekämpfung der Kommunistischen Partei sollte der SPD Manövrier-Raum für weitere Anpassung verschaffen. Diese Politik war allerdings in jeder Hinsicht illusorisch: Die KPD ließ sich unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise nicht dezimieren, und die Rechte blieb unversöhnlich.

Selbst in jener Episode, die in die Helden-Legende der SPD eingegangen ist – der Ablehnung des Ermächtigungs-Gesetzes 1933 – ist das antikommunistische Motiv erkennbar. Otto Wels, der Parteivorsitzende, protestierte gegen Repressionen, welche sich gegen die SPD richteten, aber er räumte zugleich ein: »Mag sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polemik schützen, mag sie Aufforderungen zu Gewalttaten und Gewalttaten selbst in Strenge verhindern. Das mag geschehen, wenn es nach allen Seiten gleichmäßig und unparteiisch geschieht und wenn man es unterläßt, besiegte Gegner zu behandeln, als wären sie vogelfrei.«

Die Tatsache, daß die KPD schon illegal war, ist hier nicht einmal erwähnt worden. Dieser Abschnitt von Wels' Rede konnte so gelesen werden, als habe der Redner gegen deren Behandlung durch Hitler dann nichts einzuwenden, wenn damit die bisherige Praxis sozialdemokratischer Innenminister und Polizeipräsidenten fortgesetzt werde.

Der Vorsitzende der SPD erklärte auch seine Übereinstimmung mit Hitlers Forderung nach deutscher Gleichberechtigung. Er erinnerte daran, daß er schon im Februar 1919 als erster Deutscher auf der Berner Konferenz der Sozialistischen Internationale der Behauptung von Deutschlands Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges entgegengetreten sei. Wahrscheinlich bildete er sich ein, er könne Hitler nun auf den einst von der SPD und auch von Stresemann eingeschlagenen Weg, Versailles zu korrigieren, festlegen. Der neue Reichskanzler gab ihm eine klare Antwort: »Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie!«

Trotz dieser Abfuhr stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion knapp zwei Monate später, am 17. Mai 1933, noch Hitlers Grundsatz-Erklärung zur Außenpolitik zu und sang anschließend gemeinsam mit den Nazis das Deutschland-Lied. Der NSDAP-Führer hatte tatsächlich, um das Ausland zunächst zu beruhigen, relativ moderate Töne angeschlagen und den Punkt seiner Strategie herausgestellt, an dem er sich von der SPD nicht unterschied: Gleichberechtigung Deutschlands durch Aufhebung von Versailles, und zwar friedlich.

Hinter dieser Gemeinsamkeit verbarg sich der entscheidende Unterschied: Hitler wollte nicht nur das, was auch mit der SPD zu haben war, sondern entschieden mehr, nämlich kriegerische Unterwerfung ganz Europas. Dies wurde ab 1939 versucht und ging schief. So war seit 1945 nur noch der Weg der friedlichen Durchdringung möglich, und das war wiederum mehr, als Karl Kautsky einst erträumt hatte. Internationalisierung des Kapitals war für ihn gleichsam ein Naturvorgang gewesen und lief auf die Gleichberechtigung der kapitalistischen Nationen hinaus. Dabei war allerdings nicht mitbedacht, daß das international operierende Kapital neue nationale und regionale Übergewichte schafft. Der Kampfplatz ist dann nicht mehr das Schlachtfeld, sondern der Weltmarkt. Nationalismus wird dabei sich häufig mit der Berufung auf universelle Werte verbinden, zumindest so lange, als ein Gegner – sei es der Reale Sozialismus, sei es »Der Böse« (Originalton »Bild«) im Irak – , der diese sich nicht leistet, zu bezwingen ist. Die von der SPD in der Zwischenkriegsperiode entwickelte Linie nationaler Interessenvertretung war bereits keine auf diese Partei beschränkte Spezialität, sondern wurde auch von flexibleren Bürgerlichen vertreten. In der Bundesrepublik aber wurde sie Gemeingut.

Für die Gewerkschaften war der Zusammenhang zwischen nationalem und sozialem Interesse kruder, unreflektierter und praktischer. Noch vor der Partei riefen sie 1914 den »Burgfrieden« aus. Sie stellten die Streikkassen für Arbeitslosen- und Familienunterstützung zur Verfügung. Die Gewerkschaften organisierten 1914 die Umleitung von Arbeitskräften aufs Land zur Hilfe bei der Ernte, unterstützten während des Krieges die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, legten ihr Vermögen in Staatsanleihen an und beteiligten sich an Edelmetall-Sammlungen für Kriegszwecke. 1918 erreichten sie den Achtstundentag, doch 1923 wurde dieses Zugeständnis wieder beseitigt. Das Argument, daß ein besiegtes und krisengeschütteltes Land sich derlei nicht leisten könne, wurde von den Gewerkschaften nicht akzeptiert, lag aber nahe und war wirksam. Die Tolerierung Brünings durch die SPD am Ende der Weimarer Republik hat der ADGB zwar mitgemacht,

dies aber letzten Endes nur zähneknirschend: Einerseits war ihm die staatstheoretische Begründung der sozialdemokratischen Führung ziemlich egal, anderseits sahen seine führenden Funktionäre, daß die vom Reichskanzler betriebene Austerity-Politik die Arbeitslosenzahlen zusätzlich in die Höhe trieb. Ein Interessengegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften war deutlich: Die SPD, staatstreu bis auf die Knochen, wollte Sanierung der öffentlichen Finanzen, der ADGB brauchte Beschäftigungsprogramme. Hierauf zielte der Reichswehrgeneral Kurt von Schleicher, der Anfang Dezember 1932 Kanzler wurde und das Amt Ende 1933 an Hitler abgeben mußte: Er plante eine »Querfront«, die vom Strasser-Flügel der NSDAP bis zu den Gewerkschaften reichen und u.a. auch staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorantreiben sollte. Allerdings wollte er bei der Gelegenheit auch den Reichstag auflösen lassen und ihn bis zum Sankt Nimmerleins-Tag nicht mehr zusammentreten lassen. Der ADGB lehnte ab, noch hielt der Komment. An dem 1931 eingerichteten »Freiwilligen Arbeitsdienst« beteiligten sich auch mal – zum Beispiel in Bremen – gewerkschaftliche, sozialdemokratisch und nationalsozialistisch beeinflußte Organisationen.

Nach dem Machtantritt Hitlers ging der ADGB auf Distanz zur SPD. Die Zusammenarbeit mit den Führungen der christlichen und der liberalen Gewerkschaften, welche jetzt forciert wurde, sieht der heutige DGB als eine Voraussetzung seines Konzepts der Einheitsgewerkschaft, wahrscheinlich zu Recht: Grundlage war die Sozialpartnerschaft. Die Aufrufe des ADGB zur Teilnahme an den faschistischen Feiern des 1. Mai 1933 entsprangen nicht nur dem Organisations-Opportunismus, welcher die Legalität der Verbände auf jeden Fall sichern wollte. Der nationalistische Ton der Appelle war echt. Mit der Besetzung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai und der Zerschlagung des ADGB zeigte die NSDAP, daß sie zumindest für die Zukunft auf solche Bundesgenossen pfiff. Deren vorangegangene Selbst-Diskreditierung hatte sie sich allerdings gern gefallenlassen.

Darf man, wenn man über Arbeiterklasse und Nation spricht, von der KPD schweigen? Ja und nein. Zweifellos war die Strategie der Kommunistischen Partei Deutschlands internationalistisch. Versailles lehnte sie – ebenso wie die anderen Sektionen der Dritten Internationale – ab: Dieser Vertrag sei ein Produkt des Imperialismus. Immerhin kam es da auch einmal zu einem riskanten Zungenschlag. Karl Radek, der eng mit der deutschen Arbeiterbewegung verbundene Bolschewik, sprach 1923 auf einer Sitzung des Erweiterten Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale über den deutschen Faschisten Albert Leo Schlageter, der während des Ruhrkampfes von der französischen Besatzungsmacht hingerichtet worden war, nannte ihn einen Gegner, sagte aber auch: »Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlich gewürdigt zu werden.« Er fuhr fort: »Wenn die Kreise der deutschen Faschisten, die ehrlich dem deutschen Volke dienen wollen, den Sinn der Geschicke Schlageters nicht verstehen werden, so ist Schlageter umsonst gefallen, und dann sollten sie auf ein Denkmal schreiben: Der Wanderer ins Nichts.«

Gemeint war: der Kampf sei nicht gegen andere Völker zu führen, sondern gegen den Imperialismus. Die internationalistische Argumentation ist hier dicht an die nationale herangeführt.

Das Reich war für die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten gewiß niemals ein 'Vaterland', ein künftiges Räte-Deutschland schon eher, und solange es dieses nicht gab, weckte die Sowjetunion patriotische Gefühle. Das mochte nicht jedermans Geschmack sein, bewahrte die Partei letzten Endes aber vor dem zentralen Gebrechen einer Nation, welche meinte, sie dürfe, weil sie im ersten Anlauf nicht das erhielt, was ihr nicht gehörte (nämlich die Weltherrschaft), zur Rache das verlieren, was sie nicht besaß, nämlich den Verstand.

Was lehrt uns all das? Ich fürchte: nichts Gutes.

In den alten Zeiten, als die Arbeiterbewegung noch kaum eine Geschichte hatte und dafür eine Zukunft, sahen ihre Führer und Theoretiker sie in enger Nachbarschaft zu Idealen, welche erstmals in der Aufklärung formuliert worden waren und in der Französischen Revolution zur Politik wurden. Kants praktischer Imperativ: »Handle so, daß du die Menschheit sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden andern jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchest« war für diese nicht bürgerlich, sondern das Proletariat schien einzig geeignet, ihn zu realisieren in einer »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (MEW 4, S. 482). Zunehmend größere Menschenmassen, die allerdings insgesamt immer Minderheiten blieben, verbanden den Kampf gegen ihre eigene Misere mit jenen allgemeinen Maximen. Ersteres war ihr Interesse, letztere bildeten die Idee. Die Kombination von beiden schuf eine massenhafte Linke. Der Zeitpunkt war absehbar, in dem diese die Mehrheit der Gesellschaft bilden würde, Demokratie war für sie deshalb auch ein Weg zur Macht und ein Modus von deren künftiger Ausübung. Das Proletariat schien sich immer mehr aus der politisch-ideologischen Abhängigkeit von der Bourgeoisie, aber auch aus noch vor-industrieller Subalternität zu befreien. Soweit es darin verharrte, konnte dies als historisch überwindbarer Atavismus interpretiert werden: Das waren eben die Klassenbrüder und -schwestern, welche noch nicht hatten aufgeklärt werden können.

Später aber – nämlich im Imperialismus – wurde die Wendung der größten Not in den die Welt beherrschenden Staaten nicht nur ohne den praktischen Imperativ und die Prinzipien der freien Assoziation möglich, sondern gerade gegen sie. In diesem Moment sind einst linke, nämlich sozialdemokratische Massenbewegungen reaktionär geworden. Das Interesse trennte sich von der Idee – ein Vorgang, den die jungen Linkshegelianer Bruno Bauer und Karl Marx schon in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts kontrovers diskutiert hatten, allerdings noch anhand eines anderen historischen Exempels:

Marx bewies die Ursachen einer solchen konterrevolutionären Wendung für die Bourgeoisie, dem Proletariat hätte er sie zumindest im welthistorischen Sinne nicht zugetraut. Er kannte den Imperialismus noch nicht. In diesem Punkt sind wir heute schlauer und stehen zugleich dümmer da. Der sozialdemokratische Historiker und Publizist Franz Mehring sprach im wilhelminischen Reich schon einmal vom reaktionären Janhagel, der sich für ihn deutlich von den sozialdemokratischen Proletariermassen unterschied, aber er fragte nicht danach, wie groß die Überschneidungsfläche sein mochte.

Dabei ist Orange ebensowenig gleich Braun oder Schwarz wie Rot gleich Braun wäre. Sozialdemokratischer Nationalismus ist – anders als faschistischer Chauvinismus – nur selten frenetisch und schäumend, meist wirkt er eher passiv, häufig kalkuliert. Es geht um konkrete aktuelle Vor- und Nachteile für Lohnabhängige als Angehörige eines Staatsvolkes, und da ist eine ähnlich rechenhafte Abwägung im Spiel wie in den Kontoren der Prinzipale.

Die Volksmassen sind – einerseits – abhängige Variablen im gesellschaftlichen System, das – andererseits – durch ihren interessen-geleiteten Gegendruck verändert werden kann. Ein mögliches Resultat ist der sozialstaatliche Kompromiß, der zumindest bislang für diejenigen, die ihn eingingen, nur dann erfolgreich sein konnte, wenn er andere ausschloß.

Konkret 12/90, S. 50

Heiner Möller

National - Kommunismus

Mit nationalen Parolen versuchten die Kommunisten nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Bourgeoisie ihres Landes fertig zu werden. Können, dürfen Linke und Kommunisten auf kleinerem oder größerem deutschen Boden national sein, nach zwei Weltkriegen und dem Nationalsozialismus?

»1. Ganz Deutschland wird zu einer einigen, unteilbaren Republik erklärt.«
Programm des Bundes der Kommunisten, März 1848, formuliert von Marx und Engels

»Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.«
Manifest der Kommunistischen Partei, Februar 1848

Was 1848 Marx und Engels formulierten, die unteilbare deutsche Republik, sei 101 Jahre später aktueller denn je, erklärte der KPD-Vorsitzende Max Reimann der Delegierten-Konferenz seiner Partei 1949. Vier Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Potsdamer Abkommen, fünf Jahre nach der Teheraner Diskussion der Alliierten über eine Zerstückelung Deutschlands, war das verbliebene Land gespalten. Die Kommunisten waren zu den entschiedensten Kämpfern für Wiedervereinigung und die Politik der »nationalen Befreiung des deutschen Volkes« geworden: »Wir sind das nationale Gewissen, wir sind die wirklichen Patrioten«, hieß es im Programm der KPD zur ersten Bundestagswahl 1949.

Schreibt man über das Nationale und den Nationalismus in der Geschichte der Kommunistischen Partei in Deutschland und nicht über ihre gesamte Geschichte, droht Einseitigkeit. Die KPD war antiimperialistisch, sie war internationalistisch insofern, als sie ihre Politik in einen internationalen Kontext stellte, seit 1924 der Sowjetunion treu ergeben, war ihre Politik im Lande an der Politik der Kommunistischen Internationale (Komintern) orientiert. Doch war ihre Politik ausgesprochen deutsch ausformuliert, selbst dann noch, wenn sie sowjetische mit vermeintlich nationalen Interessen verbinden wollte. »Es zeigte sich, daß der Kampf um nationale Freiheit untrennbar mit der Verteidigung der Sowjetrepublik verbunden war, da Feindschaft gegen die Sowjetmacht Verrat an der Nation bedeutete«, so beschrieb 1956 ein SED-Historiker die nationale Linie von SED und KPD.

Die deutschen Kommunisten hatten 1914 die »Vaterlandsverteidigung« und die Kriegskredite abgelehnt, 1915 die Gruppe Internationale gebildet, Leitsätze »für den unbedingten Internationalismus« beschlossen, die Spartakusbriefe (»Der Hauptfeind steht im eigenen Land«) herausgegeben, bevor sie Ende 1918 die KPD gründeten. Doch bereits 1918/19 machte die junge Partei das erste Mal Bekanntschaft mit einer nationalbolschewistischen, nationalkommunistischen Richtung. Die Hamburger Laufenberg und Wolffheim, die 1920 mit der KAPD die Partei verließen, wollten die Räterepublik und die nationale Befreiung Deutschlands vom westlichen Imperialismus im Bündnis mit dem bolschewistischen Sowjetrußland verwirklichen. Die Unterzeichnung des Versailler Vertrags galt ihnen als Landesverrat. Stattdessen hätte das revolutionäre Proletariat der Novemberrevolution im Bündnis mit Sowjetrußland und im »revolutionären Burgfrieden« mit den faschistischen Freikorps den Kampf gegen das Entente-Kapital aufnehmen müssen. Der von ihnen propagierte »revolutionäre Volkskrieg« zusammen mit nationalistischen Kreisen wurde von der Internationale und der KPD abgelehnt.

Ausgerechnet Karl Radek, entschiedener Gegner der Hamburger Nationalkommunisten, griff 1923 deren Vorstellungen auf. Im Kampf gegen die Besetzung der Ruhr durch französische Truppen hatten die bürgerlichen Parteien zum passiven Widerstand aufgerufen. KPD und SPD organisierten Streiks. Militante Nationalisten, darunter der junge Offizier und Nationalsozialist Albert Leo Schlageter organisierten Sabotage- und Sprengstoffanschläge gegen die Franzosen. Schlageter wurde verhaftet und hingerichtet, und die KPD versuchte, in der dadurch entfachten nationalistischen Massenbewegung Fuß zu fassen. Radeks berühmte Schlageter-Rede sollte »das Gute« im Nationalen nach links ziehen. »Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlich gewürdigt zu werden.«

»Die Sache des Volkes zur Sache der Nation gemacht, macht die Sache der Nation zur Sache des Volkes«: Diese Parole Radeks sollte für Jahrzehnte die kommunistischen Versuche bestimmen, den Nationalisten ihre Anhängerschaft abzugewinnen, obwohl sie schon damals bloß zu einer mehrwöchigen Diskussion zwischen nationalistischen und nationalrevolutionären Kreisen und der »Roten Fahne« geführt hatte, nicht aber zu nenneswerten Gewinnen der KPD. Entlarve sich die Bourgeoisie als »eine kleine Clique deutscher Industriemagnaten«, die für ihren Profit bereit sei, die deutsche Nation an Frankreich und das internationale Kapital auszuliefern, dann – so meinte eine KPD-Parteiarbeiterkonferenz Ende 1923 – werde »alles, was lebendig, ehrlich ist an den nationalistischen Massen«, abgestoßen werden, dann verbinde sich »der soziale Befreiungskampf untrennbar mit dem nationalen Befreiungskampf« .

Nach den Jahren der Stabilisierung griff die KPD im August 1930 angesichts verschärften Klassenkampfs die nationale Parole wieder auf. Für die Reichstagswahl verfaßte sie ihr »Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes«. Die (Reparations-)Lasten des Versailler Vertrages von 1919 drückten enorm auf die deutsche Bevölkerung, die Wirtschaftskrise produzierte massenhaft Arbeitslosigkeit und Verelendung. Erkennbar profitierten die Nationalsozialisten von der radikalisierten Entwicklung. Mit ihren eigenen Waffen, nur radikaler, konsequenter, vor allem aber angestrengt national in den Forderungen, versuchte die KPD, der NSDAP den Zulauf abspenstig zu machen.

Wie zur Zeit der Ruhrbesetzung beschrieben die Kommunisten die deutsche Nation wieder als Opfer amerikanischen, französischen und polnischen Imperialismus. Die deutsche Bourgeoisie wurde zum willfährigen Handlanger erklärt; die »verräterischen, korrupten« regierenden Führer der Sozialdemokratie wurden als »freiwillige Agenten des französischen und polnischen Imperialismus« des »fortgesetzten Hoch- und Landesverrats an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands« angeklagt. »Das Schanddokument nationaler Versklavung« von Versailles, diesen »Raubvertrag«, versprach die KPD zu zerreißen. Kein Stück der Gebietsabtretungen – nicht Danzig und nicht Südtirol – »an andere nationale Staatsgebilde«, keine einzige Grenzanerkennung »ohne Zustimmung der werktätigen Massen« werde akzeptiert. Die KPD stehe »für das volle Selbstbestimmungsrecht« und sichere »denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äußern werden, die Möglichkeit des Anschlusses an Sowjetdeutschland« zu, »im Einvernehmen« mit dem revolutionären internationalen Proletariat. Keinerlei finanzielle Verpflichtung aus internationalen Schulden und Reparationen würden übernommen werden. »Nur die proletarische Diktatur kann ein Deutschland ohne soziale und nationale Knechtschaft schaffen«, hieß es, und fast befremdlich mutet in diesem Programm an, daß an einer Stelle die werktätigen Massen doch noch aufgefordert werden, »vor allem gegen den Feind im eigenen Lande« zu kämpfen.

Den Erfolg nationaler KPD-Rhetorik mag man bezweifeln. Die Partei gewann zwar bei den Reichstagswahlen im September 1930 vor allem auf Kosten der SPD 1,3 Millionen Stimmen hinzu (insgesamt 4,6 Millionen). Aber die Nazis konnten ihren Stimmenanteil von 800.000 auf 6,4 Millionen verachtfachen.

Bis 1932 hielt der parallel zur verschärften Agitation gegen den »Sozialfaschismus« der SPD betonte nationalistische Kurs der KPD an. Aus der Revolution der Arbeiterklasse wurde die »Volksrevolution«. Das Werben um Nationalrevolutionäre nahm zu. Verstärkt bemühte sich die Partei um die Gewinnung national Gesinnter für Massenaktionen. Neben der auch in der KPD umstrittenen Beteiligung am Volksentscheid von Stahlhelm, Deutschnationalen und Nazis zur Auflösung des sozialdemokratisch dominierten preußischen Landtags (1931), trat ein weiterer nationaler Versuch: der »Scheringer-Kurs« 1931/32. Im März 1931 trat Leutnant Richard Scheringer – überzeugt vom »Befreiungsprogramm« – von der NSDAP zur KPD über. Sein Ziel als Berufsoffizier, die Befreiung Deutschlands vom Kapitalismus und dem Versailler Vertrag, sehe er eher in der KPD aufgehoben. Er, der die Reichswehr als »Kern einer künftigen Befreiungsarmee« ansah, wurde von der KPD zur Werbung unter Nationalrevolutionären, der SA und in der Reichswehr eingesetzt – mit nur geringem Erfolg.

Nachdem die jahrelang gehegte Hoffnung auf einen Sturz Hitlers durch Massenwiderstand nicht aufgegangen war, begannen die Kommunisten 1943 eine national orientierte Bewegung von außen aufzubauen. Mit kriegsgefangenen Soldaten und Offizieren, mit Pastoren, überwiegend kommunistischen Schriftstellern und KPD-Mitgliedern wurde in der Sowjetunion das »Nationalkomitee Freies Deutschland« (NKFD) gegründet. Um den betont nationalistischen Kurs sichtbar zu machen, wurden die Reichsfarben schwarz-weiß-rot zum Erkennungszeichen der Zeitung des NKFD gewählt. Der Krieg sei verloren, die Nation ins Elend gestoßen, das deutsche Volk müsse von Hitler befreit werden, um in Friedensverhandlungen einzutreten. »Deutschland darf nicht sterben!« hieß es im Gründungsmanifest. Nötig sei eine »wahrhaft deutsche Regierung«, die sich entscheidend auf die »volks- und vaterlandstreuen Kräfte in der Armee« stützen müsse.

1943 wurde im nichtsowjetischen Exil sehr heftig die Kollektivschuld-Debatte geführt. Das Ausbleiben deutschen Widerstands und die Tatsache, daß Rassismus, Judenvernichtung und Kriegsbegeisterung eine relevante Basis im Volk hatten, hatte die schlichte Gleichung: hier die Nazis und Wehrwirtschaftsführer, dort das niedergehaltene Volk, obsolet gemacht. Wie weit haftete das Volk für die Verbrechen mit, gab es einen häßlichen deutschen »Nationalcharakter«?

Von kommunistischer Seite schalteten sich führende KPD-Mitglieder in diese Diskussion ein. Paul Merker schrieb im mexikanischen Exil von der »Mitverantwortung« des deutschen Volkes für den Faschismus. Die Hoffnung auf Selbstbefreiung vom Faschismus wurde aufgegeben, die Forderung nach »bedingungsloser Kapitulation« Deutschlands und seine Besetzung durch alliierte Truppen akzeptiert. Die Naziverbrechen seien zu ungeheuerlich, als daß es einen »sanften« Frieden geben könnte (Merker). Auch das »demokratische Deutschland« könne nicht von Verantwortung freigesprochen werden.

Noch deutlicher argumentierte Wilhelm Koenen aus dem Londoner Exil ein Jahr später. Es habe, zitierte er den österreichischen Kommunisten Ernst Fischer, eine »lange politische und nationale Fehlentwicklung Deutschlands und des deutschen Volkes« gegeben. Die Mehrheit der Deutschen sei Hitler bis zum Ende gefolgt und habe die Nazi-Rassentheorie unterstützt, weil sie den deutschen Arbeiter über die Fremden erhebe. Felix Albin (= Kurt Hager) kritisierte in London diejenigen, »die von einer Schicksalsgemeinschaft des Siegers mit dem Besiegten reden, der friedliebenden Länder mit

dem faschistischen deutschen Aggressor«. Sie seien sich »immer noch nicht der deutschen Schuld an Europa bewußt... Nicht von der Gemeinschaft mit anderen Nationen sollten wir Deutschen reden, sondern von unseren Verpflichtungen ihnen gegenüber. Deutschland, heute das zurückgebliebenste, das barbarische Land in einem neu aufblühenden, sich wieder zivilisierenden Europa, kann in den Kreis der Nationen Europas erst dann zurückkehren, wenn seine Hände nicht mehr vom Blut der Erschlagenen triefen, wenn es ernste Beweise der Wiedergutmachung und Umkehr gegeben hat.«

Der erste Aufruf des Zentralkomitees der KPD nach der Befreiung, im Juni 1945, trug dieser Diskussion insoweit Rechnung, als es dort hieß, »daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt«, »daß das Gift der Rassenlehre, des ‚Kampfes um Lebensraum' den Organismus des Volkes verseuchen konnte«.

Vor allem die sowjetische Einschätzung, daß es im nachfaschistischen Deutschland keine Basis in der Arbeiterklasse für den Sozialismus gebe, dürfte die Politik der KPD nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945 vorbestimmt haben. Die Vollendung der abgebrochenen bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 in Form eines »antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik«, beschrieb der KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 als Parteistrategie. An die eigenen Genossen erging die Mahnung: »Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.« Der von Anton Ackermann im Februar 1946 vorgestellte »besondere deutsche Weg zum Sozialismus« basierte auf dieser Einschätzung und spekulierte darauf, daß ausgehend von der sowjetisch besetzten Zone im Nachkriegsdeutschland der »demokratisch-parlamentarische Weg« zum Sozialismus möglich sei. Die auf dem Boden der Demokratie errichtete sozialistische Einheitspartei aus SPD und KPD sollte der Garant für den Übergang zum sozialistischen Staat sein.

Der 1947 beginnende Kalte Krieg, der Zerfall der Anti-Hitler-Koalition und der zielstrebige Aufbau eines Weststaats entzogen der antifaschistischen, demokratischen Parlamentsrepublik den Boden. Der Systemkonflikt dominierte, der Bruch Jugoslawiens mit Stalin beendete sogenannte Sonderwege zugunsten eines vom sowjetischen Staats- und Parteimodell dominierten Blocks. Die SBZ als treuer Teil des sowjetischen Blocks wurde zunehmend »national«, die DDR-Gründung forciert, die sozialdemokratisch-kommunistische SED seit 1948 in eine »Partei neuen Typs« umgewandelt, der Marxismus-Leninismus zu ihrem Lehrgebäude.

Analog dazu die Entwicklung in der KPD. Der Gründung eines von den USA gesteuerten Weststaats setzte sie die Propaganda für eine einheitliche »nationale Front... gegen die Spalter Deutschlands« entgegen. Die nationale Rhetorik wurde Programm. Zur ersten Bundestagswahl 1949 traten die Kommunisten als »nationales Gewissen«, als »die wirklichen Patrioten« an. Geworben wurde um »alle ehrlichen Deutschen, die ihr Volk und Vaterland lieben«. Die enttäuschenden 5,7 Prozent Stimmergebnis erklärte die nach eigener Selbstdarstellung »einzig wahrhaft nationale Partei« damit, daß es ihr nicht ausreichend gelungen sei, »den Massen den Inhalt der antideutschen, volksfeindlichen Politik der in- und ausländischen Monopolkapitalisten« und ihrer Parteiführer »zum Bewußtsein zu bringen«.

Die KPD wiederholte die Parolen ihres »Befreiungsprogramms« von 1930. Im März 1949 bezeichnete Max Reimann das Besatzungsstatut der (West-)Alliierten als Errichtung eines »Kolonialregimes über Westdeutschland«. Nach der Bundestagswahl erläuterte Reimann – auch den Ungläubigen in der eigenen Partei – den Begriff: »Was ist das Wesen einer Kolonie? Einem kolonial unterdrückten Volk ist das Recht auf nationale Selbstbestimmung genommen. Ist das in Westdeutschland der Fall? Ja, das Besatzungsstatut nimmt der Bevölkerung des westdeutschen Staats das Recht auf seine nationale Selbstbestimmung.« Das »kolonial unterdrückte Volk« Westdeutschlands stehe unter militärischer Besatzung, sei ökonomisch »beherrscht von ausländischen Finanzkapitalisten«, die Arbeitskraft werde »im Interesse dieser fremden Herren ausgebeutet«. Seit September 1949 propagierte die KPD daher »die Politik der nationalen Befreiung des deutschen Volkes«. Wie 1930 stand der Hauptfeind nicht mehr im eigenen Land, sondern »die amerikanischen Imperialisten haben ihre deutschen Helfer: die reaktionäre Adenauer-Regierung, die nichts vertritt als das kleine volksfeindliche Häuflein von Großkapitalisten, das seinem Profit zuliebe die nationalen Interessen verkauft...« Fortan schwankte die Titulierung der Bundesregierung zwischen »amerikanischer« oder »amerikahöriger Adenauer-Regierung« .

Angesichts der folgenden Zitate aus der KPD-Agitation gegen den nationalen Verrat könnte man an Fälschung glauben. Sie sind offiziellen KPD-Dokumenten zum »nationalen Befreiungskampf« des deutschen Volkes entnommen:

Wir wollen, daß unser großes Kulturerbe dem deutschen Volk erhalten bleibt, und verlangen den Schutz unseres Kulturerbes gegen alle amerikanischen Zerstörungseinflüsse. (1951)

Fort mit einer Regierung, die das Recht des deutschen Volkes auf nationale Streitkräfte eines einheitlichen, demokratischen Deutschlands ablehnt, dafür aber die westdeutsche Jugend in die Uniform amerikanischer Söldnerverbände pressen will... Schon liegen die amerikanischen Uniformen für unsere deutschen Jungen fertig da... Freie Wahlen dagegen in ganz Deutschland führen zur Bildung einer deutschen Nationalversammlung, die frei von fremdländischer Einmischung über das deutsche Schicksal bestimmt. (1952)

Kein Quadratmeter deutscher Heimaterde darf preisgegeben werden! Schützt den deutschen Bauern, seinen Hof und seine Scholle! Schützt unsere Frauen und Mädchen vor der Willkür der fremden Soldateska! (1953)

Im »Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands« vom November 1952 formulierte die KPD die »Ziele des nationalen Befreiungskampfes in Westdeutschland«. Bereits gesellschaftlich isoliert, politisch immer bedeutungsloser und zunehmend in die Illegalität abgedrängt, formulierte die Partei neben der nationalen jetzt auch wieder die revolutionäre Phrase. Nach der bürgerlich-demokratischen Strategie unmittelbar nach 1945 wurde im Zeichen westdeutschen Erstarkens, der Remilitarisierung und westlicher Bündniseinbindung »der unversöhnliche und revolutionäre Kampf aller deutschen Patrioten zum Sturz des Adenauer-Regimes« als der entscheidenden Stütze des US-Imperialismus propagiert. (Vier Jahre später, kurz vor ihrem Verbot, übte die Partei für die Parole vom »revolutionären Sturz« Selbstkritik, weil sie die Einheitsfront der Arbeiterklasse und die Sammlung der »fortschrittlichen und nationalgesinnten Kräfte« behindere.)

Wirklich internationalistisch war die KPD nur in ihrer Gründungszeit bis 1923. Immer wenn es zu Massenbewegungen kam, die stark nationalistisch geprägt waren, stieg die KPD auf verschärfte nationalistische Agitation und Programmatik um. Nicht weil sie eine nationalistische Partei war, sondern in der Absicht, die nationalmobilisierten Massen dort abzuholen. Der Erfolg blieb aus. Eher kann man vermuten, daß in der potentiellen Anhängerschaft der gegenteilige Effekt eintrat: Anpolitisierte Anhänger wurden nicht zu kommunistischen, sondern eher zu nationalistischen Zielen hinbewegt. Das wiederum korrespondierte mit einer Unterschätzung des Nationalismus. Vergessen wurde in den revolutionären Jahren nach 1918 die massenhafte Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum Krieg 1914. Vergessen auch, daß die Bekämpfung von Versailles, wie Lenin sie noch formuliert hatte, international, unter Einbeziehung revolutionärer Veränderung (Weltrevolution) gedacht war und nicht national als quasi »Vaterlandsverteidigung« in Nichtkriegszeit. Vergessen wurde bei den Anklagen gegen den »Schandvertrag«, der imperialistischen »Knebelung der Nation«, daß die Deutschen den mörderischen Krieg angefangen hatten.

»An die Ideologie der anderen anknüpfen, keine Angst haben, den Kommunismus dabei zu verlieren«, hatte Heinrich Brandler 1923 empfohlen. »Die Judenhetze und der Nationalismus sind ganz oberflächlich auf der sozialen Wurzellosigkeit dieser Schicht (von »lumpenproletarisierten« Nazi-Anhängern) aufgeklebt.« Aber Antisemitismus und Nationalismus erwiesen sich als wesentlich tiefergreifend. Während die nationale Demagogie der Kommunisten kaum Erfolge für die soziale Revolution brachte, hat umgekehrt die soziale Demagogie der »nationalen Revolution« erheblich genützt. In der Diskussion im Exil und unmittelbar nach der Befreiung blitzte diese Erkenntnis auf.

Der nationale Kurs in der DDR kann ein unbewußter Reflex auf die Tatsache gewesen sein, daß es nach dem Faschismus keine ausreichende Basis für den sozialistischen Aufbau gab; der sowjetische Schutz sowie der Zwang zum Überleben gegenüber der westlichen Konkurrenz haben ihn befördert. Der Nationalismus der KPD Anfang der 50er Jahre kann nur als Ausdruck politischer Verzweiflung bezeichnet werden.

Das kommunistische Eingehen auf den Nationalismus vernebelte immer mehr den Blick für das ökonomische und politisch aggressive Potential des deutschen Imperialismus. Die Schwäche seines politischen Überbaus wurde zur substantiellen Schwäche des deutschen Kapitals uminterpretiert und sein Zusammenbruch erwartet. Seit Anfang der zwanziger Jahre hielt die KPD den englischen, französischen und amerikanischen Imperialismus für viel gefährlicher. Die Forderung von Marx und Engels nach einem unteilbaren Deutschland hatte nicht nationale Ideologie zur Voraussetzung, sondern die Vorstellung von der Befreiung der Produktivkräfte aus feudalen Verhältnissen und Kleinstaaterei. Die Arbeiterklasse sollte der Bourgeoisie zum Durchbruch verhelfen, um dem Proletariat den Boden für seine Befreiung zu bereiten. Schon nach dem Ersten Weltkrieg hätte es sich verbieten müssen, mit einer großdeutschen Nation etwas Fortschrittliches zu verbinden. Erst recht nach dem Zweiten Weltkrieg durfte die Rede von der wiedervereinigten deutschen Nation als etwas potentiell Positivem nicht mehr mit dem Namen Marx in Verbindung gebracht werden.

Konkret 12/90, S. 54

Bernd Siegler

Grüne Gebete in der »Tempelstadt der Bewegung«

Von der Assistentin Theodor W. Adornos zur Exekutorin ökopazifistischen Schwachsinns: Zwar sind die Pläne, nach denen die Nürnberger Kulturreferentin Karla Fohrbeck das ehemalige NS-Reichsparteitagsgelände zu einem zentralen Ort der »freiwilligen Versöhnung« umgestalten wollte, vorerst vom Tisch, geblieben aber sind Gefühlskitsch und Wahnvorstellungen, die in jenen sich nur exemplarisch niedergeschlagen haben. »Verstehende Baumpflanzungen« im »Friedenshain«, Bibelzitate und die Bitte um »Gnade« für die Opfer des Nationalsozialismus – das Gedankengut der Alternativ- und Friedensbewegung ist stilbildend für den Umgang der Deutschen mit ihrer Vergangenheit geworden

»So werden keine Weltmächte geboren«, jubelt der »Spiegel«, Kölns Kardinal Meisner dankt Gott, daß er »als Herr der Geschichte diesen Tag möglich gemacht« und endlich »an unserem Volk gehandelt hat«, die »Bild«-Zeitung überbietet Kohl und spricht von »der Gnade der Stunde Null«, Außenminister Genscher mahnt, daß »die deutsche Zukunft nicht mit dem Zollstock der Vergangenheit gemessen werden darf«, und die von Funk und Fernsehen beliebte Rita Süßmuth glaubt: »Vor uns liegt eine neue Zeit, der Beginn eines neuen Kapitels der Geschichte.« Am Tag des Herren, dem 3. Oktober 1990, stiegen auf dem Nürnberger Reichsparteitagsgelände von der Mitte der »Großen Straße« aus 1.000 Raketen in die Luft. Den Höhepunkt des »größten Feuerwerks, das Deutschland je gesehen hat«, bildete ein pyrotechnischer Wasserfall, der sich im Dutzendteich spiegelte und die »Kongreßhalle«, erbaut aus Granitplatten, die im Konzentrationslager Flossenbürg gebrochen worden waren, hell erleuchtete. Erinnerungen an die Inszenierungen der Reichsparteitage, an den Lichtdom aus über 150 Flak-Scheinwerfern, dessen Effekt sich durch Spiegelung im Dutzendteich verdoppelte. Erinnerungen? Stunde Null!

Nürnbergs seit Mai dieses Jahres amtierende Kulturreferentin Karla Fohrbeck wartete nicht erst die »Stunde Null«, den Tag der Vereinigung, ab, um ihr Konzept zur Umgestaltung des Reichsparteitagsgeländes der Öffentlichkeit vorzustellen. Schon Ende August präsentierte die 48jährige langjährige Leiterin des Bonner »Zentrums für Kulturforschung« ihren Plan, aus dem Gelände einen zentralen Ort der »freiwilligen Versöhnung« zu machen. Sie sieht die Zeit dafür gekommen, denn in Deutschland seien »jetzt die Generationen am Zug, die die schwere Last und Erbsünde des Dritten Reiches nicht mehr wegwischen und verdrängen wollen«. Auf dem Gelände, wo von 1933 bis 1938 Millionen von Menschen begeistert ihrem Führer Adolf Hitler huldigten, sollten zukünftig Staatsoberhäupter ihren Kranz niederlegen können. Aus dem gigantischen Aufmarschplatz der Nazis sollte ein »zentraler Ort der Besinnung« werden. Den brauche Deutschland, denn nicht zuletzt an Nürnberg werde gemessen, »ob man sich vor einer Wiederholung fürchten« müsse.

»Die europäische (!) Welt braucht keine Angst mehr vor den Deutschen haben, denn wir, eine andere Generation, haben diese deutsche Gesellschaft gründlich zivilisiert«, bekräftigt die grüne Antje Vollmer. Doch Karla Fohrbeck will nicht nur in den Chor derer mit einstimmen, die der Welt die Angst vor diesen Deutschen ausreden möchten. Ihr geht es um die Deutschen selbst, um ein »erneuertes Nationalbewußtsein«. Deutschland müsse in der Lage sein, ein »anderes Menschenbild zu präsentieren«, denn »innerhalb des Hauses Europa lebt es sich schlecht mit dem Klischee und der Erfahrung eines vereinigten Deutschlands, das sich selbst nicht achtet«. Damit Deutschland sich wieder selber achten kann, bedarf es zunächst einer gründlichen Entsorgung der Geschichte. Stellvertretend für die ganze Nation soll das in Nürnberg auf dem Reichsparteitagsgelände geschehen. Aus einem Ort der Täter soll ein Ort der Rehabilitierung der Deutschen werden. Dieser identitätsstiftende Auftrag ist für die Kulturwissenschaftlerin fürwahr »keine Nürnberg-interne Angelegenheit, sondern von gesamtdeutscher, ja internationaler Bedeutung«.

Schon seit Kriegsende quält die Stadt der Reichsparteitage sich mit dem gewaltigen Erbe aus Stein herum, das ihr die Nationalsozialisten hinterlassen hatten. Der Entscheidung der NSDAP, den dritten Parteitag in der noch jungen Parteigeschichte 1927 erstmals nach Nürnberg, in die traditionell »rote« Hochburg zu verlegen, lag zugrunde, daß der von der bayerischen Staatsregierung eingesetzte Nürnberger Polizeidirektor Gareis den Aktivitäten der Partei sehr wohlwollend gegenüberstand. Nürnbergs verkehrsgünstige Lage kam hinzu, und vor allem die Reichstradition der Stadt ließ sich hervorragend für die Selbstdarstellung der Partei nutzen. Als Tagungsort der kaiserlichen Reichstage und als Aufbewahrungsort der »Reichskleinodien« (bis 1800) konnte Nürnberg als eine Art »Hauptstadt« des »Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation«, also des »Ersten Reiches«, gedeutet werden. 1930 und 1931 weigerte sich die Stadt noch, entsprechende Versammlungsorte zur Verfügung zu stellen, doch schon zwei Jahre später beschlossen die inzwischen nationalsozialistischen Stadtväter, zukünftig ein 16,5 Quadratkilometer großes Gelände für die Parteitage zur Verfügung zu stellen – die zehnfache Fläche der Nürnberger Altstadt. Am 30. August 1933 verkündete Hitler zur Eröffnung des Parteitages, daß »unser Parteitag jetzt und für immer in dieser Stadt stattfinden wird«.

Ende 1934 legte Albert Speer seinen Gesamtplan für die »Tempelstadt der Bewegung« vor. Das größte Stadion der Welt (»Deutsches Stadion« mit 405.000 Plätzen), die größte Manöver-Arena (»Märzfeld«) und die größte Halle der Welt (»Kongreßhalle«) sollten entstehen. »Eine Halle soll sich erheben, die bestimmt ist, die Auslese des nationalsozialistischen Reiches für Jahrhunderte alljährlich in Mauern zu versammeln. Wenn aber die Bewegung jemals schweigen sollte, dann

wird noch nach Jahrtausenden dieser Zeuge hier reden«, tönte Hitler 1935 bei der Grundsteinlegung zur »Kongreßhalle«. Als städtebauliche Achse des Gesamtareals war die zwei Kilometer lange »Große Straße« als Paradestraße vorgesehen. Auf diesem »Laufsteg der Macht« sollte die »Volksgemeinschaft« im Gleichschritt marschieren. Von Jahr zu Jahr wurden die Inszenierungen der Parteitage perfekter. Massenkundgebungen, Weihestunden, Appelle und Aufmärsche, Feuer- und Lichteffekte, Führerkult, Treueschwüre und Totengedenken bestimmten die ausgetüftelte Dramaturgie. Die monumentale, auf die Dauer eines tausendjährigen Reiches ausgelegte Architekturkulisse sollte dabei die Wirkung der Masseninszenierungen verstärken. Mit Kriegsbeginn wurden die Bauarbeiten auf dem Gelände eingestellt, lediglich an der »Kongreßhalle« wurde bis 1942 weitergebaut. Dann wurden die großen Turmdrehkräne zum Bau der IG-Farben-Werke in Auschwitz gebraucht.

Nach dem Krieg erbte die Stadt die »Worte aus Stein«, die vollendeten und unvollendeten Bauten. Am liebsten hätten die Stadtväter alles weggesprengt. Dies war zunächst zu teuer, später verbot die bayerische Denkmalschutzbehörde diese Art der »Vergangenheitsbewältigung«. Der »Kolossalstil des Dritten Reiches« wurde als denkmalschutzwürdig eingestuft. Seitdem versucht die Stadt, die Monumentalbauten zu banalisieren, d.h. in den Alltag zu integrieren. Auf dem Gelände finden Autorennen und Rockfestivals statt, die »Kongreßhalle« dient u.a. dem Großversandhaus Quelle und der Polizei als Lager. »Die unmenschliche Architektur dient als riesiger Schuppen für Stapelware«, stellte Karla Fohrbecks Vorgänger Hermann Glaser befriedigt fest. Der Druck der Gedenkjahre 1983 (50 Jahre Machtergreifung), 1985 (50 Jahre Nürnberger Gesetze und 40 Jahre Nürnberger Prozesse) und 1989 (50 Jahre Reichspogromnacht) zwang die Stadt schließlich, sich intensiver mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen. Übrig blieben jährlich etwa 100.000 Mark für eine Ausstellung unter der Zeppelintribüne. Fast genauso viel gibt die Stadt jährlich aus, um rechtsradikale Schmierereien wie »Juda verrecke« oder »Galinski an den Galgen der Synagoge« auf den Mauern zu tilgen.

Karla Fohrbeck will nun aus dem »Gesamtkunstwerk aus Marmor und Granit« (Speer) ein »europäisches Gesamtkunstwerk für Geist, Seele, Körper und Kopf« schaffen. Dazu sollen zunächst auf dem Gelände »Wege des Friedens« entstehen. Auf Panzerglastafeln oberhalb der ehemaligen Führerkanzlei sollen »mögliche Stationen und Haltungen im Umgang mit der Vergangenheit, die auch Gegenwart ist«, präsentiert werden. Unter den Einzelüberschriften »Einsicht«, »Umkehr«, »Frei werden«, »Grenzen erkennen«, »Vergebung«, »Versöhnung«, »Verdrängung?« und »Entscheidung!« stehen dann Texte, die »den geistigen und im Dritten Reich zerstörten Wurzeln des Abendlandes« entsprechen sollen. Zu den Wurzeln zählt die Kulturreferentin, die in Freiburg, Frankfurt, London und Paris neben Anthropologie, Philosophie, Soziologie, Volkswirtschaft und Politik auch Religionswissenschaften studiert hat, das »Wort Gottes im Judentum« (Altes Testament), das »Wort Gottes im Christentum« (Neues Testament) sowie die »reiche Geisteskultur«. Das Lukas-Wort aus dem Neuen Testament »Freude wird im Himmel sein, über einen Sünder, der Buße tut« soll für die »Umkehr« stehen, der Moses-Psalm aus dem Alten Testament »So vergib nun die Missetat dieses Volkes nach deiner großen Barmherzigkeit« und das Jesaia-Zitat »Gott der Herr wird die Tränen von allen Angesichtern abwischen« sollen »Vergebung« bzw. »Versöhnung« repräsentieren. Den Schlußpunkt des Friedensweges bildet die Tafel mit dem Titel »Entscheidung!«. Der Psalm des Alten Testaments »Die ihr den Herren liebet, hasset das Arge« wird ergänzt durch das Ende des »Vaterunser« (»Sondern erlöse uns von dem Bösen«) und durch die Fohrbeck'sche Konkretisierung des Bösen, einem Gemischtwarenangebot unterschiedlichster Scheußlichkeiten: »Faschismus, Gewalt, Mord, Haß, Rache, Lieblosigkeit, Antisemitismus, Rassismus, Drogen, Okkultismus, Massenwahn, Besitzgier, üble Nachrede, Krieg«.

Der Errichtung des »Weges zum Frieden« soll dann die umfassende Gestaltung des Platzes zu einem »Friedenshain« und einer »Friedensallee« folgen. Dabei sollen »Kunst und Leben gegen Diktatur und Tod, Bäume gegen Stein, Individualität und Vielfalt gegen Gleichschaltung und Monotonie« stehen. Wo einst in Reih und Glied begeisterte Faschisten standen, sollen jetzt in Reih und Glied an den Rändern der »Friedensallee« Gedenksteine für alle Gruppen der NS-Opfer stehen, dahinter gläserne Bodenplatten mit Collagen als Erinnerung an »zerstörtes Leben«. Auch vor dem Hintergrund des Holocaust will Karla Fohrbeck positiv denken, sie will »aus einer Belastung auch eine positive Haltung entwickeln«. Dementsprechend sollen gleich hinter den Bodenplatten »Objekte des neuen Lebens, der Neuschöpfung, des Trotzdem«, geschaffen von internationalen Künstlern, ihren Platz finden. Die »Vielfalt versöhnender Baumpflanzungen« im sog. »Friedenshain« sollen sinnbildlich für »Toleranz, Völkervielfalt und multikulturelle Gesellschaft« stehen .

Schon mit der Auswahl der religiösen Zitate offenbart die von der Kulturtheoretikerin zur Praktikerin avancierte Kulturreferentin ihre beabsichtigte Verwischung der Grenzen zwischen Opfern und Tätern. Den Höhepunkt findet diese Linie in der geplanten Umgestaltung der »Führerkanzel«. Dort, wo heute noch an jedem Wochenende gestandene Familienväter mit dem Hitlergruß für das Familienalbum posieren, soll Hrdlickas »Bruder Eichmann« stehen, darunter eine Gedenktafel mit der Inschrift »Liebe, Gnade, Barmherzigkeit – den Opfern des Faschismus«. Fohrbeck fordert für die Opfer das, was man nur für Täter fordern kann. Gnade und Barmherzigkeit für die Ermordeten? Eine – bestenfalls! – Gedankenlosigkeit, die dem Bemühen der Kulturreferentin um die »große Wunde Deutschlands« entspringt, die nun »langsam heilen dürfen soll«. Wir sind doch ein Volk, was braucht es da noch die Unterscheidung zwischen Opfern und Tätern? Für die selbsternannte »Anhängerin der Versöhnungstheorie«, die diese Vorliebe zu allem Überfluß auch noch aus ihrem Frausein ableitet, ist das keine Frage.

Karla Fohrbeck fühlt sich ganz als Frau, als emanzipierte Frau und »Exotin« im noch immer männerdominierten Kulturbetrieb. Sie ist stolz, daß sie jetzt Chefin ist, denn das, was mit Frauen sonst in der Kulturarbeit passiert, bezeichnet sie (in einem Streitgespräch mit Daniel Cohn-Bendit in der Zeitschrift »Outfit«, Dezember 89) als »das jüdische Syndrom«. Frauen seien überall da zu finden, »wo die Drecksarbeit zu machen ist, wo Risiken zu tragen sind und wo es wenig zu verdienen gibt«. Eine weitere sprachliche Verharmlosung des Holocausts.

Aus ihrem Frausein leitet sie ihre Grundgedanken für den Umgang mit der deutschen Vergangenheit ab. »Als Frau stehe ich für eine ganzheitliche Betrachtung.« Die ehemalige Assistentin Theodor W. Adornos, die bei Jürgen Habermas promoviert hat, erklärt ihren Abschied vom Prinzip der Aufklärung und wendet sich dem Irrationalen zu. Das Rationale habe viel mit Egoismus zu tun, Nächstenliebe sei nun mal »nur irrational zu begründen« . Bei der Aufarbeitung der Geschichte des NS-Regimes will sie denn auch die »Seele« ansprechen, schließlich seien im Dritten Reich nicht nur »Leiber, sondern auch Seelen getötet« worden. »Versöhnung« steht bei ihr an der Spitze der Tagesordnung, denn als Frau geht sie »nicht nur mit Stacheldraht ran, nicht nur mit Haß, sondern mit Liebe«. Die emanzipierte Frau Fohrbeck reduziert sich damit selbst auf die ihrem Geschlecht traditionell zugeschriebene Rolle.

Als Frau denkt sie »neu«, und das heißt bei ihr »sinnlich«, sie redet von »ganzheitlich« und meint letztendlich »religiös«. Vor einem Jahr, so gesteht sie, hatte sie ihr religiöses Coming-Out. Die überlebensgroße Christusfigur aus dem 18. Jahrhundert in ihrem Arbeitszimmer legt davon Zeugnis ab. Frau Fohrbeck möchte denn auch mit ihrer Verkitschung historischer Greuel den Glauben und das Christentum als Wurzel des Abendlands reinwaschen. Sie will aus der »schrecklichen Kirchengeschichte das herausarbeiten, was in den Menschen an 'echten' Glaubensbedürfnissen vorhanden ist, und den Glauben von der Kirche lösen, so wie man die Kunst von der Kunstpolitik des Hitlerregimes inzwischen trennen« würde. In Verkennung der geschichtlichen und aktuellen Realitäten sieht sie im Glauben gar »den Garanten für den Frieden«.

So findet sich Karla Fohrbeck auch in der Bayerischen Verfassung wieder, in der das Dritte Reich als »Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott« bezeichnet wird. Dementsprechend ist für sie die NS-Zeit ein »großer Säkularisierungsprozeß mit den brutalsten und schrecklichsten Mitteln zum Nachteil von Judentum und Christentum«. Den zweiten Weltkrieg und den Holocaust betrachtet sie als »fundamentalistischen Glaubenskrieg«, in dem ein »selbsterwähltes Herrenvolk gegen das auserwählte Volk in Israel vorgegangen« sei. Die Juden seien aus einem »Urverdrängungsprozeß« heraus ermordet worden, den Nationalsozialisten wirft sie »überzüchteten Egoismus« vor. So reduziert sie den Faschismus auf ein religiöses und psychologisches Problem.

Karla Fohrbeck, deren Institut 1977 für das Engagement für die Kulturberufe den Kulturpreis des DGB erhalten hat, bezeichnet sich heute zurecht als »Zeitgenossin« . Als wackere Streiterin für das Christentum befindet sie sich in bester Gesellschaft. Papst Johannes Paul II., der 1992 den Boden der ehemaligen DDR küssen will, gab im April dieses Jahres auf der Prager Burg seine Vision von einem »christlich geeinten Europa« zum Besten. Die historische Chance sei nun herangereift, daß »der alte Kontinent zu seinen Ursprüngen im Zeichen des Kreuzes zurückfindet« .

Doch auch mit ihrem Versuch, die »deutsche Wunde« heilen zu lassen und den in »der deutschen Geschichte immer wieder besiegten, die Wahrheit suchenden Geist und die mitfühlende Seele Deutschlands« herauszuarbeiten, zeigt sie sich als wahre Zeit- und Volksgenossin. Nürnberg als zukünftige »Wächterstadt« soll stellvertretend für Deutschland dem Ausland »ein Zeichen setzen«, damit die Welt anders von Deutschland denke. Nürnberg soll ein gutes Beispiel liefern. Bundesaußenminister Genscher darf sich freuen, hat er doch am 26. September vor der UN-Vollversammlung die »Politik des guten Beispiels« für Deutschland proklamiert und damit den deutschen Anspruch auf eine führende Rolle beim »Aufbau einer neuen Weltordnung« bekräftigt. Also nicht mehr am deutschen Wesen soll die Welt genesen, sondern am »guten« deutschen Beispiel soll sie sich in Zukunft orientieren. Dem beispielhaften Einsatz des Bundesgrenzschutzes auf den Flughäfen von Nigeria und Sudan zur Aushebelung des Asylrechts, der beispielhaften 'Säuberung' der DDR von Ausländern, der beispielhaften Anmeldung von Entschädigungsansprüchen der »IG Farben in Abwicklung« und der beispielhaften Nichterwähnung des Holocausts in der Präambel des Einigungsvertrags sollte die beispielhafte Entsorgung der deutschen Geschichte in Nürnberg folgen. Als »ein Stück Wahrheitssuche, das auch zur Reinigung der Seele beitragen kann«, versteht Nürnbergs Kulturreferentin ihren Plan. Karla Fohrbeck, die einst für »kulturelle Demokratie« plädierte und sich gegen einen Kulturbegriff des »Guten, Wahren, Schönen« verwahrt hatte, will aus dem Reichsparteitagsgelände »letztlich etwas sehr Schönes in der Mitte Europas« machen.

Die Zeitgenossin, die mit ihrem »Zentrum für Kulturforschung« angetreten war, das eurozentristische Weltbild zu relativieren und ihre kulturanthropologischen Studien 1981 mit dem Buch »Wir Eingeborenen – Magie und Aufklärung im Kulturvergleich« abgeschlossen hatte, versteht sich heute bewußt als »Europäerin« und sieht die abendländische Kultur vom Atlantik bis zum Ural in Gefahr. Dabei verweist sie auf eine »Welle von Fundamentalismen im internationalen Maßstab« und meint damit den Islam. »Der Islam wird noch eine Attacke starten.« Die Umgestaltung des Reichsparteitagsgeländes erscheint somit als Teil einer großangelegten Rettungsaktion der abendländischen Kultur und des europäischen Geistes.

Die Begeisterung über Fohrbecks Konzept hielt sich in Nürnberg in Grenzen. Insbesondere wurde die Befürchtung geäußert, die Stadt könnte als »Wächterstadt« überfordert sein und unter dieser neuen Rolle stärker leiden als unter der Vergangenheit. Der Vorsitzende der örtlichen israelitischen Kultusgemeinde, Arno Hamburger, fürchtete gar, daß Nürnberg damit »zum Sündenbock des Dritten Reiches« gemacht werde. Andere Kritiker warnten vor der Alibifunktion einer zentralen »deutschen Entsorgungsanstalt für Geschichte« und stellten prinzipiell in Frage, ob aus einem Ort der Täter überhaupt eine Gedenkstätte für die Opfer gemacht werden könnte. Für Fohrbeck ist jeder dieser kritischen Einwände aber schlicht »Teil eines großen Verdrängungsprozesses« bzw. »Spiegelbild der Verdrängung«. Ihr gehe es »um die verdrängte Gottesbeziehung«, den Kritikern aber bloß um die »Eisernheit des Vernunftglaubens«. Wer seine Augen vor Esoterik, Spiritualität und Religiosität verschließe, gehöre zu den Verdrängern. Inhaltliche Kritik an ihrem »ganzheitlichen Ansatz« hält sie für eine »Sache für den Psychoanalytiker«. Daher gebe es jetzt nichts mehr zu diskutieren, das Konzept sei »totgebügelt und erschlagen«. Es werde in den Schubladen verschwinden. Der Geist aber, der es gebar, wird weiterwirken.

Die Parteien scheinen – mit Ausnahme der Grünen – trotz aller Beteuerungen der Notwendigkeit der Aufarbeitung dieses Teils der Nürnberger Geschichte heilfroh zu sein, daß das Thema wenigstens vorerst vom Tisch ist. Schon stehen neue Vorschläge für die Nutzung der NS-Bauten zur Debatte, deren Ablehnungsbegründungen den ungebrochenen Willen zur Verdrängung illustrieren. So scheiterte die Idee, aus der »Kongreßhalle« einen Rockpalast zu machen, nicht etwa an inhaltlichen Erwägungen, sondern am Nein des Hochbauamtes. Es fehle an Toiletten und Notausgängen. Der »Deutsche Alpenverein-Sektion Noris« wollte die »Kongreßhalle« in ein »Eldorado für Kletterer« umwandeln. An den Steinen, an denen das Blut der KZ-Insassen von Flossenbürg klebt, sollten künftig Hobby-Bergsteiger trainieren dürfen. Die SPD lehnte das Ansinnen wegen Sicherheitsbedenken ab. Der schlechte bauliche Zustand des Torsos berge zuviele Risiken für die Kletterer.

Konkret 12/90, S. 58

Chajka Grossman

Kein schöner Land...

Schon der Titel der Veranstaltung erregte den Unwillen der Bundestagsverwaltung: »Kein schöner Land – Wunden von Anfang an /Restauration einer Großmacht mit Vergangenheit«. Die Europagruppe der Grünen hatte Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer, Verfolgte des NS-Regimes aus aller Welt eingeladen, um zur deutschen Wiedervereinigung Stellung zu beziehen. Verbieten ließ sich diese Anhörung schlecht, also wurde sie bürokratisch sabotiert, so gut es ging: »Aus Sicherheitsgründen« wurden die militanten Antifaschisten von einst durch den gutbewachten Lieferanteneingang geschleust; das Transparent mit dem Veranstaltungstitel durfte im Anhörungssaal nicht aufgehängt werden, weil der Bundestag »das Parlament aller Deutschen« sei und deswegen auf jeden Fall das Mißverständnis vermieden werden müsse, er identifiziere sich mit dem Titel; auch von den Einladungen und Materialmappen mußte das Signet abgekratzt werden; ein Büchertisch, auf dem auch Bücher der Gäste ausliegen sollten, wurde verboten, weil er die »Würde des Hauses« verletze. Obwohl eingeladen, glänzten die Bundestagsabgeordneten von CDU, CSU, SPD, FDP, PDS und auch die allermeisten Grünen durch Abwesenheit, ebensowenig interessierte sich die bundesdeutsche Presse für die Sicht der knapp zwanzig Menschen aus Israel, Polen, den Niederlanden, Belgien und der BRD, die den deutschen Faschismus bereits einmal bekämpft haben. Zu der in jeder Hinsicht denkwürdigen und einzigartigen Veranstaltung, auf der einmütig wie sonst nie in der BRD, das Verbot nazistischer Gruppen gefordert und die Wiedervereinigung abgelehnt wurde, waren gerade einmal hundert vereinzelte Menschen aus der BRD gekommen. Wir dokumentieren den geringfügig gekürzten Eröffnungsbeitrag der ehemaligen Partisanin Chajka Grossmann

Die Tamtam-Trommeln in den Straßen Berlins sind verstummt. Die Freude über den Sieg des neuen Europa über das alte ist verrauscht. Schnell wurde offenbar, daß absolute Freiheit in sich das Gift häßlicher Parolen trägt wie »Deutschland nur für Deutsche«, »La France pour les Françaises«, »Great Britain for the British«, »Rosija tolko dlja Russkich«.

Die Berliner Mauer ist gefallen, die Militärbündnisse scheinen ihre Feinde verloren zu haben. Aber der Arabische Golf hallt von Drohungen mit chemischer Kriegsführung, und in Israel werden Gasmasken verteilt. Die chemischen Waffen – Senfgas, Nervengas und Gottweißwasnoch – wurden in Deutschland, Frankreich und England hergestellt und an Saddam Hussein verkauft, einen machthungrigen und skrupellosen Diktator.

Das Geld triumphiert. Macht kann mit Mark, Dollar, Pfund und Franc gekauft werden. Anstatt selbst Panzer einzusetzen, kann man tödliche Waffen verkaufen.

Ich habe lange darüber nachgedacht, ob ich zu diesem Hearing nach Bonn kommen sollte. Ich habe den Organisatoren gesagt, wenn ich käme, wäre es das erste Mal, daß ich einen Fuß auf deutschen Boden setzte. Aber das ist nicht ganz wahr. Ich war in diesem Land, vor vielen Jahren. Damals kam ich, um einen Deutschen zu besuchen, einen Nichtjuden, der sein Leben aufs Spiel gesetzt hatte, unserem Volk zu helfen, als wir in brennenden Ghettos gnadenlos verfolgt wurden und mit letzter Kraft um unser verlorenes Leben kämpften. Wir waren allein und einsam. All meine Verwandten waren vor meinen Augen vernichtet worden.

Der Name dieses Mannes war Otto Busse, die Erinnerung an ihn sei gesegnet. Er starb, nicht weit von hier, in Frankfurt. Es war sein letzter Wunsch, die Frau noch einmal zu sehen, die jene Hölle überlebt hatte.

Er war ein religiöser Mann, ein gläubiger Protestant. Als er begann, mit den Untergrundkämpfern zusammenzuarbeiten, lehnte er zunächst die Anwendung von Gewalt im Kampf gegen die Nazis ab. Aber er erkannte bald, daß die jüdische Gewalt armselig war und wir eine letzte, hoffnungslose Schlacht kämpften. Trotzdem versuchten die Juden, eine organisierte Kampftruppe gegen die deutsche Vernichtungsmaschine aufzustellen. Zusammen mit Anielewicz, dem Kommandeur des Warschauer Ghetto-Aufstands, mit Kovner, dem Untergrund-Kommandeur des Vilnaer Ghettos, und Tenneboim, dem Kommandeur des Aufstands im Ghetto von Bialistok, durfte ich zu den Gründern dieser Truppe gehören. Von denen, die ich genannt habe, lebt außer mir keiner mehr.

Wir waren alle jung, Sozialisten und zugleich glühende Zionisten. Wir haben es nicht geschafft, die Nazis im Kampf zu überwinden. Haben wir sie geistig und moralisch besiegt? Das ist eine sehr verstörende Frage. Bis heute glaube ich nicht an den Gott der Vergeltung. Nichts, was ich gesehen habe, hat mich von meiner humanistischen Haltung zu Menschen und Nationen abgebracht. Mit zusammengebissenen Zähnen halte ich an den Lehren der Propheten fest, die sagten: Des Vaters Sünden sollen nicht an seinem Sohn bestraft werden. Soll der Sohn für die Taten des Vaters leiden?

Dennoch will ich die Worte jenes edlen, verblichenen Deutschen zitieren. Zuvor die Geschichte: Wir waren fünf jüdische Mädchen, die ihre klandestinen Aktivitäten auch nach der Zerstörung des Ghettos von Bialistok fortsetzten, in dem einmal 60.000 Juden gelebt hatten. Wir arbeiteten für die Partisanenbrigade Kalinsovsky, die im Raum Bialistok tätig war, und durften Juden in Sicherheit bringen, die aus dem deutschen Inferno geflohen waren.

Im Juli und August 1944 erlebten wir den Beginn des Rückzugs der deutschen Wehrmacht und der deutschen Zivilisten. Der Kommandeur der Partisanenbrigade wies uns an, Otto Busse mitzuteilen, daß er unter dem Schutz der Brigade bleiben könne. Er antwortete: Da ich erfahren habe, was die Deutschen getan haben, will ich nicht, daß mein Leben gerettet wird und mein Schicksal ein anderes sein soll als das meines Volkes. Die deutsche Nation tragt die kollektive Verantwortung für diese Taten.

Jahre später, als ich schon Mitglied des israelischen Parlaments war und mir diese Worte in den Sinn kamen, mich manchmal hoffen ließen und manchmal verzweifeln, prüfte ich mich selbst, ob ich nicht voreingenommen sei gegenüber Deutschland im Allgemeinen – und jetzt, gegenüber seiner Wiedervereinigung im Besonderen.

Es gab Augenblicke der Hoffnung, als ein Traum sich erfüllte und die jüdische Nation, deren Menschen geschlachtet worden waren, wieder auferstand in ihrem Land. Es gab Augenblicke der Verzweiflung, wenn Nachricht kam vom Soldatentod eines Verwandten, der manchmal der einzige Sohn eines Überlebenden des Holocaust war. Die Opfer des blinden Terrors gegen Israelis und Juden auf der ganzen Welt, das Wiedererwachen des Antisemitismus, rassistische Organisationen – das alles macht es einem Menschen, und besonders einem Juden, schwer, normal, vernünftig und friedliebend zu bleiben.

Manchmal werden die Terror- und Sabotageakte mit den Taten der Nazis verglichen. Das macht mich wütend. Der Mord an unschuldigen Menschen ist unentschuldbar, es ist ein abscheuliches Verbrechen, für das in einem nationalen Befreiungskrieg kein Platz sein dürfte. Dennoch sind solche Terrorakte mit den Taten der Nazis nicht vergleichbar, weil deren Verbrechen mit den Kategorien gut und böse nicht erfaßt werden können.

Wenn man jemandem für die Zukunft vertrauen soll, kann das nur auf der Basis eines erweislich guten Leumunds geschehen. Nicht jede Befreiung von widerwärtigen stalinistischen Praktiken entlastet von früheren Verbrechen. In der Nacht sind tatsächlich alle Katzen schwarz, aber im Licht der Wirklichkeit können die Taten der Nazis auch mit Pogromen und antisemitischen Manifestationen nicht gleichgesetzt werden. Als denkende Menschen müssen wir auf der geschichtlichen Unvergleichlichkeit des Holocaust bestehen. Hitlers Deutschland hat nicht nur ein Drittel meines Volkes, nur weil sie Juden waren, ermordet, es hat auch das moralische Rückgrat der modernen Menschheit gebrochen.

Es ist wahr, auch andere Nationen sind nicht schuldlos an der Ermordung der Juden in jener Zeit geblieben. Auch heute zeichnen sich viele Nationen nicht durch Toleranz und Humanität aus. Aber niemand hat eine staatliche Mordindustrie organisiert wie die Deutschen. Millionen wußten davon. Es obliegt dem deutschen Intellektuellen, dem Autor, dem Politiker, dem Erzieher, sich mit diesen zwölf Jahren des Dritten Reichs auseinanderzusetzen. Messen wir diese Auseinandersetzung an dem ersten Ausbruch, dieser Rockshow an der Berliner Mauer, oder an der Hysterie beim Gewinn der Fußballweltmeisterschaft; messen wir sie daran, wie viele Deutsche mit dem Holocaust umgehen oder an den Erklärungen gewisser prominenter Politiker oder an der Weise, in der gegen Nazi-Kriegsverbrecher ermittelt wird – dann müssen wir sagen, daß die Auseinandersetzung seicht gewesen ist und nur wenige, vereinzelte Individuen erfaßt hat.

Eine Nation, jede Nation hat ihre Biografie. Die Biografie dieser Nation ist gesättigt von Nationalismus. Es gibt begründete Sorgen, was die Zukunft betrifft. Und was bleibt ist Angst.

Bis vor kurzem war Westdeutschland ein Teil Europas. Es verschmilzt jetzt nicht mit einer westlichen Demokratie, sondern mit seinen verlorenen östlichen Provinzen. Man kann fürchten, daß dies eine Wiedervereinigung nicht nur mit Gebieten ist, sondern auch mit der Vergangenheit und ihren nationalen Mythen. Deutsche Wirtschaftsmacht erhält eine neue Qualität, wenn sich der Markt nach Osten öffnet. Die Bindungen zu deutschen Volksgruppen im Osten werden enger. Wer garantiert, daß wir nicht am Beginn einer neuen Zeit der Revanche stehen, daß Geschichte sich nicht wiederholt, daß Nationalismus und Rassismus nicht wuchern?

In der sowjetischen Presse lese ich Berichte über die »Pamjat«-Organisation – eine moderne Verkörperung des russischen Faschismus. Den ersten Platz als Feinde der Menschheit nehmen dort die Juden ein. Ein Artikel enthielt einen Aufruf an alle rechtsextremen Organisationen in Europa, zuerst und vor allem an »Pamjats« Bruderorganisationen in Deutschland. Es gibt ein erneuertes, nicht einmal aufgebessertes, faschistisches Syndrom: Der Feind, das sind die Juden, der engste Verbündete, das sind die Deutschen.

Die Neonazi-Welle nimmt das Ausmaß einer Flut an und spült über Westeuropa Richtung Osten. Fremdenhaß und Antisemitismus sind zu einer Selbstverständlichkeit geworden. All das entwickelt sich im Rahmen gut organisierter Gruppen, deren Wählerschaft nicht unbedingt aus Arbeitslosen besteht, sondern aus normalen Bürgern aller Schichten. Auch in Ländern, in denen es fast keine Juden oder Ausländer gibt, wie zum Beispiel in Polen, wächst der Judenhaß. Vertreter dieser Gruppen wurden in das europäische Parlament und in nationale Volksvertretungen gewählt. England hat seine Skinheads, Deutschland seine »Republikaner«, in Frankreich ist es die Nationale Front und in der Sowjetunion »Pamjat«. Sie alle finden Erklärungen für Hitlers Taten und versuchen, den alten Nationalismus wiederzubeleben. Sie beziehen sich auf die Nazi-Vergangenheit, ihre Symbole und Mythen. Sie leugnen den Holocaust oder rechtfertigen ihn.

Ist es unvermeidlich, daß das wiedervereinigte Deutschland in diese gesamteuropäische Reorganisation des Faschismus verwickelt wird oder einen Spitzenplatz darin einnimmt? Konnte der Holocaust nur in Deutschland geschehen? Könnte er nur hier sich wiederholen? Hört die Abrechnung mit Deutschland niemals auf? Rassisten und potentielle Rassisten findet man überall auf der Welt, vielleicht sogar Bewerber für den Einsatz bei einer »Endlösung«. Aber Theorie kann niemals mit Praxis gleichgesetzt werden, vor allem dann nicht, wenn es um die Planung und Ausführung der »Endlösung« geht.

Die Begriffswerkzeuge, die mir in frühester Jugend eingepflanzt wurden, paßten zu rationalem Denken und einer menschlichen Gesellschaft, wie wir sie kannten, betrafen das Gute und das Böse. Das war so bis zum Holocaust. Während des Holocaust kamen Regeln ins Spiel, die der menschlichen Geschichte selbst in ihren dunkelsten Stunden unbekannt gewesen waren. Die Gesetze jener Zeit waren außerhalb der Gesetze von Krieg und Frieden, von Gut und Böse. Deutschland als Nation wurde ein von jedem Rechtskreis um Welten entferntes Phänomen. Daher die Furcht, daher die offene Rechnung. Es ist wahr, auch andere tragen Keime des Nazismus in sich; aber es gibt einen Unterschied zwischen schlafenden Keimen und solchen, die schon den Körper und die Seele zerstört haben.

Der Abriß der Berliner Mauer könnte weniger ein Symbol der Freiheit von stalinistischer Tyrannei gewesen sein als eine Vorahnung vom Entstehen einer größenwahnsinnigen, die Welt mit Nationalismus und Expansionismus bedrohenden Macht. Unter den Paragrafen des deutschen Wiedervereinigungsvertrags, der ein Teil der deutschen Verfassung werden soll, gibt es nicht einen einzigen, der die Vergangenheit erwähnt oder moralische Verpflichtungen für die Zukunft enthält. Es fällt nicht ein einziges Wort über Deutschlands historische Verantwortung für den Holocaust, kein Wort erklärt die Absicht, den Rassismus zu verbieten. Sogar die früheren Verbote bestimmter Waffen, die mit der freundlichen Hilfe der USA umgangen worden waren, sind völlig verschwunden. Einzig das Verbot, Atomwaffen zu besitzen, ist geblieben. Nicht einmal der Besitz chemischer Waffen oder die Herstellungen aller Arten tödlicher Gase wurde untersagt. Und der letzte Bann gegen neonazistische Parteien wurde aufgehoben: Bis zur Wiedervereinigung war der Berliner Senat verpflichtet, alle sechs Monate der Alliierten Hohen Kommission einen Bericht über seine Bemühungen vorzulegen, neonazistische Umtriebe zu verhindern. Gibt es dafür wirklich keinen Bedarf mehr?

Anders als einige meiner Freunde wollte ich nie nach Deutschland kommen. Diese Freunde behaupteten, sie spielten die Rolle von Erziehern gegen den Nazismus. Ich habe mich nie als Missionarin, Predigerin oder Erzieherin der Deutschen verstanden. Wenn Deutschland sich nicht selbst erzieht, wird es keiner tun. Es ist eine zu große und zu wichtige Nation, mit einer zu kräftigen eigenen Kultur, als daß irgendjemand für es handeln könnte.

Ich habe nichts mehr hinzuzufügen als dies: Nach dem Holocaust muß jeder in Deutschland mit Auschwitz in seinem Herzen leben. Der Holocaust gehört in Lehrpläne, Geschichtsbücher und Literatur. Er sollte von Kindheit an ins Bewußtsein der Deutschen gesenkt werden. Verbote nazistischer und rassistischer Aktivitäten sollten in die Verfassung und ins Rechtssystem aufgenommen werden. Natürlich würde das fortwährende Unbequemlichkeit verursachen. Aber wir finden das Leben auch nicht leicht. Wir werden gejagt von nächtlichen Visionen. Ich sehe meine Mutter auf dem Transport, ich sehe Szenen aus dem Warschauer Ghetto – den Hunger, Leute, die auf den Straßen sterben, in Lumpen gekleidete Kinder, die einen Bissen Brot schmuggeln. Bis heute sehe ich die Selektion, die ich aus kurzer Entfernung beobachtet habe. Eine heiße Augustsonne brannte auf den riesigen Platz, auf dem Frauen, Kinder und alte Leute aus dem Ghetto von Bialistok zusammengetrieben worden waren. Da saßen sie tagelang ohne Wasser und Brot, bevor sie nach Majdanek oder Auschwitz gebracht wurden. Dort wurden sie getrennt. Und das Ghetto ging in Flammen auf. Die Geräusche der schlaflosen Nächte des Aufstands klingen noch in meinen Ohren.

Der Text wurde aus dem Englischen übersetzt

Kasten auf Seite 60

Chajka Grossman wurde in Bialistok in Polen geboren. Bis 1940 studierte sie in Vilna. Dann wollte sie nach Israel auswandern, wurde aber in die Führung der sozialistisch-zionistischen Hashomer-Hatzair-Bewegung gewählt, und sollte in Polen bleiben. Die Hashomer-Hatzair ging in den Untergrund und operierte anfangs von sowjetischem Territorium aus, später in den deutsch besetzten Gebieten. Chajka Grossman hatte den Auftrag, die Verbindung zwischen den Ghettos in Vilna, Bialistok, Warschau, Tschenstochau und Lublin aufrechtzuerhalten, mit gefälschten Papieren und geschützt durch »arisches« Aussehen reiste sie durch Litauen und Polen und hielt auch den Kontakt zu den nicht-jüdischen Untergrundorganisationen. Sie war eine der Organisatorinnen des Ghetto-Aufstandes in Bialistok. 1948 emigrierte sie nach Israel, 1949 schrieb sie ihr Buch »The Underground-Army« (das jetzt nach mehr als vierzig Jahren von Ingrid Strobl ins Deutsche übersetzt und im Kore-Verlag, Freiburg, erscheinen wird). Sie lebt in einem Kibbuz und war von 1969 bis 1987 Knesseth-Abgeordnete der sozialistischen Mapam-Partei, sie hat sich für Kontakte zwischen der PLO und der israelischen Regierung ausgesprochen und mehrere Gesetze zur Gleichstellung von Frauen initiiert. Jetzt arbeitet sie für »Moreshet – Das Anilevich Museum«.

Konkret 12/90, S. 61

Eugen Helmlé

Traumatisiert

Ein Nachruf auf Robert Antelme, der in seinem Buch »Das Menschengeschlecht« den Prozeß der fortschreitenden Enthumanisierung im Konzentrationslager beschrieben hat

Zur Frankfurter Buchmesse 1987 erschien im Carl Hanser Verlag ein Buch, das, obgleich es von Deutschland handelt, von den Erfahrungen eines Franzosen mit Deutschland und den Deutschen, genau dreißig Jahre brauchte, bis es denen endlich zugänglich gemacht wurde, für die es so etwas wie ein Spiegel sein könnte, wenn sie denn hineinschauen wollten. Ein Ecce-Homo-Spiegel, der allerdings nicht, wie Eugen Kogon in seinem »SS-Staat« schreibt, »irgendwelche Scheusale zeigt, sondern *dich* und *mich,* sobald wir nur dem Geist verfallen wie jene, die das System geschaffen haben«. Doch unser Bewußtsein ist gestört, seit über fünfundvierzig Jahren versuchen wir die Zeit der braunen Schreckensherrschaft zu verdrängen. Wir scheuen den Blick auf unser Spiegelbild, das so gar nicht der Vorstellung entspricht, die wir von uns haben möchten. Dabei sollten wir wissen: »Je weniger die Vergangenheit bewältigt wurde, desto mehr steht auch die Gegenwart unvermerkt in ihrem Bann. Das Verdrängte bestimmt das Verhalten der Traumatisierten...«

Einer dieser Traumatisierten – und wir dürfen nicht vergessen, daß der Alptraum der zwölfjährigen Terrordiktatur immer noch die Gemüter unserer Nachbarn beherrscht, im Westen ebenso wie im Osten – ist der Schriftsteller Robert Antelme, und sein Buch über das in Deutschland Erlebte, ein Dokument der Unmenschlichkeit, hat den Titel »Das Menschengeschlecht«. Aufgeschrieben bereits in den Jahren 1946/47, konnte der erstaunlich nüchterne, fast protokollarische Bericht über seine KZ-Erfahrungen erst 1957 in Buchform erscheinen, was sicherlich auch mit der Schwierigkeit der Überlebenden zu tun hatte, sich überhaupt wieder zu fassen, Worte für das Unfaßbare zu finden. »Kaum begannen wir zu erzählen, verschlug es uns schon die Sprache. Was wir zu sagen hatten, begann uns nun selber unvorstellbar zu werden.« Mit diesen Worten beginnt sein Bericht.

Es ist Antelme gelungen, das, »worüber wir schweigen müssen, weil man nicht darüber reden kann«, in einer Sprache zu sagen, die sich neuer literarischer Techniken und Stilmittel bedient. Immer wieder setzt Antelme ungewöhnliche Formulierungen ein und eröffnet damit neue Perspektiven. Und obgleich das Buch streng komponiert ist, verliert es dennoch nichts von seiner Authentizität.

Dem Andenken der Schwester gewidmet, die in einem deutschen Lager umkam, ist dieses 410 Seiten starke Buch der Bericht über die Stationen einer Gefangenschaft, in der die Häftlinge, vor allem die politischen, als »Schädlinge der Gesellschaft«, der NS-Gesellschaft, versteht sich, allesamt dazu ausersehen waren, durch Hunger und Schwerstarbeit, durch Schikane und Folter zum Tode befördert zu werden. Der Autor beschreibt das »Menschengeschlecht« unter den SS-Runen »ähnlich einem Zoologen, der eine neuentdeckte Spezies darstellen würde: den Prozeß fortschreitender Enthumanisierung, die Zerstörung des Menschlichen, die Vernichtung all dessen, was die Zivilisation in Jahrhunderten vollbracht hatte«.

»Der Tod«, schreibt Antelme, »stand hier in jeder Minute gleichberechtigt neben dem Leben. Der Schornstein des Krematoriums rauchte neben dem der Küche... und das Gold in den Mündern wurde seit langem eingetauscht gegen das Brot der Lebenden.« Und über allem herrschte, als gottähnliche Elite, als die Inkarnation des Übermenschen, für die sie sich hielten, die SS.

Hier wird eine Gesellschaft geschildert, die auf das Niveau von Mord und Totschlag herabgekommen ist, der es gelungen ist, den Menschen zu entmenschlichen und alle Spuren von Zivilisation zu löschen. »Es ist ein SS-Traum, zu glauben, unsere historische Mission sei es, zu einer anderen Gattung zu werden, und da diese Verwandlung zu langsam stattfindet, töten sie... Es gibt nicht mehrere menschliche Gattungen, es gibt nur eine Gattung Mensch. Und weil wir Menschen sind wie sie, wird die SS letztlich nichts gegen uns ausrichten können. Und weil sie versucht haben, die Einheit dieser Gattung in Frage zu stellen, werden sie am Ende vernichtet werden.« Eine Prophezeiung, die nicht ganz eingetroffen ist. Sie wurden nicht vernichtet, sie nahmen am »demokratischen Wiederaufbau« teil, als Richter, Ärzte, Hochschullehrer, Wirtschaftsführer.

Robert Antelme hatte sich nach dem Jurastudium der französischen Résistance angeschlossen. Er war damals mit Marguerite Duras verheiratet. Beide gehörten der Widerstands-Gruppe um Francois Mitterrand an. Als Antelme im Juni 1944 von der Gestapo verhaftet und nach Buchenwald transportiert wurde, war er 27 Jahre alt. Bei Kriegsende fand ihn Mitterrand, der zu einer von Pater Riquet organisierten Deutschland-Mission gehörte, im Lager Dachau, zum Skelett abgemagert. Er schildert, wie er Antelme gefunden hat: »...Wir gingen durch das Gelände...; man mußte über Leichen schreiten. . . und aus einem dieser offensichtlich leblosen Körper erhob sich eine Stimme, die mich mit Vornamen rief...«

Zwei andere Kameraden ihrer Gruppe fuhren, als französische Offiziere verkleidet, in einem Militärfahrzeug nach Deutschland, um ihn in Dachau abzuholen. Nachdem sie ihn endlich gefunden hatten, steckten sie ihn in eine mitgebrachte Offiziersuniform und brachten ihn so aus dem Lager, über die Grenze, nach Frankreich.

In ihrem Buch »Der Schmerz«, ebenfalls bei Hanser erschienen, erinnert sich Marguerite Duras an die Zeit nach der Rückkehr aus der Hölle:

»Robert L. (so sein Name in ihrer Titelgeschichte) hat niemanden angeklagt, keine Rasse, kein Volk, er hat den Menschen angeklagt. Dem Grauen entronnen, sterbend, im Fieber redend, hatte Robert L . noch diese Kraft, niemanden anzuklagen, nur die Regierungen, die in der Geschichte der Völker vorübergehen.. . Er sprach von der Nächstenliebe er hatte einige Sätze von Pater Riquet gehört, und er sagte diesen sehr dunklen Satz: 'Wenn mir jemand von christlicher Nächstenliebe spricht, werde ich Dachau sagen.' Er hat seinen Satz nicht zu Ende gesagt.«

»Warum aber haben die Konzentrationslager des Dritten Reiches bis jetzt nicht dazu beigetragen, einen tiefgründigen Gesinnungswandel des deutschen Volkes einzuleiten?« fragte Kogon 1965 in einer Neuauflage seines eingangs erwähnten Buches. Eine Teilantwort gab in seiner unnachahmlichen Art Herr Strauß: »Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen erbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz ('und die Liste ließe sich beliebig verlängern, von Dachau bis Buchenwald') nichts mehr zu hören.« Wer sich so hartschlägig jeder Trauerarbeit entzieht, von dem ist wohl kaum ein wirklicher Gesinnungswandel zu erwarten, da gibt es höchstens kosmetische Korrekturen.

Als das Buch geschrieben, gemacht, verlegt war, hat Robert Antelme nie wieder von deutschen Konzentrationslagern gesprochen. Er sprach diese Worte nie mehr aus. Auch nicht den Titel des Buches. Außer einem bereits früher erschienenen Gedichtband hat er nie wieder ein anderes Buch veröffentlicht. Er arbeitete als Lektor für den Pariser Verlag Gallimard und gehörte zum engsten Mitarbeiterstab Raymond Queneaus bei der Herausgabe der »Enzyklopädie der Pleiade«. Seit Jahren schon krank, starb er am 26. Oktober 1990, dreiundsiebzigjährig. »Das Menschengeschlecht« wird Antelmes Vermächtnis sein.

Eugen Helmlé hat »Das Menschengeschlecht« ins Deutsche übersetzt

Konkret 12/90, S. 64

Wolfgang Schneider

Buch des Monats: »Deutschland als Ganzes«

Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Durchgesehene und erweiterte Ausgabe, Fischer Taschenbuch Verlog, Frankfurt/M. 1990, 3 Bände, zus. 1351 Seiten, 39.80 Mark

»Der deutsche Täter war kein besonderer Deutscher. Was wir über seine Gesinnung auszuführen haben, bezieht sich nicht auf ihn allein, sondern auf Deutschland als Ganzes.«
Raul Hilberg

Seit die Deutschen, wenn sie von ihrer Vergangenheit reden, die es zu bewältigen gelte, nicht mehr die Zeit des Nationalsozialismus, sondern die Geschichte der DDR meinen, ist die Welt für sie wieder in Ordnung. So unverhofft aber fiel ihnen die Gelegenheit in den Schoß, über Honecker reden zu können, um von Hitler nichts mehr hören zu müssen, und so drängend ist das Bedürfnis, die Erinnerung an die eigenen Verbrechen durch Verweise auf das, was sie durch andere gelitten zu haben glauben, auszulöschen, daß sie im Eifer des Aufrechnens, Relativierens und Gleichsetzens sich mitunter verheddern. Niemand, warnte im Deutschland-Magazin »Der Spiegel« der Schriftsteller Rolf Schneider all jene, die Auschwitz und Bautzen für zwei miteinander schlechterdings unvergleichbare Orte halten, »niemand komme hier mit dem geläufigen Argument, das Hitler-Reich und die DDR, BRD und NSDAP seien einander unvergleichlich, und der Versuch, den Vergleich dennoch anzustellen, sei eine politische Obszönität«.

Nun ist dieser Versuch natürlich in erster Linie eine *moralische* Obszönität, insofern er, was den Opfern der deutschen Massenmorde geschah, auf ein Niveau staatlicher Schikanen und ökonomischer Unzulänglichkeiten heruntervermiedlicht, das in der DDR nur unwesentlich über dem gelegen haben dürfte, was Schneider ansonsten als Errungenschaft der 'freien Welt' zu verteidigen bereit wäre. Zum anderen aber ist dieser Versuch bemerkenswert durch die Art und Weise, in der er hier verunglückte. Denn natürlich haben weder der »Spiegel« noch sein Autor das Hitler-Reich und die DDR, BRD und NSDAP miteinander vergleichen, sondern lediglich Hitler-Reich und DDR, *SED* und NSDAP auf einen Nenner bringen wollen.

Schneiders Fauxpas und die Tatsache, daß er die mehrstufige Kontroll- und Korrekturmaschinerie des Hamburger Magazins unbeanstandet durchlaufen konnte, signalisieren ein heimliches Einverständnis mit der sehr populären Hoffnung, daß die Deutschen sich nicht länger mehr mit der Neutralisierung ihrer Vergangenheit durch Zitation fremder Untaten zu begnügen brauchen – was ja das Eingeständnis von Schuld voraussetzt und günstigstenfalls zur Annahme führt, nun sei man eben wieder quitt – , sondern daß sie die deutsche Geschichte vom 30. Januar 1933 bis zum 9. November 1989 endlich konsistent als Leidensgeschichte der Deutschen schreiben können – als heroische Leidensgeschichte sogar, denn schließlich hatten sie sich im Widerstand gegen staatliche Willkür, politischen Terror und fremde Usurpatoren beinahe 57 Jahre lang aufgeopfert, ehe sie ein Regime stürzen konnten, das zu vollenden unternahm, was Hitler bloß begonnen hatte, indem es den Deutschen eine Existenzform aufzwang, die die Nazis noch für Juden, Polen und Zigeuner reserviert hatten. Und waren an jenem Befreiungskampf nicht auch die Bundesbürger beteiligt? Und gehören also hinein in Schneiders gesamtdeutschen Eintopf?

Für Ulrich Greiner, den Feuilleton-Chef der »Zeit«, ist die DDR schlicht »die zweite deutsche Katastrophe« gewesen – »nach der nationalsozialistischen die stalinistische«. »Erst jetzt«, mit Wiedervereinigung und Niedergang des 'realen Sozialismus', glaubt er, »ist das Verhängnis, das 1933 begann, an sein wirkliches Ende gekommen«. Tilman Fichter, ehemaliger SDS-Aktivist und heutiger Referent für politische Bildung beim SPD-Vorstand, hat sich durch die Westgrenze der DDR »in geradezu fataler Weise an Drahtverhau, Wachtürme und Grünstreifen rund um die Konzentrationslager der Nazis erinnert« gefühlt. »Ein später Sieg Hitlers« sei mithin die Einrichtung der DDR gewesen, hat Fichter in der »FAZ« verkündet, »denn letztlich überlebte die SS-Lagerlogik die NS-Zeit. Und erst mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 beginnt deshalb in Deutschland die Nachkriegszeit.«

Selbst Johannes Agnoli hält »die Situation in der DDR« im Jahr 1990 für »viel schlimmer als nach 1945«, und er nennt dafür einen »ganz einfachen empirischen Grund«: »Die Gestapo und der ganze SS-Apparat hatten es zwölf Jahre lang mit 70 Millionen Deutschen zu tun. Der Stasi-Apparat hatte es vierzig Jahre lang mit 16 Millionen zu tun.« Eine merkwürdig abstrakte Überlegung, in der die tatsächlichen Handlungen der Menschen überhaupt keine Rolle spielen, denn Gestapo und SS waren keineswegs zwölf Jahre lang mit der Unterdrückung ihrer 70 Millionen Volksgenossen, sondern vor allem mit der systematischen Liquidierung einiger Millionen 'nichtarischer' Menschen beschäftigt, was von der Stasi bislang nichtmal Frau Däubler-Gmelin behauptet. Agnoli aber, der die besondere Scheußlichkeit der SED-Herrschaft selbst noch gegenüber dem NS-Regime partout damit begründen zu wollen scheint, daß unter diesem die Deutschen sich wohler befunden hätten als unter jener, pfeift auf argumentative Konsequenz und läßt Gestapo und SS mitsamt den eben noch drangsalierten Volksgenossen schließlich doch, den Tatsachen entsprechend, einträchtig im Ausland nach gemeinsamen Opfern suchen.

Seine Schlußfolgerung aber bleibt dieselbe: »Die Hitlersche Diktatur hat Europa mit weitgehender Zustimmung der eigenen Bevölkerung verwüstet«, hat er der »taz« erzählt. »Die fast 40jährige Zwangsherrschaft der SED« aber »war gerichtet gegen die eigene Bevölkerung. Sie hat ... das intellektuelle, wahrscheinlich auch das seelische Leben der eigenen Bevölkerung geschädigt« – »und das ist ein wesentlicher Unterschied.«

Also haben die Deutschen den Nationalsozialismus intellektuell und seelisch unbeschadet überstanden? Weil sie in dieser Zeit Europa verwüsten und ein paar Völker umbringen konnten? Weil sie die KZ damals nur einrichteten und betrieben, während sie in der DDR, wie Tilman Fichter meint, selbst Opfer des SS-Lagersystems geworden sind, was ihnen verständlicherweise auf's Gemüt geschlagen ist? Aber hat, nach Fichter, in der DDR nicht Hitler gesiegt, der, nach Agnoli, weder Verstand noch Psyche seines Volkes sonderlich strapazierte? Und hat, nach Greiner, die Leidensgeschichte der Deutschen, die schließlich im SED-Staat gipfelte, nicht bereits 1933 begonnen, als sie sich, nach Agnoli, gerade anschickten, anderen Leid zuzufügen?

Es ist dieses furchtbaren Geredes kein Ende. Seit einem Jahr überbieten sich deutsche Intellektuelle im Bestreben, das historische Fundament des neuen Reiches aufzupolieren und die wiedervereinigten Täter bei ihrem Versuch zu unterstützen, sich als Volksgemeinschaft der Opfer zu präsentieren, die an den Rest der Welt noch einige Forderungen hat. Und nur der hysterische Gestus, der diese Bemühungen begleitet, sowie die überschnappende Stimme, mit der sie in der Regel vorgetragen werden, zeugen noch im Moment, da sie ein für allemal zum Schweigen gebracht werden sollen, von den ungezählten Opfern der kollektiven Anstrengung, mit der es den Deutschen gelang, die europäischen Juden zu vernichten.

*

Raul Hilbergs Bericht über »Die Vernichtung der europäischen Juden« erzählt von der kollektiven Anstrengung eines ganzen Volkes, sich andere Völker zu unterwerfen und einige davon systematisch umzubringen, von der so konzentrierten wie eifrigen Arbeit, die die gesamte deutsche Bürokratie zum Zweck der Ausrottung der Juden verrichtete, von der inneren Logik, der dieser Prozeß folgte, wie von seiner arbeitsteiligen Organisation, von den verwaltungstechnischen und Effizienz-Problemen ebenso wie von den Psychischen Schwierigkeiten, die die Mörder dabei zu überwinden hatten – und die sie zielstrebig überwanden – , von den Profiteuren des Vernichtungsbetriebs und von den verzweifelten Versuchen der Opfer, ihn durch 'Kooperation' mit seinen Betreibern zum Stillstand zu bringen, vom Desinteresse beinahe der ganzen übrigen Welt am Schicksal der Juden im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich, vom schäbigen Umgang der Deutschen mit den Überlebenden ihrer Verbrechen und von den neuen Karrieren der Täter.

Es gibt in der Literatur über den Nationalsozialismus kein zweites Werk, das den Verwaltungsmassenmord, den die Deutschen an den europäischen Juden verübten, auch nur vergleichbar präzise und umfassend darstellt, kein Werk vor allem, das ihn gleichzeitig so detailliert und systematisch als eine administrative Operation beschreibt, in die »der bürokratische Apparat einer ganzen Nation« verwickelt war. Gestützt auf die Dokumente alltäglicher Verrichtungen, auf Aktenvermerke, Gesprächsprotokolle, Verfügungen, Fernschreiben, Briefe und Denkschriften, die den Vernichtungsprozeß steuerten und in denen sich seine Ergebnisse niedergeschlagen haben, legt Hilberg offen, daß es im Deutschen Reich »kaum eine Behörde (gab), ein Amt oder eine Organisation, die nicht zum einen oder anderen Zeitpunkt ein Interesse an antijüdischen Maßnahmen gehabt hätten« und die darum auch zum einen oder anderen Zeitpunkt sich aktiv an antijüdischen Maßnahmen beteiligten. Die stetige Radikalisierung dieser Maßnahmen »verstrickte jedes Segment des deutschen Gesellschaftsgefüges unerbittlich in das Vernichtungswerk«, so daß, wie der amerikanische Politikwissenschaftler und Historiker schreibt, am Ende »eine Gesellschaft in grenzenloser Vernichtungswut Amok« lief.

»Wie wurde die Tat begangen?« »Wer waren die Teilnehmer an dieser Operation?« fragt Hilberg, und vor den Antworten, die er darauf gibt, werden die Lebenslügen der deutschen Nachkriegsgesellschaft zuschanden:

- Keineswegs war die Ermordung der Juden die Tat lediglich einer Handvoll sadistischer Killer – »stets stellte die Vernichtungsmaschinerie einen bemerkenswerten Querschnitt der deutschen Bevölkerung dar« (und Hilberg beschreibt im einzelnen, Amt für Amt. Organisation für Organisation, Tötungseinheit für Tötungseinheit Zusammensetzung und Zuständigkeiten des am Vernichtungsprozeß beteiligten Personals: Die meisten Offiziere der »Einsatzgruppen« bzw. »Sonder- und Einsatzkommandos« beispielsweise, die gemeinsam mit der Wehrmacht im Juni 1941 in die Sowjetunion einfielen und im Laufe eines Jahres 1.400.000 Juden erschossen, waren Akademiker: Rechtsanwälte vor allem, und Ärzte; ein Forschungsdirektor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und stellvertretender Staatssekretär im Wirtschaftsministerium gehörte ebenso dazu wie ein evangelischer Pfarrer und Mitarbeiter des Kirchenministeriums).
- Keineswegs mußten die am Vernichtungsprozeß Beteiligten durch staatlichen Terror zum Mitmachen gezwungen werden, im Gegenteil: »Viel zu selten«, beklagt Hilberg, »stellt jemand die rein spontane Frage: Wer hat denn nun tagtäglich diesen Zwang ausgeübt?« Die deutschen Bürokraten jedenfalls, die »die ganze Tragweite des Dramas noch aus den

unscheinbarsten Versatzstücken herauszulesen« vermochten, wurden von sich aus aktiv und bewiesen »verblüffendes pfadfinderisches Geschick im Falle ausbleibender Direktiven, nahtlose Übereinstimmung ihres Handelns trotz fehlender gesetzlicher Richtlinien und ein tiefes Verständnis der zu bewältigenden Aufgabe auch dort, wo keine expliziten Weisungen vorlagen«.

•

Dabei ist es – entgegen einer weiteren Legende – keineswegs unmöglich gewesen, der Deportations- und Vernichtungsmaschinerie Sand ins Getriebe zu streuen (und am Beispiel Dänemarks, Italiens und einiger Balkanstaaten zeigt Hilberg, wie mal die Bevölkerung, mal Polizei und Militär, mal die staatliche Administration sich weigerten, den deutschen Anordnungen – oder den eigenen Gesetzen – Folge zu leisten, und dadurch einen großen Teil ihrer jüdischen Bevölkerung retteten).

•

Keineswegs konnte die »Endlösung« geheimgehalten werden. Zum einen hatten die zu ihr hinführenden Schritte – von den Boykott-Aktionen bis zu den Deportationen – in aller Öffentlichkeit stattgefunden; zum anderen und vor allem aber ging die Zahl der qua Mittäterschaft Informierten in die Millionen: Jeder Reichsbahnfunktionär wußte, daß das Kaff Auschwitz eine Riesenstadt hätte sein müssen – mehr als eine Million Juden hatten sie in diese öde Gegend transportiert, und niemand – außer den Begleitmannschaften natürlich – war zurück- oder weitergefahren. Wo waren sie geblieben?

Zwar hatten die verantwortlichen Stellen einige Vorkehrungen getroffen, die den Kreis der Eingeweihten möglichst klein halten und den im Zentrum des Vernichtungsprozesses Agierenden erlauben sollten, sich über den Charakter ihres Tuns hinwegzutäuschen – hierzu gehören etwa die euphemistischen Sprachregelungen. Auch sorgte die bürokratisch-arbeitsteilige Struktur des gesamten Unternehmens, an dem große Teile der Bevölkerung ja 'nur' mitwirkten, indem sie zuverlässig ihre ansonsten ganz unspezifischen Tätigkeiten fortsetzten, dafür, daß, wer's nicht wissen wollte, auch nicht wissen mußte, zu welcher Gesamttat er beitrug. Aber eben: Er mußte es nicht wissen *wollen.*

Das gilt natürlich nicht nur für die staatliche Bürokratie, sondern für jede der vier hierarchischen Gruppen, aus denen sich der Machtapparat des NS-Staates zusammensetzte: Ministerialbürokratie, Wehrmacht, Industrie und Partei. Der Zusammenarbeit dieser vier Hierarchien, die sich umstandslos auf die Vernichtung der Juden verständigen konnten, gilt Hilbergs besondere Aufmerksamkeit. Denn ungeachtet der üblichen Gruppenegoismen und Kompetenzstreitigkeiten kooperierten sie so perfekt, »daß«, wie Hilberg schreibt, »wir mit vollem Recht von ihrer Verschmelzung zu einer Vernichtungsmaschinerie sprechen können«. Gemäß ihrer Zuständigkeiten leisteten sie je spezifische Beiträge zur Verwirklichung des nazistischen Völkermordprogramms:

•

Die Ministerialbürokratie lieferte die antijüdischen Verordnungen, die Erlasse, die den Begriff 'Jude' definierten (übrigens ohne auch nur auf ein einziges 'rassisches' Kriterium zurückzugreifen), die Richtlinien, die die Enteignung des jüdischen Vermögens einleiteten und die Ghettoisierung der jüdischen Gemeinden in Deutschland in Gang setzten. Aber auch bei der Durchführung der Massentötungen spielten die Staatsbeamten eine wichtige Rolle: Das Auswärtige Amt kümmerte sich um die Deportation der Juden aus den verbündeten Ländern in die Vernichtungslager (und in ihm wirkte zu ebendiesem Zweck auch jener Parteigenosse und ehrenamtliche SS-Oberführer, der »mächtige, für alle Abteilungen verantwortlich zeichnende Staatssekretär von Weizsäcker«, den – im Nürnberger Verfahren – sein Sohn Richard so nachdrücklich in Schutz genommen hat); die Deutsche Reichsbahn sorgte für die Transporte; und die in der SS aufgegangene Polizei beteiligte sich maßgeblich an den Vernichtungsaktionen.

•

Nach Ausbruch des Krieges wurde auch die Wehrmacht in den Vernichtungsprozeß einbezogen. Sie arbeitete bei der Tötung von Juden eng mit den mobilen Sondereinheiten zusammen und organisierte die Deportationen aus den von ihr besetzten Territorien.

•

Industrie und Banken drängten auf Enteignungsmaßnahmen und wirkten entscheidend mit an der Organisation und Ausbeutung der Zwangsarbeit, ja selbst an der Vergasung der Opfer (Hilberg beschäftigt sich hier nicht nur sehr eingehend mit einigen exemplarischen Übernahmeverfahren großer jüdischer Vermögen durch 'arische' Geldinstitute und Unternehmen – er widmet auch den Nutznießern der »Vertilgungsindustrie« ein eigenes Kapitel).

•

Die Partei kümmerte sich um alle »delikaten Probleme« deutsch-jüdischer Beziehungen (die Behandlung der Halbjuden und Mischehen bspw.) und bestand generell auf hartem Durchgreifen. Ihr militärischer Arm, die SS, führte schließlich die Massenvernichtungen durch.

Alle vier Gruppen, faßt Hilberg zusammen, trugen jedoch nicht nur mit den aus ihren spezifischen Aufgaben und Interessen erwachsenden administrativen Maßnahmen, »sondern auch mit ihren jeweiligen organisatorischen Eigenheiten zum

Vernichtungsprozeß bei« . Sie taten es so gründlich, daß für die Ausrottung der Juden Europas weder eine besondere Behörde noch ein Sonderbudget eingerichtet werden mußte: »Die Beamtenschaft brachte ihre unbestechliche planerische und verwalterische Gründlichkeit ein. Von der Wehrmacht erhielt die Vernichtungsmaschinerie militärische Disziplin, Präzision und Ausdauer. Der Einfluß der Industrie wurde sowohl in der mit großem Nachdruck betriebenen Buchführung, Sparsamkeit und Wiederverwertung als auch in der fabrikmäßigen Effizienz der Vernichtungszentren sichtbar. Die Partei schließlich versah den Apparat mit 'Idealismus', 'Sendungsbewußtsein' und dem Gefühl, 'Geschichte zu machen'. So verschmolzen die vier Bürokratien nicht nur in ihrem Handeln, sondern auch in ihrem Denken«, und konstituierten in *der Tat* die deutsche Volksgemeinschaft – als Volksgemeinschaft der Täter.

Aber nicht die Zusammensetzung der Vernichtungsmaschinerie strukturiert den Aufbau des Hilbergschen Werks, sondern die einzelnen Etappen, die der Vernichtungsprozeß durchlief. Mit der Beschreibung seiner Chronologie gewinnt Hilberg nicht nur die Systematik seiner Darstellung, sondern vor allem Einsichten in das »inhärente Schema« eines Vernichtungsprogramms, dem jedes Kollektiv folgen muß, das eine verstreut lebende Gruppe von Menschen auslöschen will, und das also auch den administrativen Maßnahmen der Nazis – von den ersten antijüdischen Verordnungen bis zum Massenmord – zugrundelag. »Drei organisch aufeinanderfolgende Schritte«, schreibt Hilberg, gliedern unabänderlich jede derartige Operation: Definition – Konzentration – Vernichtung.

Dementsprechend haben die Deutschen zuerst den Begriff 'Jude' definiert, dann die Juden in Ghettos konzentriert und sie schließlich durch mobile Tötungseinheiten und in Vergasungsanlagen umgebracht. Sie haben allerdings – und das charakterisiert nach Hilberg »moderne« Vernichtungsoperationen – zum Schutz und zum Vorteil des ökonomischen Gefüges ihrer Gesellschaft nach jedem dieser »organischen« Schritte spezifische Enteignungsmaßnahmen in Kraft gesetzt, so daß die Vernichtung der europäischen Juden folgende Etappen durchlief: Definition – Entlassung von Beschäftigten und Enteignung von Geschäftsbetrieben – Konzentration – Ausbeutung von Arbeitskraft und Aushungerung – Vernichtung – Beschlagnahme der persönlichen Habe. (Und es wirft ein grelles Licht auf den Charakter der Deutschen, daß es grundsätzlich »leichter war, den Juden ihr Eigentum zu nehmen, als zu entscheiden, wer es bekommen sollte; es gab stets eine Vielzahl von Bewerbern um Dinge, die umsonst zu haben waren ...«)

Jeden dieser einzelnen Schritte auf dem Weg zur »Endlösung« hat Hilberg detailliert beschrieben und mit dem Nachweis, daß keiner von ihnen ohne den vorhergehenden möglich gewesen wäre, für sich eine der zentralen Fragen beantwortet, die ihn seit mehr als 40 Jahren umtreiben und die auch in seinem Buch immer wieder auftauchen: Wenn, was Hilberg nicht bezweifelt, weder der deutsche Verwaltungsapparat noch die Nazi-Spitze 1933 einen Plan besaßen, nach dem sie die Juden aus der Welt hätten schaffen wollen, »keine grundlegenden Richtlinien, keine scharf umrissenen Vorstellungen von ihrem Tun« – worauf beruhte dann die dem Vernichtungsprozeß »zugrundeliegende Ordnung«? »Wie nahm er Gestalt an?« Und wer oder was hat ihn gesteuert? Einmal in Gang gekommen, lautet Hilbergs Antwort, habe er weder einer zentralen Steuerung bedurft noch einer von den ersten antijüdischen Aktionen bis zur Auswahl des Krematoriumspersonals sich erstreckenden Planung, um dennoch, gleichsam automatisch, Schritt für Schritt sein Vernichtungspotential zu entfalten. Und um ihn in Gang zu setzen, sei nicht mehr nötig gewesen als die unter den Deutschen verbreitete antijüdische Grundstimmung, ein effizienter bürokratischer Apparat und eine Führung, die bereit war, mit Maßnahmen gegen die Juden zu beginnen und jene – im Bestreben, Probleme zu lösen, die sich aus ihnen jeweils ergaben – von Mal zu Mal zu radikalisieren: »Als zu Beginn des Jahres 1933 erstmals ein Ministerialbeamter eine Definition der Bezeichnung 'nichtarisch' in einen Richtlinienerlaß hineinschrieb, war das Schicksal des europäischen Judentums besiegelt.«

*

Raul Hilbergs grundlegende Hypothese, »daß man die Judenvernichtung nur begreifen könnte, wenn man zuerst das Verhalten der Deutschen analysieren würde«, und die daraus folgende Beschreibung eines Mordunternehmens, an dem nahezu jedes Mitglied der 'Volksgemeinschaft' beteiligt war, sind wohl in erster Linie verantwortlich dafür, daß es mehr als 20 Jahre dauerte, bis »The Destruction of European Jews« ins Deutsche übersetzt und in der Bundesrepublik publiziert wurde.

Als das Buch 1961 in den USA erstmals erschien, hatte Hilberg, ein gebürtiger Österreicher jüdischer Abstammung, der Ende der 30er Jahre mit seinen Eltern in die Vereinigten Staaten emigriert war, bereits 13 Jahre daran gearbeitet – 1948 hatte er als Mitarbeiter des US-Justizministeriums bei den Nürnberger Prozessen und als einer der ersten Wissenschaftler überhaupt die Dokumente auswerten dürfen, die die Amerikaner im besiegten Deutschland sichergestellt hatten. Sämtliche großen deutschen Verlage wollten jedoch das, wie es hieß, unkalkulierbare »verlegerische Risiko« der deutschen Ausgabe eines Werkes nicht eingehen, das in den USA sofort eine scharfe Kontroverse ausgelöst hatte. Der Streit konzentrierte sich im wesentlichen auf die Darstellung des Verhaltens der von den Deutschen installierten Judenräte, denen Hilberg vorwirft, sie hätten durch Kollaboration mit den Nazis die Vernichtung des europäischen Judentums mitbetrieben. Auch in der vorliegenden Neuausgabe finden sich neben Passagen, denen zu entnehmen ist, daß Hilberg sich dem Dilemma dieser Räte, die »der jüdischen Bevölkerung nicht helfen (konnten), ohne automatisch den Willen der Deutschen zu vollziehen«, sehr wohl gestellt hat, auch solche, die ihm von der Enttäuschung über den Erfolg des deutschen Versuchs, die Juden zur

Effektivierung ihrer eigenen Vernichtung zu zwingen, diktiert worden zu sein scheinen: Es ist, vom »freiwilligen Aufstellen am Rande von Massengräbern« zu schreiben, jedenfalls unangemessen – denn was heißt »freiwillig« angesichts entsicherter Maschinenpistolen? Und es ist einfach falsch, zu behaupten, die Juden hätten sich in die Katastrophe »gestürzt« – schließlich sind sie von den Deutschen hineingestoßen worden.

Obwohl der Münchner Verlag Droemer-Knaur sehr bald die Rechte für eine deutsche Ausgabe des Buches gekauft, eine Vorauszahlung geleistet und bereits mit der Übersetzung begonnen hatte, ließ er das Projekt wieder fallen. Hilberg vermutet, diese Entscheidung habe mit der Aufregung zu tun gehabt, die 1964 Hannah Arendts Bericht vom Eichmann-Prozeß – »Eichmann in Jerusalem« – ausgelöst hatte. Diese Aufregung bezog sich im wesentlichen abermals auf die Art und Weise, in der Arendt das Verhalten der Judenräte beschrieb, und auf ihre zentrale These von der »Banalität des Bösen«, mit der sie der Meinung entgegentreten wollte, die Vernichtung der Juden sei das Werk fanatischer Antisemiten, einer gleichsam besonderen Spezies außergewöhnlicher Verbrecher gewesen – und nicht etwa die Folge von Handlungen braver Familienväter und biederer Bürokraten. Vor allem zur Begründung ihrer Kritik an den Judenräten hatte Arendt sich auf die Ergebnisse der Hilbergschen Untersuchung gestützt, und so gewann die Weigerung der deutschen Verlage, diese zu veröffentlichen, für einen Moment eine gewisse oberflächliche Plausibilität: Sie haben eben der »Deutschen Nationalzeitung« kein Material liefern wollen, mit dem sich antisemitische Ressentiments hätten schüren lassen.

Natürlich war das eine Ausrede, und als der kleine Berliner Verlag Olle & Wolter »Die Vernichtung der europäischen Juden« 1982 endlich herausbrachte, zeigte sich rasch, daß es allein die Konsequenz war, mit der sich Hilberg bei der Darstellung des Holocaust »auf die Rolle der Täter, der Verfolger konzentriert« und damit das Selbstverständnis der Nachkriegsdeutschen getroffen hatte, vor der diese, längst wieder stolz auf ihre internationale Reputation, zurückschreckten. So hielten die deutschen Fachhistoriker das Schweigen, das sie schon in den 60er und 70er Jahren über Hilbergs Erkenntnisse bewahrt hatten, von wenigen Ausnahmen abgesehen auch nach dem Erscheinen der deutschen Ausgabe aufrecht – das Buch erschien quasi unter Ausschluß der Öffentlichkeit (und die auch gegenwärtig in den kargen Hinweisen auf die Neuausgabe immer wieder bemühte Behauptung, das habe an seinem Preis gelegen, spricht in ihrer Erbärmlichkeit für sich – der entsprach nämlich in etwa dem zweimaligen Besuch eines Mittelklasserestaurants) .

Hilberg wurde regelrecht boykottiert: Als beispielsweise die Fernsehverantwortlichen die Historikerrunde zusammenstellten, die im Anschluß an die Wiederholung der »Holocaust-Serie« 1982 das Geschehene und das Gesehene diskutieren sollte, wurde eine Einladung an den amerikanischen Gelehrten mit der Begründung abgelehnt, man wolle keine Ausländer dabeihaben. Stattdessen kam der Engländer David Irving und durfte die These verbreiten, Hitler habe von nichts gewußt.

Es spricht alles dafür, daß sich die Deutschen auch weiterhin weigern werden, sich von Hilberg mit ihrer NS-Vergangenheit konfrontieren zu lassen. Zwar liegt sein Buch jetzt in einer nochmals überarbeiteten, vor allem in den Schlußkapiteln erweiterten und wirklich 'preiswerten' Ausgabe vor – und sicherlich werden, da es nun schon über seinen Preis ein größeres Publikum erreichen wird, auch einige Historiker außerhalb ihrer Fachzeitschriften sich zu ihm äußern wollen – , in einer Zeit aber, in der »Deutschland als Ganzes« eisern entschlossen ist, die Eckdaten jener Geschichte, die es noch zu bewältigen bereit ist, um zwölf Jahre an die Gegenwart heranzurücken, wird auch die lobenswerte editorische Anstrengung des Fischer-Verlags, außer einer Handvoll Rezensionen, weiter keine Folgen haben. Denn gerade weil dieses Werk wie kein anderes den historischen Skandal begreiflich zu machen vermag, der in der umstandslosen Rehabilitierung der Täter und in der Rekonstituierung Deutschlands als Ganzem liegt, wird die deutsche Intelligenz, die momentan doch so eifrig an einer Leidensgeschichte ihrer Volksgenossen strickt, von ihm nicht viel wissen wollen.

Konkret 12/90, S. 68

Ingrid Strobl

»Denkt an mich am 3 Oktober«

Nach dem Bundesentschädigungsgesetz stehen »Feinden der freiheitlich demokratischen Grundordnung«, also Kommunisten, Wiedergutmachungsleistungen für erlittene NS-Verbrechen nicht zu. Jetzt droht den in der ehemaligen DDR lebenden Verfolgten des NS-Regimes neben anderen Verschlechterungen auch die Streichung ihrer bisherigen Ehrenrente

Als Frau H. von der Gestapo verhört wurde, schlug sie mit beiden Fäusten auf den Tisch: »Verdammt nochmal, ich habe keine Flugblätter verteilt. Ich will auf der Stelle die Zeugen sehen, die so etwas behaupten!« Die Zeugen wurden nicht vorgeführt, stattdessen erklärten die Gestapo-Beamten Frau H., wenn hier jemand schlage, dann seien sie das. Frau H: »Und dann haben sie auf meinem Kopf herumgetrommelt, bis ich nichts mehr gespürt habe.« Die Schmerzen im Kopf, die von diesem Verhör herrühren, spürt sie heute noch.

Frau H . war seit ihrer Jugend aktive Kommunistin. Nach 1933 arbeitete sie für die Partei im Untergrund. Ihre Widerstandsgruppe konnte sich vergleichsweise lange halten. Nach der Verhaftung machte Frau H. die »klassischen« Stationen der politischen Gefangenen durch: Gestapo-Haft, Zuchthaus, KZ.

Nach der Befreiung zog Frau H. in eine Großstadt der DDR. Bis vor kurzem lebte sie dort, abgesehen von ihrer angeschlagenen Gesundheit, recht zufrieden. Ihr Lebensabend war gesichert, die Kinder hatten studiert und konnten für sich selber sorgen, es gab keine größeren Probleme.

Wie viele ehemalige Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer verfügt Frau H. über den VdN-Ausweis. VdN steht für »Verfolgte des Naziregimes«, und dieser Ausweis gewährte den alten Menschen ein paar Erleichterungen wie eigene Vertrauensärzte, Genesungsheime, die Gratisbenutzung der öffentlichen Verkehrsmittel und die sogenannte Ehrenrente. So war es zumindest bis vor kurzem. Dann kündigte sich Deutschland einig Vaterland an. Im September erzählte mir Frau H.: »Die Ärzte haben sie uns schon gestrichen, die Genesungsheime auch. Die Gratisfahrten mit der Bahn gelten nur noch bis Ende des Jahres, haben sie gesagt. Und womöglich nehmen sie uns auch noch die Ehrenrente. Dann stehe ich mit 400 Mark im Monat da.«

Wir einigen uns darauf, daß wir – eine Freundin und ich – versuchen, in der BRD die Öffentlichkeit zu alarmieren, und daß sie, Frau H., uns genaue Informationen darüber schickt, was sie bisher hatte, was man ihr bereits genommen hat und was in Zukunft bedroht ist. Wir einigen uns auch darauf, daß eine Mobilisierung der Öffentlichkeit vor den Wahlen, also spätestens im November stattfinden muß. Frau H. kann es gar nicht fassen, daß wir, »so junge Menschen in der BRD«, uns um »diese Sachen« kümmern wollen. Beim Abschied nimmt sie uns in den Arm und sagt, ganz ohne ihre sonstige Resolutheit: »Denkt an mich am 3 .Oktober«.

Ich beginne mit einer Recherche, die sich als quasi unmöglich erweisen wird. Frau H. läßt nichts mehr von sich hören. Briefe beantwortet sie nicht. Am Telefon beschwichtigt sie mich, es sei ja alles nicht so dringend, die Betroffenen seien selbst schon in der Sache aktiv geworden, ich müßte mich nicht mehr bemühen. Über zwei Ecken erfahre ich, was ich im Laufe dieser Recherche noch häufig hören werde: Frau H. – und nicht nur sie – hat Angst, daß wir, die »Jungen«, durch allzu radikale Töne »die da« reizen könnten. »Die da« meint die Bundesregierung oder wen auch immer, eben die, die jetzt auch in der ehemaligen DDR das Sagen haben. Wenn man sich ruhig verhielte, so hofft nicht nur Frau H., würden »die« vielleicht gar nicht bemerken, daß es da noch etwas zu streichen gäbe. Daß man ein paar tausend alten und meist kranken Widerstandskämpfern, Verfolgten des Naziregimes, die Margarine vom Brot nehmen könnte.

Zuerst bin ich fassungslos über so viel Naivität bei alten gestandenen Kommunistinnen und Kommunisten. Wir hier müssen denen doch nicht erklären, was Kapitalismus heißt, BRD-Kapitalismus schon gar. Ich muß denen doch nichts erzählen von KPD-Verbot, von Berufsverboten, und auch nichts von der Richterswitwen-Rente, die Frau Freisler bezog. Dann beginne ich das Ungeheuerliche zu verstehen: Diese Menschen haben Angst. Sie fühlen sich hilflos und ausgeliefert in diesem neuen Großdeutschland. Gerade, weil sie das Schlimmste fürchten, können sie sich selbst nicht eingestehen, daß es eintreten könnte. Und das »Schlimmste« ist noch nicht einmal der Verlust der Ehrenrente.

1956 war ein denkwürdiges Jahr in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. 1956 wurde das Bundesentschädigungsgesetz beschlossen und das KPD-Verbot erlassen. Das Bundesentschädigungsgesetz besteht zu einem guten Teil aus Ausschlüssen von Geschädigten des NS-Regimes. Ausgeschlossen von Entschädigungsleistungen wurden nach dem Gesetz vom 29. Juni 1956 folgende ehemalige (?) »Untermenschen«: diejenigen Juden und andere Verfolgten, die zur Zeit, als das Gesetz erlassen wurde, in Ländern lebten, zu denen die BRD keine diplomatischen Beziehungen unterhielt – d.h. in den Ländern des Ostblocks, d.h. in den Ländern, in denen die Deutschen am brutalsten gewütet hatten. Weiter: Die Roma, die zwar de jure nicht ausgeschlossen waren, de facto aber weitgehend ausgeschlossen wurden und: die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die Zwangssterilisierten, die (nicht nur) von den Nazis sogenannten »Asozialen«, die Homosexuellen und die Kommunisten.

Für letztere galt Paragraph 6, der besagt, daß »Feinden der freiheitlich demokratischen Grundordnung« die Entschädigung verweigert werden kann. Diese Bestimmung wurde nach dem KPD-Verbot vom Bundesverfassungsgericht insofern präzisiert, als nunmehr Personen, die noch nach dem KPD-Verbot »aktiv« die freiheitlich demokratische Grundordnung bekämpften, als »nicht entschädigungswürdig« galten. Christian Pross, der Autor von »Wiedergutmachung. Der Kleinkrieg gegen die Opfer« schreibt dazu: »Das bedeutete, daß ein Kommunist, der fortan den Mund hielt, Wiedergutmachung gewissermaßen als politisches Schweigegeld erhielt.«

Herr K. war einer von denen, die nicht den Mund gehalten haben. Das hatte er sich schon mit 16 Jahren abgewöhnt, als er sich einer Widerstandsgruppe in seiner Heimatstadt anschloß und dafür sieben Monate im Zuchthaus saß. Er hätte da noch länger gesessen, aber nach sieben Monaten kamen die Amerikaner und holten ihn raus. Dann kam die Adenauer-Regierung und steckte Herrn K. wieder in den Bau. Diesmal blieb er da länger. Heute fehlen Herrn K. die Knastjahre für die Rente. Und sein Vorhaben, aufgrund seiner von den Nazis beeinträchtigten Berufsausbildung Entschädigung zu beantragen, kann er vermutlich vergessen. Paragraph 6 des Bundesentschädigungsgesetzes besagt nämlich auch, daß, wer nach dem 8. Mai 1945 rechtskräftig zu einer Zuchthausstrafe von mehr als drei Jahren verurteilt wurde, keinen Anspruch auf Entschädigung hat.

Während die gesamtdeutschen Medien vom »kriminellen SED-Regime« sprechen und ein Berufsverbot für SED-Funktionäre fordern, verlangt die »Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges« die Außerkraftsetzung des KPD-Verbotes und »Gerechtigkeit für all jene, die seit den 70er Jahren unter dem Berufsverbot leiden mußten bzw. in den 80er Jahren als Friedensaktivisten verurteilt wurden«. U.a. in Hamburg und Berlin gibt es seit längerem Stiftungen für die durch Paragraph 6 von der Entschädigung Ausgeschlossenen. In der ehemaligen DDR haben gerade Betroffene die »Interessensvertretung ehemaliger Widerstandskämpfer, Verfolgter des Naziregimes und ihrer Hinterbliebenen« (IVV) gegründet. Sie fordern nicht nur den Erhalt der ihnen bisher zugesprochenen Leistungen, sondern kritisieren auch, daß die DDR die Ansprüche vieler Verfolgtengruppen ignoriert und geleugnet hatte. In Köln wurde im Herbst dieses Jahres die »Informations- und Beratungsstelle für NS-Verfolgte« eingerichtet, die sich u.a. für eine Wiedereröffnung des Anerkennungsverfahrens einsetzt und für die Weiterzahlung der Ehrenrenten. Wiedereröffnung des Anerkennungsverfahrens würde bedeuten, die Ansprüche der – in der BRD wie in der DDR – »vergessenen Opfer«, also der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, der Homosexuellen etc. erneut zu prüfen.

All das erfahre ich quasi nebenbei, während ich versuche, herauszubekommen, wie es jetzt um die Gefährdung der Ehrenrenten steht. Doch genau zu diesem Thema erfahre ich so gut wie nichts. Irgendjemand sagt mir, die Gefahr sei ja gebannt, weil es im Einigungsvertrag einen Passus gibt, der die Weiterzahlung der Ehrenrenten garantiert. Ich besorge mir den Einigungsvertrag. Da steht unter Sachgebiet H: Gesetzliche Rentenversicherung, Abschnitt III (»Folgendes Recht der Deutschen Demokratischen Republik bleibt mit folgenden Maßgaben in Kraft«): »5. Anordnung über Ehrenpensionen für Kämpfer gegen den Faschismus und für Verfolgte des Faschismus und für deren Hinterbliebene vom 20. September 1976 (...): a) Die Anordnung ist bis zum 31. Dezember 1991 anzuwenden. Die zu diesem Zeitpunkt laufenden Leistungen an Berechtigte und sich daraus ableitende Leistungen an Hinterbliebene werden weitergezahlt.«

Kein Pferdefuß? – Doch: »b) Ansprüche und Anwartschaften können entsprechend Paragraph 27 des Rentenangleichungsgesetzes vom 28. Juni 1990 (GBI. I Nr. 3 S. 495) gekürzt werden, wenn der Berechtigte in schwerwiegendem Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer mißbraucht hat.« – Was will uns der Dichter damit sagen?

Am 29. Oktober erscheint in der »Tageszeitung« ein Artikel von Christian Pross zum Thema Ehrenrenten. Pross schreibt darin u.a., daß der Passus zur Übernahme der Ehrenrenten im ersten Entwurf des Einigungsvertrages vergessen worden war und schließlich nur »auf Druck der Jewish Claims-Conference und nach mehrmaligen Eingaben der Bundestagsfraktion der Grünen in den Staatsvertrag eingeführt wurde«. Wie dieser Passus konkret gehandhabt werden wird, was er also praktisch für die betroffenen Menschen bedeutet, schreibt auch Christian Pross nicht. Kann er gar nicht schreiben. Er kann nur den Verdacht äußern, der auch mir gekommen ist: daß es sich hier nämlich um einen »Gummiparagraphen« handelt. Ein Freund von Herrn K., der seine eigenen bitteren Erfahrungen mit dem Paragraphen 6 des Bundesentschädigungsgesetzes gemacht hat, sieht das so: »Was die jetzt mit den Opfern in der DDR machen werden, das wird ein Überstülpen des KPD-Verbots werden.«

Frau S., die ich in der Kölner Informations- und Beratungsstelle für NS-Verfolgte treffe, möchte das so nicht sagen. Sie sieht die Ehrenrenten nicht gefährdet. Es sei denn durch »diese Denunziations-Klausel«. Und über den Artikel von Pross war sie nicht recht glücklich. Sie selbst fände es besser, über die ganze Angelegenheit nicht öffentlich zu reden, »um keine bösen Geister zu wecken«. Offenbar sieht die junge Frau S. in Köln dieselben Gespenster wie die alte Frau H. in der ehemaligen DDR. Alle, die sich mit dem Thema auseinandersetzen (müssen), wissen um die »bösen Geister«. Die achtzigjährige Widerstandskämpferin Frau H. verbringt schlaflose Nächte, weil sie Angst hat, in Großdeutschland die Miete nicht mehr bezahlen zu können, wenn man ihr die paar hundert Mark Ehrenrente wegnimmt. In ihren Alpträumen aber sieht sie sich vielleicht schon wieder im Knast. Weil sie Kommunistin war und immer noch Kommunistin ist. Und

weil sie weiß, daß sie, sollte es darauf ankommen, ihren Mund nicht wird halten können. Deswegen hält sie ihn lieber jetzt (und würde ihn mir am liebsten auch verschließen), damit es möglichst gar nicht erst so weit kommt, daß es wieder einmal drauf ankommt.

Kurz bevor ich den Artikel losschicken muß, bekomme ich noch eine Telefonnummer vermittelt. Frau E., die sich jahrzehntelang als Betroffene wie als Expertin mit dem Bundesentschädigungsgesetz herumgeschlagen hat, und die, trotz ihres Alters über die neueste Entwicklung bestens informiert ist, Frau E. also könne mir vielleicht weiterhelfen. Ich rufe Frau E. an. Wir sprechen über dieses und jenes, schließlich fragt sie mich, worüber genau ich den Artikel schreiben will. Ich erzähle ihr die Geschichte meiner erfolglosen Recherche. Sage ihr, daß ich eigentlich gar nichts herausbekommen habe. Frau E. sagt: »Wenn Sie diesen Artikel schreiben wollen, müßten wir uns lange unterhalten. – Aber nicht am Telefon.«

Ich beschließe, beides zu tun. Diesen Artikel abzuschicken und später mit Frau E. zu reden. Wenn dieser Artikel erscheint, ist es vielleicht gerade noch nicht zu spät, um die, die sich in diesem Land überhaupt noch um solche Dinge kümmern, zu alarmieren.

Konkret 12/90, S. 71

Katja Burghardt

Da lacht die Kommune

Unter dem Beifall der kommunalen Kulturverwalter, zum Jauchzen der Szene und unterstützt von einem älteren Bordellwirt machen in Hamburg ehemalige Kommunisten und Protagonisten schwuler Emanzipation ein »alternatives Volkstheater«. Wehe dem, der da nicht lacht

Kommt ein Mann auf die Bühne, Ende fünfzig, schütteres Haar, blickt sich unsicher um, kratzt sich am Kopf und erzählt, daß er von seiner eigenen Gattin zum Seitensprung genötigt werde, weil die immer nur an das Eine denke... ans Stricken! Wie auf ein geheimes Zeichen hin brechen die im Saal versammelten Männer in frenetisches Lachen aus, beginnen die dazugehörigen Frauen verlegen zu kichern.

Eine Boulevard-Komödie unter Dutzenden, an deren Ende ein geläuterter Ehemann inmitten seiner Lieben auf der Bühne steht und weiß, was er davon hat. Wer da nicht lacht, ist ein Spielverderber, einer jener humorlosen linken Intellektuellen, die immer nur zersetzen können und keinen Spaß verstehen. Oder?

Kommt ein Mann auf die Bühne, Ende dreißig, schütteres Haar, kratzt sich am Sack und erzählt, daß ihn die übertriebene Tierliebe seines derzeitigen Geliebten zur Trennung zwinge. Auf's unausgesprochene Stichwort (Filzlaus heißt das Tierchen) kreischt das Auditorium vor Vergnügen. Doch hier lachen nicht der von Mutti feingemachte Buchhalter und seine Gattin, sondern der humorlose linke Intellektuelle selbst, der kommunistische Designer, der GEW-Studienrat, der feministische Ökologe.

Die Avantgarde, welche die Begeisterung über die verklemmten Lust-Spiele der traditionellen Boulevard-Theater als Bestandteil des scheinhaften Freiheitstaumels einer Gesellschaft von Spießern entlarvt hat, pilgert ins »Schmidt« auf die Reeperbahn, um es dort noch toller zu treiben. Wenn es heißt »200 Anschläge pro Minute – da muß doch jeder Terrorist neidisch werden« oder »Lieber ein offenes Ohr als ein offenes Bein«, wenn gar die amerikanische Post-Porno-Performance-Artistin Annie Sprinkle ihren »Gebörmudderhalz« zur Ansicht freigibt, schlägt sich das alternative Publikum johlend vor Vergnügen auf die Schenkel. Es will mehr. Und es bekommt mehr.

Damit die Avantgarde aus dem Vergnügen nicht herauskommt, dürfen vor Aufregung schwitzende und zitternde Rentner über ihre mühsam zusammengefügten Reime stolpern und die Greisinnen des Volkshochschulkurses »Aktiv im Alter« ihr ungelenkes Bewegungstraining vorführen. Und lange kann es nicht dauern, bis den Humorhungrigen im »Schmidt« der kleinste/dickste/häßlichste Mann und die größte/dünnste/verwachsenste Frau aufgetischt werden. Der Laden brummt. Die Vorstellungen sind bis auf den letzten der 300 Plätze ausgebucht. Wer keine Karte bekommt, darf sechsmal im Jahr »live« dabeisein, wenn das dritte Programm des NDR das Gemisch aus Zoten, Klamauk und Tuntenball als »Schmidt-Mitternachts-Show« hinaus in die Lachsack-Diaspora von Quakenbrück bis Pellworm sendet. Demnächst bekommen die »Schmidt«Macher Corny Littmann und Ernie Reinhardt ein neues, größeres Haus: Zusammen mit dem Puffkrösus Willy Bartels (vormals Eigentümer des »Eros-Center«) erhielten sie vom sozialliberalen Hamburger Senat den Zuschlag für die Trinkhalle »Zillertal«, die zum alternativen Großraumtheater umgebaut werden soll.

Auf das Erfolgsrezept müssen Reinhardt und Littmann, der einst beim Kommunistischen Bund tätig war, gekommen sein, als sie bei den schwulen Unterhaltungsgruppen »Brühwarm« und »Familie Schmidt« die Erfahrung machten, daß unterm Vorwand emanzipatorischen Bemühens alles geht, worüber beim Betriebsfest zu lachen Fortschrittsmann und Fortschrittsfrau sich nicht mehr trauen. Was im bürgerlichen Amüsierbetrieb als zotig, chauvinistisch, dümmlich und dilettantisch gilt, wird, vorgetragen von Herren im Fummel, frech, antiautoritär, provokativ und nichtetabliert. Wenn Littmann mit dem Lied »Klingelingeling, hier kommt der Eiermann« durch den Saal schreitet, begleitet ihn die kommunale Intelligenz mit einem Klatschmarsch.

Die Schmidt-Macher kennen ihr Publikum. Schon die Adresse Spielbudenplatz 24, direkt an der Reeperbahn, wo einst das Tanzcafé »Kaiserhof« des Kiezkönigs Bruno Koschmider Bedürfnisse befriedigte, verheißt aufregende Nähe zum Sexualhandel. Das »Theater mit Verzehr« ist entsprechend puffig-plüschig zurechtgemacht: Varietétischchen, Samtsofas, grün-gesteppte Wände, alles in das Halbrot einer Halbwelt getaucht, die so nur in den feuchten Träumen einer kleinbürgerlichen Kundschaft noch existiert.

Nach alter Kieztradition erwirtschaftet die Gastronomie den Großteil der Kosten. Eine Mark pro Eintrittskarte geht als »Produktionsmark« auf ein Sonderkonto für den Einkauf neuer Belustigungen. Wer zwanzig Eintrittskarten-Abschnitte gesammelt und sich noch nicht totgelacht hat, darf einmal ganz umsonst wiehern über die kaputten Typen und schrillen Tunten oder auch über den öffentlich-rechtlichen Friedhelm Münter, der im »original« nachgebauten Herbertstraßen-Separé den Überraschungsgast Heidi Kabel fragt: »Was denken Sie heute mit 76 Jahren über Sex?« Ist das nicht lustig?

Jedenfalls ist es »alternatives Volkstheater«. Bereits der Anmarsch zum Theater im Puff, vorbei an Davidswache und Straßenstrich, Kondomerie und Peepshow, wird als Akt demonstrativen Anders-, also Besserseins empfunden und sorgt

schon vor Beginn der Vorstellung für eine heitere Grundstimmung. Bevor auch nur ein Wort gesagt, eine Pointe gesetzt ist, wissen die Besucher, daß ihr Gelächter Opposition gegen die Herrschaft des Alltäglichen, den Terror des Normalen sein wird, ein anarchoider, subversiver Akt. Komme, was da wolle.

Immer kommt Marlene Jaschke aus der Buttstraße, Inkarnation des Schmidt-Theaters, eine Turbo-Variante von Heidi Kabel, in beigefarbenem Kostüm, Medicus-Schuhen und rotem Potthut. Das Theater gleicht einem Tollhaus, wenn sie sich, verlegen umständlich und stets darauf bedacht, ihren Rock sittsam über die Knie zu decken, in einen Sessel hineinschraubt, um in angestrengt Hamburgischem Tonfall von ihrem Volkshochschul-Atemkurs, von Freundin Hannelore, dem Wellensittich und der Nachbarfamilie Güllegülle zu berichten. Ein armer Tropf, wer das nicht komisch findet, denn der Nichtlacher entgeht den Lachern nicht, deren gerötete Gesichter ihn anbellen und deren Blicke ihn warnen, hier bloß nicht das herrschende Konsensprinzip zu verletzen, das da heißt: Wer nicht lacht, macht sich verdächtig.

Konkret 12/90, S. 72

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Der Pausenclown des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Norbert Blüm, hat eine neue Nummer einstudiert:

Der moderne Sozialstaat muß sich gegen eine neue Form der Ausbeutung schützen: nämlich der Ausbeutung der Arbeitenden durch die Aussteigenden.

Eine allerneueste Nummer sitzt noch nicht richtig: Blüm ist unschlüssig, ob die Befreiung der Schwerstbehinderten von der Selbstbeteiligung der Patienten an den Arzneimittelkosten eine neue Form des Mehrwerts ist oder ursprüngliche Kapitalakkumulation.

Das neue Deutschland ist auch als Zeitung nicht ohne:

So vernünftig Mandelas Politik uns auch immer erscheinen mag, so dürfen wir doch die Frage nach dem Realismus nicht vergessen... Berücksichtigen muß man auch die knapp fünf Millionen Weißen. Und der Bewußtseinszustand dieser Minderheit, die über Jahrzehnte alle Vorteile eines »Herrenvolkes« genoß, ist konservativ. Für dessen Entwicklung wurde bislang kaum etwas getan. Angesichts dessen ist die kompromißlose ANC-Position eigentlich nur als Maximalismus zu bezeichnen, der Präsident de Klerks komplizierte Position noch mehr erschwert.

Man sieht: Für die Entwicklung des Bewußtseinszustands dieser Minderheit, die über vierzig Jahre alle Vorteile der »führenden Rolle der Arbeiterklasse« genoß und heute das »Neue Deutschland« vollschreibt, wurde schon etwas getan.

Der ruhmreiche deutsche November hat nicht nur mir mißfallen. Selbst Fritz Ullrich Fack, Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen«, nörgelt an der Revolution herum:

Die Friedlichkeit der Revolution von 19S9 war Vorzug und Nachteil zugleich: Sie hat alles ohne Gewalt erreicht, aber in Kauf genommen, daß die Bonzen weithin blieben, was und wo sie waren... Die alten Seilschaften leben noch.

Warum nun ausgerechnet aus einer alten Seilschaft von Bonzen, genannt Herausgeber-Gremium, einer einen Nachteil und nicht einen Vorzug darin sieht, daß er trotz einer deutschen Revolution noch lebt und blieb, was und wo er war, wird sein Klassenkamerad Johannes Gross nicht verstehen. Der jedenfalls freut sich, weil noch das Lämpchen glüht, daß er das Blutbad überlebt hat:

Vor vielen Jahren hatte mir Freund Imhoff eine bedeutende Flasche Wein geschenkt; so wertvoll, daß sie für einen ganz feierlichen Anlaß reserviert blieb – sicher nicht für einen der vielen runden Geburtstage, die nur in Deutschland gefeiert werden, sondern für ein wirkliches Jubelfest: die Promotion der Kinder, unerhörte Genesung von noch unbekannter Krankheit oder dgl. Doch es war viel schöner gekommen.

Denn viel schöner als eine Genesung von noch unbekannter Krankheit ist die Vergrößerung der geschlossenen Anstalt, in der die Leute untergebracht sind, die runde Geburtstage feiern:

Das höchste Fest, das zu unseren Lebzeiten zu feiern ist, fand mich gerüstet. Höchst angemessen war's, den Wein, einen 45er Mouton Rothschild, zur Wiederherstellung Deutschlands zu öffnen. Beim Einschenken las ich auf dem Etikett: L'Année de la Victoire.

Auf ihr Wohl, Frau Bohley.

Es rettet uns ein höh'res Wesen, ein Gott, ein Kaiser, ein Tribun:

Früher hatten sowjetische Funktionäre bei Deutschland-Aufenthalten das Karl Marx-Haus in Trier besichtigt. Gorbatschow besuchte dagegen den Kaiserdom in Speyer und genoß zusammen mit Kohl das »Bad in der Menge«.

So sehr haben Frau Vollmer und die Ihren die pfälzischen Wähler des Helmut Kohl zivilisiert, daß die einst schwarzbraunen heute bereits einen Amtsnachfolger Lenins umjubeln. Wenn die Entwicklung ihr Tempo behält, werden morgen ein paar von ihnen

alle Brücken hinter sich verbrennen und, ohne Rücksicht auf Weib und Kind, Lafontaine wählen, obwohl der, wie sein Beichtvater verriet, einmal das Karl Marx-Haus besucht hat.

Aus dem von stalinistischer Zensur befreiten Moskau wird gemeldet:

Jetzt droht der totale Zeitungsnotstand. Heute nämlich werden voraussichtlich nur einige Publikationen erscheinen. Der in den letzten Jahren bunter gewordenen Presse geht die Farbe aus. Es fehlt den Druckereien ein bestimmtes Pigment, das sie bisher gegen harte Währung aus dem Westen bezogen hatten. Der Valutaengpaß des bis zum Frühjahr soliden Schuldners UdSSR hat die Hauptversorger BASF, Hoechst und Ciba-Geigy veranlaßt, ihre Lieferungen vorerst zu stornieren.

Hätte es noch eines Beweises bedurft, daß Gorbatschow es ernst meint mit der Einführung der Pressefreiheit in der Sowjetunion: hier wäre er.

Ein Dr. Norbert Bartel aus Bad Sachsa schreibt an die »Welt«:

Nicht einer der roten Richter sollte bleiben dürfen. Die deutsche Justiz sollte durch die Karrieren zahlreicher NS-Richter gewarnt sein.

Das nenn' ich: aus der deutschen Geschichte lernen. Wie hat die Bundesrepublik nicht darunter gelitten, daß die Nazis nach 1945 seilschaftenweise bleiben durften, was und wo sie waren! Nicht einer der braunen Richter wurde zur Verantwortung gezogen. Das Versäumte muß jetzt nachgeholt werden, und zwar, da die braunen Richter in Pension gegangen oder gestorben sind, an den roten. Keiner sage, das sei nicht zu schaffen. Es ist der deutschen Justiz schon einmal gelungen: Wenn auch nicht 1945, so doch 1933.

Deutschland wird heil, in jeder Beziehung:

Das Herz der alten Hauptstadt schlägt wieder, natürliche Verkehrsadern werden wieder durchgängig. Mauern fallen, und alte Verkrustungen brechen auf. Ist aber Ihre Gesundheit auf der Höhe der Zeit? Nach wie vor bedrohen innere Mauern aus Kalk und Cholesterin im Alter Ihre Leistungsfähigkeit und Ihr Leben. Tragen Sie Ihre inneren Mauern ab – mit Impulsan.

Von NovaPharma GmbH, Berlin, einer Firma, die weder Aspirin noch Alka Seltzer herstellt, leider.

Lernziel Kapitalismus:

Sehr geehrte Damen und Herren! Die sich für die Stadt und den Kreis Neubrandenburg profilierende Wochenzeitung »Neubrandenburger Kreisanzeiger« gibt sich die Ehre Ihnen mitzuteilen, daß wir allen Betrieben und Einrichtungen, Privatbetrieben und Gewerbetreibenden sowie allen Bürgern der Stadt, des Kreises und darüber hinaus unsere Zeitung für Werbezwecke und anderweitige Inserate kostengünstig zur Verfügung stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Falsch! Muß heißen: Hochdero Werbeetat untertänigst ergebene etcetera etcetera...

Es geht um die Wurst bzw. den Zipfel:

Weg mit der Diskriminierung schwuler und lesbischer Menschen. Deshalb am 2. Dezember: Oskar wählen!

Sagen die »Schwusos«, die Arbeitsgemeinschaft schwuler Sozialdemokraten. Die Grüne Partei aber sagt:

Und wenn ein Mann einen Mann liebt, soll er Grün wählen, wenn er ihn liebt.

Und der Sänger der Liebe sagt: Don't be cruel/ to a party that's true.

Nachdem das ehemalige Mitglied im Bundesvorstand der DKP seine Sünden gebeichtet und zur Buße neunzehnhundertsiebzehn Gegrüßet seist du, Marie (nicht zu verwechseln mit: Knete) gebetet hat, darf es in der »Süddeutschen Zeitung« politische Bücher besprechen:

Das von engagierten Aktivisten der Wende gestaltete »Leipziger DEMOntagebuch« zeigt schwarz auf weiß, in Wort und Bild, daß die sächsische Landeshauptstadt ihren Ehrentitel »Heldenstadt Leipzig« zu Recht trägt.

Und welchen Ehrentitel trüge der vormals den Roten Platz als »Empfangshalle des Weltproletariats« besingende Parteidichter Peter Schütt zu Recht? Mieser Baldower?

Konkret 12/90, S. 72

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Um diese 80 Seiten schlanke aber hochkarätig dreiste Agitationsschrift hat Herr Waffenschmidt (Horst, 57), parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium, die »Bibliothek der unverschämten Schwarten« bereichert. Der Autor, der im Bundestag einem »interfraktionellen Gebetskreis« vorsteht, Motto »Nimm jeden Tag aus Gottes Hand, sei fröhlich«, besitzt die gebenedeite Frechheit, die unter den Bonner Emissionen leidenden Entrechteten, Gebeugten, Verkaterten sowie die Witwen, Waisen und Greise mit der Ungeheuerlichkeit zu nerven, sich ausgerechnet für die Bonner Spitzbuben und die Megamaschine »Deutschland« ins metaphysische Zeug zu legen. »Betet mehr für die, die besondere Verantwortung in unserem Staat tragen, betet für die, deren Entscheidungen von so weitreichender Bedeutung für unser Land, für unsere Gesellschaft sind«, wagt der für Pfaffenfragen im Innenministerium abgestellte Schamlose zu verlangen, »weil Menschen, denen Macht über Menschen gegeben ist, (die) brauchen ganz besonders die Gebete vieler, die ihre Last mittragen«.

»Wer betet, verbindet seine eigenen begrenzten Möglichkeiten mit den unbegrenzten Möglichkeiten Gottes.«

»Fast jede Tagesschau zeigt, daß die Bibel recht hat und Gott die Welt regiert, denn fast jeden Tag wird von Israel berichtet... Das Volk Israels ist Gottes Volk.«

»Wir Christen müssen Hoffnungsträger sein, deshalb müssen wir die High-Tech-Entwicklungen in den Dienst für Gott und den Nächsten stellen.«

»Wer für die politische Arbeit in Bonn betet, bewegt damit die Gegenwart und Zukunft unserer Demokratie.«

»Christen ist geboten, für das freiheitliche demokratische und soziale Staatswesen der Bundesrepublik Deutschland zu danken und für dessen Fortbestand zu beten.«

»An Gottes Segen ist alles gelegen. Darum: betet für Bonn.«

Schauderhaft dumpfes Zeug das. Aber wie der Autor, der natürlich ein ganz gewöhnlicher Fristenlösungsgegner, Kernenergiespezl und Liebhaber »positiver Nachrichten in den Medien« ist, dem »Vorwurf von Christen, Politik ist ein schmutziges Geschäft« widerspricht: »Fehler (apropos Ehrenwortmann in der Genfer Badewanne) kommen in jedem Geschäft vor.. Wir sollten also nicht vorschnell das Urteil fällen, vielmehr sollten wir uns als Christen hier fragen: Beten wir genug für die Politiker, die besonders vielen Versuchungen ausgesetzt sind?« -

also, das ist Gulliglibber vom Feinsten.

Schwerverehrter edler Ritter Ebermann! Ihr sagt im Novemberheft: Reichstagswahl, nein danke - diesem Gebilde keine Stimme, sondern aller Kampf. Aber was, wenn man einen Neugierdruck auf der Blase hat und den Genossen Gregor den Grafen Lambsdorff niederringen sehen will im Parlamente, derart niederringen, daß der Graf wohl sein letztes Bein gäbe, bliebe ihm denn der rhetorische Knockout durch Gregor erspart? Ich kenne viele, die die Partei des Demokratischen Sozialismus im Reichstag für weniger Waffen mehr und mehr Buntstifte in Kindertagesstätten streiten lassen wollen, gehörts ihnen wirklich radikal verübelt? Einige, zugegeben, machens sich freilich ideologisch zu billig. Die schenken der PDS ihre Stimme, »wo doch Weihnachten ist«.

Jetzt, wenigstens 20 Jahre noch fünf vor zwölf, »geloben« hiesige Politler, Wissenschaftler und Kulturtreibende, die Benutzung des Autos im nächsten Jahr um mindestens 30 Prozent zu reduzieren und sich ans Tempolimit zu halten, im privaten Bereich den Energieumsatz in den nächsten zehn Jahren zu halbieren, den Wasserverbrauch um mindestens 30 Prozent zu senken, auf FCKW-Kram zu verzichten, den Fleischkonsum zu halbieren und die Nutzung von Tropenholz zu boykottieren. Ja, Kruzifix, da fragt man sich doch mit gerunzelter Braue: Wie hat man seit frühester Jugend existiert? Ausschließlich schadstoffreies Rad ist man gefahren. Gegessen? Hat man Bulletten mit einem Fleischanteil von maximal 10 Prozent. Ein Wannenbad gabs pro Woche und im übrigen statt teurem Trinkwasser billiges Bier. Haarspray? Schuhspray? Fremdwörter. Die Bude hat man mit einer 60er Birne ausgeleuchtet, im Winter zog man zwei Pullover über und stellte die Heizung dafür statt auf fünf auf eins. Und von wegen Tropenholz: Die oft zehn Jahre alten Klamotten lagern in einem Schrank aus schlichter Kiefer. So hat man, Umwelts Liebling, - ohne prätentiöses Gelöbnis - gelebt: ökoperfekt im Verborgenen. Aber die da hängen jetzt, wo alles zu spät ist, ihre lächerlichen Halbherzigkeiten wie 'fünfzig in geschlossener Ortschaft' an die große Glocke und kriegen Presse satt. Find ich nicht korrekt.

An »Bild am Sonntag« Axel Springer Verlag, Axel Springer Platz 1, 2000 Hamburg 36

Chefredakteur Michael H. Spreng!

Sie behaupten, der Schriftsteller Peter Weiss habe nach der Wende in der früheren DDR gereimt:

»Was wäre schon diese Revolution/ohne eine allgemeine Kopulation.«

Namens und im Auftrag meines Mandanten, des Schriftstellers Peter Weiss, verlange ich folgende Gegendarstellung nach § 11 des Hamburger Presse-Gesetzes:

Unwahr ist, daß mein Mandant sich nach der Wende in der früheren DDR zur Wiedergeburt des von Ulbricht und Honecker unterdrückten Gruppensexes lästernd geäußert hat. Wahr ist, daß mein Mandant am 10. Mai 1982, also siebeneinhalb Jahre vor der sogenannten Wende in der ehemaligen DDR, verstorben ist.

Unwahr ist, daß mein Mandant mit dem Vers »Was wäre schon diese Revolution/Ohne eine allgemeine Kopulation« auf die Wiedergeburt des Gruppensexes nach der Novemberreformation in der DDR angespielt hat. Wahr ist, daß sich dieser Vers, enthalten in dem am 29. April 1964 im Westberliner Schillertheater uraufgeführten Stück »Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats dargestellt durch die Schauspielgruppe des Hospizes zu Charenton unter Anleitung des Herrn de Sade« auf die französische Revolution von 1789 und die damit verbundene Lockerung bestimmter klassenbedingter Geschlechtsverkehrsfesseln bezieht. Im übrigen beglückwünscht mein Mandant post mortem wie nicht weniger herzlich Sie zur poetischen Kraft der Schilderung des infolge der Kerzenaufmärsche des Herbstes '89 wiederauferstandnen flotten Vierers zwischen Rostock und Zittau:

[Abdruck Zeitungsschnipsel

»Der Abend beginnt gewöhnlich mit einer Gruppenmahlzeit. Man sollte keine scharfen Getränke zum Enthemmen der Teilnehmer anbieten, Wein genügt vollauf. Dann entspannen sich die Paare. Jeder beginnt, sich auf liebevolle Weise mit dem eigenen Partner zu beschäftigen. Sobald es richtig und natürlich erscheint, kann eins der Paare zum Geschlechtsverkehr übergehen. Wahrscheinlich wird das andere Paar das gleiche tun - wenn nicht, sollte niemand enttäuscht sein, sondern zum ruhigen Genießen....«]